

Stenographisches Protokoll

3. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 20. Juni 1979

Tagesordnung

Debatte über die Erklärung der Bundesregierung

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 38)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 38)

Verhandlungen

Debatte über die Regierungserklärung

Redner:

Dr. Mock (S. 39),
Dr. Fischer (S. 49),
Dipl.-Ing. DDr. Götz (S. 57),
Dr. Lanner (S. 63),
Blecha (S. 67),
Peter (S. 74),
Graf (S. 80),
Anneliese Albrecht (S. 85),
Dr. Marga Hubinek (S. 90),
Marsch (S. 95),
Dr. Broesigke (S. 101),
Sekanina (S. 106),
Dipl.-Ing. Riegler (S. 112),
Pfeifer (S. 119),
Dr. Keimel (S. 121),
Dr. Schnell (S. 128),
Dr. Stix (S. 130),
Dr. Jörg Haider (S. 135) und
Dr. Wiesinger (S. 143)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

24: Änderung des Studienförderungsgesetzes (S. 38)

Anträge der Abgeordneten

Dr. Stix, Dr. Broesigke, Grabher-Meyer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gasöl-Steuerbegünstigungsgesetz geändert wird (14/A)

Dr. Mock, Dr. Lanner, Graf, Dr. Wiesinger, Dr. Marga Hubinek, Dipl.-Ing. Riegler, Dr. Keimel und Genossen betreffend grundsätzliche Orientierung und Schwerpunkte der Politik (15/A)

Dr. Schnell und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schülerbeihilfengesetz geändert wird (16/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Steger, Dr. Broesigke, Dr. Ofner und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Haltung der Polizei bei den Vorgängen im Wiener Burggarten (3/J)

Dr. Wiesinger und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Untersuchung der Umweltfolgen der Errichtung eines Motorenwerkes bei Aspern (4/J)

Dr. Marga Hubinek, Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend wirksame Maßnahmen, um Schwangerschaftsabbrüche möglichst zu verhindern (5/J)

Dr. Wiesinger, Dr. Marga Hubinek, Vetter und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds (6/J)

Vetter und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Bestandsaufnahme des Gesundheitszustandes der Bevölkerung rund um Zwentendorf (7/J)

Dr. Feurstein, Hagspiel und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Bau eines Festspiel- und Kongreßhauses in Bregenz (8/J)

Dr. Schranz und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Alkoholausschank in Bahnhöfen (9/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Ing. Schmitzer, Dipl.-Vw. Josseck und Dr. Schüssel.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

dem Ausschuß für innere Angelegenheiten:

Antrag 3/A der Abgeordneten Ing. Hobl und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Meldegesetz 1972 geändert wird, und

Antrag 4/A der Abgeordneten Ing. Hobl und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Paßgesetz 1969 geändert wird;

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Antrag 5/A der Abgeordneten Ing. Gassner und Genossen betreffend Schaffung eines Pendlerpauschales,

Antrag 11/A der Abgeordneten Graf und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 12. Dezember 1969 über die Förderung von Elektrizitätsversorgungsunternehmen (Elektrizitätsförderungsgesetz 1969) und das Einkommensteuergesetz 1972 geändert werden, und

Antrag 12/A der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird;

dem Außenpolitischen Ausschuß:

Antrag 6/A der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend die Grundlagen und Ziele der österreichischen Außenpolitik;

dem Handelsausschuß:

Antrag 8/A der Abgeordneten Dkfm. Dr. Keimel und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gesetz über das Berufsrecht der Wirtschaftstreuhänder (Wirtschaftstreuhänder-Berufsordnung) geändert wird;

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Antrag 9/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler und Genossen betreffend Marktordnungsgesetz-Novelle 1979;

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Antrag 10/A der Abgeordneten Dr. Wiesinger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Befreiung von der Rezeptgebühr nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz und dem Bauern-Sozialversicherungsgesetz.

Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage:

Bundesgesetz, mit dem das Studienförderungsgesetz geändert wird (24 der Beilagen), eingelangt ist.

Des weiteren weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen wie folgt zu:

dem Justizausschuß:

Mediengesetz (2 der Beilagen),

Insolvenzrechtsänderungsgesetz 1979 (3 der Beilagen),

Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz (4 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung geändert wird (5 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem die Rechtsanwaltsordnung geändert wird (6 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

2. Bundesfinanzgesetz-Novelle 1979 (7 der Beilagen),

2. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle (8 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Arlberg Schnellstraße Finanzierungsgesetz geändert wird (9 der Beilagen),

Bundesgesetz betreffend den Verzicht auf die aus dem Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Sambia, BGBl. Nr. 591/1975, resultierende Darlehensforderung in der Höhe von 18 500 000 österreichischen Schillingen samt Anhang (10 der Beilagen),

Bewertungsänderungsgesetz 1979 (14 der Beilagen),

Bundesgesetz betreffend den Übergang einer ERP-Verbindlichkeit der indischen Regierung auf den Bund als Alleinschuldner (15 der Beilagen),

Strukturverbesserungsgesetznovelle 1979 (16 der Beilagen),

Präsident

Goldfranken-Berechnungsgesetz (21 der Beilagen);

dem Verfassungsausschuß:

Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 (11 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Personalvertretungsgesetz geändert wird (12 der Beilagen);

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:
Medienmitarbeitergesetz (19 der Beilagen).

Debatte über die Erklärung der Bundesregierung

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist die Debatte über die Erklärung der Bundesregierung.

Als erster zum Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Dr. Mock.

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben gestern, Herr Bundeskanzler, auf die Verschiebung der Sitzung des Nationalrates zur Abgabe Ihrer Regierungserklärung Bezug genommen. Der Anlaß für die Verschiebung, Herr Bundeskanzler, ist auch für mich Grund, Ihnen persönlich alles Gute für Ihre Gesundheit zu wünschen. (*Allgemeiner Beifall.*)

Meine Damen und Herren! Die Tatsache, daß die Österreichische Volkspartei in diesem Haus auf Grund des Wahlausganges vom 6. Mai nur mehr mit 77 Abgeordneten vertreten ist und einer vergrößerten absoluten Mehrheit der Sozialistischen Partei gegenübersteht, müssen wir nüchtern zur Kenntnis nehmen.

Wir waren von diesem Wahlergebnis enttäuscht, doch sind wir dabei, die Ursachen für unser schlechtes Abschneiden zu finden und daraus die aus unserer Sicht notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Das sind wir nicht nur uns selbst, sondern vor allem auch unseren Wählern und darüber hinaus dem gesamten Land und der österreichischen Demokratie schuldig. Denn unsere politische Arbeit als Volkspartei ist kein Selbstzweck, sondern unser Wirken gilt Österreich, gilt allen Österreichern, gilt der Verbesserung der Lebensverhältnisse in unserem Vaterland und der Durchsetzung einer humanen und demokratischen Politik, nicht nur bei uns, sondern durch unseren Beitrag auch in Europa und in der übrigen Welt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir werden daher nach bestem Wissen und Gewissen die Erneuerung unserer Partei in die

Wege leiten und verwirklichen, gemäß unserem Ziel und unserem Auftrag, eine große, offene politische Bewegung in diesem Land zu sein, deren Politik für alle Menschen auch in Zukunft ihrer christlich-demokratischen und liberalen Tradition entspricht.

Meine Damen und Herren! Wenn wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir drei Mandate verloren haben, so müssen Sie von der sozialistischen Fraktion zur Kenntnis nehmen, daß wir mit 77 Abgeordneten in diesem Haus 42 Prozent der österreichischen Wähler vertreten.

Jeder einzelne Abgeordnete dieser Fraktion ist ein freigewählter Abgeordneter des österreichischen Volkes und gleichberechtigtes Mitglied dieses Hohen Hauses, des Nationalrates der Republik Österreich, dem auf Grund der Verfassung die Kontrolle der Regierung obliegt.

Jene 1,9 Millionen Österreicher, die uns wählten, haben nicht ihr demokratisches Recht verloren, weil sie nicht jene Partei gewählt haben, die schließlich die absolute Mehrheit erreichte. Sie haben ein Recht darauf, in ihrer Meinung, in ihrer überlegten Wahlentscheidung und in ihrem politischen Willen ernst genommen zu werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die fast zwei Millionen Wähler haben nicht eine mögliche arithmetische Mehrheit oder Minderheit gewählt, sondern sie haben eine bestimmte Partei, ein bestimmtes politisches Programm und bestimmte Personen gewählt; diese 1,9 Millionen Wähler, meine Damen und Herren, haben vor allem aber auch ein Nein zu einer sozialistischen Regierung und zu den Inhalten sozialistischer Politik zum Ausdruck gebracht. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*) Und sie haben dadurch, meine Damen und Herren, daß sie damit in einer beachtlichen Minderheit geblieben sind, nicht einfach unrecht behalten, sondern weiterhin das Recht, daß ihr politisches Wollen, ihre politischen Vorstellungen gemäß dem Verhältniswahlrecht auch inhaltlich proportional zur Geltung kommen. Darum werden wir das Programm, auf Grund dessen wir gewählt worden sind, auch wenn die Wahl uns enttäuscht hat, hier vertreten und nicht beiseiteschieben.

In diesem Sinn, Herr Bundeskanzler, möchte ich auf Ihre sicherlich wohlmeinenden Worte replizieren, aber mir auch gestatten, sie ein wenig ins Lot zu rücken: Sie sagten, daß Sie mich als künftigen – ich bin noch nicht gewählt –, als möglichen künftigen Obmann einer großen Partei respektieren werden. Sie sagten, Herr Bundeskanzler, daß Sie der Volkspartei gerne jenen Platz in der österreichischen Politik einräumen wollen, den sie sich in Jahrzehnten errungen hat und auch verdient.

Dr. Mock

Ich will Ihre wohlmeinende Absicht – das ist mein persönlicher Ernst, Herr Bundeskanzler –, mit der Sie diesen Satz aussprachen, überhaupt nicht in Zweifel ziehen. Doch erlauben Sie mir, ebenso in guter Absicht, eine Kleinigkeit richtigzustellen: Den Platz, Herr Bundeskanzler, den sich die Österreichische Volkspartei in der österreichischen Politik verdient, den kann uns nicht die SPÖ einräumen, sondern allein das österreichische Volk. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir berufen uns gerne und sind stolz auf unsere Tradition und auf die Leistungen der Österreichischen Volkspartei, ohne die diese Zweite Republik nicht zu denken wäre. Aber wir sind bescheiden genug, daß wir meinen: Den Respekt verdient sich nicht in erster Linie die Österreichische Volkspartei, sondern den Respekt und die Beachtung ihrer politischen Gesinnung verdienen sich jene fast zwei Millionen Österreicher, die diese Volkspartei gewählt haben und von dieser Österreichischen Volkspartei vertreten werden wollen.

Ich stehe nicht an, Herr Bundeskanzler, Ihre Worte grundsätzlich als Ausdruck Ihrer demokratischen Gesinnung entgegenzunehmen. Ich appelliere aber auch an Sie, Herr Bundeskanzler, an Ihre demokratische Gesinnung, die Minderheit dieses Hauses als frei gewählte Abgeordnete und als Vertreter ihrer großen Wählerzahl in der praktischen politischen Arbeit ernst zu nehmen und diese ihre demokratische Legitimation zu respektieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, Herr Bundeskanzler, daß wir uns darin einig sind, daß diese demokratische Gesinnung über der Rollenverteilung in diesem Hause stehen muß, da sonst die Grundvoraussetzung der Demokratie, nämlich Beschränkung der Macht und öffentliche Kritik und Kontrolle der Regierungstätigkeit, nicht gewährleistet ist.

Das Begriffspaar Macht und Kontrolle ist ein Maß der Demokratie. Die Ausgewogenheit von Macht und Kontrolle bestimmt in einem hohen Ausmaß die Qualität der Demokratie. Je größer die Macht ist, desto stärker soll sie kontrolliert werden. Derzeit ist die Realität umgekehrt: Die Macht der Regierungspartei ist größer geworden, die Zahl der Kontrolleure ist kleiner geworden. Die wesentlichsten Instrumente wirksamer Kontrolle sind in den Händen der Mehrheit dieses Hauses, und selbst in den Voraussetzungen der Kontrolle, der Information über die Tätigkeit der Regierung, sind wir eingeschränkt. Wir können nur kontrollieren, meine Damen und Herren, Herr Bundeskanzler, was uns offengelegt und bekanntgemacht wird.

Die Praxis der Mehrheit ging in den letzten Jahren dahin, über vieles den Mantel des Schweigens zu breiten und dem Parlament – vor

allem wenn von der Opposition verlangt – keine oder nicht die notwendigen Informationen zu geben.

Herr Bundeskanzler! Der Trick an dieser Vorgangsweise ist offensichtlich: Die Opposition soll dadurch gezwungen werden, auf weite Strecken bloße Vermutungen in der Hand zu haben, die dann von der Mehrheit als Unterstellungen abqualifiziert werden, ohne daß der tatsächliche Sachverhalt in vollem Umfang und je wirklich ans Tageslicht tritt. Wir sind sicher, daß Sie uns dann, wenn wir wieder auf eine empfindliche Stelle treffen, wieder einer unreinen Gangart bezichtigt werden.

Die unreine Gangart, meine Damen und Herren von der Regierungsmehrheit, liegt bei Ihnen: Sie können durch Offenlegung beweisen, ob Sie rechtmäßig gehandelt haben oder nicht, und wenn Sie tatsächlich rechtmäßig gehandelt haben, werden wir das nicht als Niederlage der Opposition einschätzen, sondern als Sieg der Demokratie *(Beifall bei der ÖVP)*, die durch die Einrichtung von Opposition und Kontrolle eine rechtmäßige und ordnungsgemäße Regierungstätigkeit sicherstellen will.

Wir sind nicht daran interessiert, daß Sie Fehler machen. Wir sind im Interesse des österreichischen Volkes daran interessiert, daß Sie keine Fehler machen! Darauf haben wir zu achten, und darauf werden wir achten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir kontrollieren nicht, meine Damen und Herren, aus Böswilligkeit, sondern um das österreichische Volk vor Schaden zu bewahren; das ist der Sinn der Kontrolle und unser demokratischer Auftrag. Dazu brauchen wir eine Stärkung der parlamentarischen Kontrollrechte, auch im Sinn von Minderheitsrechten. Diesbezüglich wird die Österreichische Volkspartei Vorschläge vorlegen.

Über die politische und rechtliche Verantwortlichkeit im engeren Sinn befindet die Mehrheit dieses Hauses auf ihre Weise.

Herr Bundeskanzler! Ich erinnere Sie an den Fall Lütgendorf. Seine Unhaltbarkeit als Regierungsmitglied war der breitesten Öffentlichkeit schon längst klar, doch die Mißtrauensanträge der Opposition wurden von der Mehrheit dieses Hauses mit eiserner Miene niedergestimmt. Ein paar Wochen später mußten Sie ihn dann entlassen. Dabei hat sicherlich, meine Damen und Herren, die Höhe der Ministerpension weniger eine Rolle gespielt als die Prestigefrage der Mehrheit dieses Hauses, der es unerträglich zu sein scheint, daß ein unfähiger Minister vom Parlament zu Fall gebracht wird. Das Mißtrauensvotum wird von der Mehrheit

Dr. Mock

dieses Hauses vom Nationalrat an den Bundeskanzler und Parteivorsitzenden delegiert.

Ähnliches ereignete sich im Falle der Frau Minister Leodolter und in anderen Fällen, zum Beispiel auch im Zusammenhang mit der ARGE-Kostenrechnung.

Dazu übrigens ein Wort, Herr Bundeskanzler. Der Ablauf der Legislaturperiode ist für uns kein Anlaß und nicht der geringste Grund, daß wir in dieser unaufgeklärten Affäre nicht weiterhin sämtliche parlamentarischen Kontrollrechte einsetzen, um Licht in diese Dinge zu bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich weiß schon, Herr Bundeskanzler, wenn es hier dann härter zugeht, werden Sie vielleicht wieder sagen, was Sie vor wenigen Wochen gesagt haben, und es klingt ganz populär: Die Leute wollen ja nicht, daß gestritten wird.

Meine Damen und Herren! Die Manipulation beginnt wie so oft beim Herrn Bundeskanzler bei der Wortwahl. Heißt das etwa, Herr Bundeskanzler, wenn man anderer Meinung ist als Sie oder die Mehrheit dieses Hauses, daß man nur streitet? Das ist eine gefährliche Darstellung. Eine nur vom Beifall unterbrochene Stille gibt es nur in Diktaturen. Ich wehre mich nachdrücklich dagegen, daß demokratische Kritik an Ihrer Regierungstätigkeit als Streitsucht und die Aufdeckung von Mißständen als Skandalisierung verteufelt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Von Skandal kann nicht dort gesprochen werden, wo kontrolliert wird, sondern höchstens dort, wo sich eine demokratische Regierung der Verpflichtung zur Kontrolle entzieht.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zu einem weiteren Punkt des Charakters unserer Arbeit. Die Aufgabe, die sich die Österreichische Volkspartei als demokratische Opposition stellt, ist nicht, gegen etwas zu sein, sondern für etwas zu sein. Wenn wir den Machtgebrauch dieser Regierung kontrollieren, treten wir für die Respektierung der Freiheit des einzelnen Bürgers ein. Wenn wir die Verwendung von Steuergeldern kontrollieren, treten wir für einen sorgsam Umgang mit jenen Geldern ein, die der einzelne Bürger von seinem Arbeitsertrag zur Verfügung zu stellen hat. Und wenn wir konkrete Vorschläge für mehr soziale Gerechtigkeit, für Energiesparen, zur Sicherung der Arbeitsplätze, zur Schaffung von Jugendarbeitsplätzen, für mehr Hilfe und Anerkennung für die Familie schwerpunktmäßig erstellen, so erfüllen wir den Auftrag von knapp zwei Millionen Wählern und leisten Arbeit für dieses Land, für unser Vaterland Österreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hier komme ich zu einem Punkt, wo Ihre Entscheidungsschwäche klar zutage tritt. Herr Bundeskanzler, die Umbildung dieser Regierung wurde vor den Wahlen von Ihnen in der Öffentlichkeit immer wieder angedeutet, zur Diskussion gestellt seit dem Herbst 1978 und wie üblich kurz darauf wieder relativiert. Es gibt nun heute keine große, es gibt keine kleine, es gibt überhaupt keine Regierungsumbildung, vielleicht aber eine im Herbst, vielleicht eine im nächsten Frühjahr.

Für den nächsten Augenblick jedenfalls haben altbekannte Regierungsmitglieder wie Leodolter, Staatssekretäre wie Schober und Karl wieder auf der Regierungsbank Platz genommen, so als ob es über die politische Zweckmäßigkeit oder über die sachliche Kompetenz der einen oder anderen Person nie eine Diskussion gegeben hätte.

Es geht mir nicht darum, Herr Bundeskanzler, eines der schwächsten Regierungsmitglieder zum Buhmann oppositioneller Kontrolle zu machen, sondern diese Frage hat einen grundsätzlichen Aspekt.

Herr Bundeskanzler! Gerade wer so wie Sie persönlich mit einem solch beachtlichen Vertrauen ausgestattet wird, hätte das Recht und die Pflicht, am Beginn einer neuen Gesetzgebungsperiode für eine optimale Besetzung dieser Regierungsbank Sorge zu tragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler, wenn sogar Sie einmal zur Auffassung gekommen sind, daß ein Regierungsmitglied nicht mit voller Kompetenz sein Amt ausfüllt, so ist höchste Zeit zum Wechsel. Der Beste ist gerade gut genug, und wenn an seiner Qualifikation sogar Sie zweifeln, ist jeder zuviel, der auf Kosten des Steuerzahlers und zu Lasten der Allgemeinheit noch einen Tag länger ein Regierungsamt verwaltet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und damit komme ich auch zur Regierungserklärung. Als Sprecher der großen Oppositionspartei muß ich feststellen – was, glaube ich, nicht nur die Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion so empfunden haben –, daß wir nach dieser Regierungserklärung bei vielen entscheidenden Problemen nicht wesentlich mehr über die konkreten Absichten der Regierung wissen als vorher.

Es ist dies wohl eine der erklärungsbedürftigsten Regierungserklärungen, die wir je gehört haben! Das ist nicht nur eine Frage des Stils, Herr Bundeskanzler, wenn immer wieder die Rede ist von „prüfen“, „Überlegungen anstellen“, „Bedacht nehmen“, „Aufmerksamkeit zuwenden“, „besondere Beachtung schenken“,

Dr. Mock

„besondere Bedeutung zukommen“ und ähnliches mehr.

Vor allem zu bedauern ist der Umstand, daß in hochaktuellen und für Millionen Staatsbürger interessanten Fragen keine konkreten, überprüfbaren Lösungsvorschläge angeboten wurden.

Sie haben im Zusammenhang mit Ihrer Regierungserklärung und mit den allgemeinen politischen Zielen vom „informierten Bürger“ gesprochen. Es wäre schon ein großer Fortschritt, Herr Bundeskanzler, würde es bezüglich der Absichten der Bundesregierung hier in diesem Haus den „informierten Abgeordneten“ geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben zwar erfahren, welchen Betrag ein Autofahrer durch die Benützung der Bahnstrecke von Wartberg an der Aist bis Linz einsparen kann, wir kennen aber keinen konkreten Vorschlag, wie es mit Pickerl, Benzinbezugsscheinen und Bezinpreiserhöhung weitergeht, von einem umfassenden Energieeinsparungskonzept ganz zu schweigen.

Wir wissen jetzt, daß es für einen voraussehbaren Zeitpunkt keinen Verzicht des Staates auf Einnahmen geben wird. Was aber die Millionen Steuerzahler, die in den letzten Jahren wiederholt zur Kasse gebeten wurden, tatsächlich an neuen Belastungen erwartet, das haben wir nicht erfahren. Wir müssen wieder einmal warten – wahrscheinlich bis zum Ende dieses Jahres –, was die Steuerkommission, wie Sie gesagt haben, in unbeeinflusster Arbeit im Finanzministerium an Vorschlägen erarbeiten wird.

Ein von Ihrem Finanzminister in Pörschach bei der Regierungsklausur vorgelegtes Papier war relativ aufschlußreicher – daraus weiß man, daß wir zumindest über kürzere Zeit schon mit einer neuen Belastungswelle rechnen müssen – als der dunkle Satz in Ihrer Erklärung, im österreichischen Staatshaushalt gäbe es Ausgabenblöcke, die nur noch historisch zu rechtfertigen sind, ihre Anpassung an die sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten der achtziger Jahre sei unumgänglich.

Als dunkel in der Formulierung und dunkel politisch im Inhalt, würde ich das bezeichnen, Herr Bundeskanzler. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie sehr diese Regierungserklärung, meine Damen und Herren, von Lippenbekenntnissen erfüllt ist, beweist zum Beispiel eine Aussage zur umfassenden Landesverteidigung. Entgegen der wörtlichen Behauptung in der Regierungserklärung, daß der Landesverteidigungsplan schrittweise realisiert werden müsse, gibt es bis heute einen solchen Plan überhaupt nicht. Der Auftrag der Verteidigungsdoktrin vom Jahre 1975 ist vor allem in den Bereichen ziviler und

wirtschaftlicher Landesverteidigung überhaupt nicht erfüllt.

Ich möchte mich hier nicht auf weitere Einzelheiten einlassen, aber doch eines feststellen:

In der Realität, Herr Bundeskanzler, erfahren wir, wo die Regierung allenfalls irgendwann tätig werden will, wir erfahren aber nicht in einer diskussionsfähigen Form, was Sie tatsächlich und konkret zu machen beabsichtigen.

Gerade wegen dieses Charakters der Regierungserklärung bin ich auch sehr skeptisch gegenüber dem von Ihnen so oft gebrauchten Schlagwort von der Demokratisierung, weil in Ihrer Dialektik, Herr Bundeskanzler, sich zu oft bewiesen hat, daß Demokratie nur dort gut ist, wo die Sozialistische Partei mehr Einfluß erhält, während Sie dort, wo Sie durch mehr Demokratie allenfalls Einfluß zu verlieren fürchten, Ihre Mehrheit in unbedenklicher Weise auch zur Verringerung demokratischer Rechte einsetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Sie haben zu oft durch Beschlüsse, bei denen Sie mitgestimmt haben, bewiesen, daß bei Ihnen Macht vor Recht und Macht vor Demokratie geht. Ich theoretisiere nicht, meine Damen und Herren, ich erinnere an den verfassungswidrigen Ausschluß von 100 000 Arbeitnehmern vom Wahlrecht zu den Arbeiterkammern. Wir haben noch nicht die Drohung des Herrn Abgeordneten Blecha nach einer geheimen Abstimmung im ORF-Kuratorium vergessen, das Wahlgeheimnis zu brechen. In acht Tagen wollte er die „Verräter“ kennen, die es sich erlaubt haben, unter dem Schutz des Wahlgeheimnisses ein Votum gemäß ihrer persönlichen Überzeugung abzugeben. Und es entsprach auch nicht unserem demokratischen Selbstverständnis, als der Präsident dieses Hauses im Wahlkampf die Frage stellte, wie eine Koalition nichtsozialistischer Parteien „gegen eine starke Arbeiterbewegung“ regieren sollte. *(Abg. Sekanina: Fragen wird man die Österreicher doch dürfen!)*

Wir werden mit der gleichen Zähigkeit, Herr Abgeordneter Sekanina, wie wir das undemokratische Arbeiterkammergesetz und die Novelle bekämpft haben, jede Einschränkung demokratischer Rechte des einzelnen oder von Gruppen bekämpfen. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Sekanina: Verdächtigungen! Beweisen Sie das!)*

Herr Abgeordneter Sekanina! Ich mache Ihnen wegen noch eine zusätzliche Bemerkung. Das sind keine Verdächtigungen. Sie haben das Pech gehabt, mit Mehrheit entgegen den Bestimmungen der Bundesverfassung ein Gesetz zu beschließen, das rund

Dr. Mock

100 000 Arbeitnehmern das Wahlrecht genommen hat. Als dieses Gesetz beschlossen wurde, Herr Abgeordneter Sekanina, hatten wir ein sozialistisches Gesetz mehr, aber etwas weniger Demokratie, weil 80 000 bis 100 000 Menschen das Wahlrecht verloren haben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist die Realität! *(Abg. Sekanina: Ihre Methoden wie bisher! Verdächtigungen! Verunglimpfungen! Das ist Ihre Politik!)*

Herr Abgeordneter Sekanina, warum machen Sie denn Zwischenrufe? Ich respektiere, daß der Herr Bundeskanzler anschließend gesagt hat: „Man kann ja auch Fehler machen, ich kann mich nicht um alles kümmern, was da drüben im Klub passiert.“ *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Anton Schlager: Der fehlerhafte Bundeskanzler! - Abg. Dr. Zittmayr: Der fehlerhafte Sekanina!)*

Ich möchte nicht billig sein. Diese Probleme sind nicht nur Probleme zwischen ÖVP und SPÖ oder zwischen den politischen Parteien hier im Haus, das ist ein Problem zwischen Demokraten und Nichtdemokraten, und Demokraten gibt es Gott sei Dank in jeder hier vertretenen politischen Partei. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre, meine Damen und Herren, ist jedenfalls Wachsamkeit im Dienste demokratischer Freiheiten gegenüber dieser sozialistischen Mehrheit angebracht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Wir haben nicht überhört, daß nach dem 6. Mai von sozialistischer Seite wiederholt von der Bereitschaft zur Zusammenarbeit gesprochen wurde. Es werden sich viele Möglichkeiten bieten, dies unter Beweis zu stellen. Eine der ersten Gelegenheiten wird sich ergeben, wenn es darum geht, an der materiellen und prozeduralen Stärkung der Rechte des Parlaments mit uns zusammenzuarbeiten.

Herr Bundeskanzler, ich ersuche Sie auch hier um Ihr Verständnis. Eine Partei und eine Bundesregierung im übertragenen Sinn, die mit einem Überhang von 0,2 Prozent und drei Mandaten ein informationsfeindliches ORF-Gesetz beschlossen hat, ein sehr eigentumsfeindliches Bodenbeschaffungsgesetz, ein sehr autonomiefeindliches Universitäts-Organisationsgesetz ein grundwertefeindliches Strafgesetz, Herr Bundeskanzler, da müssen Sie verstehen, daß bei einer solchen Vorgangsweise gegenüber dem Angebot zur Zusammenarbeit, das wir ernst nehmen, Zurückhaltung besteht und auch ein gewisser Zweifel vorhanden ist.

Ich muß Sie daran erinnern, Herr Bundeskanzler, daß Ihnen angeboten wurde, in der Kernenergiefrage – überhaupt in der Energiepolitik –, zusammenzuarbeiten. Dann hatten wir

den Scherbenhaufen, genauso wie beim Kärntner Ortstafelgesetz. Aber Ihr Angebot steht. Wir werden sehen, wie wir es in der Praxis realisieren können.

Unser Ehrgeiz, Herr Bundeskanzler, besteht nicht darin, Sand in das alltägliche Regierungsgetriebe zu streuen, wohl aber darin, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften dort einzugreifen, wo sich die Gefahr eines Machtmißbrauchs abzeichnet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich sage hier ganz offen, meine Damen und Herren: Unser Ehrgeiz kann es auch nicht sein, zur allgemeinen Denkfabrik zu werden oder uns tagtäglich den Kopf über die Geschäfte der Regierungsmitglieder zu zerbrechen, denn Sie haben ja für die Vorbereitung der Entscheidung einen vom Steuerzahler finanzierten Apparat hochqualifizierter Beamter und Fachleute zur Verfügung. Wir werden aber überall dort, wo die Bevölkerung der Schuh drückt – auch wenn Sie das oft nicht zur Kenntnis nehmen wollen –, wenn es um die Lösung brennender Probleme, praktischer Fragen geht, verhindern, daß diese Lösung auf die lange Bank geschoben wird, und eigene Alternativen zur Diskussion stellen. Das haben wir in der Vergangenheit gemacht, das werden wir in der Zukunft machen, wir werden das noch deutlicher machen.

Wir billigen Ihnen gerne zu, Herr Bundeskanzler, daß auch Sie sich über die Zukunft Gedanken machen. Aber gerade wenn ich die Regierungserklärung durchlese, habe ich den Eindruck, daß Sie die Wiedererringung der absoluten Mehrheit und selbst der Gewinn von Mandaten in keiner Weise mutiger gemacht hat. Vielleicht gerade deshalb, weil Sie sich an den Besitz der Macht zu gewöhnen beginnen und umso ängstlicher darauf bedacht sind, ihn nicht durch scheinbar unpopuläre Maßnahmen aufs Spiel zu setzen.

Herr Bundeskanzler! Am Beginn Ihrer Regierungstätigkeit sprachen Sie noch große Worte, wie vom „Kampf gegen die Armut“ und vom „Kampf dem Sterben vor der Zeit“. Sie hatten die Courage, für die Verkürzung der Wehrdienstzeit, für die Wohnbautätigkeit exakte Zahlen zu nennen. Alles das, solche Darstellungen sind aus Ihrer Regierungserklärung verschwunden. Jetzt können wir aber die Lösung der Zukunftsprobleme nicht länger mit der einfachen Formel „Mehr Sozialdemokratie, mehr Sozialismus“ auf die lange Bank schieben. Im Gegenteil, wir sind überzeugt, daß ein bloßer Verteilungsmaterialismus allein schon wegen der Sachzwänge der kommenden Entwicklung ad absurdum führen wird.

Sie können kurzfristig das Sozialprodukt von morgen schon heute verteilen und ungelöste

Dr. Mock

Probleme der nächsten Generation in Form von Schulden, Engpässen oder Umweltschäden in die Schuhe schieben. Aber eines Tages werden Sie von der Wirklichkeit eingeholt. Als ich die Worte des Finanzministers in Pörschach gehört habe, wo Vizekanzler Androsch von der Notwendigkeit des Schuldenabbaues, gesprochen hat, schien mir der Zeitpunkt, zu dem Sie die Wirklichkeit einholen wird, schon nahe zu sein. Und mit dieser Wirklichkeit werden wir eben heute schon konfrontiert. Dies zeigen auch Andeutungen, daß der Staat allein nicht die Rolle des Glücksbringers spielen kann, daß er dem sozial schwachen Hilfe zu geben hat, daß er aber dem Leistungsfähigen auch Aufgaben zuzumuten hat.

Wenn wir an einer Epochenschwelle auf die Warnungen des Club of Rome hören und nicht erst durch den Schock vielleicht nicht wiedergutzumachender Entwicklungen lernen wollen, brauchen wir in einem höheren Maße eine lernfähige Gesellschaft, brauchen wir in einem höheren Maße eine Gesellschaft mit einem dezentralen Entscheidungsmuster für Politik, Wirtschaft und Soziales.

Ich möchte hier nur eines einstreuen, Herr Bundeskanzler. Wenn ich sehe, wie seit Jahren Staaten mit einer starken zentralistischen Tradition, wie zum Beispiel Frankreich, gegen all die Nachteile des bürokratischen Zentralismus ankämpfen, versuchen zu regionalisieren, versuchen zu föderalisieren, so kann ich nur sagen: Gerade in der modernen industriellen und nachindustriellen Gesellschaft wird das Grundprinzip unserer Politik der Subsidiarität und daraus abgeleitet der Föderalismus neue Anerkennung finden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wird dies, Herr Bundeskanzler, auch eine Gesellschaft sein müssen, die demokratischer ist als jene, die wir heute vor uns haben, auch wenn sie sich sehr oft durch ihre Mehrheit auf das Wissen eines sehr erfahrenen Staatsmannes verläßt.

In der Zukunft, in die wir uns hineinbewegen, wird es nicht mehr darum gehen, den Überfluß möglichst gerecht zu verteilen, sondern darum, mit knappen Ressourcen hauszuhalten. Das Hauptinstrument der Politik einer Regierung kann nicht mehr die Gießkanne sein, sondern die nach klaren Prioritäten gezielte Bewässerung der ertragreichsten Böden. Nur das, was wir dort ernten, werden wir verteilen können und verteilen müssen. Der Endzweck der Politik ist ein sozialer. Aber vorher muß eben auch die Bereitschaft der Gesellschaft und des einzelnen zur Leistung stehen.

Auch in diesen Fragen haben wir eine vom Programmatischen her andere Einstellung als

sozialistische Ideologen: Für uns sind Leistungsprinzip und Sozialprinzip kein Gegensatz. Wir wollen den Befähigten, den Leistungsbereiten ermuntern, ihm eine Chance geben, für sich, aber auch für die Gesellschaft etwas zu leisten, und wir wissen, daß wir dann für den Schwachen, für den Armen, für den Benachteiligten der Gesellschaft mehr leisten können, aber auch mehr leisten müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In der Zukunft, meine Damen und Herren, in die wir uns hineinbewegen, wird das Glück der Menschen nicht allein in noch größeren Quantitäten von Geld, sonstigen materiellen Gütern oder Freizeit zu finden sein, sondern vor allem in qualitativen Verbesserungen der Bildung, der Gesundheit, der Arbeitswelt und der Umwelt. Der Staat kann kein Abholmarkt für Glück sein, sondern kann bloß Voraussetzungen und Bedingungen für ein glücklicheres Leben schaffen.

Und in der Zukunft, in die wir uns hineinbewegen, werden die Probleme weniger denn je, wie ich vorhin angedeutet habe, nur von der Spitze des Staates auslösbar sein. Nicht eine zentrale Steuerung, die uns alle zu Marionetten degradiert, wird die Lösung bringen, sondern die Fähigkeit möglichst vieler Bürger zu Selbst- und Mitbestimmung und zur eigenverantwortlichen Lösung von Problemen in kleineren Gemeinschaften. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Mit diesen wenigen Worten zur Zukunft versprechen wir uns weder ein Paradies noch Perfektion im gesellschaftlichen Leben; das ist schon ein grundsätzlicher weltanschaulicher Standort, daß wir dazu nicht kommen. Aber diese Problemstellungen lassen uns auch nicht ängstlich werden. Wir sehen sie als Herausforderung an den Menschen, an seinen Mut, an seine Zivilcourage, an seine Einsicht, an seine Fähigkeiten und an seinen Lebenswillen. Es ist eine Herausforderung, weiterhin die Vermenschlichung und Verbesserung der Lebensbedingungen anzustreben.

Die Übertragung dieser Überlegungen bedeutet in der Wirtschaftspolitik das klare Bekenntnis zum Ordnungssystem der sozialen Marktwirtschaft. Niemand, Herr Bundeskanzler, hat bisher ein Wirtschaftssystem gefunden, in dem Güterversorgung, Wirtschaftlichkeit, persönliche Verantwortung und soziale Sicherheit besser gelöst worden wären als nach dem Ordnungssystem der sozialen Marktwirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir bekennen uns daher zu dieser Wirtschaftsordnung, weil darin das Prinzip der persönlichen Freiheit und Entscheidungsfindung auf dem Markt – für Konsumenten und Produzenten – mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs am besten realisiert wurde.

Dr. Mock

Herr Bundeskanzler! Es ist nicht nur Kritik, sondern wirkliches Bedauern, daß in Ihrer Regierungserklärung zwar verschwommen einige aktuelle Wirtschaftsprobleme angeschnitten wurden, das bestehende Wirtschaftsordnungssystem in Frage gestellt wird, aber weder aus Ihrer Regierungserklärung noch aus Ihrem Parteiprogramm klar zu erkennen ist, zu welchem Wirtschaftsordnungssystem Sie sich tatsächlich bekennen. Es fehlt die Antwort auf die Frage seitens der Mehrheitsfraktion dieses Hauses, welche Ordnung der Bereitstellung und der Organisation der Güter und Dienstleistungen und welche Art der Leistungsbewertung die Sozialisten für die Menschen dieses Landes wollen. Einige von ihnen sagen, die soziale Marktwirtschaft ist ohnehin als kapitalistisches System zu verdammen, andere sprechen von der sozialistischen Marktwirtschaft, wieder andere reden von der sozialdemokratischen oder gemeinwirtschaftlich orientierten Marktwirtschaft, der fünfte redet von der interventionistischen Marktwirtschaft, ohne jeweils zu erklären, worum es sich dabei handelt.

Die Österreichische Volkspartei wird, unbeirrt von diesem internen Methodenstreit der Sozialisten, am System der sozialen Marktwirtschaft festhalten. Nicht nur festhalten, sondern wir werden versuchen, es weiterzuentwickeln – und ich appelliere hier auch an die einschlägigen Wissenschaften, sich dieser Aufgabe zu unterziehen –, eine zweite Phase der sozialen Marktwirtschaft einzuleiten, die eigentlich schon einer der Gründer der sozialen Marktwirtschaft, Müller-Armack, der vor rund drei Jahren verstorben ist, gefordert hat, zur Lösung der neuen Probleme.

Dieses Wirtschaftsordnungssystem hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg in hervorragender Form bewährt. Es ist sicherlich auch auf Grund der gesellschaftspolitischen Ergebnisse, die damit verbunden sind, das beste System, die neuen Probleme, von der Umweltverschmutzung angefangen, mit denen wir heute konfrontiert sind, zu lösen.

Es ist interessant, meine Damen und Herren, daß wir bei den Gegnern der sozialen Marktwirtschaft den Nachweis finden, daß gelegentlich marktwirtschaftliche Ordnungselemente in diesem oder jenem Bereich versagen. Das ist nichts anderes, als daß es überhaupt noch nirgends auf der Welt für die Lösung irgendeines gesellschaftlichen Bereiches perfekte Systeme gibt. Aber über Ordnungsalternativen gibt es, wie ich vorhin gesagt habe, nur vage Andeutungen. Man kann den Fehler und den Mangel des derzeitigen Ordnungssystems in dem einen oder anderen Fall aufzeigen, man ist aber nicht in der Lage, ein alternatives,

geschlossenes Ordnungssystem anzubieten. Denn zu dem, meine Damen und Herren, was ich konsequenterweise aus der eigenen Ideologie ableiten würde, eine zentrale Planungswirtschaft, bitte, traut sich ja heute nicht einmal mehr ein überzeugter Sozialist ein Bekenntnis abzulegen.

Wir setzen uns daher auch in der Wirtschaftspolitik dafür ein, dem einzelnen, sowohl dem Arbeitnehmer wie dem Unternehmer, einen größeren Freiheitsraum, weniger Abhängigkeiten und mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu verschaffen. Was heißt das aber konkret, zum Beispiel bezogen auf unsere derzeitige Wirtschaftspolitik? Daß wir die Unternehmen stärken und nicht schwächen sollen.

Ich darf hier auf eine Studie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen verweisen, wonach der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital der Unternehmen, ganz unabhängig ob privat oder verstaatlicht, ständig abnimmt. So sank dieser Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital in den letzten 20 Jahren von 59 Prozent auf 33 Prozent. Selbst die weitestgehende Definition von Eigenkapital unter Einschluß von Rücklagen und Pensionsrückstellungen zeigt, daß dieser Faktor immer stärker zurückgeht.

Wir glauben, daß kapitalstarke Unternehmen wettbewerbsfähige Unternehmen sind, daß wettbewerbsfähige Unternehmen die größere Chance am inneren Markt und am Außenmarkt haben und daß wettbewerbsfähige Unternehmen auch die beste Sicherung für Arbeitsplätze sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Regierung erwähnt zwar immer wieder, meine Damen und Herren, ihre Stützungsaktionen, vergißt aber jedesmal, die für die Stützungsaktionen eingehobenen Steuerbeträge anzugeben.

Ein konkretes Beispiel ist die von der Regierung beschlossene Zinsstützungsaktion. Zuerst hat man durch eine Novelle zum Gebührengesetz eine neue Kreditsteuer eingeführt. Diese Kreditsteuer bringt 500 Millionen Schilling und verteuert die Kredite um 1 bis 1,5 Prozent. Dann beklagt man die hohen Kreditkosten, beschließt eine Zinsstützungsaktion und gibt großzügig gnadenhalber 400 Millionen Schilling zur Verteilung. Und auf diesem Umweg verlieren sich für sozialistischen Bürokratismus in Kommissionen und Büros 100 Millionen Schilling!

Das ist ein Paradebeispiel für eine Politik Ihrer Regierung, Herr Bundeskanzler, wo Zentralismus, Bürokratismus zum Ausdruck kommt und wo es Ihnen nicht primär um die Hilfe für den Betrieb geht, sondern um mehr Einfluß in

Dr. Mock

den Betrieben, um direkten politischen Einfluß und um die Schaffung neuer Abhängigkeiten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte hier sehr klar sagen: Nach unserer Auffassung wird noch immer über Investitionen am besten in einem Betrieb und nicht am grünen Tisch eines Ministeriums entschieden. Nach unserer Auffassung entscheiden noch immer am sorgsamsten jene über Investitionen, die wissen, daß eine Fehlinvestition ihre eigenen Arbeitsplätze oder ihren eigenen Kapitaleinsatz gefährdet.

Diese Überlegungen zur sozialen Marktwirtschaft gehen natürlich, meine Damen und Herren, auch in die steuerpolitischen Überlegungen hinein. Wir wollen eine Steuerpolitik, die sich vor allem auch an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientiert. Nach unserer Auffassung soll eben die Verfügung über Einkommen, Vermögen und Eigentum primär bei der Einzelperson liegen und nicht beim Kollektiv. Im Gegensatz dazu stehen die Tendenzen der Steuerpolitik der Regierung, wie ich sie vorhin an einem konkreten Beispiel geschildert habe, wo man sagt, man gibt Hilfen. Tatsächlich kollektivisiert man, sozialisiert man Eigentum und den Arbeitsertrag des einzelnen.

Es ist Aufgabe der kontrollierenden Opposition, einen Konsumentenschutz auch gegenüber der öffentlichen Hand sicherzustellen. Ein wirksames Auftreten gegen ungerechtfertigte Steuererhöhungen kann nicht verhindern, daß die Staatsbürger für das öffentliche Leistungsangebot allenfalls einen zu hohen Preis bezahlen. Das heißt, ein Auftreten im Sinne eines Konsumentenschutzes gegen die öffentliche Hand, gegen eine wachsende Steuerbelastung bedeutet nicht ein Auftreten gegen Leistungen der öffentlichen Hand, sondern bedeutet ein Eintreten für gleiche Leistungen zu einem angemessenen Preis. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher, meine Damen und Herren, ist es für uns ein Anliegen, in der zukünftigen Politik erstens wieder eine ausreichende Eigenkapitalausstattung für die österreichischen Betriebe und Unternehmen im privaten und verstaatlichten Bereich zu gewinnen, vor allem auch als ein Ergebnis einer wachsenden Anzahl von Miteigentümern.

Zweitens soll die Wiederherstellung der vor dem 2. Abgabenänderungsgesetz 1977 bestanden Regelungen bezüglich des sogenannten Sozialkapitals beziehungsweise Erleichterung und Förderung der Vorsorgebildung für Ansprüche auf freiwillige Sozialleistungen im Steuerrecht erfolgen.

Und als dritter Punkt ist die Bedeutung der Sparförderung für den Gedanken der Eigenvorsorge zu betonen.

Nun, meine Damen und Herren, ist folgendes Interessantes passiert: In der Regierungserklärung unterstreicht der Herr Bundeskanzler auf Grund der geschichtlichen Entwicklung, warum bei uns der Ausdruck und das Anliegen der Eigenvorsorge nicht jenes gesellschaftspolitische Gewicht haben kann wie zum Beispiel in der Schweiz. Auf der anderen Seite hört man den Herrn Finanzminister bei jeder Gelegenheit von der Eigenverantwortung, von der Eigenvorsorge, von der Eigeninitiative reden. Ich glaube, der Grund liegt in folgendem Umstand: Das Bekenntnis zur Eigenvorsorge aus sozialistischen Reihen kommt nur dann, wenn die Finanzierbarkeit grundlegender sozialer Anliegen infolge einer falschen Wirtschafts- und Budgetpolitik an Grenzen stößt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eigenvorsorge ist im sozialistischen Selbstverständnis kein eigenes gesellschaftspolitisches Anliegen, sondern – wenn ich mir die Zeitpunkte ansehe, wo davon gesprochen wird – nur der Ausdruck des Versagens zentralistischer Umverteilungskonzeptionen. Nicht anders ist es wohl erklärlich, daß der Finanzminister immer wieder zwar davon spricht, wie ich vorhin zitiert habe, aber dann sehr oft das Gegenteil macht: Reduzierung der Sparförderung, Griff auf das Sozialkapital durch das 2. Abgabenänderungsgesetz, Verbot des Betriebssparens im Kreditwesengesetz, um nur einige Beispiele zu nennen.

Das ist mit unseren Vorstellungen nicht vereinbar. Unsere steuerpolitischen Überlegungen werden getragen von den Prinzipien der Leistungsfähigkeit des einzelnen, der Eigenvorsorge und auch vom Gedanken der steuerlichen Gleichmäßigkeit, das heißt der Gleichbehandlung aller. Steuerpolitik kann und darf in der Demokratie nicht Mittel des Klassenkampfes werden.

Natürlich, Herr Bundeskanzler, sind auch wir für die Vereinfachung des Steuerrechtes. Nur: Sie verkünden es und machen das Gegenteil. Allein die Vorgangsweise beim 2. Abgabenänderungsgesetz war eines der prominentesten Beispiele für eine unsystematische, sprunghafte Veränderung der Steuergesetzgebung und für eine Verunsicherung der Rechtsnormen in diesem Bereich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie, Herr Bundeskanzler, vom Zugang zum Recht sprechen, so wäre es höchste Zeit, gerade auch im Bereich des Steuerrechtes aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit den Zugang zum Recht für den einzelnen Staatsbürger sicherzustellen.

Meine Damen und Herren! Noch eine Bemerkung zu einem Bereich, der in der Regierungserklärung konkreter und nachteilig

Dr. Mock

ger behandelt wurde: die Entwicklung im ländlichen Raum und auch die Stellung unserer bäuerlichen Bevölkerung im Rahmen unseres Landes.

Die Grundnorm für uns liegt darin, daß wir den Menschen im ländlichen Raum auch wirtschaftliche und kulturelle Chancengleichheit garantieren wollen. Der ländliche Raum ist aber nicht nur Selbstzweck, hat nicht nur Serviceleistung gegenüber den Menschen, die dort wohnen, sondern steht auch in einem Serviceverhältnis zum Menschen, der im städtischen Raum lebt, arbeitet und wirkt. Das heißt, die Qualität des Lebens im städtischen Raum wird auch bestimmt von der Entwicklungsfähigkeit des ländlichen Raums, speziell in seiner Erholungsfunktion. Dieser ländliche Raum wird durch die Maßnahmen der Regierung in den letzten Jahren immer mehr benachteiligt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte hier nicht zu sehr in Details gehen. Hunderttausende Pendler müssen im oder vom ländlichen Raum täglich weite Anfahrestrecken zu ihrer Arbeitsstätte zurücklegen. Für die Pendler ist in einem hohen Ausmaß der Achtsturentag graue Theorie. Wir werden uns daher weiterhin für ein Pendlerpauschale einsetzen, um einmal kurzfristig die übergroßen Belastungen dieser Gruppe, die ohnehin benachteiligt ist, etwas abzuschwächen.

Aber grundsätzlich möchte ich zu diesem Problem folgendes feststellen: Eine Strukturpolitik, meine Damen und Herren, die den Stellenwert der einzelnen menschlichen Person ernst nimmt, kann sich nicht mit kurzfristigen Hilfen zufriedengeben, auch nicht mit einem Pendlerpauschale, für das wir kämpfen, sondern muß eine Struktur sicherstellen, wo nicht in einem wachsenden Ausmaß der Mensch dem Kapital nachlaufen muß, sondern die Investition dort erfolgt, wo die Menschen ihre natürliche Heimat haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Hier möchte ich auch sehr klar sagen, daß für uns wesentlicher Bestandteil einer positiven Politik für den ländlichen Raum eine landwirtschafts- und bauernfreundliche Politik ist. Die bäuerliche Bevölkerung, ihre Arbeitskraft, aber auch ihre Kaufkraft sind wesentlicher Bestandteil der Existenz und einer qualitativ hochwertigen Existenz des ländlichen Raumes. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir werden uns daher weiterhin für eine umfassende Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung einsetzen, wie wir sie vor einem Jahr im Nationalrat eingebracht haben.

Herr Bundeskanzler, Sie haben von der Zusammenarbeit gesprochen. An Hand solcher Konzepte – ob es die Agrar- und Ernährungs-

wirtschaftsordnung, ob es das Mittelstandskonzept ist – werden wir Ihre Gesprächsbereitschaft und Ihre erklärte Zusammenarbeitsbereitschaft testen. Nicht die Erklärung ist für uns gewichtig, sondern die politische Praxis. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Wenn ich mir nun ansehe, wie eine an und für sich brauchbare Regelung des Milchmarktes derzeit vom Landwirtschaftsminister angewendet wird, wie der Landwirtschaftsminister Gelder von den Bauern einhebt, die ihm nicht zustehen, sie nicht mehr zurückgibt, wenn ich mir die Andeutungen des Herrn Vizekanzlers über eine neue Belastungswelle anhöre, die besonders auch den bäuerlichen Bereich trifft – Kürzung der Stützungsbeiträge, massive Erhöhung der Einheitswerte, Ankündigung höherer Sozialversicherungsbeiträge für die bäuerliche Sozialversicherung –, so muß ich sagen, Herr Bundeskanzler: Das erweckt den Eindruck, daß Sie einen Konflikt mit der bäuerlichen Bevölkerung geradezu suchen.

Ich möchte Ihnen sagen, daß wir die politische Tradition hochhalten werden und uns aus unserer Programmatik, wo immer es notwendig ist und in jedem Einzelfall, hinter unsere bäuerlichen Mitbürger und ihre Interessen stellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte überhaupt sagen, meine Damen und Herren: Überall dort, wo aus einem soziologisch oder ideologisch veralteten Klasesendenken die Sozialistische Partei glaubt, Selbständige in Gewerbe und Industrie, Angehörige freier Berufe, Bauern und andere Gruppen der Bevölkerung unter Druck setzen zu können, wird Ihr eigenes Wort von der Zusammenarbeit, wird unsere Vorstellung von der Partnerschaft ad absurdum geführt und werden Sie auf unseren entschlossenen politischen Widerstand treffen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Übrigens, Herr Bundeskanzler: Ich habe vorhin schon im grundsätzlichen Teil von dem hohen Stellenwert der Familie in der Gesellschaft, den wir ihr zumessen, gesprochen. Wir haben gestern einen Initiativantrag eingebracht, für den die finanziellen Voraussetzungen vorhanden sind, einen Initiativantrag, für alle Kinder über zehn Jahren die Familienbeihilfen um 150 S zu erhöhen und eine weitere Stufung vorzusehen. Wenn es Ihnen ernst ist mit der Familienpolitik, dann stimmen Sie diesem Antrag zu.

Es war für mich interessant, daß auch aus Ihrer Regierungserklärung hervorging, daß Sie offensichtlich von der Annahme ausgehen, daß für die berufstätigen Frauen und Mütter bisher zu wenig gemacht worden ist. Herr Bundeskanzler,

Dr. Mock

hier hat die Österreichische Volkspartei seit vielen Jahren gesetzesreife Vorschläge für alle berufstätigen Frauen gemacht; selbständige und unselbständige, Arbeitnehmerinnen, Bäuerinnen und Selbständige in Gewerbe und Industrie, die Sie alle abgelehnt haben. Die Anliegen der berufstätigen Frauen werden in Zukunft in noch höherem Ausmaß Anliegen der Fraktion der Österreichischen Volkspartei im Nationalrat sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler, ich möchte abschließend bemerken, daß ich es sehr begrüßen würde, wenn nicht nur anlässlich einer Regierungserklärung, sondern auch anlässlich der Beschlussfassung über Gesetze von grundsätzlicher Bedeutung oder auch anlässlich von Berichten der Bundesregierung oder des Rechnungshofes im Nationalrat öfter die Gelegenheit zu einer Debatte bestünde, in der wir die Antwort auf die Frage suchen, an welchen Grundwerten wir unsere Politik eigentlich orientieren und orientieren sollen, welches Selbstverständnis wir von Demokratie haben, was unser Selbstverständnis vom Menschen und von der menschlichen Gesellschaft ist.

Wir werden zu diesem Zweck – um das zu erleichtern – heute von Seiten der Volkspartei einen Entschließungsantrag betreffend die grundsätzliche Orientierung und Schwerpunkte der Politik einbringen.

Mitten in der Flut der Gesetzesproduktion sollten wir die Fähigkeit zur Reflexion in diesen Fragen nicht verlieren. Ich meine damit keine Ideologiediskussion, die eine Lagermentalität züchtet oder gar Gräben aufreißt. Ich respektiere ein sozialistisches Menschenbild. Es hat ein Anrecht auf Respekt in der Demokratie.

Wenn jemand sagt, der Mensch ist eben nur das Ergebnis der sozio-ökonomischen Bedingungen, um eine Formel von Karl Marx zu verwenden, oder er kann ohnehin nur das tun, was zwangsweise auf Grund der materialistischen Gesetzmäßigkeit der Geschichte geschehen muß, um Max Adler zu zitieren, kommt er natürlich bei einem solchen Menschenbild, meine Damen und Herren, zu weniger persönlicher Verantwortung. Wenn der Mensch nur das tun kann, was er tun muß auf Grund einer bestimmten Gesellschaftsordnung, gibt es natürlich weniger persönliche Verantwortung. Natürlich kommt man in der Eigentumspolitik dann zum Eigentum in der Hand der Organisation, des Kollektivs, des Staates, der Gemeinde, des Landes, der Interessenvertretung und nicht zu Eigentum in der Hand des einzelnen mit all den Rechten und sozialen Pflichten, die in Eigentum für uns inkludiert sind.

Wenn wir ein anderes Menschenbild haben,

Herr Bundeskanzler, wonach der Mensch eben eine geistige und materielle Komponente hat, natürliche Rechte und Pflichten der Meinungsfreiheit, der Religionsfreiheit, der Bewegungsfreiheit, die ihm von niemandem genommen werden können, von keiner Partei, von keinem Staat, von keiner Interessenvertretung, dann ist es wert, daß wir uns darüber unterhalten, weil sich auch daraus andere politische Konsequenzen ergeben.

Ich weiß, Herr Bundeskanzler, daß es in jeder politischen Partei den Pragmatiker gibt, ich werte ihn nicht gering. Aber auch in der politischen Aktion jeder politischen Partei dringt im allgemeinen politischen Verhalten, in einer Fülle politischer Entscheidungen, das durch, wovon wir im Inneren getragen, bewegt und überzeugt sind, wobei ich natürliche Rechte und Pflichten, ein natürliches Elternrecht anerkenne.

Meine Damen und Herren! Dann gebe ich den Eltern die Priorität bei der Bestimmung des Bildungsweges ihrer Kinder, dann bekämpfe ich eine sozialistische Formel, die besagt, die Erziehung der Kinder ist Aufgabe des Gemeinwesens, dieses Gemeinwesen überträgt diese wichtige Aufgabe an die Schule und an andere gesellschaftliche Institutionen.

Wenn das Gemeinwesen, der Staat, diese Aufgabe überträgt, dann kann dieses Gemeinwesen, wann immer es ihm beliebt, diese Aufgabe zurücknehmen.

Es ist interessant, wenn man international durchsieht: Je sozialistischer eine Bildungspolitik ist, umso mehr wird das Erziehungsrecht vom Staat in Anspruch genommen. Und in der extremen Form – ich werfe Ihnen das nicht vor, ich unterstelle Ihnen das nicht, Herr Bundeskanzler – haben Sie dann die obligatorische Kinderkrippe und den obligatorischen Kindergarten bis zum obligatorischen Altersheim. Nur geht dabei die menschliche Freiheit kaputt. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Keine Form – Herr Bundeskanzler, ich wiederhole das – einer Ideologiediskussion, die eine Lagermentalität züchtet oder Gräben aufreißt.

Schließlich müssen auch wir bei uns selbst die Fähigkeit voraussetzen, uns von besseren Argumenten überzeugen zu lassen, sonst wäre diese Volksvertretung von vornherein nicht mehr als ein durch das Wahlergebnis ein für allemal vorprogrammierte Abstimmungsmaschine. Wir sollten auf die Staatsbürger hören, die gelegentlich ohnehin diesen Eindruck haben.

Gerade wenn wir von grundsätzlichen Positionen ausgehen, um politische Entscheidungen

Dr. Mock

ehrlich, engagiert, wenn auch hart ringen, können wir uns, Herr Bundeskanzler, ohne billige Profilierungsversuche zu der Tatsache bekennen, daß wir unsere Arbeit unter dem gemeinsamen Dach unseres gemeinsamen Bekenntnisses zu einer demokratischen Ordnung und zum gemeinsamen Vaterland Österreich zu leisten haben.

Nehmen wir uns, Herr Bundeskanzler, als Volksvertreter ein Beispiel an den Bürgern dieses Landes - von wenigen Fanatikern abgesehen, meine Damen und Herren -, die trotz verschiedener politischer Auffassungen in den Familien, beim Sport, bei geselligen Zusammenkünften, in den Betrieben und in den Gemeinden die Fähigkeit zum Gespräch miteinander nicht verloren haben.

In diesem Geist wollen wir unseren Beitrag als Österreichische Volkspartei zur demokratischen Diskussion leisten: kritisch, konstruktiv und stets auf das Wohl aller Menschen dieses Landes bedacht. *(Lebhafter lang anhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Fischer.

Abgeordneter Dr. **Fischer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Bundeskanzler Dr. Kreisky hat gestern dem Nationalrat zum viertenmal das Arbeitsprogramm einer Bundesregierung unter seinem Vorsitz vorgetragen. Er konnte dies tun, nachdem die von ihm geführte Partei zum viertenmal - und das in ununterbrochener Reihenfolge - von der österreichischen Bevölkerung in freien, geheimen Wahlen zur stärksten Partei des Landes gemacht wurde und - noch mehr - nachdem die Zustimmung der österreichischen Bevölkerung zur Politik dieser Regierung seit 1970 von Wahl zu Wahl größer geworden ist. *(Beifall bei der SPÖ.)* Zu diesem Erfolg und zu diesem Vertrauensbeweis, meine Damen und Herren, möchte ich zunächst dem Bundeskanzler herzlichst gratulieren. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte auch meinem Respekt vor der österreichischen Bevölkerung Ausdruck verleihen, die durch ihre Entscheidungen - und niemand, der auf dem Boden der Demokratie steht, kann das bestreiten - die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, daß in den siebziger Jahren in Österreich eine soziale, fortschrittliche, humane und stabile Politik gemacht werden konnte und daß nunmehr durch die Entscheidung vom 6. Mai die Weichen für die achtziger Jahre in die gleiche Richtung gestellt wurden. *(Beifall bei der SPÖ.)* Denn es kann ja kein Zweifel bestehen, daß die Entscheidung des österreichischen Volkes so zu interpretieren ist,

daß jene politische Kraft, die in den siebziger Jahren schwierige Aufgaben gelöst hat, diesen Kurs auch in den achtziger Jahren fortzusetzen hat. Den Nutzen davon wird das ganze Land, die Republik Österreich haben. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Hause oft Meinungsverschiedenheiten über den weiteren Weg der Politik gehabt. Ich darf daran erinnern, daß wir immer folgenden Standpunkt vertreten haben und auch in aller Zukunft vertreten werden: Schiedsrichter über die Politik, über ihre Qualität, über den Inhalt, über die Art der Durchführung ist nicht eine der Parteien dieses Hauses, nicht die Mehrheitspartei und nicht die Minderheitspartei, sondern Schiedsrichter kann nur der Souverän, das Volk, sein. Auf dessen Entscheidung haben wir gehofft während der vielen hitzigen Diskussionen, die wir in diesem Haus geführt haben.

In diesen Diskussionen, meine Damen und Herren, war doch die Situation so, daß unsere Argumentation darauf aufgebaut hat, daß die Entwicklung in den letzten Jahren positiv war und wir daher den österreichischen Weg fortsetzen wollten. Ihre Argumentation hat darauf aufgebaut, daß die Politik schlecht war und ein radikaler Kurswechsel notwendig sei. Noch wenige Tage vor den Wahlen ist das auch in den Schlußansprachen der Parteiführer sehr deutlich herausgekommen.

Wenn die österreichische Bevölkerung nun ihr Urteil gefällt hat, dann hat das nicht nur zu jener neuen Sitzverteilung geführt, von der auch Klubobmann Dr. Mock gesprochen hat, sondern, meine Damen und Herren, wir können auch noch mehr aus diesem Urteil der österreichischen Bevölkerung herauslesen. Wir können herauslesen, daß es richtig war, der Vollbeschäftigung jenen hohen Stellenwert einzuräumen, wie wir das in den vergangenen Jahren getan haben. Und wir können herauslesen, daß es richtig war, die Bevölkerung um Verständnis auch für unpopuläre Maßnahmen, auch für Belastungen zu bitten, um diese Politik fortführen zu können, und zwar unter dem heftigen Beschuß von der rechten Seite dieses Hauses.

Wenn heute mein Vorredner mehr Mut zur Unpopularität gefordert hat, wenn sich Dr. Mock für diesen Mut zur Unpopularität eingesetzt hat, dann, meine Damen und Herren, war das ein Satz, an den wir Sie vielleicht noch bei verschiedenen Gelegenheiten werden erinnern dürfen. Bisher haben wir nicht unter dem Eindruck gelitten, Sie seien der Meinung, wir hätten zuwenig Mut zur Unpopularität. Bisher war eher das Gegenteil der Fall, nämlich daß jede unpopuläre Maßnahme von der Opposition auf das heftigste kritisiert und abgelehnt wurde.

Dr. Fischer

Wir werden sehen, ob es hier einen Kurswechsel gibt. Wenn das der Fall sein sollte, so werden wir es herzlichst begrüßen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Eines darf ich schon auch in Erinnerung rufen, aber nicht, um noch einmal die vergangene Legislaturperiode Revue passieren zu lassen, sondern um gewappnet zu sein für künftige Diskussionen, um Diskussionsbeiträge richtig einschätzen zu können. Es geht eben nicht gut, meine Damen und Herren von der Opposition, wenn man eine Wählerentscheidung quasi vorwegnehmen will. Es geht nicht gut, wenn man das ganze Jahr vor den Wahlen so tut, als wüßte man schon ganz genau, wie die Wähler in Zukunft entscheiden werden, und als hätte man schon die Legitimation, das Recht der Regierung auf Fortsetzung ihrer Politik bis zum letzten Tag der Gesetzgebungsperiode zu bestreiten.

Es war eben falsch, als der Abgeordnete Steinbauer schon zu Beginn der letzten Budgetdebatte apodiktisch erklärt hat, das sei das letzte Budget der Regierung Kreisky. Das war falsch, meine Damen und Herren! Es war falsch, als er gesagt hat, über dieser Regierung liege ein Hauch von Abschied. Der Hauch von Abschied liegt woanders! *(Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)*

Es war falsch – ich sage das auch nur deshalb, weil es in diesem Haus ja jetzt eine ganze Reihe neu gewählter Kollegen gibt, die das nicht gehört haben und es sich daher nicht als Lehre für die Zukunft dienen lassen konnten –, als der Abgeordnete Steinbauer gesagt hat, mit Kreisky könne man nur mehr über die Vergangenheit reden, über die Zukunft müsse man mit der ÖVP ins Gespräch kommen. *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Es war falsch, wenn am 13. Dezember gesagt wurde – da bin ich sogar gelobt worden! –: „Klubobmann Fischer ist auf dem richtigen Weg, wenn er sich einzulesen beginnt in Josef Taus, er wird es brauchen ab dem Oktober 1979.“ *(Neuerliche Heiterkeit bei der SPÖ.)* Es ist vieles falsch gewesen, was Sie damals gesagt haben!

Kollege Höchtel hat in seiner Rede am 8. März 1979 sogar Garantien abgegeben. Nach dem 6. Mai, hat er gemeint, werden sich die Verhältnisse ändern, „das garantiere ich Ihnen“. Kollege Höchtel! Sie sollten nur Dinge garantieren, die Sie auch wirklich garantieren können, und nicht solche, wo die österreichische Bevölkerung das letzte Wort hat und nicht Sie, meine Damen und Herren. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Es haben auch jene unrecht gehabt, wenn ich das in Erinnerung rufen darf, die in der langen Debatte über die vorzeitige Beendigung der

Gesetzgebungsperiode ihre Zustimmung zu dieser vorzeitigen Beendigung damit begründet haben, daß sie gerne zustimmen würden, weil das vorzeitige Ende der Gesetzgebungsperiode auch ein vorzeitiges Ende der Regierung Kreisky sei.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten für die Zukunft daraus nur eine Lehre ziehen, nämlich das Primat der österreichischen Bevölkerung anzuerkennen, darüber zu entscheiden, wer dieses Land regiert, und nicht das Primat einer der beiden Seiten im politischen Wettstreit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich erinnere mich auch sehr gut – das liegt jetzt schon 13 Jahre zurück, das ist gewissermaßen schon ein historischer Ausspruch –, wie der frühere ÖVP-Klubobmann Dr. Withalm im April 1966 – ich glaube, es war der 20. April 1966 – in einem immer noch lesenswerten Diskussionsbeitrag zu Beginn jener Situation, die seither den österreichischen Parlamentarismus charakterisiert, nämlich daß es eine Regierung und eine starke Opposition gibt, gesagt hat, das nun voll wirksame Gesetz der Demokratie erlaube es den Österreichern, schlechte Regierungen nach Hause zu schicken und gute Regierungen zu bestätigen.

Meine Damen und Herren! Seither ist eine Regierung nach Hause geschickt worden – Sie wissen, welche. Eine andere Regierung ist viermal bestätigt worden – Sie wissen auch, welche. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vielleicht nur eine Bemerkung, damit Sie mich nicht falsch verstehen: Sosehr wir uns, wie Sie sich vorstellen können, ehrlich über dieses Wahlergebnis freuen, und sosehr wir glücklich darüber sind, so sehr ist es unsere feste Absicht – das ist auch gesagt worden –, auf Grund dieses Wahlergebnisses nicht übermütig, nicht selbstsicher zu werden. Ganz im Gegenteil! Ein solches Wahlergebnis, Hohes Haus, meine Damen und Herren, kann doch nur Anlaß sein, noch intensiver zu arbeiten, sich noch mehr um eine positive Weiterentwicklung unseres Landes zu bemühen, noch stärker Kontakte der Regierungspartei zu allen Schichten der österreichischen Bevölkerung – ich betone das Wort „alle“ – und zu jedem einzelnen Menschen herbeizuführen. Die Devise, die man sich selbst nach einem solchen Wahlergebnis vornehmen muß, kann nur lauten: arbeiten, arbeiten und noch einmal arbeiten! *(Beifall bei der SPÖ.)* Wir wollen die Österreicher nicht enttäuschen; das ist unsere feste Absicht.

Wir wissen auch, meine Damen und Herren, daß niemand regieren kann, ohne Fehler zu machen. Wir brauchen das gar nicht so

Dr. Fischer

dramatisch zu formulieren wie Saint-Just in der französischen Revolution. Er hat gesagt: Niemand kann regieren, ohne schuldig zu werden. – Das ist eine andere Zeit gewesen. Aber daß einem einmal Fehler passieren können, das ist klar, und daß die Opposition dabei eine wichtige Funktion hat, meine Damen und Herren, das ist auch klar.

Es stört uns auch nicht, wenn die Opposition oft darauf hinweist, daß sie das oder jenes durchgesetzt hat. Das stimmt. Viele Vorschläge der Opposition sind in der vergangenen Legislaturperiode realisiert worden. Es ist gar nicht falsch, dann zu sagen: Das haben wir durchgesetzt, das ist unsere Idee in diesem oder jenem Gesetz!

Nur eines, glaube ich, geht nicht: Daß man einerseits darauf hinweist, was man als Opposition alles durchgesetzt hat – und ich habe in meinem Schreibtisch eine ganze Liste von Behauptungen dieser Art –, und andererseits sagt: Das ist eine Mehrheitspartei, die so brutal ist, die uns immer niederstimmt, die nie auf unsere Vorschläge eingeht. Beides kann nicht richtig sein, meine Damen und Herren! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Wenn ich bei diesem Gedanken bin, darf ich bei dieser Gelegenheit vielleicht auch auf einige Feststellungen meines Vorredners gleich konkret eingehen:

Die Regierung müsse zur Kenntnis nehmen – und die SPÖ –, daß die Volkspartei mit 77 Abgeordneten 1,9 Millionen Österreicher vertritt und daß diese Bürger das Recht haben, daß ihre Interessen gewahrt bleiben.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren! Selbstverständlich wird das zur Kenntnis genommen. Vielleicht noch mehr: Vielleicht werden Sie erleben, daß so mancher dieser 1,9 Millionen Österreicher in Zukunft draufkommt, daß seine Interessen bei dieser Regierung sogar in besserer Hand sind als bei der ÖVP, weil wir uns auch um diese Menschen kümmern wollen (*Zustimmung bei der SPÖ*) und weil wir fest überzeugt sind, daß auch jemand, der nicht SPÖ gewählt hat, natürlich als österreichischer Bürger in vollem Umfang Anspruch auf alle Leistungen, auf alle Tätigkeiten hat, die von einer Regierung im Interesse des österreichischen Volkes zu setzen sind. Da brauchen Sie keine Sorge haben, daß wir uns nicht auch um diese Menschen kümmern.

Zweitens: Klubobmann Dr. Mock ist der Meinung, es gäbe zu wenig Information für das Parlament und zu wenig Information für die Opposition.

Ich gebe zu, man kann sich auf den

Standpunkt stellen: Information ist etwas, von dem man nie genug haben kann. In diesem Sinn kann man immer sagen: Wir haben zu wenig Information.

Aber ich muß etwas zweites hinzufügen – und es kann niemand bestreiten –: Es hat für die Opposition und für das Parlament im ganzen in der 34jährigen Geschichte der Zweiten Republik nie so viel Information gegeben wie seit 1970. Das ist eine Tatsache, das können wir politisch nachweisen, das können wir statistisch nachweisen, das können wir empirisch nachweisen. Ich brauche Ihnen ja nur rein quantitativ aufzählen, was es heute alles an zusätzlichen – glücklicherweise – Informationen gibt, die etwa der sozialistischen Opposition seinerzeit nicht zur Verfügung gestanden sind.

Wenn Sie einen konkreten Wunsch auf eine bestimmte Information haben, meine Damen und Herren: Ich glaube sagen zu können, Sie werden sie bekommen. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Bei der ARGE-Kostenrechnung haben wir sie leider nicht bekommen!*) Wenn Sie einen konkreten Wunsch haben auf eine bestimmte Information im Rahmen der bestehenden Gesetze, so glaube ich, daß wir ihm in den allermeisten Fällen werden entsprechend Rechnung tragen können. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Bei der ARGE-Kostenrechnung haben wir vieles wissen wollen!* – *Abg. Dr. Kohlmaier: Sie haben gesagt: Der Wiesinger muß nicht alles wissen!*)

Dann drittens, ein wichtiger Punkt ... (*Abg. Staudinger: Haben Sie diesen Zwischenruf gehört?*) Ja, nur hat der Kollege Kohlmaier – und das wundert mich nicht – nicht denjenigen zitiert, den er genannt hat, sondern er hat zitiert, was ein Dritter in einer Zeitung angeblich von demjenigen gesagt hat. Das ist eben ein großer Unterschied, meine Damen und Herren. (*Zustimmung bei der SPÖ.* – *Abg. Dr. Kohlmaier: Warum ist er dann nicht in den Ausschuß gekommen?*) Herr Kollege Kohlmaier! Zu Ihren Zitaten, wie sie in den Zeitungen wiedergegeben werden: Wenn die alle wahr sind, sind sie sehr gefährlich. Sie haben sich in letzter Zeit sehr heftig dagegen gewehrt, daß man Sie beim Wort nimmt mit dem, was Sie in Zeitungsinterviews und bei Pressekonferenzen gesagt haben. (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.* – *Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ein österreichischer Journalist, Kollege Kohlmaier, hat sogar auf Shakespeare verwiesen. Nur hat der Kollege Taus ihn dann korrigiert und hat gesagt: Bei Ihnen ist eher Nestroy angebracht. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.* – *Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.*) Gegen Nestroy habe ich nichts, Herr Kollege Kohlmaier.

Dr. Fischer

Der dritte Punkt, wo ich auf die Ausführungen meines Vorredners eine Bemerkung machen möchte und worauf ich eingehen möchte, ist: Kollege Dr. Mock hat die Zusammensetzung dieser Regierung kritisiert, die am 5. Juni angelobt wurde und die sich gestern mit der Regierungserklärung vorgestellt hat, indem er gesagt hat, sie sei unverändert geblieben, so als ob es über die Qualität der einzelnen Regierungsmitglieder keine Diskussionen gegeben hätte.

Herr Dr. Mock! Wenn jede Diskussion über die Qualität einer Persönlichkeit im öffentlichen Leben sofort zu ihrer Auswechslung führen würde, wären die Reihen Ihrer Parteiführung momentan ziemlich gelichtet. Das muß ich feststellen. *(Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Marga Hubinek: Aber der Herr Bundeskanzler hat es ja angedeutet!)* Die Tatsache, daß über jemanden eine Diskussion geführt wird, kann man doch nicht gleich zum Anlaß nehmen, daß man dem Betreffenden seine Aufgabe gleich entzieht. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Aber der Herr Bundeskanzler hat es angedeutet! Also stimmt es nicht, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat!)*

Noch etwas, meine Damen und Herren: Natürlich ist es das Recht des Parlaments, ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Aber es ist nicht das Recht der Opposition, über die Zusammensetzung der Regierung zu entscheiden.

Etwas drittes, meine Damen und Herren: In der Politik gibt es viele Dinge, geschriebene und ungeschriebene, an die man sich halten soll. Zu einigen der Dinge, an die wir uns halten, gehört auch Kameradschaft und Solidarität, und die lassen wir uns nicht deshalb schon erschüttern, weil irgend jemand in der Öffentlichkeit kritisiert wird, meine Damen und Herren. Das ist unsere Tradition, die sich, glaube ich, bewährt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Das vierte: Der Kollege Mock wehrt sich dagegen, daß Kontrolle als Streitsucht diskriminiert wird.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht unsere Absicht, Kontrolle als Streitsucht oder als Skandalisierung zu diskriminieren. Aber es gibt eben sehr verschiedene Formen und sehr verschiedene Ausdrucksformen im Bereich der Kontrolle. Wenn Sie einen Bereich der Politik kontrollieren wollen und Ihre Schlußfolgerungen daraus ziehen und diese der Öffentlichkeit bekanntgeben, dann erfüllen Sie nur Ihre politische Aufgabe als Opposition.

Wenn Sie aber, meine Damen und Herren – und das bezeichnen Sie als Kontrolle –, gleich bei der Hand sind mit dem Vorwurf der

„Schiebung“, wie bei der UNO-City, wenn Sie gleich mit dem Wort „Watergate“ bei der Hand sind, wenn Sie gleich mit dem Wort „Korruption“ bei der Hand sind, meine Damen und Herren, dann bitte werden wir uns zur Wehr setzen. Das werden wir auch in Zukunft tun. Wir werden nicht Abstand nehmen können davon, solche Formen der Kontrolle als das zu bezeichnen, was sie auch tatsächlich sind, meine Damen und Herren. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Dann vielleicht fünftens noch etwas sehr Wichtiges: Klubobmann Dr. Mock hat der SPÖ vorgeworfen, Macht gehe ihr vor Demokratie, sie setze sich für einen Abbau, für eine Verringerung demokratischer Rechte ein. Und er hat das Arbeiterkammergesetz als Beispiel gewählt.

Meine Damen und Herren! Eigentlich ist das ein Vorwurf, auf den man auch ganz anders und viel heftiger reagieren könnte und wo man einmal untersuchen könnte, aus welcher politischen Richtung der eigentlich kommt und wie denn da die Bilanzen der beiden großen Parteien ausschauen.

Aber ich will das hier und heute nicht tun. Ich will die Diskussion nicht damit belasten, daß ich das als einen wirklichen Tiefschlag aufgreife, sondern ich will nur auf einen Artikel von Herrn Dr. Lenhardt in einer bürgerlichen Zeitung, der „Presse“, verweisen. Er hat geschrieben, was ein fairer Beobachter – und vor allem einer, der unsere Verfassungsordnung kennt – sagen muß zu dieser Auseinandersetzung um das Arbeiterkammerwahlrecht. Ich gehe jetzt gar nicht auf die Argumente ein, die wir vorgebracht haben und die Sie vorgebracht haben.

Dr. Lenhardt hat geschrieben, daß die Auseinandersetzung um das Arbeiterkammerwahlrecht letzten Endes ein Triumph der Demokratie war, wenn man davon ausgeht, daß in der parlamentarischen Demokratie zunächst Mehrheitsentscheidungen gelten, aber diese Mehrheitsentscheidungen einer höchstgerichtlichen Kontrolle unterliegen. Und das ist der Fall.

Diese höchstgerichtliche Kontrolle ist zu einer bestimmten Schlußfolgerung gekommen. Wir haben uns dem gebeugt. Und das jetzt, meine Damen und Herren, als Beweis zu führen, daß Macht vor Demokratie geht, das kann nur jemand tun, der das Ganze nicht überblickt oder der hier wider besseres Wissen spricht. Das ist nämlich der Tatbestand. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Eines, glaube ich, sollte man schon auch noch aufgreifen, um ein bißchen in die Diskussion hineinzukommen, die von Ihnen gewünscht wird. Klubobmann Dr. Mock hat sich sehr, sehr ausführlich für die

Dr. Fischer

Soziale Marktwirtschaft eingesetzt, hat ein Bekenntnis zu ihr abgelegt, hat sie quasi absolut gesetzt, hat gemeint, es wäre auch gut, eine wissenschaftliche Diskussion darüber zu führen. Ich glaube, die Diskussion müßte schon einfach dadurch in Schwung kommen, daß Sie einmal nichts anderes tun, als die jüngste, die dieswöchige Nummer des Pressedienstes der Katholischen Sozialakademie zur Hand zu nehmen; ich weiß nicht, ob Sie sich die Soziale Marktwirtschaft heute deshalb ausgesucht haben, weil hier als aktuelles Thema die Soziale Marktwirtschaft beschrieben wird. Hier heißt es in einem Beitrag von einem Theologieprofessor, Professor für christliche Gesellschaftslehre an der Universität Regensburg – ich lese Ihnen das ohne Kommentar vor –:

„Der Begriff ‚Soziale Marktwirtschaft‘ ist eine Zweckkonstruktion der politischen Propaganda mit dem Ziel, die Mißstände des Spätkapitalismus zu verschleiern und den Status quo zu stabilisieren. Es ist doch einfach nicht wahr“ – schreibt der Theologieprofessor –, „daß die ‚Soziale Marktwirtschaft‘ ‚größtmögliche Freiheit‘ und ‚Freiheit auf dem Markt gewährt‘. Das Gegenteil trifft zu. Der libertinistische Freiheitsbegriff des unter dem Deckmantel der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ agierenden Kapitalismus führt“ geradezu „zur Zerstörung der Freiheit. Die Eigengesetzlichkeit der marktwirtschaftlichen Automatik führt auf dem Weg der ruinösen Konkurrenz unter anderem zu einer immer stärker zunehmenden Vermögens- und Machtkonzentration in den Händen weniger. Die damit verbundene katastrophale Vernichtung mittelständischer Existenzen ...“ „– (Abg. Dr. Mock: „Theologieprofessor!“ – Abg. Mag. Minkowitsch: Hoffentlich versteht er von Theologie mehr!) im Namen der Freiheit – und daraus resultierende Arbeitslosigkeit ist das Werk der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘.“

Ein Diskussionsbeitrag von dieser Woche ... (Abg. Ing. Gassner: Weiterlesen!) Ja bitte, weiter heißt es – der Kernsatz weiter hinten –:

„Wenn die kapitalistische Interessen-Ideologie der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ von der Verteidigung der Freiheit durch das marktwirtschaftliche System spricht, so handelt es sich dabei selbstverständlich um ihr Verständnis von Freiheit: Um die Freiheit zur Zerstörung der Marktwirtschaft und zur Vernichtung mittelständischer Betriebe, um die Freiheit zur Aufhebung der Freiheit.“ (Abg. Ing. Gassner: Weiterlesen!) Herr Kollege, ich gebe es Ihnen. Sie können es selber lesen. Ich mache hier keine Vorlesung. Ich glaube nur, man kann es sich nicht so einfach machen, einfach ein Schlagwort hinzuschmeißen und zu glauben, daß damit irgendein gesellschaftliches Problem gelöst ist.

Ich glaube, daß die Diskussion über diesen Begriff in Österreich viel weiter gediehen ist, als jene glauben, die ihn noch so verwenden, als wären wir in den fünfziger Jahren oder noch früher. Das, glaube ich, muß an dieser Stelle schon gesagt werden, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Nachdem ich versucht habe, die politische Entscheidung, die in Österreich gefallen ist, in bezug auf die Politik, die gemacht wurde, zu bewerten, glaube ich, daß es noch einen zweiten Grund gibt, in unserer ersten Diskussion seit den Wahlen vom 6. Mai 1979 auf dieses Wahlergebnis zurückzukommen. Ich tue es auch mit der nötigen Nüchternheit und Trockenheit und ohne Sie zu verletzen.

Tatsache ist, daß vor dem 6. Mai die Österreichische Volkspartei den Österreichern immer wieder gesagt hat, die ÖVP sei die Partei, die aufs allerbeste auf die Übernahme der Regierungsverantwortung vorbereitet sei, in der Ideologie aufs beste, in der Organisation aufs beste, ihre Struktur sei in Ordnung, mit den Personen sei es gut bestellt, so gut mit den Personen, daß Sie jede Funktion sogar doppelt besetzen können. (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Noch im Wahlauftrag der ÖVP hat es geheißen, daß die Volkspartei diejenige Kraft sei, die Österreich von Grund auf erneuern könne. Und nicht einmal 14 Tage später haben wir aus dem Mund eines ganzen Chores von prominenten Politikern gehört, daß eigentlich gar nichts in Ordnung ist. Die Organisation ist keineswegs in Ordnung, erfahren wir jetzt. Der Parteiobmann hat gemeint, es sei für ihn sehr schwer, wenn er nicht einmal weiß, wieviel zahlende Mitglieder seine Partei hat, und die bündische Struktur ist auch ein Problem, und das mit dem Doppelbesetzen jeder Funktion ist auch ein Problem.

Dr. Busek, den wir alle kennengelernt haben, der viele Jahre hier im Parlament unser Kollege war, hat in einem Interview mit der „Kleinen Zeitung“ auf die Frage nach den ideologischen Positionen der ÖVP und danach, wieso die ÖVP so vieles falsch eingeschätzt hat, gesagt – wörtlich Busek –: „Wir haben zuwenig nachgedacht.“

Meine Damen und Herren! Das war manchmal auch unser Eindruck in gewissen Diskussionen. Nur haben Sie es uns damals vor der Wahl nicht geglaubt.

Ich glaube sagen zu können: Wenn wir jetzt sehen, wie die Dinge wirklich sind, wenn wir jetzt größeren Durchblick haben und wenn es richtig ist, daß man die ÖVP in ihrer derzeitigen Struktur hätte gar nicht zielorientiert führen können, dann müßten eigentlich über die Grenzen unserer Partei hinaus die Menschen sagen: Es ist gut für unser Land, daß die Führung dieses Staates am 6. Mai bei der SPÖ geblieben

Dr. Fischer

ist, und es ist gut für unser Land, daß es auch in den nächsten vier Jahren eine SPÖ geben wird! – Das ist meine feste Überzeugung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Von noch etwas hoffe ich, daß wir es in den nächsten politischen Diskussionen auch in diesem Haus uns nicht gegenseitig sagen werden und daß wir es nicht zu hören bekommen werden, nämlich jenen Satz, daß es notwendig sei, die SPÖ auf ein für die Demokratie erträgliches Maß zu reduzieren.

Meine Damen und Herren! Welches Maß an SPÖ für die Demokratie erträglich ist, das entscheiden die Wähler! Die Lehre kann nur sein, daß keine Partei, die in der politischen Arena steht, sich selbst zum Maßstab aller Dinge und sich selbst zum Maßstab der Demokratie in den anderen Parteien machen darf. *(Zustimmung des Abg. Dr. Mock.)* Das kann nur schiefgehen, meine Damen und Herren.

Mich erinnert das ein bißchen an die berühmte Geschichte, Herr Unterrichtsminister, vom König der Lydier, der das Delphische Orakel befragt hat, bevor er zu seinem Feldzug gegen die Perser aufgebrochen ist, und der dann ganz optimistisch in diesen Krieg gezogen ist, weil das Orakel ihm gesagt hat: Du wirst ein großes Reich zerstören! – Nur war es sein eigenes, das er zerstört hat.

Die ÖVP ist angetreten, die SPÖ auf ein für die Demokratie erträgliches Maß zu reduzieren; und es war das eigene Maß, das reduziert worden ist, meine Damen und Herren.

Wir werden uns bemühen – ich habe das schon gesagt –, als Ergebnis dieses Wahlergebnisses so zu arbeiten, daß nicht nur jene Menschen, die uns ihre Stimme gegeben haben, sich bestätigt fühlen, sondern – und hier kann ich Sie, Herr Dr. Mock, beruhigen – daß auch jene, die uns diesmal noch nicht gewählt haben, zumindest unseren Einsatz für die Republik, für dieses Land anerkennen werden.

Wir werden uns bemühen, das Regierungsprogramm zu verwirklichen, das dem Parlament vorgetragen wurde und das auf dem aufbaut, was wir auch vor den Wahlen schon gesagt haben.

Wir werden uns bemühen, die Tradition in der österreichischen Sozialdemokratie, die guten Traditionen, fortzusetzen, zu denen auch Solidarität und Kameradschaft gehören, aber eben auch offen sein für jene, die – Sie haben sich immer an diesem Satz gestoßen – ein größeres oder ein kleineres Stück des Weges mit uns gehen wollen, auch wenn sie sich nicht als Sozialisten, als überzeugte Anhänger dieser Idee empfinden. Was ist da so schlecht in der

Demokratie, wenn auch solche Menschen, die keine Sozialisten sind, ein Stück des Weges – ich bleibe bei dieser Formulierung – mit uns gehen? Wir laden sie herzlich dazu sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat natürlich auch – und das ist ja der Hauptzweck der heutigen Debatte – Kritik am Regierungsprogramm, an der Regierungserklärung geübt. Das ist völlig in Ordnung, das ist die Aufgabe einer wachsamten Opposition, und darüber kann es ja überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten geben. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Ich glaube aber nicht, daß es gelingen wird, nachzuweisen oder gar der Öffentlichkeit einzureden, daß ein schlechtes Regierungsprogramm, ein unklares Regierungsprogramm, ein verwachsenes Regierungsprogramm ist.

Ich sage Ihnen: Wenn wir in der kommenden Gesetzgebungsperiode dieses Regierungsprogramm – und darum werden wir uns natürlich bemühen – in einem so hohen Prozentsatz verwirklichen können wie das Regierungsprogramm der vergangenen Gesetzgebungsperiode, dann wird Österreich im Jahre 1983 wieder ein gutes Stück vorangekommen sein. Das ist meine feste Überzeugung! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn die Kommentare der ÖVP zu dieser Arbeit auch unreflektiert die gleichen sein werden wie in den letzten vier Jahren, meine Damen und Herren, so wird es uns auch recht sein müssen und vielleicht sogar nützlich sein für uns, weil ich glaube, daß eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition das ist, was die österreichische Bevölkerung viel mehr honoriert als alles andere.

Damit komme ich zu dem Problem Zusammenarbeit. Ich erinnere mich, Kollege Lanner und viele andere haben das Versprechen zur Zusammenarbeit vor den Wahlen geradezu in den Vordergrund ihrer politischen Aussagen gerückt. Die Volkspartei ist offen für jede Zusammenarbeit, hat es im Wahlruf geheißt. „Zusammenarbeit für Österreich ist unser Bekenntnis“, haben Sie, Kollege Lanner, bei der Wahlschlußkundgebung der ÖVP am 4. Mai gesagt. Und Sie haben es so intensiv gesagt, daß man es Ihnen glauben mußte.

Und jetzt frage ich: Gilt das auch nach dem 6. Mai? – Wie ist die Erklärung des Dr. Mock in einer Pressekonferenz unmittelbar nach der Wahl zu verstehen, wo er gesagt hat, daß es in dieser Legislaturperiode sicher nicht in dem Ausmaß Konsenspolitik geben wird wie bisher?

Dr. Fischer

Warum nicht? – Eigentlich müßte es mehr Bereitschaft zur Konsenspolitik geben, wenn das richtig war, was Sie vor der Wahl gesagt haben. Warum soll es jetzt weniger Bereitschaft zur Konsenspolitik geben wie bisher, wenn man es vorher anders gesagt hat? – Meine Damen und Herren! Ich gebe schon zu: Das ist letztlich Ihre Sache, wie Sie sich dann entscheiden und für welchen Weg Sie sich entscheiden. Aber man müßte halt annehmen können, daß das, was nach der Wahl gilt, möglichst identisch sein soll mit dem, was vor der Wahl gesagt wird. Und ich füge noch hinzu, daß wir uns jedenfalls bemühen werden, das zu realisieren, was in der Regierungserklärung gestanden ist, daß nämlich der Konsens, wenn er erzielbar ist, wenn eine Regelung nicht ihres substantiellen Inhalts beraubt wird, sicher ein Positivum für sich ist, weil eine Materie außer Streit gestellt ist, weil eine Materie auf einer breiten Basis ruht. Obwohl ich hinzufüge, der Vorwurf der „hauchdünnen Mehrheit“ trifft ja heute weniger zu als je in der Zeit seit 1970.

Ich würde mir wünschen – wir stehen ja heute erst am Beginn der Diskussion –, daß Ihr Bekenntnis zur Zusammenarbeit irgendwie auch in dieser Debatte über die Regierungserklärung einen Niederschlag finden kann.

Hohes Haus! Ein 140-Seiten-Dokument ist nicht etwas, wo Regierung und Opposition völlige Übereinstimmung erzielen können. Aber in der Regierungserklärung ist ein Bekenntnis zur Sicherung der Vollbeschäftigung und zur Fortsetzung der diesbezüglichen Bemühungen enthalten. Vielleicht könnten Sie dem zustimmen, meine Damen und Herren?

In der Regierungserklärung ist ein Bekenntnis zur Fortsetzung der erfolgreichen österreichischen Außenpolitik auf der Basis des Staatsvertrages und der Neutralität und der Zugehörigkeit zu den westlichen pluralistischen Staaten. Vielleicht könnten Sie dem zustimmen und das auch zum Ausdruck bringen?

In der Regierungserklärung ist ein Bekenntnis zur Modernisierung der österreichischen Wirtschaft unter besonderer Beachtung der Probleme der klein- und mittelständischen Betriebe. Warum stimmen Sie dem nicht zu, meine Damen und Herren?

In der Regierungserklärung ist ein Bekenntnis zu sozialer und wirtschaftlicher Stabilität. Ich glaube, Sie könnten das akzeptieren.

In der Regierungserklärung ist ein Bekenntnis zu sozialer Sicherheit. Ist das nicht etwas, wo Sie zustimmen können?

In der Regierungserklärung ist ein Bekenntnis zur Solidarität zwischen den Generationen,

insbesondere auch ein Bekenntnis zur Sicherung der Pensionen. War das nur vor den Wahlen ein Anliegen aller Parteien, und soll es nicht auch nach den Wahlen ein Anliegen aller Parteien sein?

In der Regierungserklärung ist ein Bekenntnis zum Ausbau der Mitbestimmung. Hier müßten wir uns doch auch einigen können.

In der Regierungserklärung ist ein Bekenntnis zur öffentlichen Sicherheit. Wie immer der Sicherheitssprecher der ÖVP künftig heißen mag – wir könnten auch darin übereinstimmen.

In der Regierungserklärung ist ein Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und zur Erweiterung der Grundrechte. Ich glaube, das ist eine Basis, die gemeinsam ist. – Und viele andere Punkte könnte ich Ihnen auch noch nennen.

Ich nehme schon vorweg den möglichen Einwand, daß Sie sagen: Ja, ja, das sind sehr schöne Zielsetzungen, aber wir werden sehen, wie dann die Realisierung aussieht.

Meine Damen und Herren! Rom ist auch nicht an einem Tag erbaut worden. Stimmen wir heute einmal über die Zielsetzungen überein, und unterhalten wir uns in den nächsten vier Jahren über deren Realisierung, wo Sie immer noch Gelegenheit haben werden, Ihre Vorstellungen vorzubringen.

Nur eines noch: Kollege Dr. Mock hat angekündigt, es werde einen Entschließungsantrag der ÖVP geben. Darf ich dazu folgende Bemerkung machen: Wir diskutieren heute eine Regierungserklärung, die gestern vorgelegt wurde. Sie haben Zeit gehabt, sie zu studieren. Es ist ein Exemplar dieser Regierungserklärung jedem Klub sogar schon vor der Sitzung zugegangen. Und das ist ein Dokument, über das eine sinnvolle Diskussion möglich ist.

Aber, meine Damen und Herren, wenn während einer Haussitzung, zu einem Zeitpunkt, an dem wir überhaupt nicht mehr beraten können, Sie jetzt plötzlich einen Entschließungsantrag ankündigen – er liegt noch gar nicht vor, die Parlamentsdirektion hat mir vorhin auf meine Frage gesagt: Der ist noch gar nicht da! –, dann bitte ich Sie um Verständnis, wenn wir das wirklich nur als eine demonstrative Maßnahme betrachten können.

Denn Sie können doch nicht annehmen, daß jetzt die Regierungspartei einen während der Sitzung eingebrachten Antrag unbekannten Inhalts, unbekannten Volumens hier akzeptieren wird auf Punkt und Beistrich, weil ja bei solchen Anträgen Abänderungen bekanntlich gar nicht möglich sind.

Dr. Fischer

Ich nehme das als eine Demonstration der ÖVP zur Kenntnis, aber ich bitte um Verständnis, daß es für uns halt schon allein aus diesem Grund – den Inhalt kenne ich ja noch gar nicht – nicht mehr als eine solche Demonstration sein kann. Das dazu, meine Damen und Herren.

Vielleicht abschließend noch einige Überlegungen grundsätzlicher Natur. Österreich hat in den 34 Jahren der Zweiten Republik – daran kann kein Zweifel bestehen – ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem besonderer Art entwickelt. Es ist ein pluralistisches, parlamentarisches, demokratisches System mit einer gemischtwirtschaftlichen Struktur, die unendlich weit entfernt ist – entgegen allen Versuchen von konservativer Seite, das anders darzustellen – von den zentralistischen Einparteienstaaten östlicher Prägung.

Herr Dr. Mock, es ist auch unser Menschenbild unendlich weit entfernt von dem, was Sie hier mit Zitaten von Karl Marx und Max Adler zu konstruieren versucht haben. Es ist auch unser Menschenbild davon unendlich weit weg! Und es ist immer wieder das Dilemma einer konservativen Partei, daß sie sich scheinbar mit dem Sozialismus nur dann durchschlagskräftig auseinandersetzen kann, wenn man vorher eine Karikatur, einen Pappkameraden zimmert und auf den dann losgeht und sich freut, wie es scheppert und wie es klescht. Nur an der Realität, meine Damen und Herren, an der hat man gründlich vorbeargumentiert. Das muß ich schon auch anmerken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber wir sind eben auch, meine Damen und Herren, weit weg von einem kapitalistischen Gesellschaftssystem, das letztlich die Mechanismen des Marktes über die Prinzipien der Gerechtigkeit, der Humanität über den einzelnen Menschen stellt.

Das kommt in unserem Regierungsprogramm zum Ausdruck, das kommt in unserem Parteiprogramm zum Ausdruck, und dabei wird es auch bleiben.

Wir wollen nämlich die beiden Grundirrtümer der Gesellschaftspolitik des 20. Jahrhunderts möglichst vermeiden und glauben, daß wir demokratische Sozialisten in Österreich damit einen echten Weg der Mitte gehen, einen Weg der Mitte in einem viel weiteren Sinn als nur bezogen auf das österreichische Parteienspektrum. So viel dazu.

Zwei Sätze auch zur Sozialpolitik, weil hier auf angebliche Widersprüche in der Regierungserklärung verwiesen wurde und sich auch die Öffentlichkeit, die Zeitungen damit schon auseinandergesetzt haben.

Ich möchte Ihnen ganz kurz meinen Stand-

punkt skizzieren: Wir wissen, meine Damen und Herren, daß wir in der Sozialpolitik nicht unbegrenzt, einfach linear die bisherigen Wege fortsetzen können. Aber wir wissen auch und vor allem die österreichische Bevölkerung weiß es, daß wir weiterhin an der Spitze jener stehen werden, die eben soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit ganz, ganz ernst nehmen. Deshalb müßten wir auch Lösungen ins Auge fassen, die nicht in erster Linie generelle Leistungsverbesserungen vorsehen, sondern mehr auf die tatsächliche verteilungspolitische Komponente der Sozialpolitik Bedacht nehmen, indem wir uns an den konkreten Sozialprofilen, an den Bedürfnisprofilen der österreichischen Bevölkerung orientieren.

Das ist unsere Absicht, und wenn wir darin übereinstimmen, werden wir dies umso leichter durchsetzen können.

Hohes Haus! Die Regierungserklärung hat sich auch mit dem Verhältnis des Bürgers zum Staat und der Demokratie beschäftigt. Und da gäbe es viele Anknüpfungspunkte, über die man diskutieren kann, insbesondere zum Problem der direkten Demokratie. Ich möchte nur eines herausgreifen:

Die bisherigen Diskussionen über die direkte Demokratie war stark geprägt von einem Vorschlag der ÖVP beziehungsweise des ÖVP-Obmannes Dr. Taus, von einem Vorschlag, der gelautet hat, daß über jeden Gesetzesbeschluß eine Volksabstimmung durchzuführen ist, wenn es ein Drittel der Mitglieder des Nationalrates verlangt. – Sie kennen diesen Vorschlag der ÖVP.

Meine Damen und Herren! Ich finde, es wäre fair gewesen, wenn Sie die Quelle dieses Vorschlages genannt hätten. Das ist der Antrag 195/A vom 17. Jänner 1929, ein Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten Sever und Genossen, der damals, vor mehr als 50 Jahren, im Parlament eingebracht wurde.

Ich nehme an, daß Ihnen auch die Stellungnahme der Christlich-sozialen Partei zu diesem Antrag bekannt ist. Der Sprecher der Christlich-sozialen hat in der 75. Sitzung des Nationalrates der III. Gesetzgebungsperiode sehr negativ dazu Stellung genommen. Er hat zu dem Antrag, den jetzt die ÖVP der Öffentlichkeit vorlegt, gesagt:

„Wenn man einem Drittel dieses Hohen Hauses das Recht geben würde, über jedes Gesetz eine Volksabstimmung zu veranstalten, so war der Gedanke wohl der, zur Obstruktion allenfalls die breiten Massen der Bevölkerung zu Hilfe zu rufen. Da stelle ich doch die Frage: Ist denn ein Antrag ernst gemeint, der die Gefahr mit sich bringt, daß eine ordentliche Gesetzgebung in diesem Staate überhaupt nicht

Dr. Fischer

mehr recht denkbar ist? Das ist nicht die Demokratie, die wir meinen."

Wissen Sie, was ich meine? Daß wir vielleicht auf dieser Basis ganz vernünftig diskutieren können, daß das jetzt keine parteipolitische Frage mehr ist. Vor 50 Jahren haben wir es beantragt, und Sie haben es in Grund und Boden verdammt. Nun haben Sie es zur Diskussion gestellt, jetzt werden wir aber nicht denselben Fehler machen und Ihren Antrag in Grund und Boden verdammen. Keineswegs!

Wir werden uns ernsthaft mit den Fragen der direkten Demokratie beschäftigen, obwohl ich glaube, daß es andere Wege gibt, die vielleicht besser sind als der Weg, jeden Gesetzesvorschlag über Verlangen von einem Drittel der Öffentlichkeit zur Abstimmung vorzulegen.

Nur weiß ich nicht genau, wie ich dran bin mit den Kollegen von der ÖVP.

Ich habe mich bei einem Nationalbankseminar am 8. Juni in, wie ich hoffe, einer ausbalancierten und fairen Weise zu diesem Vorschlag der Erweiterung der Demokratie – der direkten Demokratie – geäußert, schon deshalb sehr vorsichtig, weil dort der frühere Klubobmann der ÖVP, Professor Koren, anwesend war und ich mir gedacht habe, der wird jetzt diesen Vorschlag der plebiszitären Demokratie massiv verteidigen. Aber mein Erstaunen war grenzenlos, als Professor Koren dort erklärt hat, daß dieses Ausweichen in die plebiszitäre Demokratie ein Unfug ist.

Der „Kurier“ hat berichtet – ich zitiere –: „... anstatt notwendige politische Entscheidungen zu treffen, ätzte der Exklubchef der ÖVP, frage man sich heute eher ‚Was glauben die Leute?‘“

Ja sicher, der Ausbau der direkten Demokratie heißt, in verstärktem Umfang zu fragen, was die Leute glauben. Und da muß man sich halt eine klare Meinung zurechtlegen. Da kann es halt nicht so gehen, daß man zuerst einen sozialistischen Vorschlag in Grund und Boden verdammt, dann, wenn auch wesentlich später, dasselbe vorschlägt und dann in Diskussionen wieder eine andere Meinung vertritt.

So glaube ich also, daß wir gut beraten sind, wenn wir diese Fragen der direkten Demokratie wirklich sorgfältig und gründlich überlegen, Vorteile und Nachteile gegeneinander abwägen, prüfen, auf welche Art und Weise die Mitwirkung der Bevölkerung auch bei gesamtstaatlichen Entscheidungen intensiviert werden kann, und keine vorschnellen Entscheidungen treffen, die zu Lasten der indirekten Demokratie, der repräsentativen Demokratie, gehen. Denn daß die repräsentative Demokratie das Kern-

stück der Funktionsweise unseres politischen Systems ist, meine Damen und Herren, müßte doch außer Streit stehen. So viel dazu.

So möchte ich, Hohes Haus, zusammenfassend noch einmal sagen: Wir verstehen die Wahlentscheidung vom 6. Mai nicht nur als Urteil über jene Phase der Politik, die schon hinter uns liegt, sondern auch als Auftrag zur Gestaltung künftiger Aufgaben. Wir werden uns daher mit ganzer Kraft und gestützt auf das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung bemühen, als sozialistische Parlamentsfraktion unseren Beitrag zu leisten, daß Österreich in die achtziger Jahre hinein den bewährten Weg einer sozialen, gerechten, modernen und humanen Demokratie geht und daß daher Freiheit, Sicherheit und Demokratie in unserem Staat auch in Zukunft gewahrt bleiben. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Götz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. DDr. **Götz** (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung gewissermaßen vorweg: Zwischen dem Herrn Bundeskanzler und mir herrscht ein sehr fruchtbares Spannungsfeld. Das schränkt in keiner Weise ein, daß ich persönlich und namens des freiheitlichen Klubs Ihnen, Herr Bundeskanzler, eine baldige Wiedererlangung Ihrer vollen Gesundheit wünsche. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ und der ÖVP.)*

Die Regierungserklärung hat – Herr Dr. Fischer hat in seinen Ausführungen schon einmal vom Orakel von Delphi gesprochen – ein wenig an dieses Orakel erinnert. Sie hat aber deutlich gemacht, weshalb die Nationalratswahlen vorverlegt wurden: Erstens, weil das Bild der heilen Welt in Österreich – das war ja der zentrale Inhalt sozialistischer Wahlwerbemittel – nicht länger aufrechtzuerhalten war. Zweitens, weil der Ruf nach einer differenzierten und daher grundsätzlich anderen Sozialpolitik, die sich an der Lage des einzelnen Mitbürgers orientiert und nicht nach dem Gießkannenprinzip wirkt, gerade noch die erwünschte Möglichkeit geboten hat, die freiheitliche Opposition zu diffamieren, zu verdächtigen und herabzusetzen, knapp bevor man ihre Aussagen in die Regierungserklärung zum Teil wörtlich übernommen hat, und weil drittens die Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften, und zwar aller, erschöpft ist und die Problematik ständig wachsender staatlicher Einflussnahme und Einmischung erkennbar wurde. Weil insgesamt also die Unaufrichtigkeit einer Politik ständig wach-

Dipl.-Ing. DDr. Götz

sender Bedarfsweckung beim Bürger die Bedarfsdeckung aus den Taschen eben dieser Bürger hat deutlich werden lassen.

Daß dies mehr österreichische Wähler erkannt haben, ist aus dem Wahlergebnis ablesbar. Es wäre sonst nicht denkbar, daß eine an Macht, Einfluß und Informationsmöglichkeit sicher nicht große freiheitliche Opposition, gerade weil sie die ungeschminkte Wahrheit ausgesprochen hat, relativ zu ihrer Größe wesentlich mehr Wähler dazugewinnen konnte als die allmächtige und die Macht oft mißbrauchende Regierungsmehrheit.

Ich möchte nicht ohne Grund auf eine, wie mir scheint, typische Wiederholung in der gestrigen Regierungserklärung eingehen, die auch aus der Regierungserklärung vom November 1975 genommen wurde.

Der Herr Bundeskanzler hat ausgeführt: „Die Bundesregierung wird sich in dieser Gesetzgebungsperiode immer wieder darum bemühen, einen weitgehenden Konsens zu erzielen . . .“ Es folgen noch einige Sätze, und dann kommt das, glaube ich, Entscheidende: „Aber mit ebensolcher Deutlichkeit muß gesagt werden, daß diese Bestrebungen dort ihre Grenzen finden, wo die geplanten gesetzlichen Regelungen ihres substantiellen Inhaltes beraubt und beabsichtigte Zielsetzungen nicht erreicht werden könnten.“

Das, meine Damen und Herren, ist klar. Das heißt, ohne Randverzierung, daß dort, wo aus welchen Gründen immer die Sozialistische Partei eine bestimmte Regelung wünscht, diese durchgeführt wird. Und ich bin dankbar, daß das in der Klarheit ausgesprochen wurde, weil es uns die Positionsfestlegung und Abgrenzung erleichtert, eine Abgrenzung und Festlegung, die nötig ist, nicht so sehr hier im Hause als vielmehr vor der gesamten österreichischen Öffentlichkeit. Denn das heißt ja auch, daß jene Dinge der Regierungserklärung, die nicht oder nur teilweise und unvollkommen erkennbar sind, von der Regierung durchgeführt werden ohne Berücksichtigung von Zusatzvorstellungen, Abänderungsvorstellungen der Opposition.

Es ist daher, glaube ich, notwendig, der Regierungserklärung eine Erklärung der freiheitlichen Opposition gegenüberzustellen, und zwar nicht formal, nicht in der grundsätzlichen Ablehnung oder Zustimmung zu Gesetzen, sondern mit der erklärten Absicht, jedem Mitbürger in allen Teilen Österreichs, in allen Bundesländern und Gemeinden klarzumachen, wie in jedem einzelnen Fall, wie bei jedem Beschluß des Nationalrates, wie in allen interessierenden und die Öffentlichkeit bewegenden Fragen die Lösung aussehen würde, die nach dem Willen und Wollen freiheitlicher

Politik gestaltet wäre. Und dieses Bemühen wird, wie ich schon sagte, nicht auf Beiträge in diesem Hohen Haus beschränkt sein, sondern vielmehr auch außerhalb des Parlamentes noch wesentlich stärker, auch wieder in allen Teilen unseres Staates, unseren Mitbürgern nahegebracht werden.

Ich glaube auch, daß es richtig und notwendig ist, am Beginn einer Legislaturperiode das Verhältnis der freiheitlichen Abgeordneten zu den Abgeordneten der anderen Fraktionen deutlichzumachen. Wir wenden uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, gegen jene Klischeevorstellung, daß all das, was aus dem eigenen Bereich kommt, gut und richtig ist und all das, was von anderen Parteien kommt, schlecht ist. Ein solcher Standpunkt ist weder richtig noch vernünftig. Das Problem liegt darin, Vorschläge, von wo immer sie kommen mögen, zu prüfen, an der eigenen Zielsetzung zu messen und dann zu entscheiden.

Ich stehe daher nicht an, im Prinzip und auch ganz konkret gute Vorschläge der Sozialistischen Partei oder der Österreichischen Volkspartei mit aufzugreifen und zu unterstützen. Ich kann aber auch nicht darauf verzichten, klar festzuhalten, daß eine solche Vorgangsweise keine Einbahnstraße sein kann und daß wir als Freiheitliche daher die gleiche Einstellung von den anderen Fraktionen dieses Hauses erwarten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren, an Hand einiger Beispiele aus der Regierungserklärung deutlichmachen, was ich unter dieser „Erklärung der freiheitlichen Opposition“ verstehe; etwa in der sicher nicht unwesentlichen, sondern zentralen Frage der Budgetgestaltung für diese und die nächsten Jahre.

Der Herr Bundeskanzler hat dazu gestern ausgeführt, indem er vor die schriftlich vorliegende Rede noch die Worte „fürs erste“ gesetzt hat: „Fürs erste für einen voraussehbaren Zeitpunkt kein Verzicht des Staates auf Einnahmen.“ Oder übersetzt: Die derzeitigen Belastungen und Belastungshöhen bleiben.

„Zweitens: Stabilisierung der Ausgaben für Investitionen auf ihrem jetzigen hohen Niveau für zwei Jahre.“ Das heißt, daß Investitionen nicht steigen, sondern einfrieren.

„Drittens: Grundsätzlich keine Steigerung der Ausgaben für Förderungen und Subventionen.“ Obwohl beim Durchlesen der Regierungserklärung das einigermaßen fraglich erscheint, nachdem es, glaube ich, nur etwa zwölf Seiten sind, oder sollen es vierzehn Seiten sein, auf denen nicht der Ausdruck „Förderung neuer“ oder „wirksame Förderung“ vorkommt.

Dipl.-Ing. DDr. Götz

„Viertens: Anpassung der Tarife in kürzeren Zeitabständen in demgemäß kleineren Sätzen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die freiheitliche Opposition ist bei Anerkennung der angespannten Budgetlage der Auffassung, daß eher ein Verzicht auf gewisse Einnahmen an die Stelle von Förderungen und Subventionen nicht nur im Wirtschaftsbereich gesetzt werden sollte, daß daher die Sicherheit der wirtschaftlichen Randbedingungen in allen Bereichen, vom Kredit bis zu mittelfristig anzustellenden Überlegungen, von einer Regierung gewährleistet, mehr Erfolg bringt als das gelegentliche und sicher im Endeffekt willkürliche Förderungsvorhaben diesem oder jenem Betrieb gegenüber. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir sind ebenso überzeugt, daß das Sparen, das ja nur in sehr verschämter Form in der Regierungserklärung Platz gefunden hat, noch deutlicher in den Ausführungen des Herrn Finanzministers in der Pörschacher Klausur zu hören war, daß dieses Sparen überall Platz greifen soll, und zwar nicht deshalb, um leichter eine Verteilung von Erspartem morgen oder übermorgen vornehmen zu können, sondern deshalb, um wieder gestaltende Finanzmittel erarbeiten zu können.

Wenn sich allerdings, gewissermaßen zu diesem Problem, der Herr Klubobmann Dr. Fischer mit der sozialen Marktwirtschaft durch den Mund eines Theologen auseinandergesetzt hat, wobei er wahrscheinlich gewisse Sympathien für diese Ausführungen nicht abstreiten möchte, Herr Dr. Fischer, dann möchte ich doch darauf eingehen, nachdem es ja auch hier so Äußerungen gab, daß die Marktwirtschaft ebenso sozial sei wie ein Eisstrank. Es ist ja nicht so entscheidend, wie eine Wirtschaftsform bezeichnet wird. Über den Titel können wir uns, glaube ich, durchaus unterhalten. Die Frage ist, ob eine Wirtschaft Erträge zur Verfügung stellt, die für diesen oder jenen Zweck tatsächlich verwendet werden können, oder ob außerhalb dieses Wirtschaftsgeschehens, sei es etwa durch Kreditaufnahmen, Geldmittel zur Verfügung gestellt werden müssen, damit diese Form oder dieser Wirtschaftszweig weiterbetrieben werden kann.

Wir bekennen uns als Freiheitliche zu einer Wirtschaft, die Erträge abwirft, weil wir glauben, daß auch solche Erträge die Möglichkeit bieten, und zwar im besonderen Maße, den sozial Schwachen in unserer Gesellschaft Hilfe leisten zu können. (Beifall bei der FPÖ.)

Was uns in der Regierungserklärung gefehlt hat und was uns fehlt, meine Damen und Herren, ist eine gewisse offene Sprache etwa zum Budgetkapitel. Lassen Sie mich ein Beispiel

dafür geben, ein Beispiel, das in die Sozialpolitik hineinreicht. Auf Seite 97 – „Korrekturblatt“ steht oben – hieß es gestern:

„Dabei muß die Sozialpolitik sich weiterhin der Schwächsten in der Gesellschaft annehmen. Es wird vor allem“ – und das ist die Einfügung – „gemeinsam mit den Bundesländern eine weitere Verbesserung der sozialen Dienste notwendig sein.“

Grundsätzlich eine Aussage, die bejaht werden kann, wenngleich es ein Versprechen auf Kosten anderer ist oder zumindest auf Mitkosten anderer.

Und lassen Sie mich einen zweiten Teil ausführen von Seite 99:

„So sehr die Bundesregierung sich der Bedeutung sozialpolitischer Reformen bewußt ist, so sehr ist sie sich auch des Umstandes bewußt, daß mit stetig wachsendem Wohlstand bei gewissen Gruppen der Bevölkerung auch die Möglichkeiten zur Eigenvorsorge verbessert werden.“

Früher hat es geheißen, bevor das Korrekturblatt kam, „für gewisse Fälle ein höheres Maß an Eigenvorsorge übernehmen können“.

Meine Damen und Herren! Was heißt das? Und warum sage ich, daß es mit der Offenheit hier hapert? Weil das Problem einer differenzierten Sozialpolitik oder einer, die einfach von Mitbürgern, die in der Lage sind, mehr für sich selbst zu sorgen, auch dieses Mehr verlangt, nicht ausgesprochen wird, sondern gewissermaßen als Abfallprodukt einer kritischen Budgetsituation formuliert wird.

Und das, meine Damen und Herren, glaube ich, sollte doch eine grundsätzliche Frage sein und das wieder aus der Sicht der Freiheitlichen. Wir glauben, daß wir ganz deutlich feststellen müssen: Wenn die Mittel, die im Bereich des Sozialwesens eingesetzt werden können, wenn Sie wollen, auch über diesen Bereich hinaus, begrenzt sind und auch nach Aussagen dieser Regierung begrenzt bleiben, dann geht es doch darum, neu zu überdenken, ob diese Mittel heute und jetzt richtig eingesetzt sind.

Und wir meinen, daß sie überall dort nicht richtig eingesetzt sind, wo jedem das gleiche und nicht jedem das Seine zusteht. Wir meinen, daß es notwendig ist, der persönlichen Beurteilung des Staatsbürgers in seinen sozialen Notständen mehr Rechnung zu tragen.

Und daher die Frage: Wann wird die Hilfe der Allgemeinheit von persönlichen und nur persönlichen Umständen abhängig gemacht?

Das heißt aber auch, daß viele Tarife fälschlicherweise als Sozialtarife bezeichnet

Dipl.-Ing. DDr. Götz

werden. Es ist ja nicht etwa ein Kriterium sozialer Bedürftigkeit, wenn eine bestimmte Dienstleistung in Anspruch genommen wird, oder zumindest in den meisten Fällen ist es das nicht, soweit es sich nicht etwa um Krankenhäuser handelt.

Aber dann, meine Damen und Herren, ist es doch durchaus richtig, jenen, die Leistungen erbringen können, auch den angemessenen Beitrag abzuverlangen, damit jenen, die diese Leistung nicht erbringen können, mehr und nachdrücklicher geholfen werden kann als jetzt. Das ist jedenfalls unsere Auffassung, für die wir eintreten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die gleiche und vom Prinzip her gleiche Auffassung schlägt sich etwa auch in unserer Vorstellung einer Wohnungspolitik nieder. Die Regierungserklärung spricht von Startwohnungen für Jungfamilien. Auch hier muß ich sagen, die Tatsache, daß eine Familie jung ist, ist noch keine Tatsache, die prinzipiell eine Förderung der Gemeinschaft rechtfertigt. Denn es gibt junge Familien, die sich viel leichter eine Wohnung erarbeiten können als ältere Familien. Es hängt doch wirklich davon ab, ob die soziale Hilfsbedürftigkeit oder die soziale Lage gegeben ist, die eine solche Hilfe rechtfertigt.

Wir glauben nicht, daß die Startwohnungen für Jungfamilien ein geeignetes Mittel sind. Wir glauben, daß es wesentlich richtiger wäre, im sozialen Wohnbau zwei Wege zu beschreiten: Einerseits den Erwerb von Eigentum dadurch zu ermöglichen, daß etwa in den ersten Berufsjahren die Rückzahlungsquoten entsprechend niedrig gehalten werden oder rückzahlungsfreie Jahre vorgesehen werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wir glauben zweitens, daß es einfach ein Gebot, wenn Sie so wollen, des Gemeinschaftssinnes ist, von neuen Überlegungen auszugehen, nachdem der Versuch des staatlichen Wohnbaumonopols letztlich gescheitert ist. Daher ist es notwendig, nicht so wie in der sozialen Marktwirtschaft sich an einem Begriff zu stoßen, sondern einmal festzustellen, daß die soziale Wohnbaupolitik oder eine, die sich so bezeichnet, einfach gescheitert ist und daß es heute darauf ankommt, doch klarzumachen, daß man tatsächlich billigere Wohnungen braucht, aber nicht solche, die 3 000 und 3 500 S kosten und sich als sozialer Wohnbau deklarieren.

Und da, meine Damen und Herren, wäre zum Beispiel denkbar als eine Möglichkeit, wenn ohne weitere Belastung des Budgets – denn das wäre inkonsequent, wenn ich die jetzt fordern würde – jene 30 S Wohnungsbeihilfe, die jeder Arbeitnehmer erhält und die praktisch monatlich den Gegenwert von Neubaukosten von 80 bis 100 Wohnungen darstellen, wenn diese

Mittel tatsächlich für den sozialen Wohnbau entweder überhaupt nur gegen Betriebskosten oder nur gegen einen Teil der Mietkosten jenen zur Verfügung gestellt würden, die sonst eben nicht in den Genuß einer menschenwürdigen Wohnung kommen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Das wäre ein Vorschlag, wie wir ihn für richtig halten.

Das gleiche oder doch ähnliches nach dem gleichen Prinzip vollzieht sich in der Medienpolitik. Der Ruf nach Medienvielfalt wird von uns Freiheitlichen voll unterstrichen. Der Weg etwa der Presseförderung wird nicht für richtig erachtet, und zwar deshalb nicht, weil wir glauben, daß jede Förderung, mag sie noch so gut gemeint sein, als direkte Förderung in den Grenzbereich von Abhängigkeit und Gängelung gelangt und daß es viel richtiger wäre, im gleichen Ausmaß die Lasten für die Medien zu senken, sei es im steuerlichen Bereich, sei es im Bereich etwa der Postgebühren, die letztlich einen sehr großen Anteil davon einnehmen. Das wäre wiederum einer jener freiheitlichen Vorschläge zu dem Problem der Medienpolitik.

Oder etwas ganz anderes. Zur Verkehrspolitik hat gestern der Herr Bundeskanzler ausgeführt: „Deshalb bleibt das Bemühen der Bundesregierung um einen Beitrag der Europäischen Gemeinschaft insbesondere für den Ausbau der Innkreis- und Pyhrn Autobahn aufrecht.“

Meine Damen und Herren! Das ist uns zu wenig. Wir meinen als freiheitliche Opposition, daß es Österreich gut anstehen würde, von sich aus und über die Grenzen Österreichs hinausreichend eine, wenn Sie so wollen, europäische Initiative zu ergreifen, um die Transportwege, die insbesondere von Norden nach Süden führen, Straße, Schiene, Wasser, Luft und die Transportmittel einer europäischen gemeinsamen Lösung zuzuführen.

Die Vorstellungen bei der Europäischen Gemeinschaft zur Förderung allein im Bereich des österreichischen Straßenbaues scheinen mir zu wenig zu sein.

Ich darf noch etwas festhalten, was den Gesamtbereich der Außenpolitik und der Verteidigungspolitik betrifft. Hier deckt sich die verbale Erklärung der Bundesregierung mit unseren Vorstellungen.

„Die Bundesregierung hat sich in der Vergangenheit“ – so hieß es gestern wörtlich – „bemüht, gerade auf dem Gebiet der Außenpolitik die Zusammenarbeit mit allen im Nationalrat vertretenen politischen Parteien zu suchen.“

Nur, meine Damen und Herren, um es auch deutlich zu sagen: Diese Zusammenarbeit suchen wir ebenso, weil wir glauben, daß gerade

Dipl.-Ing. DDr. Götz

in diesen beiden Gebieten ein einheitliches Auftreten Österreichs vonnöten wäre. Aber das bedingt nicht nur die Information, sondern das bedingt auch die gemeinsame Willensbildung.

Die Nachricht, daß sich die Regierung so oder anders entschieden habe und nun einlädt, einer solchen Entscheidung später beizutreten, ist zu wenig. Ich darf daher deponieren, daß wir von dieser Bundesregierung in Erfüllung ihrer eigenen Erklärung erwarten, daß sie zeitgerecht in der Frage und in der Phase der Willensbildung die freiheitlichen Abgeordneten kontaktiert.

In das Loblied, das Sie, Herr Bundeskanzler, über den Europarat gehalten haben, stimmen wir durchaus ein. Aber ich glaube, daß es nicht übersehbar ist, daß in diesem Monat erstmals Direktwahlen zum Europaparlament stattgefunden haben und daß es hier zu einer Auseinanderentwicklung – auch personell, auch sachlich – zwischen Europarat und Europaparlament kommen kann. Wir meinen daher in der Erklärung der freiheitlichen Opposition, daß wir sehr bemüht sein sollten, zumindest den Beobachterstatus im Europaparlament zu erringen und vielleicht dort – nicht direkt, weil das ja nicht möglich wäre, aber indirekt – jene Initiative für eine integrierte europäische Verkehrs- und Energiepolitik setzen zu helfen.

Womit ich zu einem Problem komme, zu dem mein Klubkollege Dr. Stix in den vergangenen Jahren sehr ausführlich und sehr fundiert Stellung bezogen hat und wo heute zum Teil in der Regierungserklärung das zu finden ist, was in den Jahren vorher Dr. Stix abgestritten wurde, daß es natürlich nicht nur Sparmaßnahmen geben muß, aber daß diese Sparmaßnahmen sehr, sehr spät kommen. In dieser Regierungserklärung wird etwa auf die 15 a-Verhandlungen mit den Ländern verwiesen, wozu auch sehr deutlich gesagt werden muß, das ist wiederum ein Tempo- und Zeitverlust. Es würde überhaupt keine Zeit verlorengegangen sein, wenn im Bereich der Bundesgesetzgebung etwa für den den Wohnbau allein bestimmenden Bereich der Wohnbauförderung eine Entscheidung gefällt worden wäre, die bestimmte Voraussetzungen an die Gewährung von Förderungsmitteln knüpft, etwa im Bereich der Wärmedämmung, etwa im Bereich der Heizanlagen.

Es hat die Bundesregierung niemand aufgehalten, auch in den letzten Jahren nicht, auch in den zitierten Perioden seit 1970 nicht, im Forschungsförderungsbereich dafür zu sorgen, daß die Entwicklung von Alternativen Energien vorangetrieben wird.

Es hat die Bundesregierung niemand aufgehalten, sich darum zu bemühen, daß auch von

der Tarifgestaltungsseite her das Problem Energiesparen beachtet und die Entwicklung von Alternativen Energien gefördert wird.

Wer ist denn, meine Damen und Herren, bei den derzeitigen Zuwachsraten am meisten davon betroffen, mehr als die Industrie? – Es sind die privaten Haushalte. Es sind die Hausfrauen. Und die geben mir bitte doch auch Anlaß, auch auf einen weiteren Punkt der Regierungserklärung hinzuweisen, in dem es heißt: „Jede Art von Diskriminierung der Frau, insbesondere bei Arbeitsplätzen und in der Bezahlung, soll weiterhin beseitigt und die diesen Zielen geltenden Maßnahmen einer raschen Verwirklichung zugeführt werden.“

Meine Damen und Herren, ich würde wünschen, daß das, nämlich das Nichtdiskriminieren der Frau, auch für jene gilt, die nicht im Arbeitsprozeß stehen, sondern die als Mutter und Erzieherin ihrer Kinder tätig sind und damit nichts anderes tun – wie heute wissenschaftlich eindeutig festgestellt ist –, als zumindest die ersten drei Lebensjahre, die entscheidenden, dem eigenen Kind Pflege, Erziehung und Geborgenheit zu gewährleisten.

Wenn man das weiß, meine Damen und Herren, und wenn man weiß, wie sehr der Mangel dieser dreijährigen Geborgenheit sich de facto auswirkt, dann muß man doch nach einer gesetzlichen Regelung rufen, die etwa eine Ausdehnung der Karenzzeit, eine Möglichkeit für die berufstätige Frau sichert und die dafür sorgt, daß das, was familienpolitisch entscheidend ist, nicht nur verlangt, sondern auch durchgeführt werden kann. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zu den Privilegien habe ich auch etwas in der Regierungserklärung gelesen. Es heißt: „Es ist selbstverständlich, daß die sozialpolitischen Anforderungen, die an den Staat gestellt werden, im politischen Bewußtsein eines schweizerischen Staatsbürgers anders geartet sind, als das im Fall eines Österreichers zutrifft.“ Entschuldigen, das hat sich nicht mit dem Privilegienabbau beschäftigt. Aber es wäre vielleicht ganz gut, wenn man diesen Passus auf den Privilegienabbau anwenden würde. Denn, meine Damen und Herren, allein durch die Tatsache, daß Parteiobmann Dr. Kreisky und Parteiobmann Dr. Taus miteinander über die Frage der Besteuerung und über die Frage von Unvereinbarkeiten gesprochen haben, ist, glaube ich, das Problem nicht aus der Welt geschafft. Es geht doch um das Problem, daß wir in verschiedensten beruflichen Bereichen zu gleichen Leistungsbeurteilungen und zu gleichen Leistungsentgelten kommen sollen.

Ich sage auch als einer, der heute hier in

Dipl.-Ing. DDr. Götz

diesem Parlament das erste Mal das Wort ergreift, mit aller Deutlichkeit, daß ich mich dagegen wehre, daß in diesem Fall immer wieder der Politiker gewissermaßen in den Geruch des Leichenwäschers im Mittelalter gebracht wird. Ich meine, daß es richtig ist, daß auch diese politische und verantwortliche Tätigkeit verglichen wird mit anderen. Aber vielleicht wäre es einmal nicht uninteressant, das Problem von der Wurzel her zu betrachten und zu fragen, wo denn die Verärgerung, wo denn das Gefühl, Ungleichheiten dulden zu müssen, auf den einzelnen Bürger einwirkt. Das kommt doch nicht zuletzt deshalb, weil etwa die Fiktion aufrechterhalten wird, daß soundso viele Bürger, Abgeordnete in ihren Berufen tätig sind und nebenbei halt auch ein Mandat ausüben.

Meine Damen und Herren! In Wirklichkeit ist doch die Frage der Politikerbezüge die: Ist Politiker ein voller Beruf, und soll er es sein? Deshalb habe ich das Schweizer Beispiel angeführt, weil ich auch kein Hehl daraus machen möchte, daß ich persönlich nicht der Auffassung bin, daß er es sein soll, sondern sehr wohl meine, daß der Politiker entweder voll das Mandat ausüben soll, dann aber mit einer beschränkten Wiederwählbarkeit, oder daß er seinem Beruf zum Teil nachgehen soll nach einem Beispiel oder nach einem Muster, wie wir es in der Schweiz betrachten können.

Das sind bitte immerhin einige - Sie entschuldigen - Abgeordnete im Parlament, einige in den Landtagen, einige Gemeinderäte. Aber, meine Damen und Herren, die viel größere Masse sind doch jene, die wirklich Privilegien jeden Tag, und zwar unangenehm, feststellen müssen, sind doch etwa jene, die nicht in einen bestimmten Beruf kommen können, weil ihnen dazu die notwendige Unterstützung, und zwar politische Unterstützung, fehlt. Und was ich in dieser Regierungserklärung vermißt habe, Herr Bundeskanzler, ist eine Andeutung nur dessen, was Sie im November 1975 gesagt haben, wo Sie ausgeführt haben: „Bei dieser Gelegenheit soll aber ausdrücklich festgestellt werden, daß die sachliche Besetzung der zur Ausschreibung vorgesehenen Funktionen im Staat und in der verstaatlichten Industrie nicht durch Geheim- oder sogenannte Proporzvereinbarungen eingeschränkt werden darf.“ Damals haben wir geklatscht und wir hätten diesmal auch geklatscht bei einer solchen Erklärung, allerdings mit weniger Grund, weil ja in der Zwischenzeit tatsächlich - abgesehen von einigen Paradebeispielen - genau diesem Prinzip, nämlich gleiche Rechte für jeden Staatsbürger, egal, ob er einer politischen Partei angehört oder nicht, und zwar in weiten Strecken staatlicher Einflüsse, bisher nicht entsprochen wurde: in allen Gebietskörperschaften, im Bereich der Verwaltung, im

Bereich der Lehrerschaft, im Bereich der ÖBB, im Bereich der verstaatlichten Industrie.

Das ist in Wirklichkeit jener Punkt, wo viel, viel mehr Staatsbürger unmittelbar persönlich negativ betroffen sind. Und das ist in Wirklichkeit jener Punkt, wo wir als freiheitliche Opposition nicht ruhen werden aufzuzeigen, daß es im Grunde genommen gegen die verfassungsrechtliche Bestimmung gleichen Rechtes für jeden Staatsbürger ist, was de facto geschieht - mit allen Reinwaschungsversuchen aus allen Machtbereichen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Fischer ist auf die Probleme der direkten Demokratie und die diesbezüglichen Ausführungen der Regierungserklärung eingegangen und hat die - man muß sagen, ja fast etwas kurios erscheinende - Tatsache wechselnder politischer Auffassung zum gleichen Thema ausgesprochen, nämlich deshalb, weil offensichtlich das Problem, wieviel Demokratie stattfinden darf, nicht unabhängig davon ist, wer gerade Macht ausübt - oder mehr Macht ausübt.

Ich möchte dazu sagen, daß es natürlich ein zum Beispiel sehr typisches Anliegen ist von uns Freiheitlichen, daß etwa Volksbegehren - nicht nur Gesetze mit einer festzulegenden Minderheit, darüber kann man sicher reden - einer Volksabstimmung zugeführt werden, wenn sie von einer bestimmten Anzahl von Bürgern unterstützt sind.

Meine Damen und Herren! Täuschen wir uns doch alle nicht über die tatsächliche Frage der Bürgermitbeteiligung; diese liegt ja nicht so sehr in einem formalen Wahlgang, sondern die liegt im Grund genommen dort, wo der Staatsbürger das Gefühl hat, mit seinem Engagement noch etwas verändern zu können.

Ich kann mich der Auffassung nicht anschließen, die der Herr Bundeskanzler ausgedrückt hat, hohe Wahlbeteiligung sei gewissermaßen ein Zeichen dafür, daß es so etwas wie Verdrossenheit des Bürgers nicht gäbe. Ich bin im Gegenteil der Auffassung, daß wir in einer angespannten Budgetsituation in Österreich, daß wir auf einem angespannten, unsicheren und von Gefahren bedrohten energie- und wirtschaftspolitischen Weg, der vor uns liegt, einfach gezwungen sind, das einzig unausgeschöpfte Potential, das wir in Österreich haben, in Anspruch zu nehmen, nämlich den Leistungswillen und das Engagement unserer Mitbürger.

Das hat aber zur Voraussetzung, daß die Bürger für dieses Engagement gewissermaßen als Gegenwert wissen sollen und wissen müssen, daß sie nicht irgendwelchen Machtapparaten beliebig ausgeliefert sind, sondern daß sie die Chance haben, selbst durch ihr Engage-

Dipl.-Ing. DDr. Götz

ment noch etwas verändern zu können. Diese Chance kann ihnen nur mittelbar oder unmittelbar im Bereich der Gemeinden, der kleinen Gebietskörperschaften, geboten werden. Ich glaube aber, daß es hier höchste Zeit ist, begonnene Modelle aus Einzelbereichen auf die gesamte Verwaltung auszudehnen.

Ich glaube auch, daß der Satz in der Regierungserklärung „In Verfolgung dieses Gedankens hält die Bundesregierung auch den Zeitpunkt für gekommen, die jahrelangen Arbeiten an einem neuen Grundrechtskatalog, der in unserer Zeit auch die sozialen Grundrechte zu umfassen hätte, einem Abschluß zuzuführen“ nicht umfassend genug ist für das, was im Bereich der österreichischen Bundesverfassung nottut.

Denn die Verfassung, meine Damen und Herren – ich darf das hier wiederholen –, die ja nicht nur ein Tabu auf der einen Seite oder nicht nur ein Blatt Papier auf der anderen Seite ist, sondern die ja letztlich die Spielregeln unseres Zusammenlebens ordnet, diese Verfassung ist doch in drei grundsätzlichen, bedeutsamen Punkten, wenn ich so sagen darf, notleidend geworden, notleidend deshalb, weil zwischen der Wirklichkeit und der gesetzten Verfassung eine immer größere Kluft aufgebrochen ist, etwa dort, wo es um die föderalen Rechte geht.

Meine Damen und Herren! Wenn das ernst gemeint ist, daß wir Föderalismus als Verfassungsbestandteil, ja als konstituierenden Bestandteil der Verfassung ansehen, dann muß es auch eine Möglichkeit geben, in zentralen Fragen der Bundesländer andere rechtliche Mittel dem Bundesrat zuzuordnen als einen höchstens verzögernden Einspruch; ich denke hier etwa an die Beschlußfassung über den Finanzausgleich. Wenn es – das ist ohne Zweifel der Fall – um die Teilung und Kontrolle der Macht nach den Grundlagen dieser Verfassung ging, dann müssen auch die Träger von Macht in der Verfassung verankert und kontrolliert zu finden sein, die, die heute tatsächlich Macht verwalten, nicht so wie es unsere Bundesverfassung noch vermeint.

Und wenn – damit knüpfe ich wieder dort an, wo ich mit dem Bürger, und zwar mit dem ermutigten oder entmutigten Bürger früher geschlossen habe – dieser Bürger seine Chancen gegenüber den Machtapparaten gewahrt wissen will, dann ist der Schutz dieses Bürgers gegenüber den staatlichen oder halbstaatlichen Einrichtungen eine viel stärkere Notwendigkeit als vor etwa 20, 30 oder 50 Jahren, zu jenen Zeiten, als die Verfassung in den zwanziger Jahren gestaltet wurde.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nicht zuletzt eine Antwort auf die Frage, wo

und in welchem Maße Demokratie weiterentwickelt wird.

Wir können es uns als Freiheitliche nicht vorstellen, daß der Ruf, der auch schon ertönt ist, nach mehr Demokratie in der Familie, der dann etwa so charakterisiert wurde, ob über Gulasch oder Rindfleisch abgestimmt werden soll oder über die Zielsetzung des Sonntagsspazierganges, allzu ernstgenommen werden kann. Ich glaube, daß die Weiterentwicklung der Demokratie genau dort beginnt, wo mehr Mitgestalten an mehr Mitbürger übertragen wird und wo dieses Mitgestalten nicht nur eine Alibifunktion hat.

Meine Damen und Herren! Ich habe an einigen Beispielen versucht, in der Gegenüberstellung Regierungserklärung – Erklärung der freiheitlichen Opposition klarzumachen, was wir unter diesem Bemühen verstehen, nämlich unseren Mitbürgern klarzumachen – das werden wir die ganze Legislaturperiode über tun –, was wir tun würden, wenn es von uns Freiheitlichen abhinge.

Wir werden immer wieder Fehler der Regierungspartei anprangern, aber das ist nicht die einzige Aufgabe – sie war zwar die einzige, die uns Abgeordneter Dr. Fischer zugeordnet hat –, sondern wir werden hier und außerhalb des Hauses allen Mitbürgern klarmachen, wie eine von uns bestimmte oder doch zumindest beeinflusste Politik in jedem Einzelfall aussehen würde. Weder Angriff noch Beifall seitens der Regierung wird uns dabei beeinflussen. Nicht für sie, sondern für unsere Mitbürger werden wir unsere Arbeit für ein Österreich mit freien, unabhängigen und selbstbewußten Menschen fortsetzen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Lanner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Lanner** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bemerkung meines Kollegen Mock „mehr Mut zur Unpopularität“ war für Klubobmann Fischer Anlaß zur Feststellung, daran werde man uns zu gegebener Zeit erinnern.

Nun, Herr Klubobmann Fischer, wir haben in dieser Frage unsere Haltung in der Vergangenheit wiederholt unter Beweis gestellt. Es war nicht populär, den Scherbenhaufen des Ortstafelgesetzes zu sanieren. Wir haben es getan. Es war nicht populär, die Mitwirkung an der Lösung der Kernenergiefrage anzubieten; wir haben es getan. Nur eines möchte ich klarstellen: Unpopuläre Maßnahmen sind nicht notwendigerweise richtige Maßnahmen, und dort, wo wir glauben, daß Sie eine falsche Politik

Dr. Lanner

machen, wo Sie eine Politik machen, die unseren Grundsätzen widerspricht, werden wir nach wie vor dagegen sein, diese Maßnahmen werden wir ablehnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Klubobmann Fischer, Sie haben die Novelle zum Arbeiterkammerwahlrecht als Ausdruck eines besonderen Demokratieverständnisses bezeichnet. Ich habe Schwierigkeiten, Ihnen hier zu folgen. Jemandem das Wahlrecht nur deshalb abzusprechen, weil er mit jemand anderem verwandt ist, scheint mir ein bedenkliches Demokratieverständnis zu sein. Und wenn Sie sich entrüsten haben über die Äußerungen des Bundesparteiobmannes Dr. Taus, was die Demokratie und den Sozialismus anlangt: Hier, Herr Klubobmann Fischer, hier hat der Verfassungsgerichtshof sozialistische Macht auf das für die Demokratie notwendige Maß zurückgeführt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe Ihre Stellungnahme zur Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, die wir alle respektieren sollten, nicht verstanden. In der „Neuen Zeit“ vom 1. Februar meinten Sie zum Spruch des Verfassungsgerichtshofes: „Fischer: Wie einen nicht ganz gerechten ‚Elfer‘ respektieren.“ – Herr Klubobmann Fischer, was heißt das? Heißt das, daß Sie die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes in Zweifel ziehen? „Wie einen nicht ganz gerechten ‚Elfer‘ respektieren“ – heißt das, der Schiedsrichter hätte ein falsches Urteil gefällt, aber man respektierte es als Mitglied der Mannschaft?

Ich glaube, diese Haltung sollten Sie sich überlegen. Darüber sollten Sie nachdenken, weil sie auf der gleichen Ebene liegt wie die Äußerung des Arbeiterkammerpräsidenten Czettel, der in der „Arbeiter-Zeitung“ vom gleichen Tage von einer „kühnen Rechtskonstruktion“ spricht. Mehrheit ist nicht gleich Wahrheit, das scheint mir ein wichtiges Prinzip. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Klubobmann Fischer! Mein Kollege Mock hat schon darauf verwiesen, daß wir eigentlich verwundert sind, die alte Mannschaft hier in gleicher Besetzung wieder vorzufinden, obwohl die Kritik an dieser Mannschaft nicht nur aus der Opposition, sondern aus breiten Kreisen der Öffentlichkeit kommt, und Sie meinten: Ja warum denn nicht, was in den Zeitungen steht, hätte doch keine Relevanz. Herr Klubobmann Fischer, erinnern Sie sich an die Osterbotschaft des Bundeskanzlers aus Mallorca, er werde die Regierung umbilden? Und jetzt steht er mit der gleichen Mannschaft hier: mit einer Minister Leodolter, mit einem Staatssekretär Schober, mit einer Staatssekretärin Karl. Das scheint mir doch eine Zumutung auch gegenüber Ihren Wählern zu sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun zur Regierungserklärung. Über diese Regierungserklärung könnte man ein Motto setzen: Wer vieles bringt, wird manchen etwas bringen. Aber in jedem zweiten Satz findet sich die Feststellung, „man sollte“, „man müßte“, „man könnte“, hier wäre „ein besonderer Schwerpunkt zu setzen“. Aber wie man das macht und wo die Schwerpunkte zu setzen sind, das fehlt. Klare Prioritäten und konkrete Maßnahmen fehlen weithin, und das kritisieren wir an dieser Regierungserklärung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Sie haben am 6. Mai vom Wähler mehr Vertrauen bekommen. Wir respektieren das. Dieses Mehr an Vertrauen bedeutet aber auch ein höheres Maß an Verantwortung. In Zukunft können Sie nicht mit der Ausrede kommen, Sie hätten keine parlamentarische Möglichkeit, diese oder jene Maßnahme zu setzen. Sie sind für Ihre Handlungen, aber auch für Ihre Unterlassungen, voll verantwortlich, und wir als Opposition werden Sie ständig daran erinnern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist heute auch in der Rede von Klubobmann Fischer sehr viel vom Stil der Opposition und den möglichen Formen der Zusammenarbeit die Rede gewesen. Ich möchte auf seine Bemerkungen eingehen und zunächst eine Feststellung treffen: Wir werden, Herr Klubobmann Fischer, eine harte, aber faire Opposition sein. Für uns ist Oppositionspolitik die ständige, sich immer wieder erneuernde Auseinandersetzung für eine bessere Politik für Österreich. Positives werden wir anerkennen. Unsere Kritik setzt dort an, wo wir glauben, daß etwas zum Nachteil unserer Heimat geschieht, wo wir glauben, daß der Freiheitsraum des einzelnen Bürgers beschränkt wird, wo wir glauben, daß der Wähler getäuscht wird, und wo wir glauben, daß notwendige Entscheidungen hinausgezögert werden. Wir werden Sie nicht nur am Inhalt Ihrer Ankündigungen, sondern vor allem auch an der Qualität Ihres Verhaltens messen.

Was die Zusammenarbeit anlangt, stehe ich zu den Äußerungen, die ich vor der Wahl abgegeben habe. Ich glaube, wir sollten uns in der Politik überhaupt angewöhnen, unsere Bemerkungen vor der Wahl besser zu überlegen und nach der Wahl dazu zu stehen.

Ich möchte durchaus anerkennen, daß es in der Regierungserklärung auch einige positive Ansätze gibt, denen auch wir von der Volkspartei zustimmen können. Dazu sind aber zwei Voraussetzungen notwendig: Erstens, daß Sie Ihre Vorstellungen konkretisieren, und zweitens, daß Sie sich ernsthaft – und die Betonung liegt auf „ernsthaft“ – mit unseren Vorschlägen und Anregungen auseinandersetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Lanner

Herr Klubobmann Fischer, ein klares Wort: Zusammenarbeit etwa nach dem Motto „Mehrheit ist gleich Wahrheit“ kommt für uns nicht in Frage. Das ist nicht der Stil, wie wir uns Zusammenarbeit vorstellen. Wir sind bereit, in Sachfragen mit Ihnen einen gemeinsamen Weg zu suchen. Aber nicht nach dem Motto: „Mehrheit ist gleich Wahrheit“! (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn Sie mit uns zu gemeinsamen Ergebnissen kommen wollen, müssen Sie auch die Auffassung der Opposition berücksichtigen. Fast zwei Millionen Österreicher haben am 6. Mai der Volkspartei ihr Vertrauen geschenkt. Ihnen sind wir verpflichtet, das muß auch in der praktischen Politik zum Ausdruck kommen. Hier halte ich mich an ein Wort Ihres sozialistischen Kollegen Bruno Pittermann, der am 22. April 1966 im Parlament folgendes sagte:

„Wenn die Regierung die Stimmen der Oppositionspartei braucht, um den Dienst am Staat und die Wohlfahrt des Volkes zu üben, dann wird sie mit den Sozialisten zu verhandeln haben. Zu einem Ergebnis wird sie kommen, wenn darin auch die Auffassung der Opposition berücksichtigt ist, was nach Auffassung der Opposition dem Staat und der Wohlfahrt des österreichischen Volkes nützt.“ Nur dann, wenn Sie auch die Auffassung der Opposition berücksichtigen, werden Sie mit uns in verschiedenen Fragen einen gemeinsamen Weg finden! (Beifall bei der ÖVP.)

Lassen Sie mich einige Beispiele anführen.

In der Regierungserklärung findet sich der Hinweis auf das künftige Problem der Jugendbeschäftigung im Zusammenhang mit den geburtenstarken Jahrgängen. Wie Sie allerdings die angekündigten 200 000 zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen wollen, sagen Sie nicht.

Hier erwarten wir auf der einen Seite die Konkretisierung von Ihnen, wenn Sie mit uns zu einer gemeinsamen Auffassung gelangen wollen, auf der anderen Seite setzen wir voraus, daß Sie sich mit unserem Modell der Jugendbeschäftigung auseinandersetzen.

Ein zweites Beispiel aus der Regierungserklärung, wo wir durchaus einen gemeinsamen Weg finden könnten, wäre die Frage der Familienbeihilfen. Auch Sie kommen in Ihrer Regierungserklärung zu demselben Ergebnis wie wir, daß nämlich den Familien die höheren Kosten für ältere Kinder besser ersetzt werden sollen als bisher. Konkrete Vorschläge dazu haben wir ebenfalls vorgelegt. Wir könnten über die gemeinsamen Vorschläge verhandeln.

Auch in der Energiefrage gehen wir von ähnlichen Vorstellungen aus. Auch hier bieten wir Ihnen unser Konzept zum rationelleren

Einsatz der Energie als konkrete Verhandlungsgrundlage an.

Ich habe diese Beispiele ganz bewußt aufgezeigt, weil sie Möglichkeiten und Ansätze eines gemeinsamen Vorgehens in wichtigen Sachfragen signalisieren, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß Sie auf der einen Seite präzisieren, was Sie sich selbst vorstellen, und auf der anderen Seite respektieren, was wir an Vorschlägen einbringen, und diese in einem vernünftigen Maße auch berücksichtigen. (Beifall bei der ÖVP.)

Kritisch vermerken muß ich allerdings, daß eine Reihe von Fragen in der Regierungserklärung überhaupt nicht angeschnitten wurden oder daß man einfach versuchte, sich um den Kern herumzuturnen.

Herr Klubobmann Fischer, wie sieht es mit einem umfassenden Energiekonzept nach Zwentendorf aus? Kein Wort steht in der ganzen Regierungserklärung! Dies ist eine vitale Frage für die gesamte Wirtschaftspolitik, für die Arbeitsplatzsicherung. Die zentrale Frage der Arbeitsplatzsicherung in den achtziger Jahren wird die Frage der Energieversorgung sein; aber es fehlt ein umfassendes Energiekonzept nach Zwentendorf.

Wo werden Sie beim Energiesparen Schwerpunkte setzen? Es kommt meiner Ansicht nach ganz wesentlich darauf an, daß man sich zu Schwerpunkten durchringt. Wir vermissen sie.

Wie werden Sie den Ausbau der Wasserkraft mit den Anforderungen des Umweltschutzes in Einklang bringen? Ich glaube, sich um diese Frage herumzudrücken hieße, an den Realitäten vorbeigehen.

Sie haben – und ich habe das anerkannt und respektiert – am 6. Mai von den Wählern mehr Vertrauen bekommen, aber dieses Mehr an Vertrauen bedeutet auch mehr an Verantwortung. Wir werden Sie aus dieser Verantwortung im Interesse der österreichischen Bevölkerung nicht entlassen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte im Zusammenhang mit den Fragen der Energie und der Umwelt ein spezielles Anliegen noch einmal erwähnen, das auch Klubobmann Mock sehr ausführlich dargestellt hat, nämlich die künftige Entwicklung im ländlichen Raum.

Gerade für jene Menschen, die in entlegenen Gebieten wohnen und siedeln, sind die Überwindung von Entfernungen und die damit verbundenen Energiekosten von zentraler Bedeutung. Mit ihrer bisherigen Politik haben Sie gerade jenen Menschen besonders große Belastungen auferlegt. Damit haben Sie zweifellos eine Tendenz verstärkt, die wir alle nicht

Dr. Lanner

wollen, nämlich die Entsiedlung der ländlichen Regionen.

Ich glaube, im Zusammenhang mit der Energiepolitik der Zukunft werden Sie sich diese Frage sehr ernsthaft überlegen müssen. Wir stehen auf der Seite der Menschen im ländlichen Raum, der Arbeiter, der Angestellten, der Bauern, der Gewerbetreibenden. Chancengleichheit, wie wir sie verstehen, heißt auch Chancengleichheit, was die Überwindung der Entfernungen anlangt. Man kann diese Menschen mit ihren Anliegen nicht einfach hängen lassen. Es ist das Recht dieser Menschen, eine Existenz, eine Hoffnung, eine Zukunft zu haben, und es ist ein vitales Anliegen der städtischen Bevölkerung, diesen Lebensraum auch in der Zukunft besiedelt zu wissen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Voller Widerspruch sind Ihre Erklärungen im Zusammenhang mit dem Föderalismus. Herr Bundeskanzler! Man kann nicht ein halber Föderalist sein. Entweder bekennt man sich zu den Ländern und Gemeinden, dann muß man dafür sorgen, daß sie finanziell so ausgestattet sind, daß sie ihre Aufgaben auch ordnungsgemäß erledigen können, oder man ringt sich zur Offenheit durch und sagt, wir fördern den zentralistischen Weg.

Wir von der Österreichischen Volkspartei sind überzeugt – das entspricht unseren Grundsätzen und das entspricht unserem Salzburger Programm –, daß wir starke, leistungsfähige Gemeinden brauchen, daß wir starke – auch finanzstarke – leistungsfähige Bundesländer brauchen. Wir bekennen uns zu einer maßvollen Zentralverwaltung – das entspricht unserem Prinzip der Subsidiarität und der Aufgabenteilung –, weil wir überzeugt sind, daß diese Politik für die Menschen besser, billiger, volksnäher und wirkungsvoller ist.

Die Politik des Bundeskanzlers in den letzten neun Jahren ist hier eigenartig. Auf der einen Seite – in der Regierungserklärung, die wir gestern gehört haben – ein Bekenntnis zum Föderalismus, auf der anderen Seite das systematische Aushöhlen des föderalistischen Gedankens in Österreich über die Finanzstruktur.

Es hat sich in den letzten Jahren eingebürgert, daß für alle Maßnahmen des Bundes die Länder zur Kasse gebeten werden. Das ist auf die Dauer ein unzumutbarer Zustand *(Zustimmung bei der ÖVP)*, denn wenn die Länder kein Geld haben, fehlt dieses Geld auch in den Gemeinden, und damit ist ihre Leistungsfähigkeit in Frage gestellt. Wenn Sie, Herr Bundeskanzler, den Föderalismus ernst meinen, wie Sie das in der Regierungserklärung vorgeben, dann müssen

Sie auch in Ihren Handlungen zeigen, daß Sie in der Finanzzuordnung auf seiten der Gemeinden und auf seiten der Bundesländer stehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Einen relativ breiten Raum in der Regierungserklärung nehmen jene Versprechungen ein, die mehr Demokratie und mehr Kontrolle in Aussicht stellen. Auch hier stehen Theorie und Praxis in schroffem Gegensatz zueinander.

Sie verkünden, Herr Bundeskanzler, die Kontrollaufgabe des Parlamentes erleichtern zu wollen. Ich frage Sie: Warum haben Sie dann allein in der letzten Gesetzgebungsperiode vier parlamentarische Untersuchungsausschüsse niedergestimmt? Wir wollten nichts anderes als kontrollieren. Wir wollen Sie nicht vordergründig beschuldigen. Wir haben keine Freude, wenn Sie Fehler machen, wie schon Klubobmann Mock gesagt hat. Uns geht es darum, daß ordnungsgemäß mit den hart erarbeiteten Steuergeldern gewirtschaftet wird, und Sie unterdrücken die Kontrolle. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Hier hätten Sie es in der Hand gehabt, die Kontrolle des Parlamentes zu erleichtern. Nicht Lippenbekenntnisse in der Regierungserklärung abgeben! In der Praxis dazu stehen! Das gehört auch zur Glaubwürdigkeit des Politikers und der Politik.

Wenn der Herr Bundeskanzler in der Regierungserklärung eingangs meinte, es gibt so etwas wie die Staatsverdrossenheit oder die Politikerverdrossenheit nicht, so glaube ich, daß es sie bei der Jugend sehr wohl gibt. Ein Grund dafür ist, daß Politiker vielfach nicht halten, was sie versprechen. Gerade der Herr Bundeskanzler ist es, der hier ein Beispiel nach dem anderen liefert. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Klubobmann Fischer – und diese Frage richte ich speziell an Sie –, wenn Sie bereit sind, die Kontrollrechte des Parlamentes zu verbessern, wenn Sie das wirklich so meinen, so frage ich Sie: Sind Sie bereit, einem Minderheitsrecht für die Einsetzung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse zuzustimmen? Das wäre ein wesentlicher Fortschritt. Es kann doch nicht richtig sein – überlegen Sie doch mit mir –, daß Sie Politik machen und die Kontrolle mit Ihrer Mehrheit verhindern. Haben Sie doch den Mut, der Minderheit die Kontrolle zu ermöglichen. Die Einräumung des Minderheitsrechtes für die parlamentarische Kontrolle wäre dazu ein ganz konkreter Schritt. Ihre Zustimmung ist dafür die Voraussetzung. Hier können Sie Ihre parlamentarische Gesinnung in der Tat, in der Praxis unter Beweis stellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie reden von mehr gesellschaftlicher Mitbestimmung. Ich frage Sie: Warum haben Sie dann in Ihrer Regierungserklärung, Herr Bundeskanz-

Dr. Lanner

ler, kein Wort zur Volksabstimmung gesagt? Kein Wort! Wir haben Vorschläge gemacht. Darüber kann man diskutieren. Wenigstens ernsthaft diskutieren sollte man über Vorschläge, die wir auf den Tisch gelegt haben. Sie reden von Bürgernähe, sind aber nicht bereit, etwa den kranken und älteren Menschen über das Briefwahlrecht die Möglichkeit der Mitbestimmung einzuräumen. Das ist die Inkonsistenz Ihrer Politik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler, Sie reden von Bürgernähe. Aber von der Einführung von Einerwahlkreisen ist plötzlich nichts mehr zu hören. Sollten wir uns nicht darüber zumindest unterhalten, wenn Ihr Bekenntnis ernst gemeint ist?

Ich habe diese Beispiele deshalb angeführt, weil ich glaube, daß es an der Zeit ist, Ihre Ankündigungen mit der praktischen Politik härter abzutesten und auch aufzuzeigen, wie inkonsequent Sie in vielen Fällen Politik machen.

Eine Bemerkung zur Europapolitik. Ich war überrascht, daß in der gesamten Regierungserklärung kein Wort zum Verhältnis Österreichs gegenüber einem künftigen freigewählten Europäischen Parlament zu finden ist. Nun könnte man sagen, das läßt die Neutralität nicht zu. Das wäre zumindest eine Überlegung. Dann hätte man sie anführen können. Ich glaube allerdings, daß man ernsthaft in folgender Richtung überlegen könnte:

Wir haben ein besonderes Verhältnis zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Partnerstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind im Europäischen Parlament versammelt. Würde dieses Nahverhältnis, dieses besondere Verhältnis zur Wirtschaftsgemeinschaft nicht auch ein besonderes Verhältnis zum Europäischen Parlament im Interesse Österreichs rechtfertigen? Wir alle wissen, daß im Europäischen Parlament künftig wichtige Entscheidungen vorberaten, vorbehandelt werden und daß es vielleicht dort möglich wäre, den österreichischen Standpunkt rechtzeitig, etwa – ich stelle das zur Diskussion – aus einer Beobachterrolle zu deponieren. Aber darüber überhaupt nichts zu sagen, Herr Bundeskanzler, darüber überhaupt kein Wort in der Regierungserklärung zu verlieren, scheint mir doch etwas leichtfertig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft anlangt, findet sich in der Regierungserklärung der Hinweis, die Bundesregierung werde bemüht sein, die Zusammenarbeit mit den EG über das Freihandelsabkommen hinaus in pragmatischer Weise zu intensivieren. – Was heißt das, in pragmatischer Weise zu intensivieren? Ein mageres Bekenntnis, ich sage, eine Leerformel.

Sie und wir wissen, daß wir im Verhältnis zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft trotz des Abkommens, das wir seit dem Jahre 1972 haben, in wichtigen Bereichen ernste Schwierigkeiten haben, an erster Stelle im Bereich der Landwirtschaft, an zweiter Stelle, aber nicht weniger wichtig, im Bereich der Stahlindustrie, im Bereich der Papierindustrie, im Aluminiumbereich. Und Sie meinen, und Sie geben sich mit der Leerformel zufrieden, daß man versuchen sollte, das Verhältnis in pragmatischer Weise zu intensivieren. Ich glaube, daß es Zeit wäre, einen neuen Vorstoß in Brüssel im Interesse der österreichischen Wirtschaft, im Interesse der österreichischen Arbeitsplätze vorzunehmen. Überlegungen in dieser Richtung fehlen in der Regierungserklärung, das ist ein ganz entscheidender Mangel. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Schluß, Herr Klubobmann Fischer, noch eine Bemerkung an Sie. Sie haben auf unseren Entschließungsantrag verwiesen. Unser Ziel ist es zu zeigen, daß wir von der Österreichischen Volkspartei langfristig die bessere Politik für Österreich machen. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Das ist unsere Absicht, das ist unser Ziel, das ist unser Bestreben. Darüber sollten Sie nicht lachen, das ist nicht lächerlich, das ist ein ernstes Vorhaben im Interesse von fast zwei Millionen österreichischen Wählern, die das von uns erwarten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir machen es uns nicht so leicht und erwähnen das hier nur in Form eines Lippenbekenntnisses. Wir haben wesentliche Positionen unserer Politik in einem Entschließungsantrag zusammengefaßt. Herr Klubobmann Fischer, wir kommen Ihren Bedenken entgegen. Sie meinen, es wäre doch nicht zurmutbar, daß man Sie nun mit einem Entschließungsantrag hier überfalle, den Sie nicht studieren können, und daher können Sie dazu auch kein abschließendes Urteil abgeben. Damit das kein Vorwand für Sie sein kann, haben wir den Weg gewählt, daß wir vorschlagen – wir haben den Antrag auch so eingebracht –, diesen Entschließungsantrag dem Verfassungsausschuß zuzuweisen. Dort können Sie ihn studieren, dort können Sie ihn analysieren, aber dort erwarten wir auch, daß Sie Farbe bekennen. An der Haltung zu diesem Antrag können Sie zeigen, wie ernst Sie es mit Ihrem Angebot der Zusammenarbeit meinen. Wir werden Sie an Ihrem Verhalten messen und nicht nur an Ihren Ankündigungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Blecha. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Blecha** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der FPÖ-Klubchef

Blecha

Peter hat vor vier Jahren die Regierungserklärung eine Apotheose verbindlicher Unverbindlichkeiten und eine Problemschau ohne Prioritätensetzung genannt. Sein Nachfolger in der Funktion des Parteibosses Götz hat heute die Regierungserklärung mit dem Delphischen Orakel verglichen und damit, wie mir scheint, einen eher matten Aufguß dessen geliefert, was sein Vorgänger vor vier Jahren zu sagen gewußt hat.

Vor vier Jahren hat der Abgeordnete Peter die Verheißung eines glücklicheren Österreich eine Fata Morgana genannt – ich zitiere wörtlich –, „ganz besonders, was die Behauptung betrifft, daß nach einer zehnjährigen Epoche sozialistischen Regierens mehr Wohlstand in Österreich gegeben sein würde“.

Aber jetzt, vier Jahre später, wird kaum in Zweifel gezogen, daß es noch nie so vielen so gut in Österreich gegangen ist wie nach diesen neun Jahren sozialdemokratischen Regierens. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Heute hat der Abgeordnete Götz uns abgesprochen, ein Österreich mit freien, unabhängigen und selbstbewußten Menschen schaffen zu wollen. Er wird so wie Peter in den vier Jahren von der Pädagogik der Tatsachen überzeugt werden, daß wir dazu imstande sind und damit eine unserer wesentlichsten Zielsetzungen erfüllen werden.

Nur dort aber, wo sich der Abgeordnete Götz von seinem Vorgänger Peter wohl – nicht wohlthuend! – unterschieden hat, wenn er zum Beispiel die Unterstellung in den Raum gestellt hat, die SPÖ wäre eine die Macht oft mißbrauchende Regierungspartei, müssen wir diese Ausführungen entschieden zurückweisen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein Wort auch zum unterschweligen Vorwurf, wir Sozialdemokraten wären Bürokratiefetischsten. Die Österreichische Sozialdemokratie hat immer eine gesunde Abneigung gegen zuviel Bürokratie gehabt. Es war Otto Bauer, der schon 1919 hier im Parlament gemeint hat, niemand verwalte Betriebe und Institutionen schlechter als Bürokraten. Er forderte statt dessen die Mitbestimmung aller Staatsbürger in der Wirtschaft, die der Produzenten und Konsumenten, gewiß auch unter angemessener Teilnahme staatlicher Organe.

Dabei, Hohes Haus, ist die österreichische Sozialdemokratie geblieben. Was die Menschen selber tun können, soll ihnen der Staat nicht aus der Hand nehmen. Wir wollen mit einem unsinnigen Wust von bürokratischen Geboten und Verboten aufräumen. In diesem Sinn versteht sich soziale Demokratie, die wir meinen, als permanente Bürgerinitiative gegen

ein Zuviel an Obrigkeit und Reglementierung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die SPÖ – das sei auch als weiterer Beweis, Herr Abgeordneter Götz, hier hinzugefügt – hat in den letzten Jahren ein Klima der Liberalität in diesem Land geschaffen und es verteidigt. Sie bekennt sich durch Wort und Tat – die Regierungserklärung ist ein weiteres Dokument dafür – zur Beseitigung von Abhängigkeiten und Bevormundungen.

Dann sind von Ihnen, aber auch von den Abgeordneten Mock und Lanner eine ganze Reihe von Details urgirt worden, die eine Regierungserklärung gar nicht umfassen kann. Da muß ich Sie doch auf all das verweisen, was in unserer Wahlplattform steht oder was in all jenen Dokumenten steht, die schon vor der Wahl dem Parlament vorgelegt worden sind. Denn Regierungserklärung, Wahlplattform, Parteiprogramm, längst veröffentlichte Initiativen oder Programme wie etwa das zehnjährige Investitionsprogramm enthalten die Lösungsvorschläge für die Probleme der achtziger Jahre. Keines dieser Dokumente ist isoliert zu betrachten.

Dann werden Sie sehen, daß es tatsächlich ausreichende Antworten darauf gibt, wie die erfolgreiche Wirtschaftspolitik fortgesetzt wird, wie wir zur Schaffung von 200 000 neuen Arbeitsplätzen, zur Sicherung der Energieversorgung, zum Ausbau der sozialen Sicherheit, zur Förderung der Familien, zur Lösung der Wohnungsprobleme, zu mehr Sicherheit in unserem Land, zu verbessertem Zugang zum Recht, zur Verwirklichung der modernen Schule und zur Förderung von Forschung und Kultur kommen. Wir haben längst für die achtziger Jahre vorgearbeitet. Ein 10-Jahres-Investitionsprogramm, Herr Abgeordneter Lanner, sowie zwei Strukturverbesserungsprogramme sind beschlossen und im Stadium der Verwirklichung. Eine Reihe konkreter Gesetzesinitiativen gerade zu den von Ihnen aufgeworfenen Fragen sind bereits ausgearbeitet, einige von ihnen sogar schon dem Hohen Haus zugemittelt worden.

Das gleiche gilt für die Frage des Energiekonzepts. Es geht nicht darum, jetzt ein neues Energiekonzept zu erstellen, denn das wäre viel zu spät. Es geht darum, das bestehende Energiekonzept Schritt für Schritt zu verwirklichen und an die sich ständig ändernden Verhältnisse anzupassen. So ist erst vor wenigen Tagen ein 18-Punkte-Katalog energiepolitischer Maßnahmen von der Bundesregierung der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Er zeigt, daß sich diese Regierung längst Gedanken gemacht hat, wie die Energieversorgung dieses Landes sichergestellt werden kann und was jetzt – nicht erst in vier Jahren, sondern schon in diesen

Blecha

Wochen und Monaten – geschehen muß. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Soweit zu den Fragen, die der freiheitliche Hauptsprecher aufgeworfen hat.

In einer besonders ungünstigen Situation befindet sich allerdings heute die ÖVP, die nach der vierten Wahlniederlage en suite nun, wie wir gehört haben, darangehen muß, ihre Grundsätze zu überdenken, die ihre Politik einer strengen Prüfung unterziehen muß und die auch vor personellen Konsequenzen nicht zurückschreckt. Ihr Parteiobmann Taus hat das Handtuch geworfen, und zwar nach einer glücklosen Zeit, die der steirische Landeshauptmann-Stellvertreter, der AAB-Chef Wegart, gestern in der „Kleinen Zeitung“ folgendermaßen charakterisiert hat:

„Ich und meine Generation, wir waren sechs Jahre im Krieg, es waren sechs gestohlene Jahre. Die vier Jahre, die Taus als ÖVP-Chef gewirkt hat, kann ihm auch niemand mehr zurückgeben.“

Ich bedaure es, daß Dr. Taus nun auch das Schicksal seiner drei Vorgänger in der Oppositionszeit der ÖVP erleidet; jener Oppositionszeit, die Kurt Vorhofer als „Prozeß des zehnjährigen Niederganges“ einer immer unattraktiver werdenden Partei beschrieben hat. Er meinte:

„Die Wählerzahlen, so schlecht sie sind, dürften das volle Ausmaß des Niederganges gar nicht wiedergeben, denn der ÖVP kam am Wahltag stets die traditionelle Anhänglichkeit ihrer vielen treuen Stammwähler ebenso zugute wie die berechtigte Angst vieler der ÖVP eher fernstehender Menschen vor der sozialistischen Übermacht.“

So bleibt der ÖVP die Suche nach einer zeitgemäßen Form. Denn auf die Frage der „Kleinen Zeitung“ an Taus, warum er denn wirklich zurückgetreten sei, hat er in dieser Woche geantwortet: „Ich bin der festen Überzeugung, daß die Art, wie die Österreichische Volkspartei sich heute präsentiert, nicht mehr zeitgemäß ist.“

Was sind also die ÖVP-Aussagen in der heutigen Debatte wert? Sie – die Partei – ist nicht zeitgemäß, die Aussagen sind es auch nicht. Wann wird uns die ÖVP als zeitgemäßer Partner oder Widerpart gegenüberreten? Niemand, weder Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, noch wir Sozialisten, weiß heute, ob das, was von den Rednern der ÖVP vorgetragen wird, auch morgen noch gültige Parteilinie sein wird, ob vieles von dem, gegen das heute keine Einwände erhoben werden, nicht morgen schon im Mittelpunkt Ihrer Kritik steht.

Sie haben heute viele der sozialpolitischen Maßnahmen, die wir für die nächsten vier Jahre angekündigt haben, durch Ihre Redner Mock und Lanner kritisiert. Sie werden wahrscheinlich noch, wenn man den Presseberichten Glauben schenken kann, gegen die Fortsetzung der Schulversuche polemisieren und einiges an unserer Rechtspolitik auszusetzen haben. Der Abgeordnete Mock hat ja hier schon eine sehr drastische Bemerkung gemacht, indem er ihr Grundwertorientierung abspricht, Sie werden vieles an unserer Wirtschaftspolitik kritisieren.

Das alles ist Ihr gutes Recht. Aber wenn Sie jetzt, meine Damen und Herren von der ÖVP, Ihre eingehende Analyse der letzten Jahre und der Gründe für den Aufstieg der österreichischen Sozialdemokratie beginnen und wenn Sie diese Analyse mit der gebotenen Ernsthaftigkeit durchführen, dann werden Sie bald zu dem Schluß kommen, daß die SPÖ eben wegen dieser Sozialpolitik, wegen dieser Bildungspolitik, wegen der von ihr initiierten und durchgeführten Rechtsreform und vor allem auch wegen ihrer Wirtschaftspolitik so stark geworden ist, sodaß ihr mehr Österreicher als irgendeiner anderen Partei in der Geschichte dieses Landes am 6. Mai das Vertrauen geschenkt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dann, Hohes Haus, werden diesem Analyseergebnis Ihre heutigen Attacken auf diese Regierungserklärung gegenüberstehen, dann werden wir feststellen können, was das, was heute durch Ihre ersten Redner gesagt worden ist, eigentlich wert war.

Sehr enttäuscht war ich über die Rede des Klubobmannes und designierten Parteiobmannes Dr. Mock, der im alten Stil hier agiert hat. In sehr eindrucksvoller Weise hat Heinz Fischer die Unterstellung, uns ginge Macht vor Recht und Macht vor der Demokratie, zurückgewiesen. Ich möchte das noch mit einer Frage ergänzen. Wie ist der Vorwurf an uns, wir würden Macht vor Demokratie setzen, mit der Praxis einer Partei vereinbar, die Sie, Mock und Lanner, vertreten und die gerade in diesen Tagen in Niederösterreich, in Mödling, einen freigewählten Bürgermeister unter Bruch aller bisher gültigen Vereinbarungen durch einen Regierungskommissar ersetzen lassen möchte? *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Es ist auch wieder einmal vom Schlagwort der sozialen Marktwirtschaft die Rede gewesen. Von Ihnen ist urgiert worden, was wir eigentlich damit meinen. Das Programm der SPÖ geht von einer Analyse dieser Marktwirtschaft aus. Diese Marktwirtschaft ist durch drei Merkmale gekennzeichnet, erstens einmal, daß der Preismechanismus auch unter idealen Bedingungen Krisentendenzen nicht

Blecha

verhindern kann, zweitens, daß die private Verfügungsgewalt über Real- und Finanzinvestitionen den wirtschaftlichen Prozeßablauf bestimmt, und drittens, daß die Entscheidungsregeln systematisch das Wachstumsziel begünstigen, daß aber dieses ganze darauf beruhende Wirtschaftssystem instabil ist, zur Stagnation neigt und Arbeitslosigkeit und Inflation nicht zu verhindern versteht.

Eine unseren Grundwerten folgende Politik strebt eine Überwindung der zu diesen Instabilitäten neigenden kapitalistischen Marktwirtschaft in Richtung einer von Mock etwas abfällig bezeichneten demokratischen Marktwirtschaft an. Demokratische Marktwirtschaft bedeutet nicht die Übertragung des Abstimmungsprinzips der politischen Demokratie auf das ökonomische System, sondern die Ersetzung wachstumsorientierter Handlungsabläufe und Prioritäten durch Entscheidungsverhältnisse, die eben auch bestehende Ungleichheiten in der Verteilung der Lebenschancen aufheben sollen. Unsere marktwirtschaftliche Organisationsform bedeutet nicht die Abschaffung der Prinzipien der Marktwirtschaft, sondern die bessere Nutzung unter demokratischen Entscheidungsverhältnissen.

In diesem Punkt sind wir in voller Übereinstimmung mit der heute schon zitierten Stellungnahme im Informationsdienst der Katholischen Sozialakademie, in der es auf Seite 4 heißt:

„Die Ordnung der Wirtschaft und des Eigentums muß also dem Anspruch des arbeitenden Menschen unterstellt werden. Nicht das Kapitaleigentum und nicht ‚die Wirtschaft‘ bestimmen die Ordnung der Arbeit, sondern die arbeitenden Menschen sind die Norm der Wirtschaft und entscheiden über ihre Gestalt und ihre Abläufe.“
(Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der grundsätzliche Unterschied zwischen der SPÖ und Ihnen liegt vor allem darin, daß wir das Bild einer dynamischen Gesellschaft verfolgen und daß wir uns bemühen, auf die Herausforderungen dieser dynamischen Entwicklung zu reagieren. Das haben wir durch unser Grundsatzzprogramm getan, das wiederum die Voraussetzung für die Wahlplattform war, die wir den österreichischen Wählern vorgelegt haben und die wiederum die Regierungserklärung, die heute zur Diskussion steht, beeinflusst hat.

Die Regierungserklärung ist ein Stück handfester Politik als Kunst des Möglichen. Sie ist aber nicht beliebig zusammengeleimt, um nach tagespolitischen Effekten zu haschen, sie ist eingeordnet in eine große Perspektive. Sie steht in einem klaren, logischen Zusammenhang mit

unserem Programm vom Mai 1978 und mit unserer Wahlplattform, die sich an diesem orientiert hat.

Sicher, es hat Kritiker gegeben, auch in unserer Partei, die noch im vergangenen Jahr gesagt haben: Ist es notwendig, so ein umfassendes Grundsatzprogramm, das die ganze Problematik der achtziger und neunziger Jahre zu erfassen versucht, zu erstellen? Ist es nicht so, daß das die Leute gar nicht wollen? Bringt uns das nicht vielleicht sogar um den Wahlsieg?

Das österreichische Volk hat dieser Anschauung unrecht gegeben. Die Wahlen vom 6. Mai waren auch eine Volksabstimmung für eine Politik, die sich an den sittlichen Grundwerten der sozialen Demokratie orientiert, für eine Politik, die in gerader Linie aus einem Programm großer, gesellschaftlicher Reformen folgt. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir Sozialisten sind stolz, für ein Volk und in einem Volk zu wirken, das sich – von außen her so oft als Verkörperung der Heurigen seligkeit und Vergangenheitsverhimmelung mißverstanden – bereit gezeigt hat, auf ein kühnes Programm der Zukunftsbewältigung durch soziale Demokratie mit nichts weniger zu antworten als mit einer absoluten Mehrheit.

Wir Sozialdemokraten wollen unsere Politik stets an unseren Ideen messen, und das unterscheidet uns von anderen Parteien.

Nehmen wir beispielsweise jenen Bereich unserer Politik, in dem in den vergangenen Jahren sozialdemokratischer Regierungszeit besonders tiefgreifende Reformen gesetzt wurden: den Bereich der Rechtspolitik. Wir verfolgen hier die Meinung, daß die Rechtsordnung als der juristische Überbau der ökonomischen Struktur der Gesellschaft einer ständigen Anpassung an die sich ändernden gesellschaftlichen Verhältnisse bedarf, daß also sozusagen die gesellschaftliche Dynamik auch eine Dynamik in einem Anpassungsprozeß durch die Rechtsreform bedingt.

Und darum haben wir in unserer umfassenden Diskussion über Grundsätze auch den Begriff des sozialen Rechts eingebracht, den wir dem liberalen Rechtsbegriff gegenüberstellen. Wir glauben, daß die rein individualistischen Denkmuster der klassischen liberalen Rechtsphilosophie nicht mehr mit den ökonomischen und sozialen Bedingungen am Ende des 20. Jahrhunderts voll in Einklang zu bringen sind und daß das Schlagwort von der Gleichheit vor dem Gesetz längst nicht mehr ausreicht, um Ungleichheiten zu beseitigen, ja daß es sehr oft sogar neue Ungleichheiten nur verschleiert, neues Unrecht schafft. Wir sprechen daher von einer Entwicklung in Richtung Ausgleich durch

Blecha

das Gesetz und haben den schon zitierten Begriff des sozialen Rechts dafür gebracht.

Ich habe in diesem Zusammenhang bereits in der vorjährigen Budgetdebatte den deutschen Rechtsreformer Rudolf Wassermann erwähnt, der diesen Gedanken am präzisesten ausgedrückt hat, wenn er meint, daß wir ein Recht brauchen, das den Menschen so sieht, wie er wirklich ist, in seiner Macht und in seiner Ohnmacht. „Wo soziale Übermacht am Werk ist, muß das Recht sie beschränken. Wo soziale Ohnmacht vorliegt, muß das Recht den Schwachen stützen und die Gleichheit der Position herstellen, von der an die Freiheit beginnt.“

Wir haben diesen Weg, Hohes Haus, von der bürgerlichen zur sozialen Rechtsordnung in den vergangenen Legislaturperioden zu beschreiten begonnen, und wir haben in unserem neuen Programm die Fortsetzung mit den Sätzen umschrieben:

„Für die Gleichheit im Zugang zum Recht und bei der Durchsetzung des Rechts. Jeder Mensch muß ohne Unterschied des Vermögens, des Einkommens, der Bildung und der gesellschaftlichen Stellung zu seinem Recht kommen können. Wirtschaftliche und soziale Ungleichheit darf nicht zur rechtlichen Benachteiligung führen.“

Wir haben diesen Passus wortgleich in die Wahlplattform übernommen, und Sie finden ihn wieder in der gestern vorgetragenen Regierungserklärung.

Gestern haben Sie alle diese Gedanken auch in den Details wiedergefunden, wo eine leistungsfähige, moderne Gerichtsorganisation vorgestellt wird, eine Reform der aus dem 19. Jahrhundert stammenden Verfahrensgesetze und andere wichtige Reformvorhaben. So gehören zu ihnen der Abschluß der Mietrechtsreform durch die Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnungsrechtes, das die Rechte der Mieter stärkt, einen sozial gerechten Preis für Wohnungen schafft und der Erhaltung des erhaltungswürdigen Hausbestandes dienen muß.

Wir haben angekündigt, genau in Richtung vom liberalen Recht vorwärts zum sozialen Recht, die Ersetzung der Entmündigung durch eine zeitgemäße Sachwalterschaft für Behinderte. Wir haben eine Reform der Zivilprozeßordnung zur Vereinfachung und Straffung des Verfahrens angekündigt und werden damit einen wesentlichen Beitrag zur Beschleunigung und Verbilligung des Zivilprozesses leisten.

Wir haben uns zum Ersatz der Verteidigerkosten bekannt, denn gerade hier ist eine der Quellen sozialer Ungleichgewichtigkeiten. Wer heute in einem Strafverfahren freigesprochen

wird, muß seine Verteidigerkosten grundsätzlich selbst bezahlen. Diese den sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft so eindeutig benachteiligende Bestimmung unserer Strafprozeßordnung muß geändert werden. Im Rahmen einer Reform des Strafprozeßrechts soll überdies ein Recht auf Veröffentlichung eines Freispruches auf Kosten der Justiz geschaffen werden.

Und so könnte ich die ganze Palette vorstellen, die dennoch den engen Zusammenhang zwischen detaillierten Punkten, wie sie in der Regierungserklärung angedeutet und durch entsprechende Arbeiten des zuständigen Ressorts bereits ausgeführt sind, und den im Grundsatzprogramm und in der Wahlplattform enthaltenen Festlegungen aufzeigt.

So haben wir auch eine Reform des insbesondere für das Familienrecht so wichtigen Außerstreitverfahrens vor, wobei die Hauptanliegen wiederum die Beschleunigung des Verfahrens, Vorkehrungen gegen die Verfahrenverschleppung, Verstärkung der Mündlichkeit des Verfahrens und damit Abbau des Papierkrieges sind.

Wir werden weitere Konsumentenschutzgesetze brauchen, und wir werden vor allem im Zuge der Verwaltungsvereinfachung auch eine Vereinheitlichung der Gerichtsgebühren durchsetzen.

Und last, not least verspricht die Bundesregierung in Übereinstimmung mit dem von mir so oft zitierten Grundsatzprogramm und in Übereinstimmung mit der Wahlplattform der SPÖ den Abschluß der Medienrechtsreform.

Als Wahlsieger könnten wir Sozialdemokraten es uns leichtmachen und mit einer gewissen Arroganz sagen: Wir haben gegen Medienmacht und Medienübermacht gesiegt. Was interessieren uns die Medien! Sollen wir sie noch mit einem modernen Medienrecht belohnen?

Wir haben den Gegenbeweis dafür geliefert, Hohes Haus, durch die Änderung und Neueinbringung der Mediengesetzvorlage. Zwei Dinge liegen uns hier besonders am Herzen: Wir wollen den Schutz des einzelnen vor Medienmacht und -übermacht gewährleisten, wir wollen die Privatsphäre des Menschen sichern, seinen Persönlichkeitsschutz garantieren, aber mit gleichem Gewicht auch den Schutz der Freiheit kritischer Meinungsäußerung und kritischer Berichterstattung. Wir glauben als Sozialdemokraten, daß unsere Demokratie stark genug ist für den klassischen demokratischen Grundsatz: Lieber zuviel Kritik als zuwenig, lieber zuviel Freiheit als zuwenig Freiheit.

Aber um Medienfreiheit zu sichern, bedarf es auch – und das ist das zweite wesentliche Prinzip des neuen Medienrechts – eines mög-

Blecha

lichst großen Freiheitsraumes für die journalistischen und programmschaffenden Mitarbeiter im Inneren der Medien. Wir glauben, daß die Medienfreiheit nicht allein bei den Unternehmen und Unternehmensführungen liegen soll.

Dann bekennen wir uns auch dazu, daß Medienfreiheit auf der Vielfalt aller im Medienbereich wirkenden Kräfte zu beruhen hat. Daher sind wir gegen Medienmonopole. Wir werden dafür sorgen, daß es im Medienbereich zu einem demokratischen Wettbewerb kommen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)* Und wir werden in diesem Zusammenhang auch dafür sein, daß dem Bürger eigene Aktivitäten mittels Medien ermöglicht werden und so sein Freiheitsraum erweitert wird.

Demokratische Kontrollvorgänge, die Mißbrauch publizistischer Macht verhindern sollen, sind auch dort vorzusehen, wo neue Medien entstehen, und dort zu verbessern, wo es der Ausbau der Medienfreiheit einfach verlangt.

Bei der Politik der Sozialisten zieht sich also ein klarer Bogen von der politischen Analyse über deren programmatische Fixierung bis zur Verwirklichung in der praktischen Politik der Regierung und der Parlamentsfraktion. Wir verheimlichen dabei nichts, weil wir nichts zu verheimlichen haben. Wir dokumentieren jeden Schritt unserer Analyse und unserer Politik und machen diese Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich. Wir stellen uns dem Staatsbürger und lassen ihn urteilen.

Dieses Urteil fällt seit Beginn dieses Jahrzehnts immer positiver zu unseren Gunsten aus. Es ist dieses immer stärkere Votum für uns Sozialisten aber nicht ein Bekenntnis der Menschen unseres Landes zu den Ergebnissen und zu den Vorhaben unserer praktischen Politik allein, es ist auch ein Bekenntnis zu den Grundwerten, die uns heute der Hauptsprecher der ÖVP absprechen wollte, zu jenen Grundwerten, die eben Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität heißen. Wir registrieren eine zunehmende Zustimmung zu einer Politik, die sich an solchen Grundwerten orientiert. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zur Gerechtigkeit, einer der wesentlichen dieser Grundwerte, gehört auch eine Verbesserung der Einkommensverteilung. Wir haben in unserem Grundsatzprogramm die Verringerung der immer noch großen Einkommensungleichheit als wichtiges Ziel angeführt, da die Verteilung der Einkommen wesentlich die Verteilung der Lebenschancen in einer Gesellschaft bestimmt. Die Regierungserklärung nimmt ausdrücklich Bezug darauf.

Vorschläge der Steuerreformkommission sollen sich am Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit

orientieren. Die Verteilungswirkungen der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben werden von der Bundesregierung besonders beachtet werden. Die agrarische Preispolitik soll mithelfen, Einkommensunterschiede im ländlichen Raum zu verringern. Schließlich wird bei der Erstellung öffentlicher Leistungen in besonderem Maß auch darauf geachtet werden, daß Staatsbürger grundsätzlich die gleichen Chancen haben, solche Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Aber selbst bei der Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die die Regierungserklärung anführt, ist die Umverteilungswirkung der öffentlichen Haushalte begrenzt. Eine gerechtere Einkommensverteilung in unserem Land wird nur dann erreicht werden können, wenn die Verteilung der Bruttoeinkommen in den Dienst dieses Ziels gestellt wird. Dazu gehört auch das, was unter Privilegienabbau heute schon mehrmals besprochen worden ist.

Aber Privilegienabbau kann sich nicht auf einen kleinen Bereich, den der Politik, beziehen. Er ist in allen anderen Bereichen ebenso notwendig, in manchen viel notwendiger.

Wir bekennen uns vorbehaltlos zu den Absichtserklärungen des noch immer im Amt befindlichen Parteiobmanns der ÖVP und unseres Parteivorsitzenden, eine Neuregelung der Besteuerung der Politikergehälter, den Abbau der Steuerbegünstigungen für Funktionsgebühren aller Art, eine Neuregelung der Aufsichtsratsgebühren und eine Reform der Unvereinbarkeitsbestimmungen vorzulegen und durchzusetzen.

Wir haben mit großem Erstaunen heute auch das Bekenntnis des freiheitlichen Parteiobmanns Götz zur Kenntnis genommen, daß allein die Frage der Politikerbesteuerung – ich zitiere ihn wörtlich – nicht genüge, um das Problem des Privilegienabbaues zu lösen. Die freiheitliche Opposition verlange eine über alle Berufe hinausreichende gleichartige Beurteilung und empfehle dazu das Studium des Schweizer Beispiels.

Wir Sozialisten nehmen das sehr ernst, waren aber sehr betroffen, daß Vertreter der den Privilegienabbau bei jeder sich bietenden Gelegenheit einfordernden Opposition in Gremien außerhalb des Parlaments ganz anders handeln. Der ÖVP-Abgeordnete Bergmann – dann hat diesen Antrag von ihm der FPÖ-Abgeordnete Peter übernommen – hat im Kuratorium des Österreichischen Rundfunks erst jüngst einen Vertrag, einen Geschäftsführervertrag für Bacher, beantragt, der diesem 14 Monatsgehälter zu etwas mehr als 120 000 S pro Monat zuzüglich zwei Bilanzgeldern im Jahr zugesteht.

Blecha

Da ist es für die „Privilegienabbauer vom Dienst“ in den Oppositionsparteien auf einmal ganz normal, daß 25 Monatsgehälter Abfertigung nach bloß vierjähriger Funktionszeit gewährt werden plus – nicht statt, sondern plus – eines Pensionsanspruchs von 100 000 S im Monat. Da ist es ganz normal, daß die Abfertigung und auch die Monsterpension dann zu gelten haben, wenn ein Geschäftsführer wegen einer groben Pflichtverletzung aus dem öffentlich-rechtlichen Unternehmen ORF entlassen wird.

Sehen Sie: Da beginnt die Sache unglaublich zu werden. Eine Partei, die sich mit Feuereifer über Rechnungshofkritik am Orangensaftverbrauch etwa des Bundeskanzleramtes hermacht und die diesen zu einem Politikum aufblasen möchte, andererseits aber gar nichts dabei findet, daß der Geschäftsführer eines öffentlichen Unternehmens mit einer Monstergage bedacht wird, ist in höchstem Maß unglaublich. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es sind gerade die jungen Menschen in diesem Land, die von solch doppelter Moral abgestoßen sind. Viele Jugendstudien haben erwiesen, daß unter den jungen Wählern heute ein hohes Maß an Skepsis, an latenter Unzufriedenheit vorhanden ist. Es wurde nur zum Teil – ich gebe mich gar keiner Illusion hin – in dieser Wahlbewegung überwunden durch das überwältigende Bekenntnis dieser jungen Menschen zu einer sauberen Politik, für die ihr Bruno Kreisky der Garant ist, und zu dem überwältigenden Bekenntnis zu einer Partei, zur österreichischen Sozialdemokratie, die sich um ihre Interessendurchsetzung bemüht. Wir wissen, daß wir den Wahlerfolg am 6. Mai zu einem erheblichen Teil dem Bekenntnis der Jungwähler zu unserer Politik und zu unserem Kanzlerkandidaten zu verdanken haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Unsere Verpflichtung gegenüber der Jugend aber ist keine opportunistische. Sie ergibt sich aus dem historischen Charakter der Arbeiterbewegung, für die noch immer gilt, was Karl Marx ihr zuschrieb: Sie ist eben jene Bewegung, die die Zukunft in ihren Händen trägt. Und dies wäre sie nicht mehr, wenn sie die Jugend oder wenn die Jugend sie im Stiche ließe.

Wir sind uns sehr wohl dessen bewußt, daß es nicht blinde Begeisterung für die Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Form war, was die Jugend für uns zur Wahlurne brachte. Vielmehr wählte sie uns auch trotz mancher Bedenken und Vorbehalte. Wir aber sehen darin eine Verpflichtung, selbstkritisch nachzudenken, an einer grundlegenden Erneuerung unseres demokratischen Sozialismus zu arbeiten.

Wir nehmen sehr ernst, was sich in der Jugend an kritischer Distanz gegenüber dem traditionellen Parteiwesen zeigt. Der deutsche Psychoanalytiker Horst Eberhard Richter hat einmal dazu gemeint:

Ein zahlenmäßig immer anwachsenderer Teil unserer Jugend widerspiegelt einen von der gesellschaftlichen Mehrheit verdrängten Aspekt unserer heutigen gemeinsamen Situation, daß nämlich unser gesellschaftlicher Betrieb hoffnungslos sinnentleert erscheint.

Wir haben dem entgegengewirkt und erste Erfolge erreicht, indem wir einen großen Teil der Jugend als Bündnispartner für eine sinnvolle Reform der Gesellschaft gewonnen haben. Aber dieses Votum für eine sinnvollere Form der Gesellschaft bringt uns die Verpflichtung, den Bedürfnissen dieser Jugend noch mehr durch unsere Politik zu entsprechen.

Noch selten hat daher eine Regierungserklärung in so umfassender Form die Bedürfnisse der jungen Menschen dieses Landes berücksichtigt. Das reicht von der inhaltlichen Neugestaltung unseres Schulwesens über die Mitbestimmung der jungen Menschen in ihrem Lebensbereich, wie etwa in den Studentenheimen, über die Herstellung von genügend Arbeitsplätzen für unsere Jugend bis zum Bau von kostengünstigen Startwohnungen, die die jungen Familien vor Ausnützung und Wuchermieten schützen und gleichzeitig ein Wohnmodell darstellen werden, das den geänderten Lebensformen der Jugend der achtziger Jahre entspricht.

Bei diesen Prozessen, die heute vor uns liegen, werden wir aber auch nicht auf die Impulse, die von einer kritischen, jungen, engagierten Generation ausgehen sollen, verzichten können.

Wir wissen, daß junge Menschen über ein sehr feines Sensorium für das verfügen, was die Probleme und Anliegen der Zukunft sein werden. Eines dieser Anliegen ist sicherlich das Bedürfnis der Öffentlichkeit nach mehr Mitsprache. Für mich ist dieser Gedanke überhaupt der zentrale Bestandteil dieser Regierungserklärung.

Es hat in der Republik noch nie eine Regierungserklärung gegeben, in der auch nur in ähnlich großem Umfang dieses partizipatorische Element enthalten war. Haben wir zu Beginn der siebziger Jahre, als wir das Vertrauen des österreichischen Volkes bekommen haben, uns bemühen müssen, demokratische Frischluft in alle Bereiche unserer konservativ erstarrten Gesellschaft zu pumpen und den Reformstau nach Jahren konservativer Regierung abzubauen, haben wir dann um die Mitte der siebziger Jahre die große Aufgabe zu

Blecha

bewältigen gehabt, die mit dem Einsetzen der schwersten internationalen Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren aufkommenden Gefährdungen unseres Landes abzuwehren, so stellt sich heute die Aufgabe, die soziale Demokratie zu verwirklichen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir sind daher, Hohes Haus, in unserem Programm 1968 ebenso wie in der Regierungserklärung neue Wege gegangen. Wir wollen neue Formen der Demokratie neben den bewährten bisherigen. Wir wollen neue Formen der sozialen Wohlfahrt, die durch selbständige Aktivität der Menschen zustande kommen, außerhalb der kalten Maschinerie eines bürokratischen Staates.

Wir fordern einen neuen Zugang zu menschlichen Werten, die auf bedrohliche Weise zu kurz kommen in der bisherigen gesellschaftlichen Ordnung, einer Ordnung, die noch immer gekennzeichnet ist durch Verschwendung von Energie, Verschwendung von Rohstoffen, Fehlleitung wertvoller menschlicher Kräfte, Verwüstung und Vergiftung von Landschaften und unserer Städte.

Wir wollen eine Neuorientierung, die wegführt von diesen zerstörenden Kräften des Kapitalismus.

Und wir wollen einen neuen, konkreten Humanismus, der die Menschen wieder einfügt in natürliche Zusammenhänge.

Wir wissen, daß dafür ein tiefgreifender Bewußtseinswandel notwendig sein wird, viel ernsthafte Erörterung, auch Auseinandersetzung mit den anderen Parteien. Und wenn es am Schluß unserer Wahlplattform, mit der wir vor dem 6. Mai angetreten sind, geheißen hat: „Höchstes Ziel sozialdemokratischer Politik ist die Erweiterung und Entfaltung der persönlichen Lebenssphäre jedes einzelnen – der Mensch im Mittelpunkt“, dann ist die heute zur Diskussion stehende Regierungserklärung der Auftakt für eine neue Etappe auf dem Weg zu diesem Ziel. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Würde ich jetzt den Herrn Abgeordneten Blecha der Demagogie zeihen, dann würde mir das einen Ordnungsruf des Herrn Präsidenten eintragen. Daher behaupte ich nicht, daß der Herr Kollege Blecha ein Demagoge ist. Aber ich zeige die andere Seite der Medaille zum Bacher-Vertrag auf.

Herr Abgeordneter Blecha, Sie wissen ganz genau, daß der Herr Bacher nach diesem Vertrag

im Monat 120 000 S bekommt. Wäre der Herr Dr. Oberhammer noch im Amt, bekäme er 99 000 S Monatsbezug.

Herr Bacher bezog bis jetzt eine Pension von 70 000 S pro Monat. Diese Pension wird von den 120 000 S natürlich abgezogen, sodaß der Vertrag des Herrn Bacher de facto im Monat nicht 120 000 S, sondern 50 000 S kostet *(Heiterkeit bei der SPÖ)*, das heißt, der Bacher-Vertrag ist de facto um 49 000 S pro Monat billiger, als es der Oberhammer-Vertrag wäre. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Soviel zum Bacher-Vertrag, wobei nur noch anzufügen wäre, Herr Abgeordneter Blecha, daß die sozialistischen Betriebsräte für den Bacher-Vertrag gestimmt haben. Das festzustellen haben Sie in Ihren Ausführungen vergessen. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Nun empfehle ich der sozialistischen Mehrheit, sich gerade im Zusammenhang mit den Privilegien der Nationalbank zu erinnern, jenes klassischen Proporzunternehmens rotschwarz, früher schwarzrot, wo es Privilegien gibt, Herr Abgeordneter Blecha, die sonst in der ganzen Republik Österreich nicht existieren. Ich bin neugierig, wann Sie dort mit dem Privilegienabbau beginnen werden.

Ich darf Sie im besonderen auf das sogenannte „Honolulu-Abkommen“ aufmerksam machen, das es in der Nationalbank gibt, seinerzeit im Rahmen einer Reise der hohen Herren zur Weltbank in Honolulu vereinbart, als sie sich dort von den Strapazen der Weltbankkonferenz erholt haben. Das „Honolulu-Abkommen“ beinhaltet, daß in der Nationalbank personell nur ein Angehöriger der Sozialistischen Partei oder der Österreichischen Volkspartei zum Zug kommen kann. Dies ist ein Relikt des klassischen, seit 1966 aber überholten schwarzroten Proporz in Österreich. Vielleicht befaßt sich die sozialistische Mehrheit im Zusammenhang mit dem Privilegienabbau auch einmal mit diesen Dingen in der Nationalbank.

Ich weiß nicht, was für eine Gage der Sozialist und Generaldirektor der Nationalbank Dr. Kienzl im Monat hat. Aber ich würde mich nicht wundern, wenn er das Doppelte oder ein Mehrfaches von dem im Monat bezieht, was der Herr Bacher nun nach seinem Vertrag bekommt.

Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, daß man diese Dinge nicht so einseitig darstellen soll, wie dies der Herr Abgeordnete Blecha getan hat.

Der Herr Abgeordnete Blecha zeigte sich heute wieder einmal von der ganz besonders empfindlichen Seite. Er hat besonderen Anstoß daran genommen, daß FPÖ-Bundesparteiober-

Peter

mann Dr. Götz den Sozialisten „Machtmißbrauch“ vorgeworfen hat.

Dazu ist zu sagen, daß Macht für den, der sie über sich ergehen lassen muß, erträglich und unerträglich ausgeübt werden kann. Die demokratische Machtausübung im erträglichen Sinne ist als Realität an der Tagesordnung und mit den Grundsätzen unserer Verfassung vereinbar. Ich behaupte aber, daß es Bereiche in unserer Republik gibt, in denen die Machtausübung der Übermächtigen unerträgliche Formen angenommen hat, und daß diese unerträglichen Formen der Machtausübung der Übermächtigen den Vorwurf des Machtmißbrauches rechtfertigen.

Herr Abgeordneter Blecha! Eine überparteiliche Persönlichkeit konnte in Österreich Bundespräsident werden. Ein Freiheitlicher oder ein Parteiunabhängiger kann bis heute noch immer nicht Leiter einer Volks- oder einer Hauptschule in Wien werden. Das empfinde ich als unerträgliche Machtausübung, und hier, glaube ich, ist der Vorwurf des Machtmißbrauches sehr wohl gerechtfertigt. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Wenn man über diese Dinge diskutiert, wird man zu dem Schluß kommen, daß das gar nicht so abwegig ist, was hier an Vorwürfen vorzubringen ist.

Natürlich gibt es das auch mit umgekehrten Vorzeichen: Ein Freiheitlicher oder ein Überparteilicher leidet in Niederösterreich genauso, wie er unter einer unerträglichen Machtausübung in Wien zu leiden hat. In Wien haben die Sozialisten bei der Personalvertretungswahl mehr als 90 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten. Und in Niederösterreich hat der AAB, hat die Österreichische Volkspartei bei Personalvertretungswahlen ebenfalls mehr als 90 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen bekommen.

Aus derartigen Wahlergebnissen, die nur möglich sind, weil das Wahlrecht nicht demokratisch genug ist, aus solchen Wahlergebnissen heraus ergeben sich dann diese unerträglichen Zustände, die man sehr wohl an die Adresse der Betroffenen – ob es die Sozialisten oder die ÖVP sind – als Machtmißbrauch bezeichnen darf. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nun zur Regierungserklärung. Diese Regierungserklärung leitet einen neuen Abschnitt sozialistischer Regierungspolitik ein. Wie diese Regierungspolitik tatsächlich im einzelnen beschaffen sein wird, darüber lassen sich trotz des voluminösen Umfanges der Regierungserklärung von gestern bis zur Stunde nur Mutmaßungen anstellen.

Soviel ist aber sicher, daß das Kabinett Kreisky IV schwere Hypotheken und Lasten vom

Kabinett Kreisky III übernimmt; Hypotheken und Lasten im Staatshaushalt auf Grund einer vielfach und in entscheidenden Punkten verfahrenen Finanz-, Budget- und Steuerpolitik der siebziger Jahre. Dies sind Hypotheken, welche das Kabinett Kreisky IV in die achtziger Jahre mit hineinnimmt.

Schwere Hypotheken übernimmt das Kabinett Kreisky IV auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Und desgleichen gibt es Problemberge: von der Suchtgiftgefährdung und Medikamentenanfälligkeit der Jugend über den rapid ansteigenden Verkehrstod auf unseren Straßen bis zur Krise in der Energiepolitik.

Diesen Hypotheken und Problembergen, die zweifelsohne vor uns allen liegen, scheint meines Erachtens die gestern vom Herrn Bundeskanzler abgegebene Regierungserklärung nicht ausreichend Rechnung zu tragen.

Der erste ganz große Prüfstein für das Kabinett Kreisky IV wird das im Herbst zur Beratung heranstehende Budget für 1980 sein. Nach meiner Überzeugung ist es ein schmaler und weiß Gott nicht gefahrloser Pfad, der, ausgehend von einem seiner Reserven beraubten Staatshaushalt, in die achtziger Jahre führt.

Probleme über Probleme sind gestern auf den 146 Seiten der Regierungserklärung angerissen worden, ohne daß präzise und befriedigende Antworten erteilt worden wären.

Ich glaube, daß man diese Kritik bei sachlicher Prüfung der Regierungserklärung nicht nur sehr wohl anbringen darf, sondern anbringen muß.

Wir Freiheitlichen haben uns in den zurückliegenden Jahren besonders in der letzten Gesetzgebungsperiode stets bemüht, konstruktiv zu sein, eine differenzierte Oppositionspolitik zu gestalten und Verständnis der Mehrheit in jenen Bereichen zu finden, die uns aus freiheitlichen Grundsatzüberlegungen her am Herzen gelegen sind:

Wie hinsichtlich der flankierenden Maßnahmen zur Arbeiterabfertigung.

Wie hinsichtlich der steuerlichen Förderung energiesparender Maßnahmen.

Wie hinsichtlich einer modernen Regelung der Ladenverkaufszeiten.

Wie hinsichtlich eines den heutigen Bedürfnissen gerecht werdenden Landwirtschafts- und Ernährungssicherungsgesetzes.

Wie hinsichtlich der Altersstaffelung der Familienbeihilfe.

Wie hinsichtlich der Verbesserung der steuer-

Peter

lichen Behandlung und pensionsrechtlichen Stellung der Körperbehinderten.

Wie hinsichtlich der Bekämpfung der Sucht-giftkriminalität und

wie hinsichtlich der Maßnahmen im Interesse einer wirksamen Überwachung des Straßenverkehrs.

Wir haben uns in der vergangenen Gesetzgebungsperiode bemüht, Verständnis und Zustimmung der Mehrheit zu finden. Wir haben sie aber in diesen Sachbereichen nicht gefunden. Wir sind daher enttäuscht, daß die Bundesregierung auf diese Probleme nicht präzise und ausreichend genug in ihrer Erklärung eingegangen ist.

Die Familie hat wohl gestern in der Regierungserklärung ihren Platz eingeräumt bekommen. Nicht aber, Herr Vizekanzler, die Tatsache, daß eigentlich Staat und Gesellschaft meiner Meinung nach ein neues Verhältnis zur Familie finden sollten und müßten.

Wir haben vor Auflösung des letzten Nationalrats eine Familienenquete durchgeführt, die uns in aller Deutlichkeit vor Augen geführt hat, welch ungelöste Probleme heute im Bereich der Familien vorhanden sind und wie sehr der Geburtenrückgang bedrohend im Raum steht.

Ich hätte gerade auf Grund der vom Nationalrat durchgeführten Familienenquete in der letzten Gesetzgebungsperiode des Nationalrates erwartet, daß die Bundesregierung sich in ihrer Regierungserklärung mit dem Problem des Geburtenrückganges entsprechend auseinandersetzt. Sie ist diesem Problem schlicht und einfach aus dem Wege gegangen und ignoriert es in ihrer Regierungserklärung.

Die rückläufige Geburtenrate, Herr Vizekanzler, scheint mir ein besonders besorgniserregendes Charakteristikum der SPÖ-Alleinregierung zu sein. Verfolgen wir ganz kurz die Entwicklung.

Auf 1 000 Einwohner entfielen folgende Lebendgeburten: 1968 17, 1970 15, 1972 13, und 1974 entfielen auf 1 000 Einwohner nur mehr 12 Lebendgeburten.

1975 leuchtete das Alarmsignal auf: 2 906 Todesfälle waren mehr als Lebendgeburten zu verzeichnen.

Mit diesem Problem, dem sehr schwerwiegenden Problem des Geburtenrückganges, hat sich die Bundesregierung in ihrer Regierungserklärung nicht auseinandergesetzt. Und das betrachte ich, Herr Vizekanzler, als einen schwerwiegenden Mangel dieser Regierungserklärung.

Eine negative Bevölkerungsentwicklung trotz

einer Heiratsbeihilfe von 15 000 S, eine negative Bevölkerungsentwicklung trotz einer Geburtenbeihilfe von 16 000 S, eine negative Bevölkerungsentwicklung trotz des Gratis-Schulbuches und eine negative Geburtenentwicklung trotz der Schüler-Freifahrten.

Herr Vizekanzler! Ich werfe der SPÖ-Alleinregierung vor, daß ihre Familien- und Bevölkerungspolitik nicht stimmt. Gerade dies wurde – es ist noch einmal zu unterstreichen – in der gestrigen Regierungserklärung ignoriert.

Besonders tragisch scheint mir zu sein, daß im Österreich des Wohlstandes von heute die Geburtenentwicklung genauso problematisch und schlecht ist, wie sie in der Notzeit zwischen den beiden Weltkriegen gewesen ist.

Dazu zitiere ich den Universitätsprofessor Dr. Heribert Berger:

„Interessanterweise ist der Geburtenrückgang in Österreich heute genauso groß oder die Geburtenhäufigkeit genauso gering wie in den dreißiger Jahren, in der Zeit der großen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.“

Warum ist die Zeit des Wohlstandes nicht in der Lage, den Weg zum Kind zu erschließen?

Ich bin mir klar darüber, Herr Vizekanzler, daß dies nicht allein mit finanziellen Mitteln möglich ist, und ich glaube eben, daß es die Bundesregierung in den letzten Jahren an der ideellen Arbeit gegenüber der Familie mangelnd hat lassen.

Dazu kommt noch, daß das Geburtendefizit in Österreich ein starkes West-Ost-Gefälle zum Nachteil Ostösterreichs aufweist: Der Westen Österreichs ist geburtenfreudiger als der Osten der Republik, womit vor allem die Bundesländer Wien und Niederösterreich gemeint sind; das Burgenland hat eine ausgeglichene Geburtenentwicklung.

Die Bundesregierung – das ist mein Vorwurf – betreibt und betreibt keine bewußte und geplante Bevölkerungspolitik.

Die Bundesregierung verhält sich in der Bevölkerungspolitik abstinenz, und

die SPÖ-Alleinregierung trug im letzten Jahrzehnt zu viel Staat in die Familie hinein.

Dieser Bundesregierung fehlt es an einem bevölkerungspolitischen Leitbild.

Die bevölkerungspolitische Enthaltbarkeit reift nach der Geburt des ersten Kindes. Dieser Erfahrungswert ist bekannt. Was tat die sozialistische Regierung in den letzten Jahren dagegen? Der „Babyschock“ tritt nach dem ersten Kind ein. Zum zweiten fehlt dann der Mut. Was

Peter

tat die Bundesregierung, um diese Schockwirkung zu steuern und zu überwinden?

Wie schaut die Politik dieser Bundesregierung hinsichtlich des Weges zum Kind, hinsichtlich der Liebe zum Kind aus? In finanzieller Hinsicht kann man dieser Bundesregierung bezüglich der Förderung der Familie nicht allzuviel Vorwürfe machen. Es ist viel geschehen. Das sei auch aus freiheitlicher Sicht unterstrichen.

Das Kind veranlaßt heute einen Konsumverzicht, vor allem bei der Mutter. Das erste Kind führt zum „Babyschock“.

Diese Probleme stehen im Raum. Aber nicht oder zuwenig wird vor allem von Seiten der Bundesregierung darüber geredet, Herr Vizekanzler, daß das Kind nicht nur Opfer, sondern auch Freude, Erfüllung und Lebensinhalt bedeutet.

Ich glaube, an dieser ideellen Familienpolitik hat es die sozialistische Alleinregierung in den zurückliegenden Jahren fehlen lassen, und ich erhärte den Vorwurf deswegen, weil dazu nichts, aber schon gar nichts in der Regierungserklärung enthalten ist.

Was unternimmt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, um die Dinge zu steuern?

Damit komme ich zum nächsten Kriterium: Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Sozialausschusses steht der Bericht der Bundesregierung über die Situation der Familie in Österreich. Ich darf schon heute namens der freiheitlichen Fraktion darauf verweisen, daß wir diesen Bericht der Bundesregierung über die Situation der Familie als äußerst unzulänglich, gerade von den dargelegten Gesichtspunkten her, betrachten.

Bedauerlicherweise ist der Geburtenrückgang am tristesten in der Bundeshauptstadt. Wien hat die ungünstigste Bevölkerungsstruktur in der gesamten Republik; hier wäre die Frage aufzuwerfen – sie wird aber heute nicht zu beantworten sein –: warum?

Es fehlt in Wien an der Schwelle der achtziger Jahre an familiengerechten und kindergemäßen Wohnungen. Mit Startwohnungen für junge Leute, Herr Vizekanzler, wird das Problem nicht zu lösen sein.

Aber es fehlt nicht nur an kindergemäßen Wohnungen in Wien, es fehlt auch an kindergemäßen Lebensräumen in dieser Stadt, und nicht selten finden Sie, wenn Sie durch Wien gehen, die Tafel: „Für Kinder verboten!“

Vielleicht ist das auch einer der Gründe dafür, Herr Vizekanzler, daß wir heute im Bereich des Fußballs nicht mehr jenen Nachwuchs haben, über den wir in der Zeit zwischen den beiden

Weltkriegen, der Notzeit, in so reichem Maß verfügt haben.

Über das Wohl der Kinder müßte man ebenso reden wie über die Zahl der Kinder. Mit diesem Problem müßte sich die Bundesregierung eingehend auseinandersetzen. Meiner Meinung nach sind „Wohl der Kinder“ und „Zahl der Kinder“ ein untrennbares Begriffspaar.

Ist die Gesellschaft familienfreundlich genug? Ist die Gesellschaft kinderfreundlich genug? Das wären Fragen, die gerade bei Familienquoten einer eingehenden Diskussion zu unterziehen wären.

Wie ist die Kindermüdigkeit zu überwinden? Das ist nicht nur von der finanziellen, sondern auch von der ideellen Seite her eine weitere Problemstellung.

Ist die heutige Umwelt kinderfreundlich genug? Auch darauf, glaube ich, läßt sich keine überzeugende Antwort erteilen.

Ich bedaure als Freiheitlicher, daß die Bundesregierung dem Thema des Bevölkerungs- und Geburtenrückganges in unserer Republik in der Regierungserklärung keine Aufmerksamkeit zugewendet hat.

Aus freiheitlicher Sicht wäre für ein kinderfreundliches Österreich eine Gesinnungsänderung in weiten Bereichen gegenüber dem Kind erforderlich.

Ein kinderfreundliches Österreich erfordert eine richtige gesellschaftliche Bewertung der Familie.

Ein kinderfreundliches Österreich erfordert die Anerkennung der Eltern, ihrer Stellung, ihrer Autorität und nicht ihre Negierung, wie das heute so oft der Fall ist.

Ein kinderfreundliches Österreich erfordert mehr Schutz der Familie.

Ein kinderfreundliches Österreich erfordert den Abbau kinderfeindlicher Einrichtungen.

Und ein kinderfreundliches Österreich erfordert, daß der Bundeskanzler die Familienpolitik nicht auf Staatssekretärebene betreibt, sondern sich selbst um die Familienpolitik kümmert. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die „Bunte Illustrierte“ hat in den letzten Wochen eine sehr interessante Reportage über Bundeskanzler Dr. Kreisky gebracht. Darin ist ein Bild enthalten, das einem zu Herzen geht: der Großvater Kreisky mit seinem Enkelkind. Er ist leider im Augenblick nicht da. Ich möchte nicht sosehr an den Bundeskanzler appellieren, sondern an jenen Menschen Dr. Kreisky, der in der „Bunten Illustrierten“ mit seinem Enkel abgebildet ist. *(Abg. Graf: Ich glaubte, an das*

Peter

Enkelkind wollen Sie appellieren, Herr Abgeordneter! – Heiterkeit.) So weit ist es noch nicht. Ich weiß nicht, was aus dem Enkelkind in 20 oder 30 Jahren wird. Wenn der Regierungschef die Gesinnung, die an diesem Bild erkennbar ist, auf die Familienpolitik überträgt, dann könnte es im Bereich der Familienpolitik langsam wieder aufwärtsgehen.

Ein Thema, Herr Vizekanzler, scheint mir noch in der Regierungserklärung sehr nebensächlich behandelt worden zu sein: das ist der Bereich der Verwaltung und der Bürokratisierung.

Daß die Verwaltung in Österreich heute überdimensioniert ist, kann nicht einmal mehr von der sozialistischen Bundesregierung bestritten werden. Im Gegenteil: Österreich ist heute internationaler Rekordhalter auf dem Gebiet der Bürokratisierung. Österreich ist ein Land der Doppel-, Mehr- und Vielgeleisigkeiten im Bereich der Verwaltung.

Ich erinnere an den Fremuth-Bericht aus dem Jahre 1974 – er ist beinahe schon fünf Jahre alt –, der uns vor Augen geführt hat, daß durch Reibungs- und Sickerverluste, wie er es ausdrückte, in den zehn größten Bundesbetrieben Österreichs nicht weniger als 10 Milliarden Schilling verlorengegangen sind.

Maßnahmen zur Behebung dieser Mißstände sind leider Gottes bis zur Stunde nicht gesetzt worden.

Irgendwie scheint der Bundeskanzler auch selbst von der Notwendigkeit einer Verwaltungsreform überzeugt zu sein. Er hat bis jetzt vier Regierungserklärungen abgegeben: 1970, 1971, 1975 und 1979. Aber nach der vierten Regierungserklärung ist das Problem der Verwaltungsreform noch immer nicht gelöst!

Ich denke zurück, meine Damen und Herren, an jene Zeit, in der Sozialisten und Freiheitliche gemeinsam gegenüber einer ÖVP-Alleinregierung opponiert haben. Damals gab es den Staatssekretär Dr. Karl Gruber (*Abg. Dr. Mock: 5 300 Beamte weniger!*), er ist damals mit der Verwaltungsreform beauftragt worden. (*Abg. Dr. Wiesinger: 5 312!*) Dr. Gruber ist auch nicht sehr weit gekommen, Herr Kollege Dr. Wiesinger! Allzuweit hat es auch nicht gereicht, aber bei dieser sozialistischen Alleinregierung hat es nach neun Jahren noch nicht einmal so weit gereicht wie bei Dr. Karl Gruber zwischen 1966 und 1970. Ausnahmsweise einmal einverstanden, Herr Kollege Graf? (*Abg. Graf: Daß ich das erlebe! – Heiterkeit.*)

Man muß doch Verständnis haben für die Situation der ÖVP in der gegebenen Lage. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der Bundeskanzler hat zu diesem Thema in der „Weltwoche“ am 23. Mai unter anderem gesagt:

„Gerade der SPÖ wirft man eine besonders ausgeprägte Zuneigung zum Staat vor. Dieses Märchen“ – so führte der Bundeskanzler aus – „gilt es aus vielen Gründen durch Leistungen zu zerstören.“

Frage der „Weltwoche“: „Wie?“

Kreisky: „Durch eine Entrümpelungsaktion.“

„Weltwoche“: „Also Verwaltungsreform.“

Kreisky: „Darum werde ich mich jetzt persönlich kümmern. Ich weiß, das ist eine Sisyphusarbeit.“

Und weil der Bundeskanzler davon überzeugt ist, daß es eine Sisyphusarbeit ist, darum hat er mit der Sisyphusarbeit gestern in der Regierungserklärung erst gar nicht angefangen.

Hier also, Herr Vizekanzler, erbitte ich namens der freiheitlichen Fraktion das Konzept der Bundesregierung für die Verwaltungsökonomisierung und für die Verwaltungsrationalisierung, aber nicht nur für den Bund, sondern unter Einschluß von Ländern und Gemeinden.

Hier erbitte ich, Herr Vizekanzler, namens der freiheitlichen Abgeordneten das Konzept für die Neugestaltung der Organisationsstrukturen und der Organisationsabläufe in der Verwaltung.

Hier erbitte ich, Herr Vizekanzler, namens der freiheitlichen Abgeordneten das Entschlackungskonzept für den in der SPÖ-Alleinregierung dick und füllig gewordenen Verwaltungsapparat.

Leider sind diese Konzepte in der Regierungserklärung nicht enthalten. Vielleicht kann man sie zu einem späteren Zeitpunkt nachtragen.

Nun aber bitte zu dem, was der Klubobmann der sozialistischen Mehrheitsfraktion in einer Pressekonferenz am 17. Mai zum Thema Opposition, Kontrolle und Kritik im Nationalrat gesagt hat. Klubobmann Dr. Fischer führte dazu unter anderem aus, es sei der Ehrgeiz der sozialistischen Parlamentsfraktion, von der Mehrheit mit 95 Mandaten nur in Ausnahmefällen und nicht im Regelfall Gebrauch zu machen.

Dieser Betonung hätte es nicht bedurft, denn die Praxis sagt, daß mehr als 84 Prozent aller Gesetze in der letzten Gesetzgebungsperiode einstimmig beschlossen worden sind, daß etwas mehr als 8 Prozent mit den Stimmen von zwei Parteien beschlossen wurden und daß die absolute Mehrheit in der abgelaufenen Gesetzgebungsperiode des Nationalrates in etwas mehr als 7 Prozent der Fälle angewendet wurde.

Peter

Rein numerisch betrachtet, waren diese einsamen Beschlüsse der sozialistischen Mehrheit auch in der zurückliegenden Zeit eine Ausnahme. Doch es kommt auf die Substanz dessen an, was mit absoluter Mehrheit entschieden wird. Was im Zusammenhang mit der Lkw-Steuer durch Anwendung der absoluten Mehrheit herbeigeführt wurde, das sind eben die Dinge, deren Konsequenzen so weitreichend und negativ sind, daß man der Anwendung der absoluten Mehrheit bedenklieh gegenüberstehen muß.

Es hat sich am Ende der letzten Gesetzgebungsperiode auch gezeigt, daß es keine Kompromißbereitschaft der sozialistischen Mehrheit mehr gegeben hat, und es wird sich jetzt am Beginn dieser XV. Gesetzgebungsperiode erweisen, ob diese Kompromißbereitschaft bei der sozialistischen Mehrheit wieder gegeben ist, gerade nachdem die Sozialisten in die Wahlwerbung mit der Forderung nach dem „österreichischen Weg“ gezogen sind und sie einen „österreichischen Weg“ beschreiten wollen. Es hat noch niemand definiert, was die sozialistische Mehrheit unter „österreichischem Weg“ in Richtung der Oppositionsparteien versteht.

Wir Freiheitlichen verstehen unter einem „österreichischen Weg“ keine sozialistische Einbahn. Wir verstehen unter dem „österreichischen Weg“, daß es kein Weg des Niederstimmens der beiden anderen Fraktionen des Nationalrates sein kann. Wir verstehen unter „österreichischem Weg“, daß er keine Straße des Monologes der Mehrheit sein kann, und wir verstehen unter „österreichischem Weg“, daß er eine mehrspurige politische Fahrbahn des Dialogs mit dem Ziel des größten gemeinsamen Nenners sein muß. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Des Klubobmannes Dr. Fischer Richtschnur für die parlamentarische Kontrolle lautet: maximale Kontrolle ja, Beschimpfungen, Verdächtigungen und persönliche Unterstellungen nein. Dem können wir Freiheitlichen aus Überzeugung zustimmen, denn diese Forderung war schon immer die Maxime der freiheitlichen Nationalratsfraktion. Allerdings bedarf dies einer deutlichen Ergänzung, nämlich daß zur parlamentarischen Kontrolle auch die Kritik gehört. Wie empfindlich die sozialistische Mehrheit bezüglich der Kritik geworden ist, das hat uns der Abgeordnete Blecha ja heute wieder einmal sehr eindringlich vor Augen geführt.

Weiter ist zu unterstreichen, daß die sozialistische Mehrheitsfraktion nicht selten die Neigung zeigt, sachliche, wenn auch harte Kritik mit Beschimpfung und Verunglimpfung zu verwechseln. Wo Kritik aufhört und wo Beschimpfung anfängt, darüber ein objektives Urteil zu

fällen, meine Damen und Herren, kann nicht Sache der Regierungspartei allein sein. Da hat schon auch die Opposition ein gewichtiges Wort mitzureden.

Klubobmann Dr. Fischer meinte weiter, parlamentarische Arbeit soll überlegt und ohne Hektik begonnen werden. Dem stimme ich vollinhaltlich zu. Wer aber die gestrige Präsidialkonferenz erlebt hat, der hat von der überlegten Arbeit ohne Hektik wirklich einen schlechten Eindruck bekommen. Es war das Gegenteil der Fall. Hoffentlich ist der Zustand von gestern eine Ausnahme, die sich nicht wiederholt.

Ebenso wird unsere parlamentarische Arbeit zwischen Qualität und Quantität sehr eingehend zu unterscheiden haben. Es wird aus der Sicht der freiheitlichen Opposition eine harte Arbeit auf der Grundlage einer sachlichen Kritik gegenüber der Mehrheitsfraktion und der Bundesregierung sein.

Eine weitere Versicherung darf ich dem Klubobmann der sozialistischen Mehrheitsfraktion noch abgeben: Die freiheitliche Fraktion wird eine unbequeme Opposition in den nächsten vier Jahren sein.

Nun, noch eine Bitte oder ein Appell an die Bundesregierung: Die Bundesregierung soll von sich aus an einer kontinuierlichen Arbeit und Zusammenarbeit mit dem Nationalrat interessiert sein. Soll dieses Ziel erreicht werden, Herr Vizekanzler, dann müßte man Schluß machen mit dem ministeriellen „Schubladenkehraus“. Immer wenn der Urlaub vor der Tür oder Weihnachten ins Haus steht, werden die Schubladen der Ministerialräte und Sektionschefs ausgeräumt und das Parlament mit Regierungsvorlagen überhäuft.

Daher Schluß mit dem ministeriellen „Gerüststau“ zur Zeit der Budgetdebatte. Die Bundesregierung kennt den Parlamentsrhythmus. Wir bitten sie, sich darauf einzustellen und sich dem Parlamentsrhythmus anzupassen. Es soll nicht so sein, daß die Bundesregierung den Parlamentsrhythmus ignoriert, denn der Nationalrat bringt der Arbeit der Mitglieder der Bundesregierung und ihren Auslandsverpflichtungen sicher ein hohes Maß an Verständnis entgegen. Daher bitten wir aus der Sicht der freiheitlichen Fraktion, daß das gleiche Verständnis der Bundesregierung auch gegenüber den Oppositionsparteien an den Tag gelegt wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Klubobmann Dr. Fischer! Ihre Forderung nach dem Ausbau einer maximalen Kontrolle steht im Raum. Wir greifen sie gerne auf und verstehen darunter unter anderem, daß der Ausbau einer maximalen Kontrolle in der

Peter

XV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates in Angriff genommen werden soll. Die maximale Kontrolle wird sich am Entgegenkommen der sozialistischen Mehrheit hinsichtlich einer weiteren Geschäftsordnungsreform des Nationalrates messen lassen. Auf der Grundlage der heutigen Geschäftsordnung ist meines Erachtens eine maximale Kontrolle einer absoluten Mehrheitsregierung nicht möglich.

Sicher, es hat in den siebziger Jahren äußerst positive Ansätze für eine Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie in der Republik Österreich gegeben. Diese Weiterentwicklung soll aber nicht steckenbleiben. Sie soll durch weitere Schritte in den achtziger Jahren ergänzt werden. Diese Schritte sind nach unserer Überzeugung in Richtung einer Weiterentwicklung der Bundesverfassung, in Richtung einer Weiterentwicklung der Geschäftsordnungsreform und in Richtung einer weiteren Verbesserung der Arbeitsgrundlagen des österreichischen Nationalrates und seiner Abgeordneten zu setzen.

Lassen Sie mich, Herr Abgeordneter Fischer, schließen mit Montesquieu, der zum „Geist der Gesetze“ sagte: Der Geist des Gesetzgebers muß der Geist der Mäßigung sein.

Der Herr Bundeskanzler führte am 23. Mai in der „Weltwoche“ aus: „Ich sage es meinen Freunden immer wieder: Auch in der Politik liegt der Meister in der Beschränkung.“

Meister in der Beschränkung war die sozialistische Mehrheitsfraktion gerade am Ende der XIV. Gesetzgebungsperiode nicht. Vielleicht wird sie es in der XV. Gesetzgebungsperiode werden, denn letzten Endes wird der Geist der Mäßigung des Gesetzgebers in erster Linie durch den bestimmt, der der Stärkste ist, und das ist die sozialistische Fraktion mit 95 Mandaten.

Wir Freiheitlichen, Herr Abgeordneter Dr. Fischer, sind auf der Grundlage unseres Programms und des freiheitlichen Manifestes zur Gesellschaftspolitik im Geiste der Mäßigung zur Zusammenarbeit mit der SPÖ-Mehrheit und mit der Österreichischen Volkspartei bereit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Thalhammer**: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Graf. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Graf (ÖVP)**: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es seien mir zwei Repliken auf meine Herren Vorredner gestattet. Herr Abgeordneter Peter! In einer nicht nur für mich an Überraschungen nicht armen Zeit haben Sie mir eine der köstlichsten der letzten Wochen bereitet. Ich bin immer Ihr aufmerksamer, aber selten Ihr begeisterter Zuhörer. Aber ich habe

das erste Mal seit langer Zeit oder überhaupt das erste Mal gehört, daß Sie an der damaligen Alleinregierung Klaus ein gutes Haar lassen, und sei es nur das Härchen der Reform.

Ich muß das feststellen, denn als Sie begonnen haben, Herr Kollege, wollte ich Sie schon fragen, was ich jetzt nicht tue; ich sage Ihnen nur, was ich Sie fragen wollte. Ich dachte mir, Sie beginnen die jetzige Gesetzgebungsperiode wieder mit der Zwei-Ohrfeigen-Theorie, als Sie die Verträge der Nationalbank hier im Zusammenhang mit Bacher gebracht haben. Ich wollte Sie fragen, wenn ich der alte Graf gewesen wäre, was Sie mehr stört: die Verträge oder das Nichtdortsein eines Freiheitlichen. Ich frage Sie nicht.

Anscheinend macht die Länge unserer Parlamentsdienstzeit, die gleich ist, Ecken runder. Aber es war eine gute Überraschung für mich. Ich stehe nicht an, Ihnen das zu sagen. Aber das ist das letzte Angenehme, was ich in dem Zusammenhang heute ... *(Abg. Peter, den Sitzungssaal verlassend: Darf ich mich jetzt abmelden, Herr Graf?)* Ich habe Ihnen nichts zu befehlen, aber es sei Ihnen gestattet.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ein paar sicher wesentlich ernstere Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Zentralsekretärs Blecha.

Man wird sehr genau den vollen Inhalt des Protokolls der Rede des Herrn Abgeordneten Blecha lesen müssen. Herr Blecha hat sich nur verbal verändert. Er hat eine verbal sehr zahme Rede gehalten, aber man wird den Inhalt sehr genau studieren müssen.

Die Medienerklärung des Abgeordneten Blecha begann damit: Die Mehrheit veranlaßt die Sozialisten nicht zur Arroganz, sondern zur Nichtarroganz, und von dem Gesichtspunkt aus wird das neue Mediengesetz gemacht werden. Das war die verfeinerte Art einer Arroganz der Macht, die mich – und nicht nur mich! – hellhörig macht. Die Untertöne in verschiedenen Passagen seiner Rede lassen mich glauben, daß er jenen Spruch, den der Herr Bundeskanzler angeblich in seinem Büro hängen hat, nicht meint; er sollte ihn sich tätowieren lassen, den Horaz'schen Spruch. Ich befürchte, daß Blecha in seinen Untertönen uns hier eine Verschärfung auf verschiedener legistischer Basis angekündigt hat. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)* Ich fürchte, mich nicht getäuscht zu haben.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es haben sehr prominente Redner der Mehrheitspartei hier über Zusammenarbeit und ähnliches sehr ernst klingende Worte gesagt. Lassen Sie mich, obwohl es schon Geschichte geworden ist, zwei Herren mit Äußerungen vom 22. April 1966

Graf

zitieren. Ich gebe zu, daß meine Partei damals in einer wesentlich besseren Situation war als heute.

Ich möchte den Führer der damaligen Opposition Kreisky zuerst zitieren. Er wandte sich der damaligen Regierung zu und sagte – ich zitiere aus dem Stenographischen Protokoll –:

„Sowenig wir es aber der Regierung oder uns selbst leichtmachen werden, so ist es in der Demokratie niemals Sache der Regierung, zu entscheiden, wann die Opposition, mit der sie konfrontiert wird, konstruktiv und die Kritik, die an ihr geübt wird, objektiv ist.“

Zur Darnachachtung, Herr Bundeskanzler. Wir werden es genauso halten, wie Sie es uns damals angekündigt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch ein Zitat sei mir gestattet. Am gleichen Tag – viele der hier anwesenden Damen und Herren werden sich erinnern – wurde eine der längsten Reden – sie verteilte sich auf zwei Tage – vom nachmaligen Vizekanzler Ing. Häuser gehalten. Ich darf nur zwei ganz kurze Passagen zitieren und sie der Mehrheit in Erinnerung rufen. Das, was Häuser damals sagte, sollten Sie gelten lassen, wenn es von uns gesagt wird. Er sagte, und ich zitiere wieder wörtlich:

„Wir werden in dem Maße auch weiter diese Verantwortung tragen, als man uns neben der Mitsprache auch eine entsprechende Mitbestimmung gibt. Man kann nur so lange vom anderen die Mitverantwortung verlangen für Maßnahmen und Regelungen, die man setzt, wenn man ihm auch die Möglichkeit gibt, selbst Einfluß auf diese Maßnahmen und Regelungen zu nehmen, wenn der andere also mitgestalten kann. Wer Verpflichtungen übernimmt, muß auch die Rechte und Sicherheiten haben, die mit diesen Verpflichtungen einhergehen. Wer Vereinbarungen trifft, muß auch die Überzeugung haben, daß der andere diese Vereinbarungen einhält.“

Meine Damen und Herren, zur Darnachachtung. Und aus derselben Rede eine letzte Passage, sonst wird es zuviel, Häuser sagte in einer anderen Phase seiner Rede: „Echter Partner ist man nur dann, wenn jeder den anderen respektiert in dem Wissen, daß ihn auch der andere braucht.“ – Bitte, man sollte das in der neuen Machtfülle nicht übersehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun, meine Damen und Herren, einige Bemerkungen zu Passagen der Regierungserklärung. Ich möchte aber vorher ein Bemerkenswertes in der Bereicherung des sozialistischen Sprachschatzes feststellen. Seit Beginn der heutigen Debatte wird immer wiederkehrend von sozialistischen Rednern, wenn es sich um

Papiere oder um Machwerke handelt, die von der SPÖ kommen, oder wenn sie Dinge zitieren, die ihnen recht geben, zum Beispiel dieses Papier von der Katholischen Sozialakademie, der Ausdruck verwendet, es handle sich um Dokumente.

Meine Damen und Herren, das ist eine der größten Irreführungen. Für uns ist das im besten Fall ein Papier. Wir glauben nicht, was in dem Papier steht, und das Papier wird deshalb nicht glaubwürdiger, wenn Sie der Ansicht sind, die Bevölkerung meint, wenn Sie von Dokumenten reden, das sei ein amtlich gesiegeltes Schriftstück. Mitnichten! Wir werden schon dafür sorgen, daß der Unterschied zu einem Dokument deutlich wird. Herr Abgeordneter Dr. Fischer, ein Dokument ist ein Taufschein. Aber diese Regierung hat nicht einmal einen Persilschein für ihre Taten, die Sie hier nicht ankündigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun zu dem gefeierten Nichtdokument. Meine Damen und Herren! Besonders der Herr Bundeskanzler ist sehr bewandert im englischen Parlamentarismus. Ich würde glauben, daß er den Spruch kennt: Wenn ein Engländer in einer Sache nicht ja sagen will oder kann, aber er wünscht nicht nein zu sagen, dann sagt er meistens diesen abgegriffenen Spruch: „Ich werde sehen, was ich für Sie tun kann.“ *(Abg. Dr. Fischer: I'll see, what I can do for you!)* Of course! Ich dachte halt, deutsch ist zweckmäßiger. Ich wußte, daß Sie wissen, Herr Dr. Fischer, was das heißt. *(Heiterkeit.)*

Aber abgesehen davon ist dieser Spruch, meine Damen und Herren, eigentlich der wirkliche Titel dieser Regierungserklärung. Denn diese 146 Seiten waren ohne konkrete Aussagen. Es hat der Herr Zentralsekretär Blecha zwar versucht, wortgewaltig zu beweisen, warum man eben in dieser Regierungserklärung keine bindenden Verpflichtungen eingegangen ist. Er verweist auf die Wahlplattform, dort steht es an sich auch nicht. Aber es wird ein drittes Papier zum Dokument erhoben werden, wo man sagt, dort wird es schon gestanden sein.

In Wirklichkeit – man möge mir das nicht übelnehmen – ist diese Regierungserklärung nicht nur vom Inhalt her leer, sie ermöglicht Ihnen interpretativ nach vier Jahren zu sagen, was Sie gemacht oder nicht gemacht haben, wie Sie wollen. Sie ist glitschig wie Schmierseife. Man kann dieses Papier nicht klagen. Es enthält keinen Fixpunkt, wo Sie sich festlegen. Sie haben zwar für jeden etwas drinnen in der Hoffnung, es wird ihnen schon passen. Aber die Kontrolle der Erfüllung dieser Erklärung fußt nur auf Interpretationen.

Die Mehrheit wird mit Ihrer Mehrheit halt

Graf

dann interpretativ feststellen, Sie haben es erfüllt, und man wird sagen, wir skandalisieren, wenn wir jetzt feststellen, es ist nichts Konkretes drinnen, und wenn wir am Schluß feststellen, Sie haben gar nichts erfüllen wollen, weil Sie sich jede Tür offengelassen haben.

Nun möchte ich mich mit einigen dieser offenen Türen, Hohes Haus, beschäftigen. Sicher in gebotener Kürze, aber denn doch.

Auf der Seite 51 des von Ihnen als Dokument bezeichneten Papiers steht – sagte der Herr Bundeskanzler –: „Industrie und Gewerbe sind und bleiben nach wie vor der Motor auch einer modernen Volkswirtschaft.“ Ein nichtpolitischer Mensch muß sagen, das ist wunderbar, was der Bundeskanzler sagt. Nur, meine Damen und Herren, wo ist das Bekenntnis, was Sie tun, daß dieser Motor Motor bleibt. Sie haben schon in den letzten vier Jahren mehr an Steuern abgezapft, als Sie oben an Energie diesem Motor zugeführt haben. Das ist ja das Problem.

Der Herr Bundeskanzler sagt im nächsten Absatz sofort weiter – ich zitiere wieder wörtlich –: „Unter den speziellen österreichischen Gegebenheiten wie enger Binnenmarkt und weitgehende Abhängigkeit der österreichischen Industrie von den Weltmärkten wird die Bundesregierung die Exportbemühungen der österreichischen Wirtschaft besonders unterstützen.“

Das haben Sie vier Jahre nicht getan, oder glauben Sie, daß die sklavische Ankoppelung des Schillings an die D-Mark den Export erleichtert hat? Ich stelle hier und heute fest, daß die letzten Jahre der Regierung die Exportbemühungen der Wirtschaft nicht erleichtert, sondern wesentlich erschwert haben. Und mit der Feststellung, daß Sie um die Wichtigkeit des Exportes wissen – das haben wir Ihnen gesagt, seit Sie an der Regierung sind –, ist es nicht getan – manche werden es glauben, Sie werden es tun –, hier fehlt uns eine entscheidende Erklärung, und wir werden sie von Ihnen verlangen, denn die Feststellung ist ein Gemeinplatz, den Sie ad absurdum geführt haben, vier Jahre zurück, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und auf der Seite 54 steht ein mir besonders störend scheinender Satz. Sie sagen hier, Herr Bundeskanzler: „Die staatliche Wirtschaftsförderung kann und will kein Ersatz für die unternehmerische Tätigkeit und Verantwortung sein.“

Niemand wünscht das. Sie haben unternehmerische Tätigkeit und Verantwortung schwieriger gemacht. Ich habe den Eindruck, daß Sie mit Ihrem Gießkannenprinzip der Förderung eher wünschen, daß Unternehmen mehr abhängig von der Gunst oder Ungunst dieser

Regierung sind. Ich habe schon in der letzten Zeit den Eindruck gehabt, daß Sie es lieben, wenn größere oder mittlere Firmen Arm in Arm mit dem Betriebsrat bei der Regierung antanzen, und erst wenn beide um die Gunst der Regierung ersuchen, gibt es eine Unterstützung; aber nur nach Gutdünken. Wie läuft's denn?

Meine Damen und Herren! Dieser Satz ist der Kernpunkt der Schwierigkeiten der österreichischen Wirtschaft, die es natürlich nicht geben darf. Ich werde darauf zurückkommen. Aber auch hier. Das ist eine Erklärung, die nicht nur nichts bringt, sie ist ein Hohn für die unternehmerische Wirtschaft. Denn eine Regierung, die jahrelang, und besonders in der letzten Periode, ungeheure steuerliche Belastungen – ich verweise auf das 2. Abgabenänderungsgesetz und auf die LKW-Steuer, zur Abfertigung komme ich noch gesondert – der Wirtschaft aufgebürdet hat, kann hier nicht diese Erklärung abgeben, oder sie meint es nicht ernst. Auch hier werden wir von Ihnen verlangen, daß Sie sagen, wie Sie es meinen, aber nicht am Ende, wenn Sie dieses Ihr Dokument interpretieren, sondern jetzt, bald, denn ansonsten wird die Sache noch schwieriger.

Und lassen Sie mich fortsetzen: Auf Seite 57 sagt der Herr Bundeskanzler: „Klein- und Mittelbetriebe haben großen Anteil an Österreichs Wirtschaft; sie sind für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung von besonderer Bedeutung und haben in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit ihre Flexibilität unter Beweis gestellt. Die gezielte Förderung von Klein- und Mittelbetrieben wird im verstärkten Ausmaß fortgesetzt werden.“

Bitte, die Flexibilität haben diese Betriebe unter Beweis gestellt, aber nicht wegen der Regierung, sondern trotz der Regierung. Und wo ist denn die von Ihnen angekündigte gezielte Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, die Sie angeblich fortsetzen werden? Ich brauche mich nur zu wiederholen. Ich sage das nicht ganz ohne Bitterkeit, ich respektiere Ihren Wahlsieg, es ist Ihnen etwas gelungen, was ich nicht geglaubt habe. Sie haben aber im modernen Sozialismus, der allen alles verheißt und der nicht Rücksicht nimmt, daß immer weniger Leute immer mehr arbeiten müssen, daß es immer mehr Leuten besser geht, eine Gruppe: Das ist die Gruppe der Selbständigen, die Sie nur vage interessiert, denn die sind nicht unbedingt Ihr Wählerpotential. Hier haben Sie eine Art Ersatzreligion geschaffen, die allen alles verspricht. Wer wird schon haben wollen, wenn man sagt, es muß mehr gearbeitet werden, die Situation ist schwieriger, wenn einem eine Mehrheit erklärt, es ist eh alles – ich darf hier einen wienerischen Ausdruck verwenden – klass.

Graf

Bitte, gar nichts ist klass. Und die Ankündigungen, die am Horizont stehen in Richtung Bauern und ähnliches mehr, lassen mich glauben, daß meine Prophezeiungen keine sind, sondern eine Feststellung von drohenden Gefahren, die diese Selbständigen noch mehr in Schwierigkeiten bringen, die, die sie hier feiern und deren Flexibilität sie loben, und Sie haben es ihnen jahrelang genommen. Das ist die Tatsache, meine Damen und Herren.

Nun möchte ich doch etwas breiter zu einer Sache noch kommen dürfen. Ich verweise zuerst auf den Text auf der Seite 58. Es sagte der Herr Bundeskanzler in diesem Zusammenhang: „So ist die Bundesregierung bereit, in der Übergangsphase der Einführung der vom Nationalrat einstimmig beschlossenen Arbeiterabfertigung für Härtefälle Maßnahmen zu beraten, die zu einer friktionsfreien Abwicklung führen.“

Nun gestatten Sie mir einen historischen Rückblick. Wir haben hier diese Arbeiterabfertigung einvernehmlich beschlossen. Wir bekennen uns dazu. Zwei Dinge möchte ich, bevor ich einige Kollegen zitiere, hier sagen. Wir haben uns nicht unter dem Druck der Wahlereignisse dazu entschlossen. Denn niemand, glauben Sie es mir, niemand weiß besser als ein Unternehmer, daß ein zufriedener Arbeitnehmer ein guter ist. Und besonders in Kleinbetrieben ist das Verhältnis zwischen Dienstgeber und Dienstnehmer ein so enges. Ich kenne viele Betriebe; wo der Chef mit dem Arbeitnehmer gemeinsam in der Lehre war beim Vater, und sie betreiben den Betrieb. Aber eines: In der Zwischenphase der Wahl und knapp nachher konnte ich schon in der „Arbeiter-Zeitung“ lesen, unter Zitierung der ÖVP, des Wirtschaftsbundes, des Sallinger, daß wir vor der Wahl anders geredet haben als nachher und wir das jetzt nicht wollten. Das ist schlicht und einfach unwahr. Ich möchte einige Bemerkungen Sallingers zitieren aus der gegenständlichen Sitzung vom 23. Februar 1979. Er sagte – ich zitiere ihn nur an zwei Stellen –: „Die größte Belastung aber, die die Wirtschaft, und hier im besonderen wieder die kleinen und die mittleren Betriebe, zu tragen haben, ist die Einführung einer generellen Arbeiterabfertigung. Meine Damen und Herren! Man darf dieses Gesetz nicht isoliert betrachten, sondern muß es zusammen mit den vielen Belastungen der letzten Jahre sehen und hier auch feststellen, welche Belastungen der Wirtschaft auferlegt wurden.“

Und noch einmal Sallinger, und das erscheint mir wichtig. Er sagte am Schluß seiner Rede damals: „Nehmen Sie daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Kenntnis, daß das Kapital Arbeiter-Abfertigung ein Ja für mich

ist, daß ich aber nicht eher ruhen will, bis die Vorschläge, die wir für die kleinen und mittleren Betriebe gemacht haben, auch tatsächlich durchgeführt sind.“ So Sallinger.

Was haben Sie aus der Wiederholung dieser Bemerkungen, die Sie hier gehört haben und die im Protokoll erhärtet sind, gemacht? Ein Abrücken der Volkspartei von der Abfertigung, ein Abrücken des Wirtschaftsbundes und der Bundeskammer von der Abfertigung. Was haben wir verlangt? Was hat Sallinger verlangt, und wo war sich die gesamte Volkspartei einig, und es schien mir so, daß Sie auch kapiert haben, warum wir das verlangen. Wir wollten, daß die gemeinsame Abfertigung der Arbeiter nicht gefährdet wird, wenn ihr legistische Begleitmaßnahmen fehlen. Und ich bin der letzte, der gerade hier einen unsachlichen Unterton hineinbringen möchte. Das ist mir zu ernst.

Leute der Wirtschaft haben Ihnen damals und heute erklärt, solange es keine Maßnahmen gibt, die diese Abfertigung sichern, nämlich daß sie zu zahlen ist, ist die Abfertigung nur Gesetz, aber nicht Tatsache. Und wenn keine begleitenden Maßnahmen, und ich werde einige nennen, gesetzt werden, dann werden Dinge passieren, die Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, so gut wie ich und wie wir von der Volkspartei wissen, aber vielleicht mir nicht recht geben, das glaube ich Ihnen schon, es könnten sich finanziell in die Ecke getriebene kleine Gewerbetreibende veranlaßt sehen – aus Existenzangst –, sich von Leuten, die am Wachstum ihres Betriebes mitgewirkt haben, trennen zu müssen, wenn der Staat nicht Voraussetzungen schafft.

Das hat die Volkspartei, und mit einer Zunge, bei der Gesetzwerdung gesagt, nachher urgiert und nach der Wahl durch Sallinger und durch viele andere festgestellt. Sie haben in der „AZ“ nur festgestellt, wir rücken ab.

Nun sagt der Herr Bundeskanzler, er wird, um Härtefälle zu vermeiden, Maßnahmen beraten, die eine friktionsfreie Abwicklung ermöglichen. Diese Erklärung ist nichts wert, wenn man nicht zur Kenntnis nimmt, daß eine Abwicklung nur dann möglich ist, wenn man für jene Betriebe, meine Damen und Herren, die leider durch Ihre Politik nicht häufiger, sondern seltener werden, nämlich die, die noch Gewinne machen, das 2. Abgabenänderungsgesetz renoviert und reformiert dergestalt, daß gewinnmindernde Rücklagen gebildet werden können, Herr Bundesminister für Finanzen, daß die Leute das zahlen können.

Und der zweite Schritt, der gleichzeitig zu setzen sein wird und gesetzt werden muß: Was geschieht mit jenen Betrieben, die momentan keine Gewinne machen und trotzdem abferti-

Graf

gungsanspruchsberechtigte Mitarbeiter haben, die sie nicht hinauswerfen wollen? Hier, meine Damen und Herren, verlangen wir von Ihnen das Einsetzen sofortiger und ernstzunehmender Verhandlungen. Es genügt nicht die Adaptierung des 2. Abgabenänderungsgesetzes, denn ich wiederhole mich hier bewußt: Wir haben leider mehr Betriebe, die Gewinne nicht machen, als Betriebe, die Gewinne machen. Also wenn Sie wollen, Hohes Haus und Sie von der verstärkten Mehrheit, daß das, was der Herr Sozialminister als sein Lebenswerk gefeiert hat – und ich gönne es ihm, wenn man es zahlen kann –, nicht zu Wasser wird, dann muß hier mehr kommen als diese Erklärung. Sie ist nicht nur weich, sie ist inhaltslos! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und Sie wissen, Hohes Haus, meine Damen und Herren von der Mehrheit, daß die Fallfristen, die sich hier heranschieben, immer mehr betroffene Unternehmen nervös und nervöser machen, denn mit 1. Juli beginnt es. Und wenn im Budget – ich sage Ihnen nichts Neues, Herr Bundesminister für Finanzen –, das im Herbst hier behandelt wird, das nicht geschehen ist, dann ist es geschehen um diese Abfertigungen, denn dann werden Fallfristen unerträglich.

Und lassen Sie sich bitte mit gebotener Ruhe eines sagen: Wenn hier nicht die Wirtschaft allein, nein, die gesamte Österreichische Volkspartei diesen Punkt nicht verlassen wird, so nicht, um zu skandalisieren, und nicht, um Sie in Ihrem Höhenflug zu behindern, sondern um hier einzuklagen, daß ein großer Teil der zur Durchführung dieses Gesetzes notwendigen Maßnahmen fehlt und das Gesetz obsolet macht, wenn Sie sie nicht bringen – Sie, die Mehrheit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und lassen Sie mich bitte noch eine Bemerkung machen. Auf der gleichen Seite sagte der Herr Bundeskanzler weiter:

„In diesem Zusammenhang verdient auch das Problem der Versorgung ‚um die Ecke‘, der sogenannten Nahversorgung, besondere Aufmerksamkeit. Sie soll durch geeignete Maßnahmen in Abstimmung mit den Interessenvertretern gesichert werden.“

Bitte, darf ich mir die Frage erlauben: Welche Maßnahmen haben Sie denn in den letzten vier Jahren mit den Interessenvertretungen gemacht, außer daß wir gestritten haben, Herr Bundesminister für Handel, wer das Gutachten zahlen darf, das die Leute fragt, wie schlecht es ihnen geht oder welche Probleme der Greißler um die Ecke hat? Dort hat es schon gehapert, bei der Feststellung, ob die Arbeiterkammer auch mitzahlen wird. Das hat ein dreiviertel Jahr gedauert, und dann haben wir erst gehört, was

Sie alle gleich uns gewußt haben: daß der Greißler um die Ecke gefährdet ist, daß wir zwar einen höheren Lebensstandard haben, aber daß die Lebensqualität, wie der neue Spruch heißt, „quality of life“, in einer Zeit, in der Anglisten Triumphe feiern, zurückgeht. Denn früher hat man in jeder Gemeinde in Hausschuhen in der Früh zum Greißler gehen können, jetzt müssen Sie schon ein Auto haben, weil es ihn nicht mehr gibt. Hier klagen wir an, daß Sie säumig geworden sind! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und diese Regierung sagt nur: „Sie soll durch geeignete Maßnahmen in Abstimmung mit den Interessenvertretern gesichert werden.“ Bitte, wenn Sie dieselben Vorhaben haben wie in den letzten vier Jahren, dann gute Nacht, Nahversorgung, dann ist überhaupt nichts mehr zu sanieren!

Meine Damen und Herren! Ich bitte, sich von dem Irrtum zu befreien, daß man da und dort mit einem Steuernachlaß etwas tun kann. Die meisten dieser Leute sind pauschaliert. Die meisten dieser Leute haben einen solchen Umsatz, daß sie nichts mehr zahlen können. Und trotzdem müssen sie leben in einem Land und in einem Raum, wo wir ansonsten eine Migration im Landesinneren haben, wo die Pendelbewegung noch einmal einsetzt im grenznahen Raum. Wie soll es denn, wenn es den Greißler nicht gibt und wenn immer mehr Leute dort abwandern, zur Stabilisierung des grenznahen Raumes kommen?

Ich vermisse die Erklärung in der letzten Regierungserklärung. Ich habe zwar die Wirkung vermißt, aber die Erklärung hätte ich wenigstens noch gerne gehabt. Der Herr Bundeskanzler sagte bei der vorletzten Regierungserklärung den schönen Satz vom „breiten Gürtel des Wohlstandes im grenznahen Bereich“. Ich stelle als Bewohner eines grenznahen Bereiches fest: Nur die Löcher vom Gürtel sind uns geblieben, ansonsten hat er uns hier nichts, aber nichts geliefert, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich komme zum Schluß, und ich bewege mich auf die Seite 110 Ihres Pseudodokumentes. Hier steht:

„Die österreichische Bundesregierung war und ist darum bemüht, allen Bevölkerungsgruppen und Regionen in unserem Land eine möglichst gleichmäßige Teilnahme an der wirtschaftlichen Prosperität und am sozialen Fortschritt zu sichern.“

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren – Sie wissen es –: Die Selbständigen fühlen sich durch diese Erklärung nicht abgedeckt. Weder die Bauern noch die Unternehmer im weitesten

Graf

Sinn haben in dieser Erklärung gefühlsmäßig Platz.

Ich habe gelesen, man wird anderswo die Arbeitszeit verkürzen. Ich gönne jedem eine verkürzte Arbeitszeit, ich darf nur zwei Dinge sagen. Täuschen wir uns nicht: In 35 Stunden, wenn es kommt, momentan droht es nur, wird nicht soviel gearbeitet wie in 40 Stunden, es wird um fünf Stunden weniger gearbeitet.

Und über bleiben die modernen Parias dieser Wohlstandsgesellschaft, die nicht von 45 Stunden träumen können, die aber an sich bereit sind. Es liegt in der Natur der Dinge und im System. Es wird immer Menschen geben müssen, die länger arbeiten müssen, Unternehmer, Bauern, die wollen es sogar. Nur eines: Wenn sie immer länger arbeiten müssen und ihnen immer weniger bleibt ... *(Heiterkeit des Abg. Dr. Reinhart.)*

Das kommt Ihnen lächerlich vor? Ich kann Ihnen eines sagen, Herr Dr. Reinhart, ohne hohlen Pathos. *(Abg. Dr. Reinhart: Das ist eine kühne Behauptung!)* Es ist überhaupt keine kühne Behauptung, es ist sicher.

Und ich sage Ihnen noch etwas. Ich bin froh, daß es den Begriff des Proletariats des vergangenen Jahrhunderts nicht gibt. Mein Wort darauf. Aber es wird ein neuer geschaffen. Es gibt Bauern und kleine Gewerbetreibende, die nicht aufhören können, weil sie es nicht können, und die ihren Kindern nicht mehr klarmachen können, daß es lustig ist, diesen Beruf weiter auszuüben, obwohl er – so höre ich – volkswirtschaftlich ungeheuer bedeutungsvoll ist.

Hier, meine Damen und Herren, in dieser Erklärung müssen diese Menschen Platz finden, dann stimmt die Erklärung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben, Herr Abgeordneter Dr. Fischer – von Ihrer Warte völlig zu Recht und sehr ernstzunehmen –, urgiert, man könnte gewissen Passagen dieser Erklärung doch zustimmen. Wenn Sie diesen Teil – ich bleibe jetzt stehen bei der Seite 110, und die anderen sind stellvertretend zu nennen – der Erklärung, die Seite 110, das, was ich vorgelesen habe, nicht mit dem Fleisch der greifbaren Substanz ausfüllen wollen oder können, wozu sollen wir dann ja sagen? Zu einer Erklärung, die weite Teile jener Leute, die wir vertreten, nicht mehr erfaßt? Sie überfordern uns!

Beginnen Sie mit Verhandlungen, daß Sie diesen Teil der Erklärung mit Wahrheit erfüllen – für alle, wobei es immer graduelle Unterschiede gibt. Ich habe das dumpfe Gefühl, daß die Ersatzreligion, die hier Platz greift, auf die

vergißt. Denn wenn sie ihre Struktur verändern, vielleicht wählen sie ohnedies Ihre Partei. Das ist jetzt keine Gehässigkeit. Ich fürchte, daß Sie hier eine Gesetzmäßigkeit betreiben.

Es geht nicht nur um die Erklärung. „Das Bekenntnis zu einer gesunden Umwelt ist ohne eine gesunde Landwirtschaft nicht möglich.“

Man muß es nicht nur sagen, man muß es tun, und es ist später, was die Entwicklung der kleinen Existenzen selbständiger Natur betrifft, als Sie denken, Sie wissen es, Sie.

Und ich schließe mit etwas: Wenn Sie diese Erklärung auch von uns zu einem wichtigen Papier erhoben haben wollen – zu einem Dokument wird es nicht gehen, aber zu einem wichtigen Papier –, dann treten Sie bitte mit uns in Verhandlungen ein über ein Mittelstandsgesetz, das wir vorformuliert haben. Verhandeln wir ernstlich darüber. Denn ich stelle ja fest, daß sich immer mehr Mitbürger dieses Landes zum Mittelstand bekennen. Wir werden also dann nicht nur im engsten Begriff die gewerbliche Wirtschaft erfassen. Wir wünschen das gar nicht.

Wir möchten unter dem Mittelstandsbegriff jene heranziehen an jene, die sich als Mittelständler schon wohlfühlen. Ich kenne immer mehr Leute aus meinem Gesellschaftskreis und aus dem Gesellschaftskreis meiner agrarischen Kollegen, die sich als Mittelständler verhöhnt fühlen, wenn man sagt, sie seien es. Sie sind Untermittelständler geworden.

Wenn Sie wollen, daß das ein wichtiges Papier wird, dann gehen wir es an, aber nicht verbal. Solange Sie das nicht mit uns beginnen, ist dieses Papier kein Dokument, sondern ein hohles, nicht klagbares Papier, ohne greifbare Substanz. Und dieses, Hohes Haus, lehnen wir ab. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Thalhammer**: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Anneliese Albrecht. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Anneliese **Albrecht** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte damit beginnen, daß auch ich mich auf die Bereitschaft der Zusammenarbeit dieser Regierung, auf die Bereitschaft zum Konsens beziehe; das nimmt ja in dieser vierten Regierungserklärung einer sozialistischen Regierung einen sehr wichtigen Platz ein – und das entspricht auch dem politischen Klima, wie es schon in der vergangenen Legislaturperiode von der Regierungspartei und auch von den oppositionellen Parteien in diesem Haus vielfach angestrebt worden ist; ich möchte hier besonders an die Arbeit im Justizausschuß erinnern.

Diese Regierungserklärung begleitet auch die

Anneliese Albrecht

Hoffnung, daß diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit allgemein positiv aufgenommen und nicht fehlinterpretiert wird. Die Regierung und die Regierungspartei wissen sehr wohl, daß Hochmut einer Regierungspartei nicht ansteht, aber Hochmut steht auch jenen Parteien nicht an, die in der Opposition sind.

Wozu, wird man sich auch fragen, so harte, so vielleicht wirksame, aber doch wohl nicht glaubwürdige Worte wie: bei den Sozialisten ginge Macht vor Recht, es ist sehr viel von Machtmißbrauch gesprochen worden. Die österreichische Bevölkerung ist sichtlich nicht dieser Meinung, wobei man sagen kann, daß die Österreicher schon auf Grund der Lehren, die sie aus der Vergangenheit gezogen haben, ein sehr feines Gefühl haben, was Machtmißbrauch angeht.

Diese Regierung will das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat festigen – womit wohl jeder einverstanden sein kann. Daher auch weg mit überflüssigen Verboten und mit überflüssigen Bestimmungen.

Der Staat und seine Einrichtungen sollen nicht allmächtig und unnahbar sein oder auch nicht so gelten. Dieses Hin zum Bürger hat sich ja schon in Initiativen gezeigt, etwa in der Verwirklichung der Volksanwaltschaft. Meine Damen und Herren! Wir alle haben ja diese dicken Wälzer in unseren Fächern gefunden, wo der Bericht über die Tätigkeit dieser Volksanwaltschaft zu lesen ist. Hier merkt man schon, mit wie vielen Problemen die Menschen zu den Volksanwälten gehen, wie wichtig die Einrichtung war. Näher zum Bürger, das heißt auch gleicher Zugang zum Recht ohne Unterschied des Vermögens, der Bildung, der gesellschaftlichen Stellung.

Ich glaube, man muß hier auch das Beispiel der Öffnung der Hochschulen bringen. Die Wissenschaft, die Bildung wendet sich dem Menschen zu.

Wenn man im gesamten diese Regierungserklärung betrachtet, dann wird man sie vielleicht mit einem Satz charakterisieren können: Mehr Freiheit, aber deshalb nicht weniger Schutz.

Ich glaube, das widerlegt diesen Spruch, der da durch die europäischen konservativen Parteien geistert: Freiheit oder Sozialismus!, wobei unter Sozialismus die sozialdemokratischen Parteien Europas gemeint sind. Diese Regierungserklärung widerlegt dieses üble Schlagwort.

In allen Kapiteln dieser Regierungserklärung wird der individuellen Entscheidung mehr Raum gegeben, mehr Mitbestimmung auf allen Ebenen, eine gerechtere Politik, vor allem eine

gerechtere Einkommensverteilung verlangt; das ist ja ein sehr altes sozialdemokratisches Ziel.

Auch diese vierte Regierungserklärung ist selbstverständlich mitbestimmt von der internationalen wirtschaftlichen und politischen Situation, von Problemen, die vielfach außerhalb unserer eigenen Einflußsphäre liegen. Aber gerade, wenn man sich diese internationale Situation anschaut, die Lage, wie sie in so vielen europäischen Ländern herrscht, das heißt Jugendarbeitslosigkeit, das heißt politische Spannungen, ich glaube, dann kommt einem so richtig zum Bewußtsein, was diese Regierung für unser Land geleistet hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Regierungserklärung fällt auch in eine für Österreichs Ansehen in der Welt sehr interessante Zeit: SAL II ist unterzeichnet worden, Österreich konnte einmal mehr als ein Mittler von Machtblöcken fungieren und als ein kleines Land seinen doch nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Entspannungspolitik erbringen. Ich glaube, meine Damen und Herren, hier hätten wir doch Grund, stolz zu sein über alle Parteiengrenzen hinweg. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn sich in unserem Lande Vertreter von verschiedenen Gesellschaftssystemen miteinander beraten, so ist natürlich die Voraussetzung für solche Beratungen eine sehr stabile politische und wirtschaftliche Lage und eine sehr strikte und genaue Einhaltung der Neutralität.

Ich glaube, wir können mit Freude vermerken, daß die Mittlerfunktion Österreichs durch die wahrscheinlich von allen begrüßte Eröffnung der UNO-City, des internationalen Zentrums, die im kommenden August stattfinden wird, neue Möglichkeiten bekommen wird. Ein wenig hegen wir auch die Hoffnung, daß ein wichtiger Teil der Außenpolitik unseres Landes, nämlich der humanitäre, dadurch auch noch verstärkt werden kann.

Was noch auffällt an dieser Regierungserklärung, ist, daß sie ihre aktuelle Politik auf Grundsätzen aufbaut. Sie strebt Ziele an, die weit über eine Legislaturperiode hinausgehen. Das war ja immer Übung dieser sozialistischen Regierung.

Eines wird natürlich auch deutlich, daß es in den kommenden Jahren nicht nur um Leistungszuwachs gehen kann und darf, sondern auch um ein verstärktes Umsetzen dessen, was ja bereits theoretisch erreicht werden konnte; im besonderen trifft dies ja auch auf die Politik für die Frauen zu.

Die Frauen in unserem Lande haben die Arbeit dieser Regierung sehr sachlich beurteilt. Sie haben viele ihrer Vorstellungen verwirklicht gesehen in neuen Gesetzen, in den großen

Anneliese Albrecht

Reformen: Und die Frauen honorierten dies, sie haben in ihrer Mehrzahl den Sozialisten das Vertrauen geschenkt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist ja bekannt, daß das, was rechtlich verankert ist, noch lange nicht in der Praxis wirksam sein muß. Und ich kann nicht die Gelegenheit vorbeigehen lassen, ohne zu sagen, daß diese Ungleichheit in der Praxis ja auch ein Blick in die Runde des Hohen Hauses bestätigt. Auch hier sind die Frauen in einer viel zu starken Minderzahl. *(Abg. Steinbauer: Warum sitzen sie nicht oben als Präsident?)* Es geht nicht darum, ob eine Frau eine Spitzenfunktion innehat; es ist sehr schön, wenn eine Frau eine Spitzenfunktion erreicht, sicher. *(Abg. Steinbauer: Ich hätte es Ihnen gegönnt!)* Aber deswegen ist nicht eine Frau mehr in diesem Parlament. Was wir also wollen ist, daß mehr Frauen ins Parlament kommen, mehr Frauen im allgemeinen tätig sind. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Ich hätte Sie gerne als Präsidentin gesehen!)* Außerdem möchte ich sagen, daß auch die Funktion eines stellvertretenden Klubobmannes doch eine politisch interessante ist. Sie verkennen mich, es geht nicht um mich, wirklich nicht. *(Zwischenruf des Abg. Steinbauer.)* Nein, sicher nicht. Ich muß sagen, ich wehre mich auch dagegen, daß eine Funktion wie die des stellvertretenden Klubobmannes jetzt abgewertet werden soll. Auch das ist ein Erfolg für die Frauen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es wird aber sicher notwendig sein, auch Gesetze zu durchforsten im Hinblick auf Ungerechtigkeiten, Benachteiligungen, Benachteiligungen was die Frauen betrifft, aber nicht nur, was die Frauen betrifft.

Wieviel Ungleichheit noch in unserem Lande herrscht, zeigt auch eine Studie, die gestern vom Wissenschaftsministerium dem Parlament übermittelt worden ist und ich glaube, heute vormittag der Presse vorgestellt wurde, nämlich eine Studie über die Ungleichheit in unserem Lande. Hier ergeben sich schon auch Linien für die zukünftige Arbeit.

Natürlich fragen sich auch die Frauen: Was bringt diese Regierung für uns, was kann ich für mich, wird sich die einzelne Frau fragen, herauslesen. Es hat sich inzwischen herumgesprochen, daß es so gut wie keine politischen Frauenfragen gibt, sondern daß alle diese Probleme die ganze Gesellschaft betreffen. Im besonderen gilt das für die Familienpolitik, die auch in dieser Regierungserklärung einen besonderen Platz einnimmt. Vielleicht sollte man – es ist heute schon sehr viel über Familie, Kinderfreundlichkeit gesprochen worden; sicher wichtige Probleme, sie betreffen uns alle – daran erinnern, daß jedenfalls unter der sozialistischen Regierung Österreich zu einem Land geworden

ist, das neben Frankreich, Belgien und den Niederlanden die größten Leistungen für die Familie erbringt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren, bemühen Sie sich da nicht vergebens: Die sogenannte Familienfeindlichkeit der Sozialisten gehört in den Märchenwald einer unglaublichen Propaganda! *(Beifall bei der SPÖ.)* Das wird von den meisten Menschen erkannt, das wird auch von solchen Menschen erkannt, denen man wirklich kein Naheverhältnis zu den Sozialisten nachsagen kann. Ich meine den Professor Dr. Leopold Kendöl, den Präsidenten des Katholischen Familienverbandes, dem man doch wirklich nicht nachsagen kann, daß er sich nicht mit Familienproblemen beschäftigt.

Ich zitiere also nicht aus einem „Dokument“, aber ich zitiere aus der Zeitschrift „politik präsent“ Nr. 20 aus der Feder von Professor Kendöl:

„Man wird nun nicht umhin können, die Haltung zur SPÖ in familienpolitischen Fragen zu überdenken. Unübersehbar ist die Tatsache, daß die Mehrheit des Volkes dieser Partei ... das Vertrauen ausgesprochen hat. Darunter sicher auch Mitglieder des Familienverbandes, sicher auch Menschen, die ihren religiösen Glauben sehr ernst nehmen.“

Es ist daher zu überprüfen, wieweit das Mißtrauen, das traditionellerweise dieser Partei entgegengebracht wird, tatsächlich berechtigt ist. Zumindest muß der Katholische Familienverband in seine Gespräche mit der Regierung das Vertrauen einbringen, daß der Gesprächspartner willens ist, die gemeinsam erkannten Probleme zu lösen.“

Der Stellenwert der Familie, die Liebe und die Zuneigung zur Familie hat sich nicht verschlechtert, meine Damen und Herren. Umfragen unter jungen Leuten haben gezeigt, daß der Wunsch junger Menschen nach der Gründung einer eigenen Familie der dominierende Wunsch ist. Er ist vorrangig vor allen anderen Wünschen.

Der letzten Nachricht, was den tatsächlichen oder sogenannten Geburtenrückgang betrifft, diesen düsteren Vorhersagen, daß Österreich sozusagen übermorgen aussterben würde, dem steht entgegen – und sicher wird auch der Herr Klubobmann Peter das gelesen haben –, daß der Geburtenrückgang gestoppt werden konnte. Noch kein Grund zum Jubeln, sicher, aber hier läßt sich doch eine Tendenz erkennen. Und ob in künftigen Jahren mehr Kinder geboren werden – wie wir mit Freuden feststellen, eine freie Entscheidung, die da getroffen werden kann –, hängt natürlich sehr eng mit der wirtschaftlichen Lage, hängt mit der Kinderfreundlichkeit der

Anneliese Albrecht

Menschen – die niemals nur verbal sein dürfte, es aber leider sehr oft ist –, hängt mit den Umweltvoraussetzungen zusammen, mit der erschwinglichen Wohnung.

Die sozialistischen Frauen, die sozialistischen Frauen Wiens im besonderen, haben einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Verbesserung der Wohnsituation, auf gerechtere Mieten gelegt und erwarten sich viel von diesem neuen Mietrecht, vor allem für die jungen Menschen. Und Startwohnungen finden in Wien ein sehr schönes Echo.

Mich würde wirklich interessieren – weil hier die „Kinderfeindlichkeit“ Wiens so sehr unterstrichen worden ist –, wo denn diese Tafel „Für Kinder verboten“ steht. Wir werden dem natürlich sehr gerne nachgehen, damit wir wissen, wer das aufgestellt hat und wo das aufgestellt ist, denn darum muß man sich natürlich kümmern.

Ich möchte aber auch sagen, daß Wien – ich glaube – das einzige Bundesland ist, das überausreichend viele Kindergartenplätze verfügt. Und ich weiß nicht, ob in einer anderen Bauordnung auch drinnensteht, daß jeder neue Bau zugleich mit der Errichtung eines Kinderspielplatzes verbunden sein muß. Also so kinderfeindlich kann doch diese Stadt nicht sein. Aber ich gebe Ihnen allen recht, daß wir kinderfreundlicher werden müssen und daß wir alle diese Tendenz in unserer politischen Arbeit zu verstärken haben. Ein politischer Erziehungsprozeß, was übrigens alle Generationen anlangt.

Das vom Partnerschaftsgedanken getragene Familienrecht hat sicherlich auch vor allem bei den jungen Menschen zu einem Umdenken in der Praxis geführt. Bei den jungen Leuten – ich darf sagen, ich habe sehr viele junge Leute in meiner Verwandtschaft, in meiner Bekanntschaft – ist heute der Mann, der sich zu gut ist, um Haushalts- oder Familienpflichten zu erfüllen, einfach lächerlich. Hier hat sich eine sehr schöne Umkehr in der Beurteilung schon durchgesetzt.

Ich glaube, wir alle – und es ist auch ein gemeinsamer Beschluß gewesen – begrüßen ja auch, daß das Gesetz den Ehemann, wenn die Frau berufstätig ist, dazu verhält, im Haushalt zu helfen. Wir wissen schon, daß das nicht überall der Fall ist. Aber wir wissen auch, daß es manchmal auch schon dort der Fall ist, wo die Frau zu Hause ist.

Und wenn heute die Demokratisierung der Familie lächerlich gemacht wurde –: Ich habe das schon sehr gut verstanden mit dem Gulasch, über das man also nicht sozusagen in der Familie abstimmen lassen mußte. Sicher mußte man es nicht, aber ich muß ganz ehrlich sagen,

ich finde das gar nicht so falsch, wenn auch ein Speisezettel gemeinsam beraten wird. Das erspart manchen Ärger nachher. *(Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Zur Diskriminierung der Hausfrau. Leider ist Herr Dr. Götz nicht da, aber vielleicht hört er das. Ich frage mich immer, wo diese immer wieder zitierte Diskriminierung der Hausfrau ist. Gemeinsam wurde im neuen Familienrecht beschlossen, daß Haushaltsführung und Kindererziehung der Berufsarbeit gleichgestellt wird. Wenn das keine Aufwertung der Hausfrau ist, dann weiß ich nicht! Nur eines ist schon wahr: Die Hausfrau ist wohl nicht diskriminiert, aber es wird immer und ununterbrochen davon geredet, daß sie diskriminiert ist, und schließlich wird sie dann diskriminiert durch diese Negativpropaganda. Ich glaube, hier muß man schon sehr achtgeben. Jedenfalls werden sie uns keine Diskriminierung der Hausfrau nachweisen können.

Es war immer die Meinung der Sozialisten, um nun zur berufstätigen Frau zu kommen, daß die Belastung der berufstätigen Frau zu groß ist. Hier gehen wir durchaus mit den Frauen auch der anderen Parteien konform. Das ist richtig, hier muß noch vieles geschehen. Aber ich darf doch auch in Erinnerung bringen, daß schon wirklich sehr viel geschehen ist: der Pflegeurlaub, die Möglichkeit des Einkaufes von Versicherungszeiten. Auch die Wiener sozialistischen Frauen sind hier der Meinung, daß das ein erster Schritt ist. Verlängerung der Mutterschutzfrist, Sonderunterstützung für alleinstehende Mütter, das Gleichbehandlungsgesetz, das wir durchbringen konnten, weil der Sozialminister hier das entsprechende Verständnis aufgebracht hat, das den Arbeitsplatz der Frau im Ansehen hebt oder die Gleichbehandlung der Frau am Arbeitsplatz leichter ermöglicht.

Ich möchte hier als eine Hilfe für die berufstätige Frau auch die Ganztagschule erwähnen, über die, glaube ich, auch so viele falsche Meinungen geäußert werden. Jedenfalls zeigt die neueste OECD-Studie, daß der Anteil der Frauen an der berufstätigen Bevölkerung seit 1965 jährlich um 4 Prozent zugenommen hat und daß die Prognosen dahin gehen, daß dieser Anteil weiter ansteigt. Natürlich muß uns daher dieses Problem ganz besonders beschäftigen.

Die Regierungserklärung stellt sehr sparsame finanzielle Überlegungen an, es sollen aber weitere soziale Leistungen erbracht werden. Ich glaube, zumindest nach sozialistischem Gedankengut können wir sehr froh sein, daß man sich dabei nicht auf erhöhte Einkommen von Spitzenverdienern verläßt. Verstärkte Leistungen also für die Familie. Es gibt hier konkrete Vorschläge der Frau Staatssekretär: Eine

Anneliese Albrecht

gerechte Familienpolitik; nach Auffassung der Sozialisten verstärkte Direktleistungen, Verstärkung sozialer Dienste, und ich glaube, hier sehen die Frauen auch einige ihrer Forderung vor der Erfüllung, wie Mehrleistungen für alte Leute, Behinderte, Alleinstehende und Kinder.

Die Art und Weise, wie die Leistungen für die Gesundheit ausgeweitet werden sollen, zeigt auch ebenfalls die Ideologie und die Tendenz, die dieser Regierungserklärung zugrunde liegen, nämlich mehr Gesundheitsvorsorge für Schulkinder, für Erwachsene, und zwar Gesundheitsvorsorge wie beim gleichen Zugang zum Recht. Auch hier also die Ideologie. Der Zugang zur Gesundenbetreuung ist verstärkt anzustreben, ohne Unterschied von Vermögen, Bildung und gesellschaftlicher Stellung. Auch hier also das Öffnen für alle.

Darin zeigt sich sehr deutlich die Wandlung in unserer Gesellschaft, die noch nicht vollzogen ist, die ein ständiger Prozeß ist, die jedoch recht sichtbar angegangen wurde.

Ich glaube, es müssen sich doch alle darüber einig sein, daß solche gesellschaftlichen Veränderungen nicht vor den Schultoren haltmachen dürfen. Und so ist doch wohl eine Fortsetzung der Schulversuche für eine menschliche Schule zu begrüßen: Weg von der Rollenfixierung, mehr Wirksamwerden neuer Lehr- und Lernsysteme. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dieser sehr wichtige Teil der Regierungserklärung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Berufsausbildung.

Ein Anliegen – über Parteigrenzen hinaus –, auch die Mädchen in Berufe zu bringen, die bisher den Männern vorbehalten waren. Ich möchte gar nicht sagen: Männerberufe, denn das ist irreführend, sondern: Berufe, die Männern vorbehalten waren. Und wenn ein Mädchen Freude hat, einen solchen Beruf zu ergreifen, dann soll sie die Chance dazu haben. Das setzt aber auch eine bessere Information über diese Chancen voraus. Es ist ja nicht nur für den einzelnen Menschen von Bedeutung, ob er sich unter Umständen ein ganzes Leben lang mit einem aufoktroyierten Beruf herumschlagen muß. Eine solche Fächerung der Berufsausbildung ist doch sehr wichtig gegen die Jugendarbeitslosigkeit und sichert Frauenarbeitsplätze.

Die Vorteile hat auch die Wirtschaft erkannt, und ich darf aus meiner Arbeit auf Wiener Boden sagen, daß wir eine recht gute Zusammenarbeit gefunden haben, die hoffentlich verstärkt ausgebaut werden kann.

Berufsbildung, Beschäftigungspolitik. All das ist sicherlich auch im Hinblick auf eine weitere Technisierung der Arbeitswelt zu sehen. Und ich

meine, jeder, der heute ein Referat hält, wird nicht darauf verzichten wollen, auch die Mikroprozessoren zu nennen. Das ist schon ein geflügeltes Wort geworden.

Tatsache ist aber, daß der Computer schon in die mittleren und auch schon in die kleineren Betriebe Einzug hält. Man braucht sich nur, auch als Laie, die einschlägigen Schriften anzusehen, um plastisch vor sich zu haben, was da auf uns zukommt, und zwar schon relativ rasch auf uns zukommt.

Diese sich neu formierende Arbeitswelt mit all ihrem Sprengstoff und mit all ihren Problemen muß natürlich eine sozialistische Regierungserklärung in besonderem Maße beschäftigen. Sie wirft viele Fragen auf: die Frage der Humanisierung des Arbeitsplatzes und schließlich auch die Frage der Arbeitszeit. Es ist schon so, daß in allen westlichen Industriestaaten derzeit darüber diskutiert wird. Und wir verstehen schon – ich darf hier für die Wiener sozialistischen Frauen im besonderen sprechen –, daß der wirtschaftliche Standpunkt sehr wichtig ist. Aber wir wollen doch auch daran appellieren, nicht ganz den gesundheitlichen, den pädagogischen, den humanen Standpunkt zu vergessen, wenn es einmal um die Verkürzung der Arbeitszeit gehen sollte.

Im Zusammenhang damit steht auch die Frage der Freizeit. Inwieweit ist die bereichernd, inwieweit streßt sie uns? Vielleicht könnte man sich da – weil man ja soviel mit Recht von Familienfreundlichkeit spricht –, wenn man es ehrlich meint, auch überlegen: Wie verbringen wir denn die Freizeit mit unseren Kindern? Könnte man hier nicht zwei gute Dinge tun: Etwa an den Wochenenden nicht so lange mit dem Auto über Land fahren, wobei die Kinder hinten in den Fond gepfercht sind. Könnte man nicht Energie einsparen und die Zeit, die sich als Mehrzeit ergibt, so richtig den Kindern widmen?

Nun, Freizeitprobleme werfen auch kulturelle Fragen auf. Auch hier wieder – so wie Zugang zum Recht und Zugang zur Gesundheit – auch die Frage des Zugangs zur Kultur. Wie schaut es denn hier aus, wie schaut es mit dem Zugang zur Kultur für die meisten Menschen aus? Sind da nicht sehr wesentlich auch die Frauen benachteiligt?

Hier möchte ich den wiederkehrenden, von ihm richtigerweise immer wieder gebrachten Ausspruch des Unterrichtsministers anbringen: Kulturpolitik ist sehr wohl Sozialpolitik. Eine aufgeschlossene, dem Bürger zugewandte und auf demokratischen Grundwerten aufgebaute Politik muß sich auch mit der Ausbeutung jeder Art befassen, die, wenn auch in veränderter Form, ja auch heute noch recht häufig zu finden ist.

Anneliese Albrecht

Also mehr für den Konsumenten, mehr Konsumentenschutz. Und es muß auch eine Regierung, die auf solchen Werten aufbaut, sich Gedanken machen, wie man gegen gewaltige Meinungsmonopole demokratische Maßnahmen ergreifen kann. Auch das ist doch ein Teil sehr wichtiger gesellschaftspolitischer Probleme, die diese Regierung im Zusammenhang und in Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften dieses Landes sich zu bewältigen vorgenommen hat.

Die vorliegende vierte Erklärung einer sozialistischen Regierung stellt jedenfalls die Weiterführung einer fortschrittlichen und verantwortungsbewußten Politik in Aussicht. Einer Politik, der die meisten Österreicher zustimmten, weil sie sie als gut und richtig erkannt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber abschließend noch folgendes: Diese Regierungserklärung ist wie alle Regierungserklärungen der sozialistischen Regierung bisher nicht nur eine Regierungserklärung, sondern auch ein Arbeitsprogramm dieser Regierung. Und die Bereitschaft weitester Kreise, bei der Verwirklichung dieser Erklärung, bei der Erfüllung dieses Arbeitsprogramms mitzutun, ist gegeben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Thalhammer**: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Marga Hubinek. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Vorrednerin, Frau Abgeordnete Albrecht, hat gemeint, daß die Regierungserklärung die Ziele vorgebe, die weit in die Zukunft hinausgehen, und hat damit ja gemeint, diesen zukunftsweisenden Blick hätten eben nur die Sozialisten.

Nun, Frau Abgeordnete Albrecht, diese Regierungserklärung, die sich mit Absichten begnügt, alle konkreten Maßnahmen geflissentlich verschweigt, läßt natürlich die Frage offen, wann die Realisierung dieser Vorstellungen erzielt wird.

Sie haben auch gesagt, die Frauen hätten in diesem Lande soviel Vertrauen in die Sozialisten gesetzt, daß sie dies mit ihrem Stimmzettel honoriert hätten.

Frau Abgeordnete Albrecht, ich frage mich, woher Sie dies wissen. Ich habe bisher aus unterschiedlichem sozialistischem Munde gehört, es hätten die alten Menschen die Sozialisten gewählt, es hätte die Jugend ihnen die Stimme gegeben, jetzt höre ich von Ihnen: die Frauen. *(Abg. Anneliese Albrecht: So kommt die Mehrheit zusammen!)* Langsam frage ich mich: Wo sind eigentlich die zwei Millionen

Wähler, die immerhin der ÖVP ihre Stimme gegeben haben? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben auch voll Freude vermerkt, daß in der Regierungserklärung die Familienpolitik einen ganz besonderen Stellenwert einnehme, weil sich die Sozialisten mit den Fragen der Familie und der Frau so eingehend beschäftigen. Nun, ich habe in der ganzen Regierungserklärung zwei Seiten gefunden, die aber so unverbindlich sind, daß ich hier Ihren Optimismus nicht teilen kann.

Sie haben großes Lob der Familienpolitik der vergangenen Ära Kreisky, des Kabinetts Kreisky III, gespendet. Aber Sie alle wissen – und das hat die parlamentarische Familienenquete ja mit aller Deutlichkeit gezeigt und dies ist nicht eine böswillige Unterstellung einer Oppositionspolitikerin –, daß der bisherigen Familienpolitik eigentlich aller Erfolg versagt geblieben ist.

Sie freuen sich, daß dem Geburtendefizit langsam Einhalt geboten ist. Ich sehe bisher keinen Lichtstreif. Sie alle wissen – es sagt dies nicht nur der Familienbericht, sondern merkwürdigerweise hat das jetzt auch die Regierungserklärung „entdeckt“ –, daß jene Familien, die mehrere Kinder zu betreuen haben, arm sind, daß das Einkommen entscheidend abgesunken ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, daran appellieren ja seit Jahren nicht nur die Familienorganisationen, sondern auch die Oppositionspartei, indem sie immer wieder sagt: Kinderreichtum bedeutet Armut!

Wenn dies die Regierungserklärung nun auf Seite 30 entdeckt hat, so frage ich mich: Wo ist eigentlich bisher die Frau Staatssekretär Karl geblieben, die seit Jahren den Vorsitz im Familienpolitischen Beirat führt? Die Familienorganisationen haben immer wieder darauf hingewiesen, es gab einstimmige Beschlüsse, Resolutionen. Offenbar hat hier die Kommunikation zwischen der Frau Staatssekretär und der Regierung nicht geklappt.

Frau Abgeordnete Albrecht! Sie freuen sich über das Gleichbehandlungsgesetz, das in den letzten Tagen des vergangenen Kabinetts Kreisky III verabschiedet wurde. Sie haben von diesem Platz dem Sozialminister für sein Verständnis gedankt. Aber offenbar sind mit diesem Gleichbehandlungsgesetz nicht einmal die sozialistischen Frauen zufrieden. *(Abg. Anneliese Albrecht: Eine Ausweitung!)*

Ich lese in der „Sozialistischen Korrespondenz“ vom 4. April, daß die Frau Abgeordnete Dohnal erklärte, das sei ein erster Schritt, aber natürlich nicht ausreichend, man wolle nun ein Antidiskriminierungsgesetz, wobei offenbar die

Dr. Marga Hubinek

wichtigste Forderung ist, die geschlechtsspezifischen Funktionstitel abzuschaffen. Frau Abgeordnete Albrecht, es wird uns mit großer Genugtuung erfüllen, wenn es dann am Türschild nicht mehr heißt: Amtsrat Lotte Müller, sondern Amtsrätin Lotte Müller. Aber leider haben wir mit unseren Vorstellungen eigentlich nicht erreicht, was wir wollten, Frau Abgeordnete Albrecht. *(Abg. Anneliese Albrecht: Sind Sie gegen diese Ausweitung?!)* Bitte, ich finde dies belanglos. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Als wesentlich wichtiger, Frau Abgeordnete Albrecht, würde ich es empfinden, wenn einmal die Gewerkschafter dieses Hauses, und zwar hüben und drüben, die Frage der Kollektivverträge angingen. Diesen Fragen ist man aus dem Weg gegangen. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es muß doch eigentlich auch eine sozialistische Regierung mit Kummer, wenn nicht mit Schande erfüllen, daß in den Kontrollzyklen zur Europäischen Sozialcharta vor wenigen Wochen Österreich abermals getadelt wurde, daß es diese wichtige Bestimmung nicht einhält, nämlich für gleiche Leistung gleichen Lohn zu bezahlen, und zwar unabhängig vom Geschlecht. Österreich wird getadelt! Der Herr Sozialminister, dem dies bekannt ist, sagte in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung, er erkläre sich hierfür nicht zuständig, es sei dies eine Frage der Sozialpartner. Nun frage ich mich: Welche Funktion übt denn dann eigentlich ein Sozialminister aus?

Ein weiteres: Ich begreife, Frau Abgeordnete Albrecht, daß Sie sich in dieser Frage in einer delikaten Situation befinden. Vielleicht haben Sie es in Ihrem Innersten selbst als eine Enttäuschung empfunden. Hier hatte eine große Partei die einmalige Chance, eine Frau auf den Posten des 3. Präsidenten zu heben, worüber wir uns alle, auch die Frauen meiner Fraktion, gefreut hätten. Diese Partei hat hier den Wahrheitsbeweis nicht angetreten. Sie wären für uns die bessere Alternative gewesen. Ich darf Ihnen sagen: Sie haben nicht nur die Stimmen der ÖVP-Frauen bekommen, sondern auch viele Stimmen meiner männlichen Kollegen. Leider wurden wir von den Frauen Ihrer Fraktion nicht unterstützt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie haben in Ihrer Rede mit einem Hinweis auf England gemeint, daß Sie nicht verstünden, daß es eine Antithese gebe zwischen Freiheit und Sozialismus. Wir empfinden sehr wohl diese Antithese. Wir empfinden sie darin, daß Sie die freie Gestaltung des Lebens zwar auf dem Papier begrüßen – auch in der Regierungserklärung findet sich solch ein lapidarer, unverbindlicher Hinweis –, aber in Wirklichkeit durch wirtschaftliche und finanzielle Zwänge den Men-

schen ein ganz bestimmtes Modell ihres Lebens, ein ganz bestimmtes Familienmodell aufzwingen wollen. Daher ist es für uns eine Antithese: Freiheit und Sozialismus.

Sie haben in Ihrer Rede auch erwähnt, daß unter den großen Aufgaben der Zukunft die Sicherung der Arbeitsplätze ist und daß Sie darüber hinaus sicher sind, daß 200 000 zusätzliche Arbeitsplätze für die geburtenstarken Jahrgänge geschaffen werden. Frau Abgeordnete Albrecht, ich hoffe, daß dieses Anliegen verwirklicht werden kann. Aber wenn jene Bereiche, die heute für die Arbeitsplätze zu sorgen haben, wenn jene vielen mittleren und kleinen Betriebe durch die Abgaben- und Steuerpolitik des Finanzministers bald nicht mehr in der Lage sein werden, diese Arbeitsplätze zu sichern, dann frage ich mich: Wo wollen Sie diese Arbeitsplätze schaffen?

Die Regierungserklärung, die gestern hier vorgelegt wurde, die die sozialistischen Redner voll Emphase begrüßt haben und die weit in die achtziger Jahre reichen soll, ist die Regierungserklärung einer Partei, die sich für gut vorbereitet für die Zukunft hält. Den Passagen Familienpolitik und Fragen der Frauen, die sich zweifellos in einer sehr diffizilen Situation befinden – ich gebe Ihnen recht, daß diese Situation ihre Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft hat –, wird ein sehr schmaler Raum gewidmet. Offenbar hat jene Partei, die sich für so gut vorbereitet für die Zukunft hält – ich habe noch Plakate im Gedächtnis, daß Sie „aktiv die Zukunft bewältigen“ wollen –, nach dem Wahlsieg wieder vergessen, daß sie die Zukunft bewältigen will. Sie hat, wenn ich mich wieder mit den Fragen Frauen und Familie beschäftigen kann, den Umbruchsprozeß offenbar nicht zur Kenntnis genommen, in dem sich die Frauen und damit die Familien befinden.

Ich finde in der ganzen Regierungserklärung eigentlich keine Hilfen für die Betroffenen. Die zukunftsorientierte Politik müßte mehr als lapidare Hinweise bringen, daß man sich weiterhin darum kümmern will, daß die Anspruchsvoraussetzungen für Leistungen so beschaffen sind, daß die freie Entscheidung gewährleistet ist, wie das Familienmodell zu gestalten sei. Bisher sind diese Bemühungen von sehr geringem Erfolg begleitet gewesen.

Wir haben in einem sehr unorthodoxen Wahlkampf viele Gespräche geführt, viele Bürger dieses Landes gesprochen, und ich glaube, ich kann sagen, meine Kollegen und ich wurden mit den Problemen der Menschen konfrontiert. Wir haben gesehen, daß die gesellschaftlichen Strukturen in einem Wandlungsprozeß begriffen und vor allem die Frauen davon betroffen sind. Daß die Frauen in unserem

Dr. Marga Hubinek

Land ein neues Selbstverständnis suchen, ist wahrscheinlich eine der Ursachen für die geringe Bereitschaft, Kinder in die Welt zu setzen.

Die Probleme der Frauen meiner Generation sind nicht nur vielfältig, sondern diese Frauen artikulieren auch ein Unbehagen, und zwar gleich, ob sie berufstätig sind oder ausschließlich Haushalt und Familie betreuen.

Die berufstätigen Frauen haben heute in einem hohen Maße für minderjährige Kinder zu sorgen. Dies war noch vor wenigen Jahren oder Jahrzehnten eher ungewöhnlich und entspricht genau genommen ja auch nicht unserer gesellschaftlichen Norm, wonach Frauen mit Kindern ins Haus gehören. Der Anteil der berufstätigen Frauen, die verheiratet sind und für Kinder zu sorgen haben, steigt aber. 30 Prozent aller berufstätigen Frauen haben minderjährige Kinder. Wir alle kennen seit Jahren die Probleme. Diese Frauen stehen in einem Spannungsfeld zwischen Beruf, Familie und Haushalt. Wir kennen die Fragen der Mehrfachbelastung. Es gibt Studien, wonach Frühinvalidität und ähnliches Folgen dieses Stresses sind.

Ich frage mich nun: Welche Hilfen bieten wir diesen Frauen an? Welche Möglichkeiten bieten wir ihnen, daß sie vielleicht in der entscheidendsten Phase ihres Lebens ihre Berufsarbeit unterbrechen können, um sich ihren Kindern zu widmen, ohne gleich ihre Ansprüche für die Altersversorgung zu verlieren?

Die Maßnahme des Herrn Sozialministers Weissenberg der freiwilligen Weiterversicherung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist doch keine Maßnahme, die sich wirklich auf dem Boden der Realität bewegt. Welche junge Familie kann sich denn weiterversichern auf ihre Kosten, wenn sie auf das zweite Einkommen verzichten muß und noch zusätzliche Kosten für ein Kind hat? Das zeigt doch, daß dies eine Politik fernab aller Realität ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Auch jene Frauen, die ihre traditionelle Frauenrolle weiterführen - Haushalt betreuen, Kinder betreuen -, sind unzufrieden. Sie beklagen ihre finanzielle Abhängigkeit, sie beklagen, daß der Finanzminister den Alleinverdiener bestraft - der Absetzbetrag für den Alleinverdiener hat höchstens eine Alibifunktion -, und sie beklagen aber auch ihren geringen gesellschaftlichen Stellenwert. Ich weiß schon: Wir haben hier ein Familienrecht verhandelt und verabschiedet, wo wir Haushalt und Kinderbetreuung als einen gleichwertigen Beitrag zum außerhäuslichen Verdienst ansehen. Aber in der Realität sieht es eben anders aus. In der Realität wird der Alleinverdiener

bestraft, weil seine Frau eine andere Rolle, nämlich die der Hausfrau, übernommen hat. Sie haben gemeint, die Sozialisten diskriminieren nicht die Hausfrau, aber vielleicht diskriminiert sie eben der Herr Finanzminister mit seiner Steuerpolitik, mit der Steuerpolitik, die mit aller Schärfe eben den Alleinverdiener trifft und die ihm das Einkommen reduziert. Daß außerdem bei der Hausfrau ein Unsicherheitsmoment durch die Scheidungsautomatik hineingetragen wurde, wissen wir auch.

Wenn man eine Bilanz zieht und sagt: Ergebnisse einer neunjährigen Regierungspolitik. Unter dem Strich steht, daß die Hälfte der österreichischen Frauen aus ihrer Unzufriedenheit kein Hehl machen. Die berufstätigen Frauen beklagen sich über die Mehrfachbelastung, keine Freizeit, keine Aufstiegsmöglichkeiten, aber auch keine Hilfe seitens der Gesellschaft. Die Frauen sehen keinen Ausweg. Sie sehen aber vor allem auch dann keinen Ausweg, wenn sie sich nur dem Haushalt und der Familie widmen und wenn sie dann nach ein oder zwei Kindern in einem Alter, wo sie durchaus noch 20 aktive Jahre vor sich sehen, wieder in den Beruf zurückkehren wollen. Welche Möglichkeiten hat denn heute eine Hausfrau mit 40 Jahren, um in einen Beruf zurückzukehren?

Diesen Anteil der resignierten Hausfrauen, die es aufgegeben haben, diese Rückkehr zu versuchen, hat keine Arbeitslosenstatistik erfaßt, wobei ich in Parenthese bemerke, daß diese Arbeitslosenstatistik, wie hier schon bemerkt, ja manche Manipulation aufweist. Es wäre ein Anliegen, diesen Frauen einen Wiedereinstieg in ein Berufsleben zu ermöglichen. Aber ich weiß gar nicht, ob die Sozialisten so sehr daran interessiert sind. Ich habe das Wort des Gewerkschaftspräsidenten Benya im Ohr, wo er meinte, daß eine Konkurrenz am Arbeitsplatz erwächst, und plötzlich meinte, die Frauen sollten wieder an den häuslichen Herd. Ich frage langsam: Was sollen sie nun wirklich?

Ich darf also, glaube ich, hier auch sagen, daß man bei den Sozialisten einer Halbherzigkeit begegnet, indem man den Frauen überschwenglich am Muttertag wohl dankt, sie aber sonst außer Dankadressen sehr wohl vergißt. In dieser Situation müßte man sich eigentlich die Frage vorlegen, die die Regierungserklärung natürlich nicht beantwortet - auf welche Fragen gibt sie auch schon Antwort? -: Was will die Gesellschaft eigentlich von der Frau?

Man hat den Eindruck, daß nach neun Jahren SPÖ-Regierung keine Klärung der Frage gebracht wird, welche Rolle die Frau in Zukunft spielen soll. Man hat den Eindruck, daß die SPÖ eine Präferenz für die berufstätige Frau hat.

Dr. Marga Hubinek

Aber wenn sie diese Präferenz hat, so hat sie es in neun Jahren verabsäumt, für die Berufswelt klare Richtlinien zu schaffen. Sie hat sich bisher damit begnügt, sich überschwänglich zu freuen, wenn wieder zehn weibliche Lehrlinge nicht in traditionellen Frauenberufen untergekommen sind, sondern wenn sie Metallberufe erlernen. Aber ich glaube, daß dies ein bißchen wenig ist. Ich glaube, man müßte Anreize für die Berufswelt schaffen, nämlich Anreize, die die Mädchen dazu bringen, eben eine andere Berufswahl zu treffen, als dies diese zehn traditionellen Berufe wohl sind.

Ich glaube, daß das Gesellschaftsbild, das die SPÖ irgendwo hat - es kommt nicht in der Regierungserklärung zutage -, nicht stimmt. Das zeigen Meinungsumfragen. Wir haben an einer mitgewirkt als Schulerhalter mehrerer berufsbildender Schulen gemeinsam mit der Arbeiterkammer, um die Berufswünsche von jungen Mädchen in Erfahrung zu bringen, die berufsbildende Schulen besucht haben. An der Spitze dieser Wunschskala, Frau Abgeordnete Albrecht, steht nach wie vor der Wunsch nach Haushalt, Familie und Kindern. Ich gebe zu: Es muß dieser Wunsch vielleicht nicht ein Leben lang halten.

Die SPÖ hat nun neun Jahre die Verantwortung in diesem Staate gehabt. Sie hat einen teuren Frauenbericht, sie hat nun jüngst einen teuren Familienbericht aufgelegt, der zwar nicht viel Neues bringt, der aber doch sorgsam manche Statistik, die auch anderswo zu finden war, zusammengetragen hat. Es zeigt sich aber nirgends ein Bild oder eine Vorstellung, wie sich die Frau der achtziger Jahre präsentieren soll. Ich mache Ihnen zum Vorwurf, wenn Sie sich so gewissenhaft für die achtziger Jahre vorbereitet haben, daß Sie uns jegliches Leitbild schuldig geblieben sind. Sie sagen den Frauen nur, welche Rolle sie nicht spielen sollen, sie sagen aber nicht, wie die neue Rolle ausschauen soll. Ganz sicher ist - mehrfach aus sozialistischem Munde vernommen -: Die Frau soll keine Nur-Hausfrau sein, wie es so schön abwertend heißt, sie soll kein Objekt der Werbung sein - das unterstreiche ich -, die Hausfrau ist kein Identifikationsobjekt - warum eigentlich nicht? -, sie soll höchstens ein bis zwei Kinder haben, denn in einer sozialistischen Studie heißt es ja, daß Kinderreichtum ein nicht sozial angepaßtes Verhalten sei. Sehr erstaunlich. Na ja, es gibt ja die Abtreibung, das hätten wir beinahe vergessen.

Es wird also den Frauen gesagt, was sie nicht sein sollen ... (Abg. Blecha: In welcher Studie steht das?) Ich lege sie Ihnen gern vor, wenn Sie sie nicht kennen sollten. (Abg. Blecha: Wie heißt diese Studie?) Es ist eine sozialistische

Studie. Ich werde sie Ihnen dann gern zugänglich machen.

Es wird den Frauen gesagt, was sie künftig nicht tun sollen (Abg. Blecha: Was ist das für eine Studie, Frau Kollegin?), aber wie sie ihre Selbstverwirklichung ... (Abg. Blecha: Wie heißt diese Studie?) Ich werde sie Ihnen nachher gern zugänglich machen, Herr Kollege Blecha. (Abg. Blecha: Wie heißt sie?) Sie sagen, wie sie die Selbstverwirklichung nicht erreicht, sie sagen aber nicht, welche Rolle sie spielt. (Abg. Blecha: Sie können nicht etwas zitieren, ohne nähere Angaben zu machen!) Ich werde sie gern vorlegen. (Abg. Blecha: Eine solche Studie gibt es nicht!)

Die Haltung der SPÖ liegt ein bißchen so auf der Linie, alles, was vorher stattgefunden hat, als falsch abzutun. Das ist eigentlich auch im Bereich der Familienpolitik zu merken. Es scheint für Sie eine ideologische Frage zu sein, daß Sie die Mehrkinderfamilie benachteiligen. Jetzt merkt man in der Regierungserklärung - offenbar ist man jetzt auch langsam draufgekommen -, daß die höchsten Kinderzahlen die Familien von Landwirten und von an- und ungelernten Arbeitern haben und daß diese damit unter das Durchschnittseinkommen geraten, etwas, was schon lange und hinlänglich bekannt ist.

Aber ich sage - wir haben das in vielen Diskussionen erfahren -: Es scheint bei Ihnen eine ideologische Frage zu sein, die Mehrkinderfamilie zu benachteiligen. Da gibt es einen Slogan, der gut klingt, aber leider falsch ist, nämlich daß jedes Kind gleichviel wert ist. Mit diesem Slogan aber ist Ihnen das Kind in einer Geschwisterreihe eben weniger teuer und weniger wert, und mit jedem weiteren Kind sinkt eben das Einkommen der Familie ab.

Das ist nichts Neues. Seit Jahren weisen die Familienorganisationen darauf hin. Leider hat die Frau Staatssekretär Karl im Familienpolitischen Beirat zwar den Vorsitz, aber sie gibt die Ergebnisse dieser Beratungen und die Ergebnisse dieser Beschlüsse eben nicht weiter.

Etwas, was jede Familie weiß: Mit jedem zusätzlichen Kind sinkt das Einkommen, und je älter die Kinder sind, desto höher sind die Aufwendungen. Wenn Sie nun auch der Meinung sind, wir sollten den Familien mit mehr Kindern, den Familien mit älteren Kindern helfen, dann laden wir Sie ein, dem Antrag beizutreten, den die ÖVP gestern hier eingebracht hat, nämlich den Familien mit einem Kind über zehn Jahre einen zusätzlichen Betrag zur Familienbeihilfe von 150 S monatlich zu geben und auch der Mehrkinderfamilie verstärkt zu helfen.

Dr. Marga Hubinek

Der Klubobmann Fischer hat gemeint, man wird sehr wohl konsensbereit sein, wenn es sich um gute Ideen von Oppositionsparteien handelt. Hier wird es Ihnen wahrscheinlich umso leichter fallen, da Sie auch in Ihrer Regierungserklärung meinen, daß man älteren Kindern verstärkt helfen sollte.

Ich glaube, nach all der Beobachtung der Regierungspolitik der neun Jahre, daß die SPÖ versucht, die Frauen – das ist ihre Vorstellung von einer Gleichbehandlung – der Männerwelt anzupassen. Sie begnügt sich mit einer formalen Gleichberechtigung. Dort, wo es um Konsequenzen ginge – die Wahl des dritten Parlamentspräsidenten war ja ein sehr augenscheinlicher Unterricht –, dort, wo es Konsequenzen zu ziehen gäbe, zieht man sie nicht.

Ich glaube, daß die Frauen in der Männerwelt, wie Sie sie vorstellen, nicht glücklich sind. Denn diese Arbeitswelt ist weder menschengerecht, sonst würden wir nicht so viel von der Humanisierung des Arbeitsplatzes reden, noch familiengerecht. Gegen die familiengerechte Arbeitswelt, die in allen Frauendiskussionen, in allen Gesprächen – wir haben davon genügend während des Wahlkampfes geführt – verlangt wurde, dagegen setzen Sie sich beharrlich zur Wehr. Ich frage Sie, wenn Sie die Freiheit akzeptieren wollen, die Freiheit der Gestaltung des persönlichen Lebens: Warum wollen Sie den berufstätigen Frauen nicht eine gleitende Arbeitszeit, mehr Teilzeitarbeitsplätze, und zwar auch attraktivere, zubilligen? Warum kann hier nicht die öffentliche Verwaltung mit gutem Beispiel vorangehen? Warum kann man nicht mit einer Steuerpolitik auch Anreize schaffen, mehr Teilzeitarbeitsplätze einzurichten? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir können uns mit dem Einwand der Gewerkschaften nicht abfinden, die meinen, mit Teilzeitarbeitsplätzen könne man der Frau keine Karriere ebnen. Ich glaube, das ist wieder die Antithese Freiheit und Sozialismus. Wir wehren uns gegen die Art der Zwangsbeglückung. Jeder in seinem Leben muß selbst die Entscheidung treffen: Will er sich vorwiegend für seine Familie entscheiden, oder strebt er zielbewußt eine Karriere an? Aber bitte nehmen wir ihm diese Entscheidung nicht ab, denn es ist jedem klar, daß er mit einem Teilzeitarbeitsplatz wahrscheinlich kaum einen Generaldirektorsessel erklimmen können.

Warum schaffen wir nicht mehr Betriebskindergärten und geben auch die Möglichkeit, die Kostenbelastung zu verringern? Warum vor allem geben wir den berufstätigen Müttern nicht die Chance, die ersten drei Lebensjahre bei ihrem Kind zu bleiben, ohne daß alle sozialen und Versicherungsrechte abrupt abbrechen?

Warum helfen wir nicht in dieser entscheidenden Phase, wo auf das zweite Einkommen verzichtet wird, durch eine verstärkte Beihilfenpolitik diesen jungen Familien in einer schwierigen Situation? Wahrscheinlich würden wir dann auch diese jungen Familien leichter motivieren können, es nicht beim ersten Kind bewenden zu lassen, sondern vielleicht zwei oder drei Kinder aufzuziehen.

Wichtig ist, wenn diese Phase der Kinderbetreuung zu Ende geht, daß die Mutter auch wieder die Möglichkeit der Rückkehr in den Beruf hat. Hier sehe ich die Alternative, Frau Abgeordnete Albrecht: Wir reden eben der freien Gestaltung des Lebens das Wort. Wir wollen eine echte Wahlfreiheit haben, die beiden Partnern erlaubt, ihre Lebensaufgabe nach ihren Vorstellungen zu bewältigen, aber frei von den wirtschaftlichen Zwängen.

Im Augenblick ist das ja ein Postulat, machen wir uns nichts vor: Wer kann denn schon frei von finanziellen und wirtschaftlichen Zwängen diese Wahl treffen? Das muß doch eigentlich für die SPÖ besonders unangenehm zu hören sein: Es kann diese freie Wahl heute nur die begüterte Familie treffen. Aber wir alle wollen es doch allen Familien zugänglich machen, selbst in Freiheit die Lebensrolle zu bestimmen. Die Wahlfreiheit soll nicht auf dem Papier stehen.

Wir wollen aber auch nicht, daß sie in ihrer Vorstellungswelt nach wie vor geprägt sind vom Modell der beiden berufstätigen Eltern, wo das eine Kind den gesellschaftlichen Einrichtungen, den Einrichtungen des Staates überantwortet wird, daß alle Aufgaben der Familie an Einrichtungen des Staates delegiert werden.

Wir glauben, die Familie soll entscheiden, wie sie ihre Kinder betreut, wie sie sich ihre Aufgabe aufteilt. Die Steuerpolitik und die Familienpolitik sollten diese freie Entscheidung respektieren. Daß dies bislang nicht der Fall ist, wissen wir, haben wir bei der parlamentarischen Familienenquete zur Genüge gehört.

Abschließend möchte ich sagen, daß diese Regierungserklärung zwar 146 Seiten aufweist, daß sie uns aber vieles schuldig geblieben ist. Sie hat die veränderten Strukturen der Gesellschaft nicht erkannt, zumindest nicht erwähnt. Offenbar hat man nicht zur Kenntnis genommen, daß bei den Frauen schon seit Jahren ein Prozeß der Bewußtseinsänderung stattfindet. Erst am Ende dieses Prozesses wird sich zeigen, ob die Frauen wieder ihre Sicherheit und ein neues Selbstverständnis gefunden haben. Das wird zweifellos auch einen Niederschlag finden, wenn Sie wollen, in der Bereitschaft zur Familie und zu Kindern.

Ich glaube, und das ist der Vorwurf an die

Dr. Marga Hubinek

Vertreter der Regierungspartei, daß es sich eine Gesellschaft auf die Dauer nicht leisten kann, daß mehr als die Hälfte der Frauen dieses Landes ihr Unbehagen artikulieren und sich mit ungelösten Spannungen herumschlagen zwischen berechtigten Anforderungen und dem tatsächlichen Verhalten der Mitglieder ihrer Gesellschaft.

Leider fehlen in der Regierungserklärung alle diesbezüglichen Hinweise. Und wenn der Klubobmann Fischer der ÖVP vorgeworfen hat, wir hätten zu wenig nachgedacht in der Vergangenheit, dann muß ich diesen Vorwurf leider zurückspielen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Thalhammer: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Marsch. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Marsch (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man der Frau Abgeordneten Hubinek zuhört, so könnte man glauben, daß für die Familien in der Zeit der SPÖ-Regierung fast gar nichts geschehen ist. Ich glaube, es gehört schon eine Portion Mut dazu, Frau Kollegin Hubinek, sich auf eine Studie zu stützen, die Sie nicht einmal nennen. Wir haben doch erwartet, daß Sie zumindest sagen, welche Studie das wäre.

Aber davon ganz abgesehen: Sie sagen das in der Sitzung des Parlaments nach der Regierungserklärung, nach einer Wahl, deren Ergebnis Sie genauso gut kennen wie ich, und wo Sie genauso gut wissen wie wir, daß wir gerade mit der Politik für die Familie in Österreich in den letzten neun Jahren so viel erreicht haben, daß uns andere auch das Zeugnis ausstellen, daß noch nie so viel für die Familien geschehen ist wie unter dieser Regierung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das fällt ja gar nicht schwer nachzuweisen. In der Aufstellung, die Sie sicher kennen, die wir im Leistungsbericht der Regierung herausgebracht haben, sagen wir das doch ausdrücklich. Vergleichen Sie die Höhe der Familienbeihilfen zu Ihrer Zeit und heute.

Damals waren es 20 S, und heute ist es praktisch eine zehnmalige Erhöhung des Betrages gewesen, indem man sich viel mehr in der Kaufkraft leisten kann, als es damals zur ÖVP-Zeit der Fall war. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Leitner: Ungeheuerlich!)*

Und so geht es weiter. *(Abg. Dr. Leitner: Eine Verdrehung! - Abg. Dr. Marga Hubinek: Verdrehung der Tatsachen!)* Sie wissen, daß wir hinsichtlich der Geburtenbeihilfe einen Beschluß erreicht haben, den uns gerade die Mütter heute so sehr danken, auf Grund dessen

wir ihnen für jedes geborene Kind 16 000 S geben: zweimal 8 000 S, nur mit einer Bedingung - und das ist wesentlich -, nämlich daß sich die Mutter vorher und im ersten Jahr auf ihre Gesundheit hin untersuchen läßt, in ihrem Interesse und im Interesse des Kindes. Das ist Familienpolitik! *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Niemals war das ...!)*

Sehr geschätzte Frau Kollegin! Hätten Sie in Ihrer Zeit etwas getan, hätten Sie mit Ihren Leuten damals geredet, die nicht einmal im Traum daran gedacht haben, für die Familien so viel zu tun! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Jetzt rede ich gar nicht von den kostenlosen Schulbüchern und von den Freifahrten für Schüler, die allein der Familie so viel geholfen haben. Ich kann mich noch genau erinnern, wie ein niederösterreichischer Familienvater damals gesagt hat: Jetzt ist der Schulbeginn, Herr Bundeskanzler, machen Sie etwas, ich kann mir das nicht leisten, ich habe vier Kinder und weiß nicht, wie ich das bezahlen soll, damit die Kinder in die Schule fahren können und die Bücher bekommen können! - Diese Probleme sind heute gelöst und sind Vorbild für ganz Europa. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und gerade die Einführung des Pflegeurteils: Hat man sich das noch vor Jahren träumen lassen? Das war auf dem Wunschкатalog der Gewerkschafter und vor allem der Frauen, daß man gesagt hat, man möge doch eine Möglichkeit schaffen, daß dann, wenn ein Familienangehöriger krank ist, auch jemand zu Hause bleiben und den Angehörigen pflegen kann. Heute ist das selbstverständlich, heute ist das erreicht, heute schauen viele demokratische Staaten Europas auf uns und fragen: Was habt ihr da gemacht und welche Erfahrungen habt ihr damit?

Und so haben wir auch sehr viele Familienberatungsstellen ausgebaut und können sagen, daß wir damit recht gute Erfahrungen gemacht haben.

Aber, Kollegin Hubinek, fragen Sie allein in Ihrem Kreis herum und einen der Vertreter des Wirtschaftsbundes! Wissen Sie, daß es in Ihrer Zeit für die Frau, die Gattin eines Gewerbetreibenden nicht einmal möglich war, daß sie in ihrem eigenen Betrieb für ihre Arbeit, die sie geleistet hat, Bezahlung bekommt, daß es nicht einmal möglich war, sie anzustellen? Das hat man erst durch unsere Steuergesetzgebung nach 1970 erreicht. Und das war der größte Erfolg, und das erkennen soundso viele Gewerbetreibende auch an. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenrufe der Abg. Dr. Marga Hubinek.)*

Damit bin ich schon beim Kollegen Graf. Sie müssen das doch genau wissen! Das wäre doch

Marsch

früher gar nicht möglich gewesen, und heute ist es schon. Der Kollege Graf stellt sich dann nach dieser Wahlentscheidung da her und tut so, als ob in der Wirtschaft einfach nichts geschehen wäre. *(Abg. Dr. Wiesinger: Das war damals ein ganz anderes System! Es war die Frage des steuerlichen Splitting ...!)*

Sehr geschätzte Damen und Herren von der ÖVP! Wir gehen heute in diese neue Regierungsperiode mit einer Fülle des Angebotes an wirtschaftlichen Leistungen, die man nirgends in Europa in dem Maße aufzubringen hat wie bei uns! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese Tatsache brauchen wir nicht festzustellen. Das tun andere für uns, wenn sie sagen – und wir können das ja nur bestätigen –, daß wir den bisher höchsten Lebensstandard in Österreich erreicht haben, daß wir stabile wirtschaftliche Verhältnisse haben und daß wir einen tiefreichenden sozialen Frieden bei uns aufzuweisen haben.

Jawohl, wir haben sehr viel investiert, und man hat heute davon gesprochen, daß man da und dort Steuer zahlen muß. Natürlich muß man das. Man hat uns umgekehrt vorgeworfen, daß wir auch hier im Rahmen des Budgets und Staatshaushaltes Schulden machen. Ja, nur mit einem Unterschied: Es ist schon lange her, ein Jahrzehnt, aber damals, als die ÖVP die Schulden gemacht hat, hat sie sie zum Löcherstopfen im laufenden Haushalt verwendet, um die Schulden zurückzuzahlen.

Und das ist eben der Unterschied. Wir haben uns das Geld ausgeborgt, um zu investieren. Es ist doch eine Tatsache, daß es in der Zeit vorher um 30 000 Arbeitsplätze weniger gegeben hat, und in unserer Regierungszeit sind es um fast 400 000 Arbeitsplätze mehr, die wir geschaffen haben. Das ist eine ungeheure Leistung, die uns niemand in Europa nachmacht!

Das ist auch der Grund dafür, meine Damen und Herren: Glauben Sie, daß das größte Unternehmen in der Welt auf dem Gebiet der Autoindustrie deshalb nach Österreich kommt, weil die Landschaft so schön ist? Wir würden uns freuen, wenn das auch mit ein Grund ist. Aber es ist die Tatsache, und das haben diese Herren, die da waren, auch gesagt *(Zwischenrufe bei der ÖVP)*, daß es nämlich in diesem Lande eben die ruhige wirtschaftliche Entwicklung, die strukturellen Voraussetzungen ermöglichen, hier eine Motorenproduktion aufzuziehen, weil es keine besseren Bedingungen in Europa gibt. Das ist der Grund dafür, und wir sind stolz darauf, daß das gelungen ist. *(Abg. Dr. Blenk: In Spanien ...!)*

Nur mit einem Unterschied, meine Herren. Was war denn Ihre Reaktion darauf? – Ihre

Reaktion darauf war, einfach zu meinen, daß man da nicht auf Knopfdruck und auf Befehl nach Pörschach kommen und daran teilnehmen könne. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Ich möchte sagen: Wenn solche Abschlüsse getätigt werden, noch dazu so positive, dann ist es für jeden Verantwortlichen in der Wirtschaft eben besser, dabei zu sein, als abseits zu stehen. Man muß doch da keinerlei Vorwürfe machen, weil sich angeblich irgendwer irgendwohin beordern ließ. Schließlich und endlich ist es ja keine Schande, dort dabei zu sein, noch dazu als österreichischer Wirtschaftsvertreter, wo die Spitze des größten Unternehmens der Welt auf Einladung der Regierung zu Verhandlungen hinkommt.

Natürlich war es die Persönlichkeit des Bundeskanzlers, die die amerikanische Wirtschaftsprominenz bewogen hatte *(Abg. Dr. Blenk: Wer war in Spanien dafür verantwortlich ...?)*, nach Pörschach zu kommen. Hätte an seiner Stelle jemand anderer diese Einladung ausgesprochen – und ich schaue jetzt bewußt hinüber zu Ihnen –, kann ich mir gut vorstellen – wenn jemand anderer mit General Motors verhandeln hätte wollen –, daß man gesagt hätte: Bitte lassen Sie den Hut auf, Sie können gleich wieder gehen! – Sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist eben der Unterschied. *(Abg. Dr. Blenk: Relativ!)*

Wenn man heute weiß, daß sich die Strukturen so wesentlich geändert haben, wenn man heute weiß, daß die Funktion des Staates im Rahmen der Wirtschaftsentwicklung eine viel bedeutendere, eine viel intensivere geworden ist, dann kommt es darauf an, daß man diesen richtigen Weg geht. Wir können Ihnen – und das ist in der Regierungserklärung auch geschehen – diese Liste der Leistungen aufzeigen, die durch Investitionen entstanden sind, und ich kann Ihnen sagen: In diesem Jahrzehnt, seitdem es eine sozialdemokratische Regierung gibt, ist noch kein einziges Projekt für eine Investition, für eine Neugründung, das man aus der österreichischen Wirtschaft gebracht hat, abgelehnt worden. Jedes Projekt wurde auf seine Brauchbarkeit hin überprüft, und man hat vieles auch dazutun können, wenn die Vorschläge da waren.

Ich glaube, das gerade heute festzustellen ist nach einer Regierungserklärung, die aufbauen kann auf eine kontinuierliche Entwicklung, die mit Erfolgen der letzten Jahre, des letzten Jahrzehnts, hier aufweisen kann, einen Weg gegangen zu sein, der Vorbild für viele andere Staaten ist.

Zum Beispiel war es bei der Beratung der europäischen Staatschefs in Paris vor einigen

Marsch

Monaten nicht mehr die Frage der europäischen Währung, die man diskutiert hat, sondern man hat darüber diskutiert: Wie kommt denn Österreich in diese wirtschaftliche Situation? Wie haben sie das gemacht, daß sie dabei solche Erfolge haben?

Und was war das Ergebnis? Das Ergebnis war, daß sie den Weg wissen, den man nun gehen soll und den man in Österreich auch gegangen ist. Nur mit einem Unterschied: Sie müssen erst diese Arbeitslosigkeit wegbringen, die wir gar nie gehabt haben.

Und daher sind doch Ihre Vorschläge zur Behebung der Arbeitslosigkeit irgendwie grotesk, wenn man diese Arbeitslosigkeit Gott sei Dank gar nicht hat, weil wir da ganz unten an vorletzter und letzter Stelle liegen und weil man eben weiß, daß man diese Beschäftigung in Österreich erreicht hat, jawohl, erreicht hat durch die kluge Vorausschaupolitik dieser Regierung, durch den Fleiß der Bevölkerung, auch der Wirtschaftstreibenden, denn sonst wäre ja dieses Ergebnis nicht zu erzielen gewesen.

Ich kann Ihnen noch eines sagen – und das möchte ich doch heute tun, weil es eines unserer wesentlichsten Kapitel ist, die wir zu bewältigen haben –: Wir wissen ganz genau, daß das Energieproblem heute ein europäisches, ein Weltproblem ist und daß man gerade auf diesem Kontinent wohl sukzessive Maßnahmen setzt, aber bei weitem davon entfernt ist, in der Gesamtheit die Problematik lösen zu können.

Nur sind wir dabei in einer weit glücklicheren Lage, und das ist gerade dieser Partei zu verdanken, die seit Bestehen nach dem Zweiten Weltkrieg in jeder Phase in kluger Voraussicht diese Energiepolitik in Österreich forciert hat. Es war schon vor drei Jahrzehnten so, daß wir den Ausbau der Wasserwirtschaft, die Nutzung der gigantischen Wasserkraft in die Wege geleitet haben, nicht unbedingt mit ihrer Zustimmung und Begeisterung.

Und es war so, meine Damen und Herren, daß wir 1955, als der Staatsvertrag abgeschlossen wurde, gesagt haben: Es gibt nur einen unabhängigen Staat, und wir können nur dann wirklich frei sein, wenn wir auch selbständig über unsere Rohstoffe entscheiden können. Das war so, und damit sind wir heute in einer Situation, in der es möglich ist, daß wir nahezu jeden fünften Liter Erdöl aus österreichischen Quellen schöpfen können.

Ich möchte sagen, und daran muß ich Sie doch heute auch erinnern: Es war zehn Jahre später, 1965, als man mit einer Verzögerungspolitik gerade auf dem Energiesektor begonnen hat und manches verschlafen hat. Meine Damen und Herren von der ÖVP! Es war zu der Zeit, als es

für Sie in der Energiepolitik überhaupt nichts anderes gegeben hat als die Kernenergie und den Bau von Zwentendorf. Ihr neuer Obmann, der Herr Abgeordnete Mock, war ja selber dabei, und als niederösterreichischer Abgeordneter war er damals so stolz darauf, daß in Zwentendorf diese Kernenergie erzeugt werden soll. Ja, Sie sind sogar so weit gegangen, als man das allergrößte Wasserwerk begonnen hat, das man in Österreich jemals gebaut hat, ich meine das Malta-Kraftwerk, das gemeinsam mit Kreuz- und Reiback, also diese Gruppe, dreimal so viel erzeugt, wie in Kaprun an Strom erzeugt wird, wenn das alles fertig ist, daß sich die eine und die andere Landesgesellschaft einfach geweigert hat, sich daran zu beteiligen, weil Sie gesagt haben, es gebe für Sie außer der Kernenergie keine andere Energieerzeugungsmöglichkeit mehr.

Heute weiß man, daß diese Politik falsch war. Heute weiß man, und darauf können wir auch stolz sein, wenn es der Handelsminister immer wieder sagt, daß unsere Energieproduktion auf mehreren Füßen steht. Ich glaube, das ist die beste Voraussetzung dafür, daß wir die Energieproblematik, soweit es die Erzeugung im eigenen Land und soweit es auch die Importe betrifft, relativ besser lösen können als andere. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das ist so wichtig, und das ist nicht zuletzt auch aus der Betrachtungsweise heraus wichtig, daß man das Energieproblem nicht mit einer einzigen Maßnahme erledigen und erfolgreich lösen kann.

Das wollte ich heute doch sagen, weil man daraus ersieht, wie weitsichtig diese Regierungserklärung die Probleme angeht, und das gerade in einer Zeit, in der man nicht weiß, wie es auf der Welt weitergeht. Ich möchte dazu nur eines sagen: Vier Jahre, also jene Zeit, für die diese Regierungserklärung zur Verwirklichung gedacht ist, können eine lange Zeit sein, wenn man weiß, was passieren kann. Sie werden aber eine kurze Zeit sein, wenn man weiß, was da zu tun ist. So sehen wir auch, daß diese vier Jahre für uns in der Bewältigung der großen Aufgabe eine relativ kurze Zeit sein werden.

Aber wir haben es vor den Wahlen sehr deutlich gesagt, daß für uns, wenn unsere Vertretung in diesem Hause stärker wird, die Zahl der Abgeordneten, die wir hier stellen, das nicht mehr Macht bedeutet, sondern mehr Verantwortung. Und so werden wir auch dieses zehnte Jahr der Regierungspolitik begehen und damit den Erfolg sichern, auf den Österreich so stolz sein kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und so war es gerade diese Partei, die österreichische Sozialdemokratie, die diese

Marsch

Erfolge mit dem österreichischen Weg erzielt hat, der erst dann unser Wahlslogan wurde, nachdem man auf der ganzen Welt den Ausdruck „der österreichische Weg“ geprägt hat. Das Ergebnis der Politik, die wir gemacht haben, war, daß man in der Bevölkerung eben jenen mehr geglaubt hat, die bereits auf die Erfolge hinweisen können, als solchen, die nur Forderungen gestellt haben.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Wären Sie in der Situation, Ihre eigenen Forderungen erfüllen zu können, so wäre das Budget heute kaputt. Und das zeigt ja, daß Sie damals, als Sie diese Forderungen stellten, recht weit entfernt waren, mehr Verantwortung zu übernehmen, sonst hätten Sie doch nicht so handeln können, wie das eben geschehen ist.

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte doch noch auf zwei Punkte zu sprechen kommen, weil der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung dem Verhältnis des Staatsbürgers zum Staat breiten Raum eingeräumt hat. Er hat – und das möchte ich in Ergänzung meiner Vorrednerin, der Kollegin Albrecht, auch feststellen – die Verwirklichung der Volksanwaltschaft als eine Verbesserung des Verhältnisses des Staatsbürgers zum Staate hingestellt.

Wie wichtig es gerade dieser Bundesregierung und damit auch dieser Partei als Regierungspartei war, mehr Kontrolle in die Bundesverwaltung zu bringen, geht ja daraus hervor, daß wir nicht nachgelassen und nicht locker gelassen haben, bis es diese Volksanwaltschaft gab. Es wurde auf den Bericht hingewiesen, der heute auch in den Zeitungen steht. Diese Volksanwaltschaft hat in der Vergangenheit weit mehr als 300 Fälle pro Monat behandelt – ein Zeichen, daß es diese Einrichtung gegen das Unbehagen in der demokratischen Verwaltung, zu Recht gibt, und ich glaube, darauf können wir stolz sein.

Es ist zu begrüßen, daß sich die Bundesländer Wien und Salzburg und, wie ich höre, auch Kärnten dieser Volksanwaltschaft bedienen. Ich hoffe, daß das auch die anderen Bundesländer bis zum Ende dieses Jahres doch tun werden und sich entschließen werden, die Volksanwaltschaft auch im Rahmen ihrer Landesverwaltung anzuerkennen. Es liegt schließlich im Interesse der Rechtssicherheit, gleiche Möglichkeiten zu schaffen. Wenn man dafür die unbeschränkte Akteneinsicht, das Recht auf volle Information und den Beamten gegenüber die Entbindung vom Amtsgeheimnis gibt, wenn sie von der Volksanwaltschaft darum gebeten oder ersucht werden, so wäre das eine Voraussetzung, um wiederum einen Bereich, nämlich den der

Landesverwaltung, in allen Bundesländern mit mehr Demokratie zu durchfluten.

Das war ein Beispiel, das der Bundeskanzler in dieser Erklärung im Verhältnis der Staatsbürger zum Staate erwähnt hat.

Es ist aber auch eine andere Absichtserklärung hier genannt worden, auf die ich im besonderen eingehen möchte, nämlich daß es eine einzige politische Verwaltungsebene gibt, die sich bisher der demokratischen Kontrolle entzogen hat, und das ist die Bezirksverwaltungsbehörde.

Ich glaube daher, wir müssen die Demokratisierung dieser Verwaltungsbehörden, die ja auch in der Verfassung vorgesehen sind – nur müssen die Durchführungsgesetze erlassen werden –, ernst nehmen.

Ich möchte Ihnen das erleichtern, meine Herren von der ÖVP, indem ich unter anderem auf ein Werk des Professors Ermacora, der ja als Ihr Abgeordneter in diesem Haus vertreten ist, verweise. Er stellt in der „Österreichischen Verfassungslehre“ auf Seite 135 fest, daß die Forderung nach Demokratisierung der Bezirksverwaltung – und jetzt zitiere ich ihn – „sachlich und politisch ohne Einschränkung gerechtfertigt ist“.

Ich glaube, daß man sich heute so entschließen kann, wie das Kollege Mock – vielleicht in der Hitze des Wahlkampfes – getan hat, indem er meinte, das wäre zuviel an Demokratie, weil es zu teuer sei.

Ich glaube, ein Argument dürfen wir in unseren Überlegungen nicht gelten lassen – und da möchte ich Sie bitten, daß Sie auch dazu Ihre Überlegungen anstellen –, daß nämlich Demokratie zu teuer ist.

Warum soll es nicht möglich sein, in diesen Bezirkshauptmannschaften Österreichs demokratische Bezirksvertretungen zu errichten, denen man jene Aufgaben überträgt, die die Gemeinden nicht allein durchführen können. Das bezieht sich sowohl auf die Flächenwidmung und Raumplanung, das bezieht sich auf die Wasserversorgung und Kanalisation, das bezieht sich auf manche Ansiedlungen, die man miteinander abstimmen muß. In diesen Fällen ist es mit Gemeindeverbänden in Form eines freiwilligen Zusammenschlusses allein in der einen oder anderen Frage nicht mehr getan.

Ich möchte gerade den Herrn von der ÖVP sagen: Ich weiß schon, wir brauchen dazu eine Zweidrittelmehrheit, also auch die Unterstützung der Oppositionsparteien. Sie können das jetzt mit einem Donnerwetter ablehnen, weil Sie dabei die Macht einer CV-Bürokratie gefährdet sehen oder ... *(Zwischenruf der Abg. Helga*

Marsch

Wieser.) Ja, doch! Oder Sie können mit uns in Ruhe darüber verhandeln.

Aber nicht in der Weise – bitte, das sei jetzt an die Abgeordneten der anderen Bundesländer, also nicht Niederösterreichs gesagt –, wie im Falle Mödling.

Was man sich in Mödling geleistet hat, indem man nämlich einfach einen Bürgermeister der Unregelmäßigkeit bezichtigt hat, wie das der ÖVP-Obmann Maurer getan hat, der mit seiner – noch – Ein-Mandat-Mehrheit, die er dort hat, einfach diesen Bürgermeister abgesetzt und durch einen Aufsichtskommissar diese Funktion einem anderen übergeben hat – es ist unschwer zu erraten, welcher Couleur dieser angehören wird –, dann ist das eine Ungeheuerlichkeit, die in Wirklichkeit den Geist der demokratischen Gemeindeautonomie erheblich verletzt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ja, meine Damen und Herren, als niederösterreichische Abgeordnete können Sie das mit einem Lachen oder mit einer Handbewegung abtun. Aber so schaut es dort aus, wo Sie auf Grund einer Mehrheitsbildung noch die Möglichkeit haben. Dort setzen Sie sich völlig über ein Übereinkommen hinweg, das es seit Jahren gibt und das im Falle einer notwendigen Gemeindeauflösung, die Sie ja dort provoziert haben – das ist durchaus Ihr Recht, daß Sie in diesem Fall diese provokante Haltung einnehmen –, Vorsicht, in diesem Fall den Bürgermeister bis zum Auslaufen der Periode in dieser Funktion zu belassen.

Ich erwarte heute von Ihnen gar nicht, daß Sie nur andere Konsequenzen daraus ziehen oder daß Sie in Niederösterreich appellieren, man möge doch ein besseres demokratisches Verhalten zeigen. Aber ich glaube, daß wir uns allesamt überlegen müssen – gerade dann, wenn wir wissen, daß die Bezirksverwaltungsbehörde die einzige ist, in der es keine demokratische Kontrolle gibt, in der es keine demokratische Vertretung gibt –, doch gemeinsam zu einem Ergebnis zu kommen, um auch diese Bereiche in Österreich mit mehr Demokratie zu durchfluten. Das ist unser ernstes Anliegen.

Ich sage Ihnen – gerade an die ÖVP aber auch an die FPÖ, gerichtet –: Wenn Sie in der Lage sind, gescheitere Vorschläge zu machen, und zu sagen, daß man das und jenes noch dazugeben kann; wir sind dann gerne bereit, in dieser Frage über Ihre Vorschläge zu reden und sie auch zu respektieren.

Damit will ich nur unterstreichen, daß es Zeit ist, eine Verfassungsbestimmung, die ja immerhin aus der Gründerzeit der Republik, aus dem Jahre 1919, stammt, nun endlich in die Tat umzusetzen.

Sehr geschätzte Damen und Herren! Lassen Sie mich noch im letzten Teil meiner Ausführungen zu Fragen der Außenpolitik Stellung nehmen, weil ich mir bewußt bin, daß gerade für einen neutralen Staat die Außenpolitik so wichtig ist, und es ist umso wichtiger, hier im Hohen Haus Übereinstimmung in diesen Fragen zu erreichen.

Unser Klubobmann, der Abgeordnete Fischer, hat heute erwähnt, daß die Zugehörigkeit Österreichs zu den pluralistisch-demokratischen Staaten eine der Grundlagen der österreichischen Außenpolitik ist – neben der Neutralität, die für uns eine militärische ist, und neben dem Staatsvertrag aus dem Jahre 1955 und der Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen. Vorredner der beiden Oppositionsparteien haben es auch schon getan, indem sie gesagt haben, sie möchten auch ein Bekenntnis zu Europa ablegen.

Ich möchte da nur eines konkretisieren, damit man sich in dieser Frage nicht einen Weg vorzeichnet, der von der Realität abgeht.

Bitte, gehen wir von der Tatsache aus, daß der Europarat heute den umfassendsten organisatorischen Ausdruck aller europäischen Einigungsbemühungen zeigt, weil er über jene Gemeinschaft hinausgeht, der wir aus Gründen der militärischen Neutralität nicht angehören können.

Ich glaube – das möchte ich heute betonen –, es ist vielleicht die wichtigste Aufgabe des Europarates, Bindeglied zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft einerseits und allen anderen pluralistischen demokratischen Staaten Europas andererseits zu sein, die einer supranationalen Vereinigung nicht beitreten wollen oder, so wie wir, dies eben im Hinblick auf die immerwährende Neutralität nicht können.

Diese Aufgabe wird mit der fortschreitenden Erweiterung der EG noch wichtiger werden, nicht zuletzt für uns.

Wenn der Herr Bundeskanzler gestern in seiner Regierungserklärung erwähnt hat, daß die Bedeutung des Europarates gerade von unserem Staate nicht unterschätzt werden soll, und wenn wir wissen, daß wir heute mit Herrn Dr. Karasek wieder einen Österreicher als Generalsekretär des Europarates stellen werden, und wenn wir wissen, daß in den vergangenen drei Perioden unser allzu früh verstorbener Professor Czernetz Präsident der Parlamentarischen Versammlung war, so ist uns klar, was gerade Österreich für diese Einrichtung des Europarates geleistet hat.

Ich glaube, wir müssen jedenfalls dafür Sorge

Marsch

tragen, daß die Bedeutung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates nicht durch das aus freien Wahlen hervorgegangene Europaparlament vermindert wird.

Zwei Herren, sowohl der Hauptsprecher der FPÖ als auch ein Sprecher der ÖVP, sagten, man solle doch die Möglichkeit eines Beobachterstatus beim Europäischen Parlament prüfen. Dazu möchte ich doch sagen, daß es einen solchen Beobachterstatus nicht gibt und daher auch einen österreichischen Beobachter in diesem Status ja gar nicht geben kann. Eine derartige Institution ist in den einschlägigen Rechtsvorschriften nicht vorgesehen.

Ich glaube, wir müssen gerade hier als militärisch neutraler Staat jene Möglichkeiten suchen, die uns da gegeben sind. Ich möchte für meine Partei sagen, daß es für uns keine Frage ist, daß wir als Partei ebenso wie als Parlamentsklub die Kontakte zu jener Gruppe sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien, die im Europäischen Parlament vertreten sind, noch intensivieren werden, wir glauben aber nicht, daß es mehr geben kann – der Herr Außenminister hat mir das auch in einem Gespräch bestätigt –, als das Außenamt schon macht, nämlich daß die Vorgänge im Europäischen Parlament von den österreichischen Vertretungsbehörden in aufmerksamer Weise verfolgt werden.

Herr Außenminister! Es wäre vielleicht gerade in diesem Zusammenhang zu überlegen – soweit es nicht schon geschieht –, daß man den Außenpolitischen Rat mit Informationen, eben mit mehr Informationen über dieses neue Europäische Parlament versieht. Das wäre auch ein Weg, daß sich die einzelnen Fraktionen ein Bild machen können und weitere Informationen von ihren Gruppen bekommen.

Ich hoffe, daß das in diesem Hause von mir richtig verstanden wird und daß beide Fraktionen in diesem Sinne doch der gleichen Meinung sind, daß wir in unserer Situation den Europarat als solches Bindeglied anerkennen müssen und daher daran interessiert sind, ihn zu stärken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang doch noch zur Frage der Menschenrechte Stellung nehmen, weil sie gerade in dieser Zeit und im Zuge der Gespräche nach Helsinki, Belgrad und nun vor Madrid eine wesentliche Rolle spielen.

Ich möchte dazu zunächst einmal sagen, daß die Achtung und die Sicherung der Menschenrechte grundlegende Elemente unseres Demokratieverständnisses sind. Daher ist die Sorge um das Wohl des einzelnen Menschen wohl ein

wesentlicher Bestandteil der österreichischen Außenpolitik.

Ich freue mich, daß es schon im Jahre 1978 möglich war, über Vorschlag unseres Außenministers Dr. Pahr in Wien einen großen Kongreß der UNESCO über Unterricht und die Lehre der Menschenrechte abzuhalten. Man hat festgestellt, daß es Aufgabe der Staaten und ihrer beschlußfähigen Körperschaften ist nicht nur solche Deklarationen zu unterstreichen, sondern daß es gerade im Unterricht über die Menschenrechte notwendig ist, hier einen festen Bestandteil eines lebenslangen Lernprozesses, der Menschen zu schaffen. Erst dann wird man richtig und in Würde die Menschen und Völker berücksichtigen können.

Ich glaube also, daß in diesem Sinne und entsprechend den traditionellen und humanitären Zielsetzungen der österreichischen Außenpolitik Österreich stets gewaltige Anstrengungen unternommen hat, insbesondere auf dem Gebiet der Flüchtlinge, wobei wir doch so viel Not lindern und damit anderen Menschen helfen konnten.

Nach österreichischer Auffassung muß es oberstes Ziel der Menschenrechtspolitik sein, jenen Menschen tatsächlich zu helfen, deren Menschenrechte verletzt werden.

Die Frage der Menschenrechte darf sohin kein gegen andere Staaten gerichtetes Instrument der Politik sein, vielmehr muß die Sorge um den einzelnen Menschen im Mittelpunkt stehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat gestern in der Erklärung auch auf das SALT-Abkommen hingewiesen, auf jenes SALT II-Abkommen, das wir für die Entspannungspolitik in Europa brauchen und zu dem es wirklich keine Alternative gibt.

Ich glaube, wenn das gemeinsame Kommuniké der Regierungschefs der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion feststellt, daß es im gegenwärtigen Zeitpunkt keine bedeutendere und dringendere Aufgabe für die Menschheit gibt als die Beendigung des Rüstungswettlaufes und die Verhinderung eines Krieges, so haben sie auch für unseren Staat und unseren Kontinent gesprochen.

Natürlich wissen wir ganz genau, daß es entscheidend ist, in dieser Situation zunächst einmal den Rüstungswettlauf einzudämmen, später zum Stillstand zu bringen und nicht zuletzt zu echten Abrüstungen zu kommen. Das wird noch ein weiter Weg sein.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, gerade deshalb, weil wir die friedliche Nutzung der Kernenergie im Rahmen einer Volksabstimmung zur Diskussion gestellt und bei der

Marsch

Energieerzeugung die Konsequenzen daraus gezogen haben und weil die Bevölkerung eben gegenüber der friedlichen Nutzung der Kernenergie so kritisch reagiert hat und das auch in anderen Staaten zumindest bei einer breiten Bevölkerungsschicht der Fall ist, so soll man sich doch auf der anderen Seite heute mehr und mehr bewußt werden, daß die Menschheit durch die Kernwaffen um ein Vielfaches mehr bedroht ist als durch die friedliche Kernenergie. Wird es uns gelingen, wird es den europäischen Völkern gelingen und wird es später allen Völkern auf dieser Erde gelingen, dieses Bewußtsein zu stärken, so wird damit eine wesentliche Klimavoraussetzung für die Abrüstung geschaffen.

Ich glaube, es war eines der wesentlichsten Ergebnisse der Gespräche in Wien, daß man bei SALT II gleich SALT III vorbereitet hat, weil man weiß, daß das in Stufen weitergeht, weil man weiß, daß die Lösung der Frage der Abrüstung und der Rüstungskontrolle zunächst einmal nur dann weitergeht, wenn man diese Frage ständig in Bewegung hält. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Ich glaube, das könnte auch die Helsinki-Nachfolgekonferenz in Madrid insofern betreffen, daß man sich doch überlegt – und da gibt es die Anregung unseres Bundeskanzlers, die er am 14. Mai gemacht hat –, doch zu prüfen, ob man nicht diese Nachfolgekonferenz auf höhere Ebene, etwa auf der der Außenminister, stattfinden lassen sollte, wodurch auch dort konkrete Resultate erwartet werden könnten.

Ich glaube, wir müssen diese Sachen sehr ernst nehmen und auch versuchen, damit das Bewußtsein der Bevölkerung zu vertiefen, auch dann, wenn es sicherlich – und das ist nicht nur eine Frage in Österreich – heute so ist, daß man versucht, jene Fragen, die einen nicht unmittelbar berühren, zu verdrängen und beiseite zu schieben. Man sollte doch wissen, daß man hier als Mensch mehr Verantwortung hat, als nur an sich selbst zu denken.

So gesehen ist die österreichische Außenpolitik eine so wichtige Sparte in der gesamten Regierungspolitik, und ich freue mich, daß wir gerade in dieser Frage soviel Konsens erreichen können, weil wir zum Unterschied von anderen neutralen Staaten unsere Neutralitätspolitik nicht als eine des Abwartens oder Zusehens verstehen, sondern als eine der aktiven Neutralität schon von Anfang an. Und es ist vielleicht ein Zufall, aber man kann es auch anders auslegen, daß heute unser Vertreter in Paris, Botschafter Dr. Jankowitsch, dort Vorsitzender des Weltraumausschusses ist und glaubt, daß man nach Wien, wo man über die Abrüstung gesprochen hat, nun auch gerade in diesem Weltraumauschuß, dem ein Österreicher vorsteht, für die Erhaltung des Friedens mehr tun kann.

Seien wir glücklich, daß wir in Österreich so viel innere Sicherheit haben und Frieden auf dem Arbeitssektor. Tun wir alles dazu, tragen wir alles dazu bei, daß dieser Friede auf der Welt einziehen möge, weil wir umgekehrt zu unserer Stärke und Größe des Staates viel mehr durch unsere Sprache Menschen und Völker beeinflussen können und dieses Ziel ruhiger, friedlicher Entwicklung glücklicher Menschen auch wirklich erreichen können. Das soll nach wie vor die Hauptschnur, der Grundgedanke unserer Außenpolitik bleiben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Broesigke.

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der erste Punkt der Regierungserklärung, zu dem ich einige Anmerkungen machen will, ist der der beabsichtigten Durchforstung der staatlichen Vorschriften und Verbote in unserer Rechtsordnung. Ich glaube, daß dafür auch der richtige Minister ausnahmsweise auf der Ministerbank sitzt, und zwar deshalb, weil der Herr Außenminister als Leiter des Verfassungsdienstes, der er früher war, eine ganze Reihe von Fachkenntnissen für diesen Bereich mitbringt.

Er wird mir sicher widersprechen, wenn ich sage, daß schon in der vergangenen Zeit etwas hätte gemacht werden können. Das muß er als Mitglied der Bundesregierung. Er wird mir aber nicht widersprechen, wenn ich daran erinnere, daß Voraussetzung für die Durchführung dieses Versprechens in der Regierungserklärung nicht die Einsetzung eines Rechtsentrümpelungskommissars ist, sondern zunächst einmal die Rechtsbereinigung. Und die Rechtsbereinigung ist eine Sache, über die schon seit vielen Jahren gesprochen wird.

Ich kann mich erinnern, daß ich vor etwa 15 Jahren an den damaligen Bundeskanzler eine Anfrage stellte, wie es mit der Rechtsbereinigung in Österreich stehe, und damals die Antwort erhielt, daß das geprüft werde. Seit der Zeit hat die Rechtsbereinigung in der Bundesrepublik Deutschland, sie hat in der Schweiz stattgefunden, sie hat aber auch etwa im Bundesland Niederösterreich stattgefunden, nur auf Bundesebene sind die Fortschritte gering. Immerhin zeigt sich ein Hoffnungsschimmer insofern, als auf Grund der Arbeiten der Verfassungsreformkommission nun doch der Versuch unternommen werden soll, eine Bundesrechtssammlung herzustellen.

Ich erwähne dies mit dem Appell, hier nicht in einer konservativen Haltung zu verharren, wie man das vielfach im Begutachtungsverfahren gesehen hat, sondern dem Beispiel der Nachbar-

Dr. Broesigke

staaten zu folgen und die Sache in Angriff zu nehmen.

Gerade in Österreich, wo es geltende Vorschriften noch aus der Zeit der Kaiserin Maria Theresia, deren Todestag sich im nächsten Jahr zum 200sten Mal jährt, gibt, gerade in Österreich ist diese Rechtsbereinigung ein besonders dringendes Anliegen.

Und im Zuge dieser Rechtsbereinigung wird es dann zweifellos auch möglich sein, die Durchforstung der staatlichen Vorschriften vorzunehmen. Einen anderen Weg kann ich mir schwer vorstellen.

Ein Stehsatz für Regierungserklärungen ist wahrscheinlich auch die Sache mit dem Grundrechtskatalog, an dem die seinerzeit eingesetzte Kommission, wenn ich nicht irre, seit dem Jahre 1964 arbeitet. Es heißt zwar in regelmäßigen Abständen, daß diese Arbeit nun abgeschlossen würde, aber man ist doch schon sehr skeptisch geworden und man muß daher die Frage aufwerfen, wie lange auf diesem Gebiet noch zugewartet werden soll. Denn es besteht ja bei uns überhaupt eine Neigung, zu sagen, dort sei eine Kommission und die behandle das und dieser Kommission wolle man nicht vorgreifen. Das ist dann eine sehr einfache Ausrede für die Untätigkeit. Vielleicht ist aber diese Stelle in der Regierungserklärung als Anzeichen zu sehen, daß man doch beabsichtigt, auf dem Gebiet der Grundrechte zu einem Ergebnis zu kommen.

Der Herr Kollege Blecha hat heute wieder seine Theorie gebracht, die ich nun auch schon sehr gut aufsagen kann, von dem Fortschritt von der bürgerlichen zur sozialen Rechtsordnung. Das ist etwas, was wunderbar klingt, die bürgerliche Rechtsordnung ist das, was die Liberalen seinerzeit gemacht haben, und die soziale Rechtsordnung – das ist das Neue – mit mehr Gleichheit und wie die schönen Dinge heißen.

Ich komme in diesem Zusammenhang auf die Kontroverse zu sprechen zwischen der Frau Kollegin Albrecht und der Frau Dr. Hubinek um die Formulierung: Freiheit oder Sozialismus. Ich glaube, daß diese Formulierung wie alle solchen Primitivformulierungen, als da ist „Vollbeschäftigung oder Schulden“, „Vollbeschäftigung oder Inflation“ und dergleichen mehr überzeichnet und falsch ist. Aber ein wahrer Kern ist darin schon enthalten und auf den, glaube ich, muß man im Zusammenhang mit einer Regierungserklärung und den darin enthaltenen Feststellungen und Meinungen zu sprechen kommen.

Daß es nämlich zwischen Freiheit und Gleichheit ein Spannungsverhältnis gibt, das hat kein Geringerer als Hans Kelsen in seinen Werken sehr ausführlich dargelegt.

Und daß sozialistische Parteien, nicht nur die Österreichische Sozialistische Partei, einen sehr starken egalitären Zug haben, daß sie auf die Gleichheit großes Gewicht legen bei all ihren Forderungen, und zwar sowohl in der Theorie als auch in den Tagesforderungen, ist auch eine Tatsache. Und zwar nicht nur auf jene Gleichheit vor dem Gesetz, die die Liberalen vor langer Zeit erkämpft haben, sondern auch auf die wirtschaftliche Gleichheit.

Und wie kann man nun die Gleichheit zustande bringen? Man kann sie ja nur in der Form zustande bringen, daß der Staat einen Ausgleich schafft, indem er dem einen etwas wegnimmt und dem anderen etwas gibt und auf diese Weise die Gleichheit herstellt. Man nennt diesen Vorgang die „Umverteilung“, und jener Prozentsatz des Bruttoinlandsproduktes, den der Staat in Anspruch nimmt und der derzeit 41 ist – also 41 Prozent –, ist der exakte Maßstab der Umverteilung.

Da aber bekanntlich die Menschen sehr verschieden sind, begegnet das Herstellen der Gleichheit, je näher man am Ziele ist, einem umso stärkeren Druck und muß mit umso stärkeren Zwangsmaßnahmen des Staates, also mit Gesetzen, hergestellt werden.

Und in diesem Punkt liegt die Antinomie zwischen Freiheit und Gleichheit (*Zustimmung bei der FPÖ*), der keine Partei, die das Gleichheitsprinzip in den Vordergrund stellt, entgehen kann.

In diesem Zusammenhang muß man auch jene Formulierung sehen, die in der Regierungserklärung enthalten ist, die auch ein sehr gängiges und sehr schönes Schlagwort mit sich bringt, das ist der „gleiche Zugang zum Recht“.

Ich kann es dem Hohen Haus nicht ersparen, hier doch ein Gegenbild zum gleichen Zugang zum Recht zu bringen, eine Vorstellung, die sich mir als einem praktisch arbeitenden Juristen immer wieder aufdrängt, das ist der Aufzug beim Bezirksgericht Innere Stadt Wien.

Während im Parlament die hohen Ideale des gleichen Zugangs zum Recht beschworen werden, sind es nun schon volle zwei Jahre, daß es nicht gelingt, im Gerichtsgebäude Riemergasse 4 den Aufzug instandzusetzen und dadurch den alten Leuten und auch den Kranken die Möglichkeit zu geben, beim Gericht vorzusprechen, von dem sich verschiedene Abteilungen im dritten und vierten Stock des Gebäudes befinden. Das ist ein Zustand, der zwei Jahre anhält.

Nun können Sie natürlich sagen: Das ist ein Mißverständnis, denn den Zugang zum Recht, den darf man nicht räumlich verstehen, sondern

Dr. Broesigke

nur gewissermaßen symbolisch. Aber es fehlt doch ein Gegensatz zwischen der Idee und der Wirklichkeit. Denn was hilft die Idee, von der wir alle ausgehen, daß jeder zu seinem Recht kommen soll und möglichst schnell, wenn sich derartige Schwierigkeiten ergeben, die ja nicht die einzigen sind.

Es gibt weitere Schwierigkeiten, ich habe darüber schon zu wiederholten Malen gesprochen, aber so lange es nicht abgestellt ist, muß man es immer wieder tun, es gibt die Schwierigkeiten, daß wir zwar eine Familienrechtsreform durchgeführt haben, die ich mitgeschlossen habe und die ich für gut halte, daß es aber bei der Ausführung hapert, weil die Leute fehlen, die sie durchführen sollen, weil die Kindesmutter für ihr Kind zwar den Vorschuß bekommt, aber der Beschluß dauert sechs Monate, bis er geschrieben ist. Das sind die praktischen Schwierigkeiten, gegen die anzukämpfen die Bundesregierung nicht genug gemahnt werden kann. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Denn das, meine Damen und Herren, diese Sorgen des einzelnen, der in Verbindung kommt mit dem Gericht, mit einer amtlichen Stelle, das gehört ja vor allem zum gleichen Zugang zum Recht, oder soll etwa diese Formulierung bedeuten, daß die österreichischen Richter, die österreichischen Verwaltungsbeamten, die ja auch nach Meinung des Verfassungsgerichtshofes gesetzliche Richter sind, in bestimmten Angelegenheiten verschieden urteilen, je nachdem, ob es um Arm oder Reich geht? Das wäre eine völlig unzulässige Unterstellung. Und in dieser Form müßte die Formulierung „gleicher Zugang zum Recht“ auf das Entschiedenste zurückgewiesen werden, denn den gleichen Zugang zum Recht in diesem Sinn gibt es seit mehr als 100 Jahren in Österreich. Es geht darum, daß er in der Form, wie es ihn immer gegeben hat, erhalten bleibt, und daß die Möglichkeiten, die Gerichte anzurufen, ausgebaut werden, verbessert werden, ein Anliegen, das durchaus unterschrieben werden kann.

Die aber unter einem solchen Schlagwort auch mitverstandene, wenn auch vielleicht unterbewußt mitverstandene Unterstellung, daß der Zugang zum Recht heute verschieden ist, je nachdem, welchem Berufsstand einer angehört, welches Vermögen er hat, welche soziale Position er besitzt, kann man nur als völlig falsch und abwegig zurückweisen.

Ich komme zu einem weiteren Schlagwort, das auch sehr beliebt ist, das ist die Sache mit der Demokratisierung.

Die Übertragung der Demokratie in alle Bereiche ist zweifellos nicht möglich. Das

Verhältnis zwischen dem Zahnarzt, seiner Assistentin und dem Patienten kann sicher nicht demokratisiert werden. Das ist vielleicht ein Extrembeispiel, aber es soll doch aufzeigen, daß der Ruf nach Demokratisierung sehr oft ganz andere Bestrebungen verdeckt und sehr oft in Bereichen erhoben wird, wo er gar nichts verloren hat, während es in jenen Bereichen, wo die Demokratisierung sehr am Platze ist, damit hapert.

Es gibt hier einen besonderen Satz in der Regierungserklärung: „Die Bundesregierung tritt für eine stärkere Verankerung des Prinzips der Demokratie auch auf der Ebene der politischen Bezirke ein.“

Nun wie ist denn das eigentlich in Wien, meine Damen und Herren? In Wien gibt es Bezirke und Bezirksvertretungen, und ich kann mich erinnern, daß ich vor vielen Jahren als Gemeinderat der Stadt Wien darauf gedrungen habe, im Bereich der Bezirksvertretungen die Demokratisierung durchzuführen. Das war schon lang, bevor die Volkspartei dieses Thema entdeckt hatte, aber es war niemand bereit, auf das auch nur einzugehen. *(Zustimmung bei der FPÖ. - Zwischenruf des Abg. Blecha.)*

Erst in der allerletzten Zeit, in der allerletzten Zeit, Herr Kollege Blecha! Es wird, glaube ich, in dieser Woche eine Beschlußfassung erfolgen ... *(Abg. Dr. Schranz: Am 1. Juli tritt's in Kraft!)* Tritt's in Kraft, ja aber, Herr Kollege, was tritt in Kraft? - Ganz bescheidene Ansätze für ein Mitspracherecht, für das sich ein Gemeinderat in irgendeinem anderen Bundesland wahrscheinlich überhaupt nicht wählen lassen würde. So bescheiden ist es ausgefallen.

Es gibt bekanntlich einen allmächtigen Magistrat in Wien, einen sehr zentralistisch organisierten Magistrat, das ist kein Geheimnis, und es gibt jetzt eine gewisse Auflockerung, eine Auflockerung, die wir mitmachen, weil wir immer diesen Standpunkt der Demokratisierung vertreten haben. Aber wenn Sie sich die Kompetenzen anschauen, die dort eingeräumt werden, so muß ich sagen, das sind sehr bescheidene Kompetenzen. Versuchen Sie einmal den Vergleich mit Städten ähnlicher Größenordnung des Auslandes, schauen Sie sich an, was dort die einzelnen Teilbereiche für Rechte haben, und Sie werden mir recht geben müssen - zwar nicht hier am Rednerpult, aber innerlich werden Sie mir recht geben müssen -, daß es hier auch nach dem am 1. Juli in Kraft tretenden Gesetz sehr stark hapert und daß es zweckmäßig wäre, wenn man mit gutem Beispiel einmal in Wien, im eigenen Bereich gewissermaßen, wo es keiner Verfassungsänderungen bedarf, vorausgehen würde.

Dr. Broesigke

Ich komme noch zu einem Problem, das in der Regierungserklärung und auch in der Debatte aufgeworfen wurde, das ist das Problem des Konsenses. Was hier formuliert wurde, ist wirklich sehr problematisch. Der Herr Bundeskanzler sagte: „Aber mit ebensolcher Deutlichkeit muß gesagt werden, daß diese Bestrebungen“ – nämlich einen Konsens zu erzielen – „dort ihre Grenzen finden, wo die geplanten gesetzlichen Regelungen ihres substantiellen Inhalts beraubt und beabsichtigte Zielsetzungen nicht erreicht werden könnten.“

Das heißt also mit anderen Worten: Wenn ich etwas beabsichtige und ich kann es nicht erreichen, dann ist der Konsens von untergeordneter Bedeutung und dann wird eben darüber abgestimmt. Eine sehr wertvolle Konsensformel ist das nicht, was hier präsentiert wurde. Ich räume durchaus ein, daß in der Vergangenheit in vielen Bereichen tatsächlich ein Konsensstreben erkennbar war, ich muß das anerkennen, auf der anderen Seite gab es aber auch Aktionen, die geradezu als Übermutsaktionen angesehen werden müssen; sie wurden heute schon zitiert, etwa das Ortstafelgesetz und die Änderung der Arbeiterkammerwahlordnung. In beiden Fällen mit einem „Erfolg“, der von den Urhebern dieser Gesetzgebung sicherlich nicht beabsichtigt wurde und der vermieden hätte werden können, wenn man nicht davon ausgegangen wäre, das Beabsichtigte eben ohne Konsens zu erreichen, sondern wenn man sich wirklich bemüht hätte, so wie im ersten Fall ja tatsächlich auf Grund des Bemühens sämtlicher Parteien eine, wie ich glaube, zufriedenstellende Regelung gefunden wurde.

Ein weiterer Punkt, der in der Regierungserklärung aufscheint, ist die Schaffung des neuen Mediengesetzes. Ich glaube, daß die Regierungsvorlage, die uns bereits unterbreitet wurde – Nummer 2 der Beilagen – eine geeignete Diskussionsgrundlage für den Ausschuß darstellen wird. Sie enthält gegenüber der Regierungsvorlage, die uns in der vorigen Gesetzgebungsperiode beschäftigte, sehr wesentliche Verbesserungen. Es ist der ominöse § 14 – nunmehr § 11 –, wie ich glaube, nunmehr wesentlich besser formuliert.

Wir müssen dankend anerkennen, daß der freiheitlichen Anregung, den verantwortlichen Redakteur abzuschaffen, gefolgt wurde und daß die Regierungsvorlage das übernommen hat. Wir sehen eine wesentliche Problematik bei der sicherlich noch nicht geglückten Formulierung bezüglich der Redaktionsstatuten. Wir sehen aber auch eine Problematik darin – davon haben wir uns bei der bisherigen Arbeit mit diesem Gesetz überzeugt –, mit den Verfassungsbestimmungen zu Rande zu kommen, nämlich die alten

zu neuen zusammenzufassen und das Ganze mit den internationalen Bestimmungen, die bei uns Verfassungsrang haben, in einen entsprechenden Zusammenhang zu bringen.

Die Regierungserklärung hat wie stets den Vorrang der Vollbeschäftigung betont, und ich glaube, es ist notwendig, im Zusammenhang mit einer Stellungnahme zur Regierungserklärung zu betonen, daß auch wir uns zum Gedanken der Vollbeschäftigung bekennen. Nicht umsonst ist ja der in der Regierungserklärung genannte Mann, der das Wort „Vollbeschäftigung“ geprägt hat, der britische Politiker und Nationalökonom Beveridge, ein liberaler Abgeordneter im Londoner Parlament gewesen. Ich glaube, das muß erwähnt werden, weil es ja immer sehr beliebt ist, den Liberalismus in der Art des Manchester-Liberalismus zu sehen, der für solche Anliegen keinen Sinn habe.

Wir betonen also unser Bekenntnis zur Vollbeschäftigung; was uns trennt, ist nur die Meinung, welche Wege zweckmäßigerweise und wirtschaftlich richtig zu diesem Ziel führen. Während Sie nämlich glauben, daß man den Leuten das Geld wegnimmt, um sie dann wieder zu fördern, behaupten wir, daß der einfachere Weg darin besteht, nicht die Besteuerung zu erhöhen, sondern sie zu senken. Das ist ein besserer Dienst an der Vollbeschäftigung. (Beifall bei der FPÖ.)

Gewährleistet wird die Vollbeschäftigung, wie auch der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung anerkennen muß, durch die Existenz einer großen Anzahl gesunder Betriebe. Das ist die beste Garantie; die Wirtschaftspolitik kann hier nur helfend und unterstützend einspringen, sie darf sich aber nicht schädigend auf dem Wege zur Vollbeschäftigung auswirken. Daß es das gibt, erkennt man am besten an der Tatsache des Anstiegens der Konkurse, um das Sie durch keine Änderung der insolvenzrechtlichen Bestimmungen herumkommen werden.

Ich komme nun in diesem Zusammenhang zu jenen Punkten, wo zwischen den einzelnen Zielen und Erklärungen der Regierungserklärung ein Widerspruch besteht, wie überhaupt in der Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung. Die sozialistische Regierung sagt uns, daß das Zinsniveau in Österreich zu hoch ist und daß man bestrebt sein müsse, den Zinssatz zu senken. Es ist tatsächlich auch auf diesem Gebiet etwas erreicht worden, wird aber nicht aufrechterhalten werden können. Dieselbe Regierung verteuert aber die Kreditkosten durch ihre Politik, durch ihre Abgabepolitik, indem sie im ~~Gebüh~~rengesetz eine unangemessene

Dr. Broesigke

Besteuerung der Darlehen und der Kredite herbeiführt.

Dieselbe Regierung, die das Wort „Vollbeschäftigung“ auf ihre Fahnen geschrieben hat, hebt in Form der Lohnsummensteuer eine Steuer von der Beschäftigung ein. Sie besteuert also das, was sie in möglichst großem Umfang aufrechterhalten will. Das zeigt doch, daß sich eine Steuerreform nicht auf das beschränken kann, was hier in der Regierungserklärung sehr spärlich gesagt wird, nämlich auf gewisse Adaptierungen der Steuergesetze.

Ebenso wird die rigorose Haltung, die in der Regierungserklärung zum Ausdruck kommt, in einer ganzen Reihe von Punkten wahrscheinlich nicht aufrechterhalten werden können. Zum x-ten Mal lesen wir hier wieder einmal, daß zu beachten sei, daß seit 1970 fünf Steuersenkungen durchgeführt wurden.

Meine Damen und Herren! Es müßte sich doch schon herumgesprochen haben, daß diese Steuersenkungen notwendig geworden sind wegen der Steuerprogression und der Inflation in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, sodaß der Tarif in der bisherigen Form nicht aufrechterhalten werden konnte, weil bei einem progressiven Steuertarif bei bestehender Inflation eine Verweigerung der Tarifänderung ja gleich Steuererhöhung ist. Also man möge sich doch hier nicht mit Federn schmücken, die von einem Vogel gerupft worden sind, der kein sehr schöner Vogel ist, nämlich vom Pleitegeier der Inflation der ersten Hälfte der siebziger Jahre.

Ähnlich ist es mit der Steuerquote. In der Tagung in Pörschach hat der Herr Finanzminister eine wunderbare Graphik vorgelegt. Da steht drin, wie es da mit Steuern plus Sozialversicherung aussieht. Er gibt ja zu, daß es von 35 auf 41 Prozent gestiegen ist. Aber die Regierungserklärung sagt: Vollbeschäftigungspolitik und eine relativ niedrige Steuerquote durch periodische Steuersenkungen.

Der Herr Bundeskanzler hat, als er die Regierungserklärung verlesen hat, an einer anderen Stelle im Zusammenhang mit dem Kolonialismus gesagt, das „relativ“ können Sie wegstreichen. Das hat sicher gestimmt. Aber hier kann man das „relativ“ nicht wegstreichen, sondern da hat es einen wesentlichen und sehr berechtigten Sinn, und außerdem kommt es eben nicht auf die Steuer, sondern es kommt auf die Steuer- und Sozialquote für den österreichischen Staatsbürger an.

Da ergäbe sich nun eine Frage. Es wird erklärt, es gibt keinen Verzicht des Staates auf Einnahmen. Es wird zweitens erklärt, daß die Ausgaben für Investitionen auf ihrem jetzigen

hohen Niveau für zwei Jahre stabilisiert sind. Ausgaben für Förderungen und Subventionen sollen auch nicht gesteigert werden. Dann kommt eine Kautschukformel: Von diesem Prinzip darf nur dort abgegangen werden, wo übergeordnete Ziele der ökonomischen Politik dies rechtfertigen. Ich würde behaupten, das bedeutet: Ausnahmen vorbehalten, wenn wir glauben, daß übergeordnete Ziele einer ökonomischen Politik bestehen.

Und dann kommt etwas, das lautet so: Anpassung der Tarife in kürzeren Zeitabständen und demgemäß in kleineren Sätzen. Meine Damen und Herren! Soll dieser Passus der Regierungserklärung bedeuten, daß mit jedem 1. 1. das Postporto und die Bahntarife und die Telefongebühren und weitere Tarife geändert werden, vielleicht auch gewisse Steuern? Denn so sagte der Herr Vizkanzler in Pörschach: Erforderlich sei das Nachziehen der nicht an den Preis gebundenen Steuern.

Darüber steht in der Regierungserklärung nichts, aber es ist nicht klar, ob das bedeutet, daß nun die ganze Sache unter den Tisch gefallen ist, oder ob damit gesagt werden soll: Das ist auch vorbehalten, so wie alle anderen Änderungen vorbehalten werden und wir auf der bisherigen Straße österreichischer Weg, von dem im Wahlkampf so viel gesprochen wurde, weitermaschieren.

Mir ist nie ganz klar geworden, was dieser österreichische Weg eigentlich ist. Aber aus den Worten mancher Vorredner habe ich gesehen, daß er jedenfalls mit reichlich viel Eigenlob gepflastert ist. Das scheint ein besonderes Kennzeichen dieses österreichischen Weges zu sein.

Nun noch ein Punkt: Mietrecht. Der Herr Kollege Blecha hat hiezu eine geradezu rührende Formulierung gefunden, indem er nämlich vom Abschluß der Mietrechtsreform sprach. Ich kann mich nicht erinnern – ich verfolge sehr aufmerksam die Erklärungen des Herrn Justizministers und auch das, was hier im Hause geschieht –, daß die Mietrechtsreform auch nur begonnen worden wäre; es ist ja bisher auf diesem Gebiet sicher nichts geschehen. Vielleicht interne Beratungen, vielleicht Erklärungen, wie man sich etwas vorstellen könnte, aber das versteht man wahrlich nicht unter einer Reform.

Zweifelhaft muß uns auch stimmen, daß die Sache mit der Mietrechtsreform schon in der letzten Regierungserklärung stand, als ein Ziel für die Legislaturperiode von 1975 bis 1979. Davon, daß in diesem Zeitraum sich nichts ereignet hat, kann sich jeder überzeugen, indem er im Bundesgesetzblatt nachliest. Es ist kein

Dr. Broesigke

einziges Gesetz oder auch nur eine Gesetzesbestimmung in diesen vier Jahren ergangen, die sich mit diesem Thema beschäftigen würde.

Dabei gebe ich der Regierungserklärung durchaus recht, daß es sich um eine dringende Frage handelt. Aber dringend war die Frage schon im Jahre 1975, und man muß daher verstehen, daß ein oppositioneller Abgeordneter eher mit Mißtrauen erfüllt ist, wenn er derartige Ankündigungen hört und sie mit dem vergleicht, was in der vergangenen Legislaturperiode stattgefunden hat - nämlich nichts.

Ich will natürlich nicht sagen, daß gar nichts gewesen wäre. Es hat sich ein Gremium von Sachverständigen in regelmäßigen Abständen versammelt. Es gibt einen Teilnehmer hier, der mir bestätigen wird, daß dabei über nebensächliche Dinge gesprochen wurde, daß man wie die Katze um den heißen Brei herumgeschlichen ist und daß im Endergebnis abgebrochen wurde, bevor man zu den wesentlichen Problemen gekommen ist.

Ohne nun den künftigen Entwicklungen vorgreifen zu wollen, möchte ich doch eines sagen: Daß der Wohnungsfehlbestand kein quantitativer, sondern nur ein qualitativer ist, ist allgemein bekannt, besonders was Wien mit seinen ungefähr 170 000 Substandardwohnungen betrifft. Im großen und ganzen ist es nur ein Verteilungsproblem und sonst nichts, und wenn Sie wollen ein ideologisches Problem. Die Hauptfrage wäre, einmal die Sache zu entideologisieren, um ein schönes Wort zu gebrauchen. Das kann man natürlich nicht, wenn man zuerst Erklärungen abgibt und sie nachher nicht einhält. Ich war selber dabei, als der Herr Bundesminister für Justiz die Erklärung abgegeben hat, daß an frei vereinbarten Zinsen durch gesetzliche Maßnahmen nicht gerüttelt werden würde, abgesehen von der sogenannten Laesio enormis, Wucherzinsen und dergleichen mehr.

Man liest zwar in regelmäßigen Abständen Erklärungen über diese Dinge, und jedesmal wird es in anderer Weise dargestellt, wahrscheinlich je nachdem, ob eine Konferenz mit Herrn Windisch stattgefunden hat oder mit sonst jemandem, aber eines ist sicher: Daß die letzte Darstellung mit dieser seinerzeitigen Erklärung nicht übereinstimmt. Daß wir auf diesem Gebiet in eine Sackgasse hineingekommen sind, ist ganz offensichtlich. Daß wir zu keinem guten Ende kommen werden, wenn wir uns in der Sackgasse weiterbewegen, vielleicht sogar dort ein Haus demolieren - das würde einschlägig sein -, um noch ein Stück in der Sackgasse weiterzukommen, das ist mir auch klar. Ich glaube, das das Ganze nur lösbar ist unter dem Gesichtspunkt, daß es notwendig ist, möglichst viele qualitativ gute Wohnungen zu haben - das

wäre das Ziel -, und daß eine gewisse übertriebene Immobilisierung des Wohnungsmarktes, die volkswirtschaftlich viel zu teuer ist, daß eine solche Immobilisierung, ich würde sagen nicht beseitigt, aber immerhin zurückgedrängt wird.

Wir glauben also, daß man diese Dinge pragmatisch behandeln muß. Man kann sie nicht behandeln unter großen politischen Schlaggrufen, die vielleicht demagogisch wirksam sind, obwohl ich unter den Eindrücken der letzten Zeit auch das eher bezweifeln würde, sondern man kann das nur durch eine sachliche Arbeit an der Lösung dieses Problems. Wir glauben, daß es nicht so sein darf wie in der letzten Legislaturperiode, daß das in der Regierungserklärung steht, und dann sind andere Sachen im Vordergrund und es findet einfach nicht statt, sondern in diesem Bereich müßte doch die gesetzgeberische Arbeit vorangetrieben werden.

Ich möchte nun noch etwas zu dem Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei sagen. Meine Damen und Herren! Wir haben diesen Entschließungsantrag durchgesehen. Gar kein Zweifel, daß es eine Fülle von Punkten gibt, mit denen man sich ohneweiters identifizieren kann, ich wage sogar zu behaupten, die jedermann unterschreiben kann, so selbstverständlich sind sie. Aber es ist ja doch eine Aufstellung, die sehr genau geprüft werden muß, eine Aufstellung, von der wir meinen, daß einige Punkte diskussionswürdig sind, und daß es auch einiges gibt, was ergänzt werden müßte. Sie dürfen nicht vergessen, in einer solchen Liste stehen ja konkrete Punkte drinnen, anderes steht wieder nicht drinnen. Dadurch ergibt sich notwendigerweise eine Heraushebung jener Punkte, die darin enthalten sind. Wir sehen uns aus diesem Grund nicht in der Lage, dieser Resolution unsere Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Sekanina.

Abgeordneter **Sekanina** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich bietet die gestern übermittelte Regierungserklärung Anlaß zur Debatte über eine Reihe aktueller innenpolitischer Fragen. Ich möchte meine Wortmeldung so verstanden wissen, daß ich mich nicht nur als Wiener Abgeordneter zu Wort gemeldet habe, um zu gewissen speziellen Sachproblemen meine Meinung zu äußern, sondern vor allem in meiner Funktion als Gewerkschaftsfunktionär, und hier im besonderen als der Bundesvorsitzende der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter.

Sekanina

Es würde sicherlich zu weit führen, würde ich Kapitel für Kapitel dieser Regierungserklärung in meine Betrachtungen miteinbeziehen und würde ich vom genannten Standpunkt aus die Auffassung und die Stellungnahme unserer Gewerkschaftsfraktion dazu ausdrücken. Aber ich glaube, meine Damen und Herren, daß es sehr sinnvoll ist, zu einigen wesentlichen Bereichen eine Meinung zu äußern, vor allem schon auch deswegen, weil wir immer wieder in den letzten Monaten der Wahlwerbung oder des Wahlkampfes, um dieses Wort zu gebrauchen, gerade von Funktionären der Österreichischen Volkspartei als sozialistische Gewerkschafter attackiert wurden. Die kritischen Bemerkungen bewegten sich in der Richtung, daß wir eigentlich gar nicht mehr imstande sind, die Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen, daß wir zu sehr eingebunden sind in unserer Tätigkeit als quasi „Steigbügelhalter“ dieser Bundesregierung und wir den kritischen Blick verloren haben für all die Aktualitäten und täglichen Probleme, die Tausenden, Zehntausenden oder Hunderttausenden Arbeitnehmern ins Haus stehen.

Die Probleme, die ich meine, die für uns von besonderer Wichtigkeit sind, ohne die Aktualität anderer in irgendeiner Form in Zweifel zu ziehen, sind nun einmal, von unserem Standpunkt aus beurteilt, die Wirtschaftspolitik, die Probleme kommender inflationärer Entwicklungen, der große und weite Bereich der Familienpolitik, darüber hinaus ein so eminent wichtiges Problem wie die Gesundheitspolitik, der weite Bereich der sozialen Sicherheit in all seinen Formen und in all seinen Facetten, und nicht zuletzt sei hier in einer wahllosen Rangordnung von unserem Standpunkt auch als Gewerkschafter das Problem der Energiepolitik erwähnt, von dem ich meine, meine Damen und Herren, daß diese Frage uns in den nächsten Wochen und Monaten, aber auch in den nächsten Jahren in einer Art und Weise beschäftigen wird, wie wir es bis dato nicht gewohnt gewesen sind.

Der Hauptgegenstand oppositioneller Kritiken in den letzten Monaten, überhaupt in den letzten Jahren, war im grundsätzlichen auch die von dieser Bundesregierung praktizierte Budgetpolitik. Natürlich haben auch wir als Gewerkschafter sehr konkrete Vorstellungen dazu, und ich möchte bei dieser Gelegenheit, meine Damen und Herren, etwas wiederholend aussprechen, was ich schon in den letzten Jahren Gelegenheit hatte, hier zu sagen, eine Meinung, die im Rahmen der österreichischen Gewerkschaftsbewegung immer wieder zum gegebenen Moment ausgesprochen wurde, nämlich die Funktion, die diese Gewerkschaftsorganisation in diesem Lande hat.

Wir, und das ist Tatsache und unsererseits beweisbar, beurteilen eine Bundesregierung ausschließlich danach, wie beschäftigt sie sich mit den Fragen und Problemen, die für uns Aktualität haben, und vor allem interessiert uns bei einer Analyse der Tätigkeit der Bundesregierung, wie ist sie imstande, diese unsere berechtigten Wünsche und wohlüberlegten Forderungen zu realisieren und in welchem Zeitraum ist sie bereit, derartiges zu tun.

Ich glaube, daß wir in diesem Zusammenhang die Berechtigung besitzen, auszusprechen: In den vergangenen Jahren, meine Damen und Herren, vor allem von 1970 an, nämlich von jenem Zeitpunkt an, seitdem es in Österreich eine sozialistische Alleinregierung gibt, haben wir uns immer wieder in den verschiedensten Bereichen mit aktuellsten Fragen an diese Bundesregierung gewandt, ob das wirtschaftspolitische Probleme gewesen sind, ob das Probleme der Sozialpolitik, der Gesundheitspolitik, der Budgetpolitik gewesen sind, und wir können, verglichen mit anderen Zeiträumen, sagen, daß noch nie diese Belange der österreichischen Arbeitnehmer in einem solchen Ausmaß beachtet wurden wie gerade im Zeitraum einer sozialistischen Alleinregierung. (*Beifall bei der SPÖ.*) Und das, meine Damen und Herren, hat nichts zu tun mit Kritiklosigkeit, hat nichts zu tun mit Steigbügelhaltereie, hat nichts zu tun mit einem Nichtwahrnehmen der Interessen, die uns aufgetragen sind.

Es ist, wenn ich das noch einflechten darf, parlamentarische Gepflogenheit oder wäre parlamentarische Gepflogenheit, auf die Bemerkungen und Ausführungen anderer Redner einzugehen, weil ja diese Wechselrede sinnvoller Bestandteil einer parlamentarischen Tätigkeit ist. Es würde zu weit führen, würde ich das in jedem einzelnen Fall tun, in Zusammenhang mit all jenen Damen und Herren, die vor mir gesprochen haben, aber in einem Fall, zumindest in einem Fall, darf ich das jetzt schon tun.

Der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke, den ich ob seiner fachlichen Qualitäten persönlich sehr schätze, hat vorhin gesagt, er kann sich nicht vorstellen, was das ist, und er hat die Frage gestellt: Was war das überhaupt, dieser österreichische Weg, was soll das bedeuten, was ist das? Er ist sich nicht ganz klar darüber geworden.

Ich möchte nicht belehrend wirken, Herr Abgeordneter Dr. Broesigke, aber ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, darauf eine Antwort zu geben. Dieser österreichische Weg oder diese Titulation einer Entwicklung, die von 1970 bis zum jetzigen Zeitpunkt abgelaufen ist, ist nicht unsere Erfindung. Nicht wir sind es gewesen, meine Damen und Herren, die gesagt haben: Das ist der spezielle österreichische Weg, der so

Sekanina

nachahmenswert ist. Nein, andere, die uns beurteilt haben, das Ausland ist zu dieser Formulierung gekommen. Und mit diesem österreichischen Weg identifiziert sich eine Politik, die da lautet: Vollbeschäftigung, niedrige Inflationsraten, keine Jugendarbeitslosigkeit, sozialer Friede und soziale Sicherheit in einem Lande, das im Herzen Europas umgeben ist von einer großen Zahl von Krisenherden. *(Beifall bei der SPÖ.)* Und sehen Sie, meine Damen und Herren, es ist auch keine Überheblichkeit unsererseits, wenn wir uns auf keine Überheblichkeit unsererseits, wenn wir uns auf diese Entwicklung und auf diese Umstände doch einiges einbilden dürfen.

Für meinen Geschmack, wenn ich mir das nach einigen Jahren parlamentarischer Tätigkeit zu sagen erlauben darf, ist es heute sonderbar ruhig bei dieser Diskussion. Als einigermaßen alter Hase in diesem Hause darf ich schon sagen, daß man sich natürlich die Frage stellt: Was ist denn los? Ist die Frau Abgeordnete Helga Wieser nicht imstande, uns etwas Kritisches zu sagen? Oder der Herr Abgeordnete Dr. Wiesinger, der Herr Dr. Mock der Herr Dr. Keimel, der Herr Bergmann oder andere? *(Abg. Dr. Kohlmaier: Und die anderen Bösewichte!)* Das haben Sie gesagt! Herr Dr. Kohlmaier hat gemeint: Und die anderen Bösewichte! Das habe nicht ich gesagt, das war Ihre Formulierung.

Meine Damen und Herren! Wir wollen uns also nicht provokant verhalten. Wir sind fair genug, zu sagen, daß eine Entscheidung der Wählerschaft eben eine Entscheidung ist, die zu respektieren ist, und Sie sind halt jene, deren Politik und deren Aussagen nicht das entsprechende Votum der Wähler gefunden hat.

Aber bei der heutigen Diskussion erlaube ich mir schon etwas in dem Fall hinzuzufügen, und zwar im Zusammenhang mit dem Stil, der da praktiziert wurde in den Wochen und Monaten des Wahlkampfes und der praktiziert wurde im Zusammenhang mit einer seitens dieser Bundesregierung durchgeführten Politik. Was haben Sie uns nicht alles vorgeworfen: Die Wirtschaft ist nicht in Ordnung. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Was ist mit der „Welt der Arbeit“?)*

Dafür habe ich mich in meiner Funktion als Bundesvorsitzender der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter persönlich entschuldigt und distanziert *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das akzeptiere ich!)*, und das ist auch dem Betroffenen, in diesem Fall dem Kollegen Jäger, bekannt. Ich glaube, daß das eine faire und seriöse Vorgangsweise ist. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Ja, das anerkenne ich! Aber Sie waren der einzige!)*

Sie haben uns vorgeworfen, die Budgetpolitik

ist nicht in Ordnung, in der Gesundheitspolitik bringen wir nichts weiter *(Abg. Dr. Wiesinger: Na, stimmt es vielleicht nicht?)*, die Vollbeschäftigung ist gefährdet und ähnliche Dinge mehr.

Und was haben wir getan? Wir haben auf das verwiesen, was in den letzten Jahren an Resultaten im Zusammenhang mit dieser Regierungspolitik aufzuweisen gewesen ist. Wir haben das der österreichischen Bevölkerung vorgelegt, und wir können heute mit Genugtuung feststellen: Unbeschadet dieser Attacken, die mitunter doch weit unter die Gürtellinie gegangen sind – ich verallgemeinere nicht, aber die doch mitunter weit unter die Gürtellinie gegangen sind –, hat sich die österreichische Wählerschaft ein sehr hohes Maß an Beurteilungsvermögen bewahrt. Das Resultat ist bekannt, und auch vom Standpunkt eines sozialistischen Gewerkschafters darf ich sagen: Das ist für uns Auftrag, in diesem Sinne auch in den kommenden vier Jahren unsere Tätigkeit auszuüben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber nun, meine Damen und Herren, zu einigen wichtigen Problemen, auch für die Zukunft wichtigen Problemen. Ohne mich hier in diesem Zusammenhang mit der Vergangenheit zu beschäftigen, sei ausgesprochen, daß auch für uns in Zukunft das Problem der Vollbeschäftigung vorrangigen Charakter haben wird. Es wurde heute schon gesagt: Ja, wie wollen Sie das bewältigen? – Eben auch mit den Methoden und mit den Konzepten, mit denen wir diese Frage in den vergangenen Jahren bewältigt haben.

Österreich zählte mit seiner Arbeitslosenrate in den vergangenen Zeiträumen zu jenen Ländern, die im internationalen Vergleich ganz an der Spitze gestanden sind. Seit 1970 ist es uns möglich gewesen, die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen um rund 370 000 zu erhöhen *(Beifall bei der SPÖ)*, und es ist uns möglich gewesen, insgesamt die Zahl der Erwerbstätigen – um auch hier kritischen Bemerkungen Ihrerseits Rechnung zu tragen – um rund 190 000 zu erhöhen.

Im Zeitraum 1966 bis 1970, meine Damen und Herren, betrug die Arbeitslosenrate in Österreich im Durchschnitt 2,4 Prozent. Wir vergleichen international, denn nur so kann man die tatsächlichen Resultate auch beurteilen und analysieren. Im OECD-Bericht für diesen Zeitraum lesen wir, daß in diesem Bereich die Arbeitslosenrate im Gegensatz zu Österreich, wo sie 2,4 Prozent betrug, ein Ausmaß von 1,9 Prozent erreichte.

In dem Zeitraum nun, wo wir die alleinige Verantwortung getragen haben, meine Damen

Sekanina

und Herren, 1970 bis 1978, betrug die Arbeitslosenrate in Österreich im Jahresdurchschnitt 1,7 Prozent und im OECD-Durchschnitt 3,7 Prozent. Das ist sinnvolles Resultat einer von uns im Interesse der Arbeitnehmer betriebenen Arbeitsmarktpolitik! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir glauben, daß es unsere Aufgabe auch für die Zukunft ist, diesen Weg fortzusetzen, Österreich in diesem Bereich herauszuhalten aus den weltweiten Krisenerscheinungen. Wir sozialistischen Gewerkschafter werden bemüht sein, ausgestattet mit einem Wählerauftrag, dieses Problem auch in Zukunft zu bewältigen. Das heißt schlechthin: Weiterhin Vollbeschäftigung in Österreich, keine Jugendarbeitslosigkeit, das heißt rechtzeitiges Wirksamwerden von strukturellen Maßnahmen, das heißt darüber hinaus wirksame Arbeitsmarktpolitik und das heißt nicht zuletzt, meine Damen und Herren, daß wir erwarten, wünschen und auch fordern, daß eine entsprechende Berufsberatung praktiziert wird, damit eine heranwachsende Generation auch in den kommenden Jahren nicht mit dem Odium einer Arbeitslosigkeit belastet erscheint. In der Vergangenheit haben wir das bewältigt, und wir glauben, daß wir imstande sind, gestützt auf das Wählervertrauen diese Frage auch in Zukunft einer positiven Lösung zuzuführen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ganz kurz, meine Damen und Herren, ein weiteres Problem: die Inflation, ihre Entwicklung. Ein Problem, das für Zehntausende, ja für Hunderttausende Arbeitnehmer und ihre Familien eine sehr eminente Bedeutung hat.

Und wenn man die Fragen und Probleme, die mögliche Entwicklung im inflationären Bereich einer Analyse unterzieht und wenn vor allem in der Regierungserklärung darauf hingewiesen wurde, daß das ein Problem ist, mit dem man sich in den kommenden vier Jahren weiterhin im besonderen beschäftigen will, dann ist es sicherlich gut und richtig, meine Damen und Herren, wenn man auch die Vergangenheit etwas Revue passieren läßt.

Wie hat denn diese Regierungspolitik gewirkt, was konnte in den Jahren von 1970 bis 1979 in diesem Bereich erreicht werden? Wir werden doch beurteilt nach den Resultaten. Wir werden beurteilt, ob es uns im internationalen Vergleich gelungen ist, die österreichische Position gut, am besten oder noch besser zu halten als andere Länder, um das so zu formulieren.

Es ist ja eine Tatsache, meine Damen und Herren – und das heißt nicht, schwelgen in der Vergangenheit –, daß die Inflationsrate in Österreich, verglichen mit anderen westlichen Industriestaaten, eine der geringsten oder

niedrigsten gewesen ist. Das kam nicht von selbst, das sind keine Zufälle, das ist ebenfalls das Resultat einer wohlüberlegten, mit einem Konzept ausgestatteten sozialistischen Regierungspolitik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und wem kam sie zugute? Hunderttausenden Arbeitnehmern und natürlich ihren Angehörigen, ihren Familien.

Ich meine also, meine Damen und Herren, daß wir eine Verpflichtung haben. Dies ist eine permanente Gewerkschaftsforderung, und das wird auch für die Zukunft seine Gültigkeit haben: daß wir eine Politik in diesem Lande haben wollen, die dazu führt, daß es auch in Zukunft zu wirksamen Maßnahmen im Hinblick auf die Inflationsbekämpfung kommt. Ich habe nicht den Eindruck, daß wir in den nächsten Jahren diesbezüglich bereits sorgenfrei leben werden – im Gegenteil –, wie ich auch nicht den Eindruck habe – das darf ich vom Standpunkt der sozialistischen Gewerkschafter sagen –, daß wir die Probleme der Wirtschaftspolitik bereits bewältigt haben. Das wird in den nächsten Monaten und Jahren wieder schwieriger werden. Ich sehe nicht diesen großen konjunkturellen Boom, permanent, meine ich, für die nächsten Jahre, wobei sich die augenblickliche Situation doch deutlich, wie wir gestern in einer Meinungsäußerung hören konnten, von den Umständen und Zuständen vergangener Monate unterscheidet.

Aber ich komme noch einmal zurück, weil das für uns und für unsere Arbeitnehmer so bedeutungsvoll ist: Von der sozialistischen Bundesregierung erwarten wir, gestützt auf die Erfahrungswerte vergangener Jahre mit großer Genugtuung, daß sie diese wirksamen Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung fortsetzt im Interesse der Arbeitnehmer, im Interesse der österreichischen Bevölkerung.

Damit verbunden ist für uns eine praktizierte Politik der Sicherung der Realeinkommen. Wir erwarten aber, wenn notwendig und erforderlich, wohl überlegt eine entsprechende Preisgesetzgebung, die Auswüchse verhindert.

Wir erwarten als sozialistische Gewerkschafter in der kommenden Legislaturperiode aber auch, wenn erforderlich, entsprechende Maßnahmen, die schädliche, wirtschaftschädigende Preisabsprachen verhindern. Ich verdächtige nicht und ich verallgemeinere nicht, das ist ein permanentes Anliegen österreichischer Arbeitnehmer.

Wir wollen haben, daß sich die österreichische Wirtschaft innerstaatlich unter einer sinnvollen Konkurrenzsituation bewegen muß.

Und etwas liegt uns, meine Damen und

Sekanina

Herren, von unserem Standpunkt aus gesehen besonders am Herzen. Das ist eine wirksame, eine wirklich wirksame Konsumentenberatung. Ich verkenne hier nicht die Bemühungen, ich verkenne nicht die Ansätze, ich glaube auch sagen zu dürfen, ich verkenne nicht und schmälere nicht die bereits erzielten Resultate. Aber auf diesem Weg fortzuschreiten wird laufende Angelegenheit sein. Und ich meine, daß wir mit Recht aufgrund der Erfahrungswerte vergangener Jahre, vor allem seit 1970 sagen können: Der bisherige Weg war erfolgreich, und wir sind gerne bereit, diese sozialistische Bundesregierung zu unterstützen, um auch in Zukunft diesen Weg erfolgreich beschreiten zu können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und es ist ja, meine Damen und Herren, nicht notwendig zu sagen, daß die vorhin geschilderten Meinungsäußerungen permanenter Bestandteil gewerkschaftspolitischer Überlegungen sind. Ich kann nur für unsere Fraktion hier reden. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß es auch im Rahmen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes möglich ist, in diesen Fragen den Konsens anzustreben, besser gesagt, ihn zu erreichen.

Ich habe nun, meine Damen und Herren, noch ein Problem zu erwähnen, um möglichst rationell auch im zeitlichen Ablauf zu sein und nicht über Gebühr Ihre Zeit in Anspruch zu nehmen. Dieses dritte Problem, das ich mir erlaube zu erwähnen, sind Fragen der Gesundheitspolitik.

Ich habe schon des öfteren von diesem Pult aus die Formulierung gebraucht, daß meine persönliche Auffassung - ich darf in diesem Falle in der Ich-Form reden - die ist, daß Gesundheitspolitik in all ihren Details und Bereichen kein Gegenstand parteipolitischer und parteitaktischer Überlegungen sein kann. Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß sich nichts so wenig für derartige Überlegungen eignet wie die Gesundheitspolitik.

Aber wir haben das heute wieder erlebt, wir werden das in den nächsten vier Jahren wieder erleben, und wir werden das wahrscheinlich bei der Regierungserklärung einer sozialistischen Bundesregierung 1983 wieder von Ihnen erleben. *(Abg. Dr. Wiesinger: Dem Steinbauer hat man heute vorgeworfen, er soll nicht Prophet sein!)* Die Erklärungen des Herrn Kollegen Steinbauer irritieren mich nicht mehr. Wir haben den Beweis, daß sie nicht stimmen.

Ich meine also, neben dieser etwas humorvollen Bemerkung ausgesprochen, man kann doch bitte nicht so vorgehen, daß man permanent die alte Platte wieder abspielt: Die Frau Bundesminister hat nichts zusammengebracht, in der

Gesundheitspolitik ist nichts geschehen. Und dann hängt man sich an ein besonderes Problem an und glaubt, wenn man das immer wieder sagt, dann hat es bessere Resonanz. Nein, das ist nicht der Weg, den wir gehen wollen.

Ich meine sagen zu können und glaube, daß ich von der praktischen Seite her, nicht von der medizinisch-praktischen Seite, das maße ich mir nicht an, aber von der Verwaltungsseite her sagen kann, daß man im Bereiche der Gesundheitspolitik - Fachleute im medizinischen Bereich werden mir das wohl bestätigen, wenn sie nicht gerade aus oppositionellen Gründen gezwungen sind, das etwas anders zu formulieren - nicht täglich spektakuläre Resultate erwarten kann, wie das meinetwegen irgendwo im Produktions- oder Baubereich der Fall sein kann.

Jeder, sage ich, der nur einigermaßen Insider in diesem Problemkreis ist, wird mir bestätigen, daß hier Resultate mitunter erst nach längeren Zeiträumen oder Zeitabläufen sichtbar werden.

Ich glaube auch vom Standpunkt des Gewerkschaftsfunktionärs sagen zu dürfen: Für die Zukunft gilt es, den grundsätzlich beschrittenen positiven Weg der Vergangenheit fortzusetzen.

Was heißt das? Was wir in Zukunft erwarten ist, daß zum Beispiel im Zusammenhang mit der Spitalsfinanzierung, meine Damen und Herren, eine endgültige Lösung, ich meine, eine endgültige leistungsbezogene Regelung gefunden werden muß. Es kann nicht auf Dauer so sein, daß jene, die diese Leistungsbezogenheit nicht an den Tag legen, hier die notwendigen Subventionen bekommen, und jene, die sich um einen leistungsbezogenen Spitalsbetrieb bemühen, letztlich das Gefühl haben, daß das sowieso ein unnötiges Bemühen ist. *(Abg. Dr. Wiesinger: Völlig richtig! Wer hindert Sie denn?)*

Herr Kollege Dr. Wiesinger, damit das nicht sehr verletzend klingt, darf ich trotzdem mit Deutlichkeit sagen: Hier wird es für Ihre Partei oder wird es für die Österreichische Volkspartei notwendig sein, nun langsam Farbe zu bekennen. Man kann sich nicht, sage ich von unserem Standpunkt aus, im Zusammenhang mit der Spitalsfinanzierung auf Bundesebene als der prädestinierteste Problemlöser hinstellen und auf Landesebene, im Kompetenzbereich, nichts dazu beitragen, daß diese Frage einer Lösung zugeführt wird. *(Beifall bei der SPÖ.)* Wir glauben, meine Damen und Herren, daß diese Bundesregierung einen Wählerauftrag besitzt, in den vor uns liegenden Zeiträumen der begonnenen Legislaturperiode endgültig dort, wo die Möglichkeit besteht, und wenn es notwendig ist, auch mit parlamentarischer Mehrheit dieses für die österreichische Bevölke-

Sekanina

rung so wichtige Problem einer positiven Lösung zuzuführen.

Wir sind durchaus zum Gespräch bereit. Wir glauben, daß wir das in einem entsprechenden Zeitablauf bewältigen können. Es erscheint mir nur notwendig, daß wir etwas zustande bringen. Wir glauben, daß wir die Berechtigung besitzen, das mit aller Deutlichkeit zu sagen. Was wir zustande bringen wollen, darf ich in wenigen Sätzen aussprechen. Was uns vorschwebt, sind funktionierende Krankenhäuser, in denen sich die Verantwortlichen permanent um das Wohl der Patienten bemühen.

Unsere Sorge als sozialistische Fraktion hier in diesem Hause gilt den Kranken und damit jenem Personenkreis, der in seinem persönlichen Bereich, bedingt durch seine Erkrankung, außerordentlich abhängig geworden ist. Was wir haben wollen und was unsere Idealvorstellungen im Rahmen einer zielführenden Gesundheitspolitik sind: ein Krankenhaus mit einem hohen medizinischen Standard, ein Krankenhaus mit einem wohlfundierten psychologischen Betreuungssystem, ein Krankenhaus, übertragen auf das gesamte Bundesgebiet, mit einer entsprechenden gediegenen kaufmännischen Führung.

Ich weiß schon, daß Gesundheitspolitik kein Produktionsbetrieb ist und vor allem das Krankenhaus keine Produktionsstätte sein kann. Was wir haben wollen, ist aber, daß die Menschen in Österreich das Gefühl haben, daß für ihre medizinische Betreuung das Bestmögliche getan wird. Wir werden bemüht sein, in relativ kurzer Zeit auch hier eine endgültige Lösung zu finden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, erwähne ich noch einen Bereich, der für die Arbeitnehmer von größter Bedeutung ist und in dem es auch in der Vergangenheit zu wahrlich sehr spektakulären Resultaten gekommen ist. Es ist dies der weite Bereich der sozialen Sicherheit. Es würde hier zu weit führen, wenn ich die Entwicklung von 1970 bis zum heutigen Zeitpunkt aufzeigte, aber soziale Sicherheit ist für uns nicht nur allein mit dem Bereich Sozialversicherung ident. Das ist ja sicherlich bekannt. Soziale Sicherheit heißt, die Menschen, die österreichischen Staatsbürger, die österreichischen Arbeitnehmer, die österreichischen Familien, jeden einzelnen dort, wo es erforderlich und notwendig ist, von den Widerwärtigkeiten des Lebens abzusichern, ihm einen entsprechenden sozialen Schutz zu gewähren.

Wir sozialistische Gewerkschafter sagen im jetzigen Zeitpunkt: Wir möchten vor allem eine Politik betrieben wissen, die dazu führt, daß im Rahmen der wirtschaftlichen Gegebenheiten -

hier ist der unmittelbare Zusammenhang ja sehr deutlich, meine Damen und Herren - das bisher Erreichte unverrückbar fundiert erscheint und wir in jenen Bereichen, in denen es aus sozialen Überlegungen notwendig ist, Schritt für Schritt noch ausstehende Verbesserungen erreichen und im Interesse der Österreicherinnen und Österreicher auch realisieren können.

Ich möchte nicht die lange Liste sozialpolitischer Leistungen in der Vergangenheit aufzeigen, sondern nur sagen: Österreich steht mit an der Spitze jener Länder, die mit Recht behaupten können, daß sie ein weitverzweigtes Netz sozialer Sicherheit kennen. Österreich besitzt jene Spitzenposition, die den Arbeitnehmern die Gewißheit gibt, daß sie gegen die von mir bereits erwähnten Widerwärtigkeiten des Lebens abgesichert sind. Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist wahrlich keine Übertreibung, wenn ich sage, daß sich in diesem Falle gerade die sozialistischen Gewerkschafter im Verein mit der Sozialistischen Partei und mit der sozialistischen Parlamentsfraktion bemüht haben, in den letzten neun Jahren deutliche Erfolge zu erzielen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Gestützt auf diese Erfolge, gestützt auf das bisher Erreichte, wollen wir gerne das Versprechen abgeben, daß wir keine Minute zögern werden, auch in Zukunft durch unsere Politik dafür Sorge zu tragen, daß diesen berechtigten Bedürfnissen der österreichischen Bevölkerung im Bereiche der sozialen Sicherheit genauso wie in der Vergangenheit wirkungsvoll Rechnung getragen werden kann. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Nun zum Schluß, meine Damen und Herren, noch eine allgemeine Bemerkung zur Wirtschaftspolitik. Auch hier haben Sie uns hart kritisiert, aber ich bin der letzte, der sich über derartige Kritik beschwert. Ich bin der letzte, der die Rolle einer Oppositionspartei nicht respektiert und nicht anerkennt. Aber wenn man die wirtschaftspolitische Entwicklung Österreichs einer Analyse unterzieht, dann kann man das nicht so einfach tun und, wie ich meine, auch nicht so oberflächlich, wie Sie das im Rahmen des Wahlkampfes getan haben. Man muß schon hergehen und sagen: In welcher internationalen Situation lebt denn diese österreichische Wirtschaft? Man muß schon hergehen und sagen: In welchen Größenordnungen bewegen wir uns?

Es ist doch so, daß es seit den Jahren 1973 und 1974 weltweit zu einer permanenten Wirtschaftskrise gekommen ist, die wir, international gesehen, bis heute noch nicht überwunden haben. Noch immer gibt es weltweit - vor allem in den westlichen Industriestaaten - 18 Millionen Arbeitslose. Noch immer gibt es im internationalen Bereich eine sehr hohe, eine

Sekanina

bedenklich hohe Jugendarbeitslosigkeit. Es war unser Begehren, es war unser Verlangen, und zwar auch an die Adresse unserer Parteifreunde, die die Verantwortung in der Bundesregierung tragen, es war unsere Bitte: Betreibt eine Politik, die dazu führt, daß derartige negative Entwicklungen von Österreich ferngehalten werden können!

Das ist vielleicht erst in vielen Jahren objektiv zu beurteilen, aber ich wage schon jetzt zu behaupten: Was uns im Zusammenhang mit der Jugendarbeitslosigkeit bzw. besser gesagt, mit ihrer Verhinderung gelungen ist, ist durchaus eine Spitzenposition im internationalen Vergleich. Es hat dazu geführt, daß sich Österreichs Jugend nicht mit jenen Problemen auseinandersetzen muß, wie dies in anderen westlichen Industriestaaten der Fall ist.

Wir konnten die Arbeitslosigkeit vermeiden. Wir konnten mit unserer Politik die Vollbeschäftigung aufrechterhalten. Wir konnten dazu beitragen, daß die Inflationsrate Neu-Österreichs, verglichen mit den westlichen Industriestaaten, eine der niedrigsten gewesen ist. Und wir haben vor allem auch dazu beigetragen, daß es in Österreich durch den Einsatz budgetärer Mittel möglich gewesen ist, jenen Weg zu beschreiten, der vom Ausland als „der österreichische Weg“ bezeichnet wurde.

Was erwarten wir uns von der Zukunft? Was haben wir im Zusammenhang mit dieser Regierungserklärung zu sagen? – Ich wiederhole noch einmal: Wir werden auch nach der vor uns liegenden Legislaturperiode die Tätigkeit der Bundesregierung nach den erbrachten Leistungen beurteilen. Die Vergangenheit berechtigt uns zu sagen: Wir haben mit dieser Bundesregierung wahrlich Erfahrungswerte sammeln können, die lauten, daß sie die berechtigten Wünsche und Forderungen der österreichischen Arbeitnehmer weitestgehend erfüllt hat. Die Regierungserklärung, ihre Aussagen und ihr Inhalt, gibt uns die Gewähr, daß das auch in Zukunft der Fall sein wird.

Aus diesem Grunde sind wird durchaus Verfechter dieser Politik, und wir glauben, daß wir als sozialistische Gewerkschafter damit dem österreichischen Arbeiter am dienlichsten auch für die kommenden Jahre sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Riegler.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich erlaube mir einige wenige Bemerkungen zu den Aussagen des Abgeordneten Sekanina. Erstens: Es war sehr oft vom österreichischen Weg in

seiner Rede *(Ruf bei der SPÖ: ... die Rede!)* das Wort. Als einer der jüngeren Abgeordneten erlaube ich mir aber doch darauf hinzuweisen, daß dieser sogenannte österreichische Weg seine Grundlage in einer Politik des Maßes und der Zusammenarbeit hat, die in den fünfziger Jahren Bundeskanzler Raab, Gewerkschaftspräsident Böhm und eine Reihe anderer verantwortlicher Politiker gefunden haben. Das war die Grundlage der Entwicklung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein zweites: Sie sagen, der Österreichische Gewerkschaftsbund, die sozialistische Fraktion, sei jeder Regierung gegenüber in ihrer Vorgangsweise gleichgeartet. Ich erinnere mich daran, daß in den Jahren 1966 bis 1970 bei 3,5 Prozent Preisstiegsrate Ultimaten gestellt und Protesttelegramme geschickt wurden, und wir haben festgestellt, daß bei Belastungswellen in den vergangenen Jahren seitens der sozialistischen Fraktion nichts zu hören gewesen ist. Das ist nicht die gleiche Vorgangsweise! *(Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Sekanina: Herr Kollege, 1966 bis 1970 war die internationale Preisstiegsrate niedriger!)* Erstens stimmt das nicht und zweitens hat es damals Abgeordnete Ihrer Fraktion gegeben, die gesagt haben: Was interessieren uns die internationalen Entwicklungen, uns interessiert Österreich! – Heute sagen Sie das Umgekehrte. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Widerspruch bei der SPÖ.)*

Dann ein drittes. Zur Budgetpolitik: Herr Abgeordneter Sekanina! Ich verstehe nicht – ich hoffe, daß das in der Öffentlichkeit so berichtet wurde, wie es bei der Regierungsklausur gesagt wurde –, daß Ihr Finanzminister Androsch die Besorgnisse um die Budgetpolitik dargelegt hat. Er hat nämlich dort gesagt: Wenn die Entwicklung so weitergeht, werden 36 Prozent der Budgeteinnahmen, des Steueraufkommens im Jahre 1983 allein für den Schuldendienst notwendig sein. 1970 waren es 12 Prozent. Das heißt: Sie haben einige Probleme durch einen Vorgriff auf die künftige Entwicklung bewältigt. Aber damit sind diese Sorgen ja nicht aus der Welt geschafft.

Ein viertes: Sie haben mehrmals auf den Stil des Wahlkampfes Bezug genommen. Ich möchte hier nur eines feststellen: Ich bin steirischer Abgeordneter. In der Steiermark wurden in der letzten Woche vor der Nationalratswahl von der Sozialistischen Partei Plakate affiziert mit folgender Aussage: Unter einer Koalition Taus – Götz – Gefährdung der sozialen Rechte und Gefährdung der Arbeitsplätze.

Das wurde plakatiert, meine Damen und Herren. Ich frage Sie: Kann man einen solchen Stil der Wahlwerbung noch überbieten? Ganz

Dipl.-Ing. Riegler

abgesehen von dem, was an Angstparolen mit Mundpropaganda in die Welt gesetzt wurde. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Wenn Sie heute stolz sind auf das Wahlergebnis, dann verkennen Sie doch bitte nicht, daß Sie mit der Angst der alten Pensionisten, mit der Angst der Leute, die um ihren Arbeitsplatz bangten, mit der Angst vieler Menschen einen Teil dieses Wahlerfolges erzielt haben. *(Zustimmung bei der ÖVP. - Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ich stimme durchaus überein mit Ihnen, Herr Abgeordneter Sekanina, daß es um eine ganze Reihe ernster wirtschaftspolitischer Probleme in den nächsten Jahren geht. Ich möchte einige davon herausgreifen, wo wir, glaube ich, durchaus übereinstimmende Interessen haben.

Laut Volkszählung des Jahres 1971 leben 3,9 Millionen Menschen in Österreich in den großen Städten, und 3,5 Millionen Menschen sind als Bewohner des ländlichen Raumes anzusprechen. Der Herr Abgeordnete Graf hat in seinem Beitrag bereits die Sorge zum Ausdruck gebracht, daß ein zunehmendes Ungleichgewicht in den Lebensbedingungen auch nach sich zieht, daß es zu einer Entsiedelung vor allem der grenznahen Regionen, der Problemgebiete im ländlichen Bereich, kommt. Das heißt: Wenn wir eine einigermaßen ausgeglichene Entwicklung haben wollen, dann muß die Sorge darum gehen, daß die sozialen, die kulturellen und die wirtschaftlichen Lebensbedingungen auch für die Bewohner der ländlichen Regionen einigermaßen gleichwertig sind. Und hier nun zu einigen konkreten Punkten:

In der Regierungserklärung wird auf Seite 17 davon gesprochen, daß die Wirtschaftskraft der Gemeinden gestärkt werden müsse. Ich frage, Herr Finanzminister: Was ist mit dem Finanzausgleich? Es ist doch völlig unerklärlich, warum Gemeinden mit geringerer Einwohnerzahl je Kopf der Bevölkerung einen kleineren Anteil aus dem Finanzausgleich erhalten als die größeren Gemeinden, obwohl gerade diese kleinen Gemeinden mit den Aufgaben der Abwasserbeseitigung, der Wasserversorgung, der Verkehrserschließung, der Wegerhaltung und der Schneeräumung sogar zum Teil größere Belastungen je Kopf zu tragen haben, als dies in den großen Städten der Fall ist. Wenn Sie also diese Aussage treffen und sie nicht nur platonisch sein soll, dann ziehen Sie bitte auch künftig in diesem Punkt die Konsequenzen.

Ein zweiter Punkt: Die Frage der Infrastruktur, das heißt der Verkehrserschließung, der Telefon- sowie der Stromversorgung und all dessen, ist für gleichwertige Lebensbedingungen sehr wesentlich.

Ich nehme etwa das Problem der Telefonversorgung heraus. Es gibt hier zwei offene Fragen. Die erste: Der Mangel an Anschlüssen, das heißt, lange Wartezeiten, um überhaupt als Bewohner ländlicher Regionen zu einem Telefonanschluß kommen zu können. Und zweitens: Die hohen Kostenbelastungen, die vor allem in den Streusiedlungsgebieten auftreten, und zwar trotz der Selbsthilfe. Es gibt ja Gott sei Dank Telefonbaugemeinschaften. *(Abg. Kokail schickt sich an, seinen Platz zu verlassen.)* Herr Abgeordneter Kokail! Wenn Sie vielleicht dableiben, ich habe an Sie noch eine Frage, die damit zusammenhängt. *(Abg. Kokail: Ich gehe sogar näher!)*

Es wurde vom Landwirtschaftsminister eine Förderung eingeführt. Das ist durchaus begrüßenswert. Aber wie sieht das in der Praxis aus? - Hier möchte ich einen konkreten Fall aufzeigen.

Es gibt in der Obersteiermark, in der Nähe von Weißkirchen, eine Telefonbaugemeinschaft. Der Obmann dieser Gemeinschaft beklagt sich sehr darüber, daß er entsprechend den Förderungsrichtlinien des Bundes nur für einen Teil der Anschlußwerber in der Lage ist, eine Unterstützung zu bekommen. Wie sieht das nun konkret aus? - Ich habe mir einen Vergleich zwischen der Landesförderung und der Bundesförderung - in diesem Fall der Telefonanschlüsse - geben lassen.

Nach den Bundesrichtlinien kann nur ein Einzelanschluß gefördert werden, aber kein Anschluß innerhalb einer Telefonbaugemeinschaft und nur ein Anschluß für Bergbauern. Nach den Landesrichtlinien kann jede physische Person einer Landgemeinde, und zwar überwiegend in Gemeinschaften, gefördert werden.

Sie sehen also: In einem Fall Politik für alle Menschen im ländlichen Raum, im anderen Fall zwar eine begrüßenswerte Maßnahme, aber nur punktuell.

Nun wurde mir berichtet, daß Sie, Herr Abgeordneter Kokail, in einer Stellungnahme zu diesem Problem gemeint haben: Wir können das ja nicht anders tun, denn der Abgeordnete Riegler wäre im Parlament dagegen, daß die anderen auch etwas bekommen. Ich muß mich schon sehr wundern. Ich weiß nicht, ob es stimmt, aber mir ist das so berichtet worden. *(Abg. Kokail: Von wem berichtet worden?)*

Zweite Frage: Wie hoch kann gefördert werden? *(Abg. Kokail: Was wurde berichtet?)* Von diesem Fall, um den es hier geht. *(Abg. Kokail: Wer hat das behauptet? Sagen Sie den Namen!)* Den kriegen Sie: Es war der Obmann dieser Anschlußgemeinschaft Schobereg-Paisberg bei Weißkirchen. *(Abg. Kokail: Der hat behauptet, daß ich das gesagt habe?)* Jawohl.

Dipl.-Ing. Riegler

(Abg. Kokail: *Der hat behauptet, ich habe gesagt, der Riegler ist dagegen?*) Das ist es ja eben.

Zweiter Fall, Unterschiede in der Höhe der Förderung: Landwirtschaftministerium ab 5 000 S, Landesförderung ab 2 500 S. Was aber nun wesentlich ist: Im Jahre 1978 wurden in der Steiermark von 1 130 Anträgen 1 050 in Anschlußgemeinschaften abgewickelt. Diese sind nach Ihren Förderungsrichtlinien abgeschlossen. Das sind 92 oder 93 Prozent der Anschlußwerber. Das dient nur als Beispiel, daß eine an sich durchaus begrüßenswerte Aktion völlig an den praktischen Erfordernissen vorbeigeht.

Nochmals: Uns geht es darum, daß die Lebensbedingungen aller Menschen in den ländlichen Regionen verbessert werden, denn das ist die Voraussetzung, daß wir auch eine dauerhafte Besiedlung aufrechterhalten können. (Zustimmung bei der ÖVP. - Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)

Ein dritter Punkt: Eine dauerhafte Besiedlung der ländlichen Regionen ist nur dann zu erwarten, wenn die Menschen dort in zumutbarer Entfernung auch eine Dauerarbeitsstätte finden. Wenn Wochenpendel-Entfernungen auf sich genommen werden müssen, wird das mit der Zeit die Entsiedelung gewisser Regionen nach sich ziehen.

Nun gibt es eine Studie der Österreichischen Raumordnungskonferenz, die voraussagt - bei Anhalten der derzeitigen Entwicklung -, daß im Jahre 1986 in Wien ein Überangebot an hunderttausend Arbeitsplätzen bestehen wird, aber in Niederösterreich um 92 000, in der Steiermark um 87 000, in Oberösterreich um 71 000 und im Burgenland um 11 000 Arbeitsplätze zu wenig vorhanden sein werden.

Wenn nun die Raumordnungskonferenz als gemeinsame Einrichtung des Bundes, der Länder, der Interessenvertretungen eine derartige Entwicklung aufzeigt, muß es doch Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, diesen Entwicklungen gegenzusteuern (Beifall bei der ÖVP), das heißt, dafür Sorge zu tragen, wie es unser Klubobmann Dr. Mock gesagt hat, die Arbeitsplätze in die Richtung der Wohnstätten der Menschen zu bringen. Wir wissen schon, daß das nicht absolut möglich ist, aber die Tendenz muß in diese Richtung gehen.

Nun einige konkrete Fragen dazu. Bei einer Reihe von Betriebsbesuchen in mittleren, in kleineren Betrieben - Sägewerke, Tischlereien und ähnliches - wurde mir wiederholt gesagt: Wir wären eigentlich interessiert daran, von zehn auf 15 Mitarbeiter aufzustocken, zu investieren, aber bei diesen Wirtschaftsbedingungen

können wir das nicht tun: siehe Lkw-Steuer, siehe Freigabe des Dieselölpreises, siehe Steuer- und Belastungspolitik, siehe Kreditsteuer und all das, was einfach die Möglichkeit und die Verantwortung zur Investition nimmt.

Das ist eine Wirtschaftspolitik, die nicht nur diesen einzelnen Gewerbetreibenden trifft, sondern die es auch verhindert, zusätzliche Arbeitsplätze dorthin zu bringen, wo wir sie am dringendsten brauchen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich habe nichts gegen den Erfolg, ein Motorenwerk der General Motors, dieses größten internationalen Autokonzerns, in die Nähe von Wien zu bringen. Aber nur einige Bemerkungen dazu:

Dieses Projekt ist dadurch charakterisiert,

daß es mit etwa 3 Millionen Schilling Investitionssumme je Arbeitsplatz die teuersten Arbeitsplätze, die bisher in Österreich geschaffen wurden, beinhaltet,

zweitens, daß allein der Zuschuß des Bundes etwa 1 Million Schilling je Arbeitsplatz beträgt: 1,4 Milliarden Schilling für 1 500 Arbeitsplätze.

Und nun eine Vergleichsrechnung. Die Summe des Bundeszuschusses für drei dieser Arbeitsplätze macht so viel aus wie der Beitrag des Bundes, etwa 500 kleinbäuerlichen Familien im Bereich des Tabakanbaues eine Existenzgrundlage zu erhalten. (Abg. Dr. Kohlmaier: *Das ist ein Unterschied!*)

Diese Investitionssumme beziehungsweise die Zuschüsse des Bundes für drei bis fünf dieser Arbeitsplätze machen so viel aus, als notwendig wäre, 200 Kleinbauern in den grenznächsten Regionen eine Existenz über die Sicherung des Hopfenanbaues möglich zu machen.

An Hand dieser Beispiele muß man doch einmal aufzeigen, daß Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzschaffung in ihrem Wirkungsgrad nicht eines sind, sondern daß doch auch auf die Notwendigkeiten der Menschen näher und deutlicher Bezug genommen werden müßte. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun zu einigen Fragen der Agrarpolitik.

Ich schicke voraus, daß Agrarpolitik nicht nur in Österreich, sondern in allen Industriestaaten und noch viel mehr in den Entwicklungsländern eine sehr schwierige Aufgabe ist, und ich schicke auch voraus, daß jede Bundesregierung - ganz gleich, welcher politischen Zusammensetzung - mit diesen Schwierigkeiten zu kämpfen haben würde.

In der Regierungserklärung sind im wesentlichen nur Wiederholungen des bereits bekannten

Dipl.-Ing. Riegler

Programms und einige ziemlich dunkle Andeutungen enthalten. Und ich sage: Wir messen die Agrarpolitik Ihrer Regierung an dem, was wir selbst vor dem 6. Mai der Öffentlichkeit vorgelegt haben und wofür in die politische Verantwortung einzutreten wir auch bereit sind.

Ich nehme nur wenige Punkte heraus:

Wir haben immer deutlich gemacht, daß eine entscheidende Frage einer verbesserten Situation für unsere Bauern ein massives Bemühen um die Verbesserung des Agraraußenhandels ist. Es gibt in der Regierungserklärung auf Seite 130 den lakonischen Hinweis, daß besonders die Landwirtschaft mit ihren Exporten in den EG-Raum behindert und andererseits durch die EG-Agrarordnung auch auf Drittmärkten diskriminiert wird. Wir stimmen also in der Beurteilung völlig überein, es ist keine Schwarzmalerei, wenn wir diese Situation kritisiert haben. Aber es fehlen die Konsequenzen aus der Beschreibung dieser Situation.

Wir haben gesagt: Notwendig ist ein Ausbau des gesamten Außenhandelsinstrumentariums – das sind eine Vielzahl verwaltungsmäßiger, gesetzlicher Maßnahmen – und

zweitens, daß man als österreichischer Staat gegenüber der Europäischen Gemeinschaft mit etwas mehr staatspolitischem Selbstbewußtsein auftritt.

Meine Damen und Herren! Griechenland wird in die EG einbezogen. Spanien und Portugal werden nachfolgen. Auch dagegen haben verschiedene Interessengruppen der EG Einwendungen gehabt, aber es war eine europäische politische Entscheidung zu sagen: Diese Staaten werden aufgenommen!

Wir wissen, daß Österreich als neutraler Staat nicht die Möglichkeit hat, als Vollmitglied in diesen Gemeinsamen Markt zu kommen, aber es ist einfach nicht zielführend, wenn die ungelösten Probleme der Landwirtschaft in der Auseinandersetzung nur auf die Experten und nur auf den Landwirtschaftsminister reduziert werden. Hier geht es darum, die Situation Österreichs als neutralen Staat von dieser Europäischen Gemeinschaft anerkannt zu bekommen und diese paar an sich ja sehr kleinen Forderungen im Verhältnis zum Europäischen Markt, um die es hier geht, zugesichert zu erhalten.

Dasselbe gilt im Verhältnis Österreich zum GATT. Auch dort halten wir es für notwendig, daß mit dem vollen Einsatz der Diplomatie, des außenpolitischen Vorgehens, dafür Vorsorge getroffen wird, daß die Situation Österreichs als neutraler Kleinstaat an der Grenze zwischen Ost und West respektiert wird.

Wenn man seinerzeit in den fünfziger Jahren

die Fragen des Staatsvertrages so behandelt hätte wie jetzt diese Fragen mit der Erklärung: Das geht halt einfach nicht und das ist nicht möglich!, und nur dort und da einmal Beamtengespräche geführt hätte, wir würden heute noch auf den Staatsvertrag warten. Und das vermissen wir: daß es einen wirklichen politischen Einsatz der Regierung zur Lösung dieser Fragen gibt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Einen weiteren Punkt: Wir haben gesagt, es geht darum, neue Produktionsmöglichkeiten für die Landwirtschaft zu schaffen. Ich meine die Frage der Spezialkulturen. Wir haben hier einen Vorschlag vorgelegt, wie diese Entwicklungen abgesichert werden können. Greifen Sie doch, bitte, diesen Vorschlag auf. Wir sind gerne dazu bereit, daß das in einer gemeinsamen Initiative weiterverfolgt wird.

Wir glauben zweitens, daß die Zielsetzung des Ölsaatenanbaues nicht einfach beiseite geschoben werden kann, sondern daß diese Frage weiterverfolgt werden muß.

Eine dritte interessante Möglichkeit liegt im Bereich der Energiegewinnung aus landwirtschaftlichen Produkten. Ich freue mich darüber, daß in der Regierungserklärung, Seite 47, diese Überlegung aufgegriffen wurde. Ich hoffe, daß es wenigstens in diesem Punkt gelingt, zu einer raschen Realisierung zu kommen. Mich stört es überhaupt nicht, daß sich Anfang Februar, als ich in einem Pressegespräch diese Zielsetzung genannt habe, sozialistische Zeitungen darüber sehr lustig gemacht und erklärt haben: Etwas anderes fällt dem ÖVP-Agrarsprecher nicht mehr ein als diese Schnapsidee von der Spritzerzeugung! – Ich freue mich, daß es hier einen Gesinnungswandel gibt, und wir werden diese Bemühungen, wo wir können, natürlich konkret und bestmöglich unterstützen.

Ein drittes Beispiel: die Frage des Mutterchaftsgeldes für Bäuerinnen.

Wenn auf Seite 101 der Regierungserklärung steht, daß es darum gehe, die sozialen Mittel gezielter für diejenigen einzusetzen, die sie als sozial Schwächere am dringendsten benötigen, dann frage ich Sie: Ist nicht die Gruppe der Bäuerinnen mit einer Arbeitszeit von 60, 70 Stunden pro Woche, ohne Urlaub, ohne Karenzgeld, eine Gruppe, der hier vorrangig geholfen werden müßte? Daher verstehe ich nicht, wenn Sie diese Aussagen in der Regierungserklärung haben, daß Sie nicht bereit sind, diese Frage einer raschen und auch vertretbaren Lösung zuzuführen.

Ein weiterer Punkt: die Hilfe für Nebenerwerbsbauern und für Pendler, die Gleichstellung in der Förderung, die Einbeziehung in die

Dipl.-Ing. Riegler

volle Leistung in der Arbeitslosenversicherung, die Gewährung eines Pendlerpauschales.

Das sind nur einige Punkte, wo wir glauben, daß wir aus dem, was wir als notwendige Aufgaben gesehen haben, berechtigt sind, auch die Vorgangsweise Ihrer Regierung daran zu messen.

Nun noch zu einem weiteren Problem. In der Regierungserklärung ist den Fragen der Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft ziemlich weiter Raum gewidmet. Dazu einige Feststellungen.

Es ist interessant, daß seit dem Jahr 1970 die Einkommensabstände zwischen den Bergbauregionen und der allgemeinen Entwicklung größer geworden sind. Wenn nun linke Soziologen diese Entwicklung kritisieren und sagen, das sei eben eine Folge der Bauernbundpolitik, dann muß ich dem entgegenhalten: Das ist doch Selbstkritik „Neulinker“ an der sozialistischen Agrarpolitik seit 1970! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wobei noch etwas interessant ist: Vor wenigen Tagen ist der Öffentlichkeit folgende Studie vorgelegt worden: „Das österreichische Agrarsystem“. Es ist dies eine Studie, die mit hohen Beträgen aus Budgetmitteln finanziert worden ist, das heißt, wofür Steuergelder aufgewendet worden sind. Ich frage mich nun: Warum wird diese Studie, wenn sie vorliegt, nicht zuerst einmal den Abgeordneten dieses Hauses vorgelegt. Ich frage den Landwirtschaftsminister: Wann werden wir diese Studie vollinhaltlich hier auf den Tisch bekommen? Wenn Steuergelder aufgewendet werden, wenn im Budget Millionenbeträge dafür vorhanden sind, dann hat, glaube ich, die Öffentlichkeit und dann hat vor allem die Volksvertretung ein Recht, das Ergebnis einer solchen Studie auch vorgelegt zu bekommen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir verlangen das vor allem auch deshalb, weil an der Wissenschaftlichkeit dieser Studie einige berechtigte Zweifel anzumelden sind. Ich habe hier das Exemplar, das der Presse vorgelegt wurde. Hier wurden Vergleiche zwischen den Einkommen in der Landwirtschaft und den Industriearbeiterlöhnen angestellt.

Interessant: Aus den landwirtschaftlichen Produktionsgebieten das Einkommen in der Größenordnung von 50 bis 100 oder 100 bis 200 Hektar brutto und von den Industriearbeiterlöhnen netto. Das wäre so ähnlich, wie wenn ich eine Einkommensvergleichsstudie zwischen den Einkommen der Direktoren und Generaldirektoren der VÖEST und dem allgemeinen Durchschnitt der bäuerlichen Einkommen machen würde. Das ist eine wissenschaftliche Arbeit, an der wir allein schon auf Grund dieses einen

Beispiels unsere größten Zweifel anbringen müssen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ein wesentliches Problem ist für uns folgendes: Verschiedene Untersuchungen, etwa der Arbeiterkammer Salzburg, des Wirtschaftsforschungsinstituts, der Universität für Bodenkultur, sagen übereinstimmend, daß der Lebensstandard der bäuerlichen Bevölkerung etwa um ein Drittel niedriger ist als der des Durchschnittes der österreichischen Bevölkerung. Was aber nun auf Grund dieser Studie abgeleitet wird, ist eine Agrarpolitik, die die Einkommensunterschiede damit verkleinert, daß sie den oberen Einkommen etwas wegnimmt. Das ist die Vorgangsweise einer Nivellierung nach unten, die an sich schon generell, aber gerade bei einer Gruppe, die ohnehin um ein Drittel unter dem allgemeinen Standard liegt, einfach als Zumutung zurückgewiesen werden muß. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich frage die Herren von der Gewerkschaft – Präsident Benya, Sekanina, Dallinger –: Was würden Sie zu einer ÖVP-Regierungserklärung mit dem Vorschlag sagen, die Löhne der Facharbeiter und Abteilungsleiter zu kürzen, um damit eine gewisse Aufbesserung der untersten Löhne vornehmen zu können? – Sie würden das mit Recht zurückweisen.

Aber genau das macht man in der Regierungserklärung, die gestern Bundeskanzler Kreisky verlesen hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Auf Seite 79 wird ganz konkret davon gesprochen, daß die Futtergetreidepreise gesenkt werden sollen, weil man damit den Grünlandbauern, die auf das Futtergetreide angewiesen sind, helfen könnte. Das ist eine feine Agrarpolitik, muß ich sagen. Ich nehme dem einen etwas weg, damit ich sagen kann: Aber wenigstens dem anderen helfe ich damit.

Ich frage Sie noch einmal: Was würden Sie wirklich zu einem solchen Vorhaben in einer anderen Regierungserklärung sagen? – Wir müssen das als eine Zumutung empfinden.

Wenn der Abgeordnete Sekanina davon gesprochen hat, daß Sie Konfrontationen und Provokationen vermeiden wollen – bitte, das müssen wir als Provokation auffassen. Ich sage das mit aller Deutlichkeit! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Man kann durchaus den Bergbauern helfen. Wir haben wiederholt vorgeschlagen, einen Teil jenes Getreides, das exportiert werden muß, mit Vergütungssätzen auch den Bergbauern zur Verfügung zu stellen. Das kostet den Staat keinen Schilling mehr und würde für den Bergbauern eine gewisse Hilfe bedeuten. Warum machen Sie das nicht? – Sie gehen den Weg, dem anderen etwas wegzunehmen, um

Dipl.-Ing. Riegler

sich dann als wohlwollend einer Gruppe gegenüber ausweisen zu können.

In diesem Zusammenhang muß ich doch auf einige Widersprüchlichkeiten hinweisen. Sie, vor allem auch der Landwirtschaftsminister, reden immer wieder davon, daß Sie Verständnis für die Kleinbauern haben. Gleichzeitig habe ich persönlich miterlebt, wie wir in den Marktordnungsverhandlungen darum kämpfen mußten, daß Begrenzungen in der Massentierhaltung eingeführt wurden. Beim Geflügel haben Sie diese Zielsetzung abgelehnt. Inzwischen werden Sonderbewilligungen ziemlich großzügig ausgegeben. Das geht gegen die kleineren Betriebe, das geht gegen die Familienbetriebe und ist auch vom Standpunkt des Umweltschutzes eine verkehrte Form der Agrarpolitik. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie reden sehr viel von den Bergbauern. Gleichzeitig geht Ihr Handelsminister so vor, daß in Vorarlberg 8 S und mehr für das Dieselöl bezahlt werden müssen. Gleichzeitig kommt eine Regierungsvorlage auf den Tisch, die allein im Bereich der Fleischbeschau die Bergbauern als Gebühren für eine einmalige Beschau wieder Hunderte Schillinge zumutet. Gleichzeitig wurden die Mittel für die Regionalförderung gestrichen.

Sie reden sehr viel vom Wegebau und nennen stolz die Gesamtleistung von 12 000 km gebauten Wegen seit 1970. Sie sagen nur nicht, wer sie bezahlt hat. Das ist ja Ihre Art, die Dinge darzustellen.

Daher sage ich es hier noch einmal: 1970 wurden 788 km Wege gebaut. Davon haben der Bund 467 km und die Länder 321 km finanziert. 1977 wurde gleichviel gebaut: 774 km. Der Unterschied liegt darin, daß die Länder 440 km bezahlt haben, der Bund aber nur 334 km. So kann man die Dinge natürlich auch darstellen.

Oder: In letzter Zeit hörten wir, daß das Bundeskanzleramt die Vereinigung Longo Mai und ähnliche Aktivitäten unterstützt. Gleichzeitig gibt es bei den Förderungsanträgen immer längere Wartelisten.

Ich frage mich: Sollen wir den Bergbauern und den Umstellungsgemeinschaften, die Förderungsprogramme vorliegen haben, nun empfehlen, sich an das Bundeskanzleramt zu wenden, damit sie auch dort eine Unterstützung bekommen, wie es der Organisation Longo Mai in Aussicht gestellt wird? Ist das die neue Form der Bergbauernförderung?

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Regierungserklärung in ihren Aussagen ziemlich nebulos ist. Umso deutlicher ist dafür die politische Praxis.

Nur einige Beispiele: Am 9. Mai – das Datum ist sicher ein „Zufall“ – wurde vom Landwirtschaftsminister die Absatzförderung im schwierigen Bereich des Schweinemarktes um 2 S herabgesetzt. Es stimmt ja auch nicht, daß dafür 80 Millionen Schilling aufgewendet wurden, sondern tatsächlich sind es 25 Millionen Schilling.

Wir stehen auf dem Standpunkt: Notwendig ist eine entsprechende Marktentlastung, damit kein Zusammenbruch und kein massiver Rückschlag in dieser Produktion eintreten und wir in ein, zwei Jahren wieder große Importe auf diesem Sektor nötig haben.

Zweites Beispiel: Die Freigabe des Dieselölpreises. Wenn man jetzt in Vorarlberg 8 S und mehr bezahlen muß, so ist das einfach eine unzumutbare Belastung, die auferlegt wurde. Wir sagen: Die richtigste Lösung wäre die Freigabe des gefärbten Treibstoffes, und wenn schon das nicht der Fall sein kann, dann sollte es zumindest einen einheitlichen Preis und eine Rückvergütung geben, die entsprechend den höheren Preisen angehoben werden müßte.

Drittes Beispiel: Die Einheitswerte. Der Einheitswert ist ein Ertragswert. Wenn die Grünen Berichte von 1977 ausweisen, daß von den acht Hauptproduktionsgebieten nur mehr in dreien eine positive Verzinsung eingetreten ist und im Durchschnitt 0,3 Prozent Verzinsung vorliegt, dann kann doch nicht gleichzeitig dieser Ertragswert angehoben werden.

Ich frage Sie: Was ist das für ein Landwirtschaftsminister, der im Ministerrat sitzt, der über die Grünen Berichte Bescheid weiß und der anscheinend kein Wort zu diesen Vorlagen des Finanzministers zu sagen hat? *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der, der über ein Einkommen verfügt, auch die entsprechenden Steuern zahlen soll. Aber wir sind dagegen, daß eine generelle Belastung auch jenen auferlegt wird, bei denen es nicht der Einkommensentwicklung entspricht.

Ich habe den Verdacht, daß über diesen Weg das wieder kassiert werden soll, was auf der einen Seite an Familienbeihilfen und sonstigen aner kennenswerten sozialen Maßnahmen geleistet wurde. Das ist ein Weg, der einfach nicht zielführend sein kann.

Ein weiterer Punkt: Sozialversicherungsbeiträge. Auch das muß doch herausgestellt werden: Hier gibt es schon wieder neue bedrohliche Andeutungen. Ich stelle fest, daß die Bauernschaft den gleichen Anteil an Sozialversicherungsbeiträgen leistet wie alle anderen Berufsgruppen und daß der Umstand

Dipl.-Ing. Riegler

der Abwanderung und daher eines schlechten Verhältnisses zwischen Beitragszahlern und Anspruchsberechtigten nicht einer Berufsgruppe zum Vorwurf gemacht werden kann, genauso wenig, wie man der Bergknappenversicherung vorwerfen kann, daß es auch dort ein schlechtes Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern gibt, oder wie es bei der Versicherung der Eisenbahner der Fall ist. Das heißt, gleiches Recht muß hier für alle gelten, sonst müßte man den Eindruck haben, daß es sich um eine klassenorientierte Vorgangsweise handelt.

Einen fünften Punkt noch: Das ist die Anwendung des Marktordnungsgesetzes im Bereich der Milchmarktregelung. Wir haben diese Regelung in einer mühsamen und politisch sehr strapazierenden Form erarbeitet. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, Herr Landwirtschaftsminister, Ihre Vorgangsweise seit dem einen Jahr des Bestehens dieser Regelung hat dazu geführt, daß viel an Vertrauen verlorengegangen ist und daß künftige Verhandlungen wesentlich mehr vorbelastet sein werden, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Denn wie hier ganz klare gesetzliche Bestimmungen ausgelegt werden – wir werden uns wahrscheinlich noch öfter über diese Frage zu unterhalten haben –, das spricht einfach ganz eklatant gegen das Ziel und gegen den Geist, in dem diese Neuregelung getroffen wurde, wofür wir auch eine hohe politische Mitverantwortung zu übernehmen hatten. Wenn das Ihre Vorgangsweise ist, dann muß man sich die Übernahme einer politischen Mitverantwortung in Zukunft wesentlich mehr überlegen, als es bisher bereits der Fall gewesen ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir haben hier im Hohen Haus einen Antrag eingebracht, wonach es ohne weiteres möglich ist, einige der besonderen Härten in dieser Frage rechtzeitig zu regeln, das heißt, die über Gebühr eingehobenen Beträge noch heuer den betroffenen Bauern zurückzuzahlen und auch die verbliebenen Härtefälle gerecht zu regeln. Wenn Ihnen die Probleme dieser Bauern wirklich ernst sind, dann erwarten wir, daß es zu einer raschen Regelung dieser offenen Probleme kommt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun noch eine letzte konkrete Frage. Ich verweise noch einmal auf die Aussagen der Regierungserklärung, die ganz klar zum Ausdruck bringen: Es ist Ihr Ziel, die Futtergetreidepreise herabzusetzen, während das Institut für Wirtschaftsforschung darauf hingewiesen hat, daß eine Anhebung der Erzeugerpreise um mindestens 4 Prozent notwendig wäre, damit die Einkommen der Bauern mithalten können.

Nun wissen wir, beim Milchpreis wird voraussichtlich in diesem Jahr keine Regelung möglich sein. Wir wissen um die Probleme bei den Viehpreisen, wir wissen um die Sorge um schlechtere Ernten, und nun muten Sie uns auch noch diese Vorgangsweise bei der Regelung der Getreidepreise zu!

Ich muß sagen, wenn man das alles zusammenfaßt, liegt hier ein Belastungspaket auf dem Tisch, das für die Bauern ein bis zwei Milliarden Schilling pro Jahr bedeutet. Und dann stellen Sie sich hin und verkünden in der „Agrarwelt“ bei nachgezogenen Budgetüberschreitungen auf Grund von Unterbudgetierungen, daß Milliarden an die Bauern vergeben werden. Das ist eine Art der agrarpolitischen Information, die schon ihresgleichen sucht!

Ich sage noch einmal, bezugnehmend auf die Aussage des Bundeskanzlers in der Regierungserklärung, Seite 13 und 14, wo das Bemühen um den Konsens herausgestellt wird: An der Bereitschaft zu Verhandlungen hat es bei uns nie gefehlt, einfach deshalb, weil wir das im Interesse der Betroffenen für notwendig halten. Aber bitte, wenn Sie in der Regierungserklärung sagen, es gibt eine Grenze für den Konsens, nämlich wo die Regelungen des substantiellen Inhaltes beraubt werden, dann nehmen Sie bitte ebenfalls zur Kenntnis, daß es auch für uns eine Grenze der Mitverantwortung gibt, und zwar dort, wo wir im Interesse der Betroffenen einer Regelung nicht zustimmen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

So können wir den Konsens auch nicht verstehen, daß Sie quasi diktieren, was der Inhalt zu sein hat, und daß es dann, wenn wir diesen Inhalt nicht akzeptieren können, heißt, wir seien nicht zum Konsens bereit. Das ist eine Arbeitsteilung, die nicht möglich sein wird.

Zum Schluß ein Zitat aus der „Agrarwelt“, Gastkommentar von Dipl.-Ing. Gehmacher. Er schreibt hier: „Die Bauern, die diesmal für die SPÖ gestimmt haben, dürften damit ihrem Berufsstand einen großen Dienst geleistet haben. Die Regierung wird für eine Berufsgruppe, in der sie von nun an auf neue Wähler hoffen darf, ein offenes Ohr haben.“

Ich muß sagen, das ist ein feines offenes Ohr, das Sie mit dieser Regierungserklärung, das Sie mit der praktizierten Politik allein in diesen paar Wochen seit dem 6. Mai bewiesen haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir haben Untersuchungen, die Ihre Hoffnungen nicht decken. Aber wenn Sie der Auffassung sind, Sie haben Wähler gewinnen können, dann, muß ich sagen, ist diese agrarpolitische Vorgangsweise nur mit dem Wort „Zynismus“ zu beschreiben.

Dipl.-Ing. Riegler

Ich sage Ihnen noch einmal: Es gibt einen Moment, wo in der Fülle von Maßnahmen ein Faß überlaufen kann. Ich frage mich, ob wir das, was nun vorliegt, nicht als Regierungserklärung, sondern als die Absicht einer politischen Kriegserklärung an die Bauernschaft verstehen müssen.

Ich sage Ihnen weiter: Sie haben die Macht, und Sie haben auch die Verantwortung, Entscheidungen zu treffen. Wir werden unseren Standpunkt klar herausstellen, und wir werden, wenn es notwendig ist, hier im Parlament, aber auch in der Öffentlichkeit unseren Protest über Ihre Vorgangsweise klar aufzeigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pfeifer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Pfeifer** (SPÖ): Hohes Haus! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zuerst auf den Kollegen Riegler antworten. Er hat allmählich, als er mit seiner Rede zu Ende gekommen ist, für jedermann, glaube ich, klar erkennbar, mit Drohungen nicht gespart: Wenn alles nicht so läuft, wie der Bauernbund das will, dann müßte quasi die Kriegserklärung blanko auf dem Tisch liegen. *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Genau umgekehrt!)*

Herr Kollege Riegler, das Vokabular des Bauernbundes in Sachen Agrarpolitik ist uns seit 1970, seitdem Sie die Oppositionsbänke drücken, bekannt. Es ist nicht anders geworden. Wir können Sie vor diesem Weg nur warnen. Sie werden selbst darüber entscheiden. Aber eines sagen wir Ihnen: daß wir uns den Menschen, die uns bei dieser Wahl in einem Ausmaß ihre Zustimmung im ländlichen Raum gegeben haben wie noch nie vorher, sehr verpflichtet, sehr verbunden fühlen und daß wir die Landwirtschaftspolitik so fortsetzen werden, wie wir sie für diese Menschen in dieser Republik seit 1970 führen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Riegler! Was soll es denn, wenn Sie da kommen und mit Beispielen argumentieren.

Sie erklären, Sie seien nicht gegen General Motors in Österreich. Da werden Sie ja schwer dagegen sein können. Aber dann sagen Sie im gleichen Tonfall – dabei glauben Sie, daß draußen Ihre Bauern beziehungsweise die Menschen im ländlichen Raum die gleiche Auffassung vertreten, wenn sie so ein Beispiel hören –: 3 Millionen Schilling für drei Arbeitsplätze bei General Motors, und 500 kleinbäuerliche Tabakanbauer, so sagen Sie, bekommen zusammen auch nicht mehr!

Wir werden nicht erreichen können – wir wollen das auch gar nicht –, daß wir für jeden Tabakanbauer zusätzlich 1 Million Schilling hinlegen. Das wäre nicht die ideale Politik. Wenn Sie sie verfolgen, meine Damen und Herren der rechten Seite, können wir Sie nicht daran hindern, Sie werden sie ja nie durchbringen. Sie kennen doch die Resultate und müssen trotz aller Garantieerklärungen von Ihrer Seite vor dem 6. Mai zumindest jetzt und in den nächsten vier Jahren Opposition sein. Wenn ich mir so die Argumente ansehe, die Sie vom Bauernbund setzen, dann bin ich schon Optimist für 1983, denn da wird, glaube ich, die Zustimmung im ländlichen Raum für uns noch größer werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie behaupten, Herr Kollege Riegler, daß diese Regierungserklärung unseres Herrn Bundeskanzlers unter einer gewissen Vernebelungs- und Verdunklungstaktik erfolgt ist. Ich möchte das zurückweisen.

Diese Regierungserklärung ist, glaube ich, eine eindeutige Mitteilung, wie wir, die Sozialdemokraten dieser Republik, in den kommenden vier Jahren, in denen wir die Verantwortung für unsere Arbeit allein tragen, Aktionen setzen beziehungsweise die Politik gestalten wollen. Wir werden alles tun, um so wie bisher diesen österreichischen Weg – ich habe jetzt das Stichwort vom Kollegen Riegler bekommen – fortzusetzen. Er ist sehr weit in die Vergangenheit zurückgegangen; ich tue das nicht, um nicht die Zeit über Gebühr zu belasten. Aber ich möchte doch festhalten: Der österreichische Weg ist – auch wenn Ihnen das nicht recht ist; das haben aber die Österreicherinnen und Österreicher sehr wohl genau unterscheiden können – der Weg der sozialdemokratischen Regierung in einer unruhigen Welt, in einer Zeit, in der es in Europa rund 8 Millionen Menschen ohne Arbeit gibt. Das ist der Weg der Vollbeschäftigung, der geringen Inflationsraten, und das ist der Weg der Sicherheit in dieser Republik, meine Damen und Herren! *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Sie mußten doch auch erkannt haben, daß dieser österreichische Weg auch in den ländlichen Regionen immer mehr Zustimmung bekommt.

Kollege Dr. Mock und Kollege Dr. Lanner sprachen von der Entwicklung im ländlichen Raum. Herr Kollege Lanner verwies auf die großen Belastungen für den ländlichen Raum und sagte das mit einem klaren Blick zur Regierungsbank. Dann meinte er, die ÖVP stehe auf Seite der Menschen im ländlichen Raum, und sagte dann im gleichen Tonfall, die Glaubwürdigkeit – er meinte die des Herrn Bundeskanzlers – sei halt gerade in dieser Frage angeschlagen.

Pfeifer

Ja, meine Damen und Herren, ersparen Sie mir ein langes Herumwühlen in diesen Fragen! Ersparen Sie mir eine lange Reminiszenz! Niemand anderer als unser Herr Bundeskanzler, als diese sozialdemokratische Regierung, als die sozialdemokratische Partei hat bei dieser Wahl dieses noch nie dagewesene Vertrauen von den Menschen im ländlichen Raum erhalten können. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Wir können Ihre Argumentation – ich sagte es schon – nicht ändern. Wir bedauern, daß Sie klare Fakten nicht zur Kenntnis nehmen wollen, Sie müssen das vor sich selbst verantworten und ins reine bringen.

Meine Damen und Herren! Dann wurde von der umfassenden Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung gesprochen, und der Herr Klubobmann, der zukünftige Parteiobmann der Volkspartei, hat das zitiert. Dazu müssen wir sagen, daß Sie uns diese Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung schon einmal bei den Marktordnungsverhandlungen, vorgelegt haben. Wir kennen auch Ihre Taktik, meine Damen und Herren, und sie wird wahrscheinlich – ich würde wünschen, daß ich mich täusche – bei den nicht ausbleibenden Marktordnungsverhandlungen, die gleiche sein. Man legt die Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung hin, sagt nicht, was das kostet, man kann keine Zahlen nennen, sagt höchstens: Gut, der Herr Finanzminister wird's schon zahlen, und fordert. Man sagt – so war es ja doch bei den letzten Verhandlungen –: Wenn man nicht bereit ist, über die Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung des Bauernbundes zu verhandeln, dann reden wir gar nicht über die Marktordnung. So war es, Herr Kollege Riegler! Sie waren dabei, ich war dabei, und wir können uns sicher gemeinsam daran erinnern.

Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, wenn wir so für die Zukunft gemeinsam Agrarpolitik machen wollen, wenn Sie sich auf diesen festgefahrenen Weg weiter versteifen, wenn Sie auf diesem Weg bleiben, dann wird uns – fassen Sie das in keinsten Weise als Drohung auf! – nichts anderes übrigbleiben, als auch in anderen Fragen die alleinige Verantwortung zu übernehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Herr Kollege Riegler hat gemeint, daß sich der Landwirtschaftsminister beim Herrn Finanzminister nicht zugunsten der Landwirtschaft durchsetzt. Ich würde einmal der ÖVP gerne gewünscht haben, daß sich ihr Landwirtschaftsminister zu ihrer Zeit, die ja schon in Vergessenheit geraten ist, bei ihrem damaligen Finanzminister für die Bauern nur annähernd so durchgesetzt hätte wie unser Landwirtschaftsminister. *(Erneuter Beifall bei der SPÖ.)*

Kollege Riegler! Sie haben auch die Frage des Mutterschaftsgeldes – das ist ja seit einigen Jahren ein Dauerbrenner von Ihnen – natürlich wieder aktualisiert. Sie kennen unseren Standpunkt. Hätten Sie seinerzeit unsere Vorgangsweise akzeptiert – wir haben verhandelt, wir haben ja eine Regierungsvorlage produziert –, hätten wir einen gemeinsamen Nenner gefunden, könnten schon zigtausend Bäuerinnen das Karenzgeld bekommen. Aber glauben, Sie fordern, Sie bestimmen, und der Bund zahlt alles, das geht bei bestem Willen nicht, meine Damen und Herren! Das ist von unserer Warte aus nicht möglich, Sie werden sicher allmählich einsehen müssen, daß wir das nicht tun können beziehungsweise nicht gewillt sind, das zu tun.

Und nun, meine Damen und Herren, wurde gesagt, die Milchmarktlösung, die sei nichts. Wie haben Sie das erklärt? Auf Grund der Milchmarktregelung werden die nächsten Verhandlungen nicht einfacher werden. Sie werfen dem Herrn Landwirtschaftsminister vor, daß er den einen das Geld wegnimmt und dann den anderen das Geld gibt.

Ich glaube, man kann sagen, daß wir tage- und nächtelang verhandelt haben, meine Damen und Herren. Ich rufe jene, die gleich mir bei diesen Verhandlungen ebenfalls mitverhandelt haben, als Zeugen auf. Wir haben uns diese Reform des Milchmarktes nicht leicht gemacht. Wir haben eine Kompromißlösung gefunden. Wir haben diese Kompromißlösung allmählich der Entwicklung angepaßt. Aber wir haben den Milchmarkt erstmalig im Griff und geregelt.

Es wird uns auf Grund der Situation auf dem Getreidesektor nichts anderes übrigbleiben, als daß wir hier ebenfalls – wenn es geht, selbstverständlich gemeinsam – eine entsprechende Regelung anstreben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben, meine Damen und Herren, in der Regierungserklärung auch eine klare Mitteilung über die Fragen der Weinwirtschaft. Hohes Haus! Ich stehe nicht an, zu sagen, daß wir mit dieser Entwicklung, wie sie jetzt ist, in keinsten Weise zufrieden sind. Aber so einfach kann man es sich ja nicht machen, daß man jahrelang hergeht und sagt – Sie haben das ja seinerzeit blendend draußen versucht, diese Rechnung ist nur nicht aufgegangen, meine Damen und Herren –: Wenn der Weinbauer wenig bekommt, so sind daran nur der Haiden und der Kreisky schuld. Sie haben damit gerechnet, daß die Weinbauern das auch glauben, daß sie nicht daran erinnert werden, daß Landwirtschaftspolitik, sprich Weinbaupolitik, Landessache ist.

Ich möchte nur zum allerletzten noch einmal erinnern, wie die Partie gelaufen ist bei den

Pfeifer

Weinbauern – da brauchen Sie ja nur nachzuschauen – am 6. Mai. Sie wissen es, wir wissen es auch. Man hat heute, meine Damen und Herren, und das erfahren wir in den Dörfern draußen, in keiner Weise mehr die Hoffnung, daß Sie in der Lage sind, dieses Problem zu lösen, sondern man erwartet diese Lösung von uns.

Aber, meine Damen und Herren, es ist ein Irrtum, zu glauben, daß wir, daß der Herr Bundesminister, daß diese Bundesregierung dieses Problem allein lösen kann. Das weiß jeder, der sich mit den Dingen ein wenig beschäftigt. Denn Ihre Taktik war ja bisher so in den Ländern: Wir setzen frisch-fröhlich aus, wir erweitern die Flächen, und der Herr Bundesminister soll schauen, daß wir den Wein auch wieder anbringen!

Meine Damen und Herren! So wird es nicht gehen. Die Leute draußen haben sich einen sehr klaren Verstand bewahrt in diesen Fachfragen und haben Ihnen ja auch die gebührende Abfuhr erteilt.

Meine Damen und Herren! Ein Allerletztes jetzt zu den Fragen, die Sie aufgeworfen haben. Da kommen Sie und reden vom Pendlerpauschale. Überall haben sie gesagt: Wenn du die ÖVP wählst, dann, Pendler, bekommst du das Pendlerpauschale, dann bricht für dich eigentlich die gute Zeit an! Wir werden die Betriebe hinausbringen, wir werden alles tun! Und wir hören es jetzt ja wieder von einigen Oppositionsrednern, daß man den Pendlern doch in nächster Umgebung die Arbeitsplätze sichern muß.

Hohes Haus! Hier steht ein ehemaliger Bürgermeister. Man braucht nicht lange zurückzugehen, nur ungefähr 15 Jahre, das war Ihre Zeit. Da hätte es noch mehr Chancen gegeben. Ich möchte gar nicht in Abrede stellen, daß es hier auf dieser Seite (*auf die ÖVPweisend*) viele Menschen gibt in der Opposition, die sehr bemüht sind, Betriebe aufs Land zu bekommen. Aber haben Sie die Entwicklung vergessen, die Sie ja eigentlich eingeleitet haben damals in den sechziger Jahren in den Gemeinden? Haben Sie vergessen, wie sie gelaute hat? Sie hat nämlich gelaute, wenn sich Gewerbebetriebe angemeldet haben: Betriebe, die brauchen wir nicht, denn wenn die Betriebe kommen, da kommen die Arbeiter, wenn die Arbeiter kommen, kommen die Roten, und das wollen wir nicht!

Sehen Sie, und jetzt kommen Sie und halten uns vor, daß wir diese Grenzregionen entvölkern. Wir tun alles, und ich stehe nicht an, zu sagen, daß auch die Länder entsprechend dazuzahlen, um auf der infrastrukturellen Seite,

um auf dem Bahnverbindungssektor, auf dem Verkehrssektor das Pendeln dieser Tausenden von Menschen angenehmer und besser zu gestalten. Aber wir können, Hohes Haus, nicht versprechen, daß wir in dieser Zeit – und Sie wissen, ich habe es schon mit einigen Sätzen charakterisiert, wie es in Europa auf dem Arbeitsplatzsektor zugeht – ausreichend Arbeitsplätze in jene Regionen bringen können, wo Sie seinerzeit eigentlich alles getan haben, um diese Entwicklung zu forcieren, als es noch wesentlich leichter möglich war.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt von den Telefonanschlüssen nicht mehr lange reden. Aber wenn man daherkommt und erklärt, daß gerade auf diesem Sektor zu wenig geschehen ist, dann heißt es doch wieder, das alte Lied herunterzuspulen: Haben Sie vergessen, haben Sie ganz einfach nicht gehört, wie die Leute draußen wirklich reden? Denn sie wissen sehr wohl, sie wissen sehr genau, daß es noch keine Regierungsperiode gegeben hat, wo so viele Telefonanschlüsse gerade im ländlichen Raum durchgeführt wurden wie in dieser. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Ich glaube, die Regierungserklärung ist nicht da, um unbedingt eine Agrardebatte zu führen, da werden wir noch viel Zeit dazu haben. Ich möchte Ihnen nur sagen, daß wir – und ich darf das wiederholen – alles tun werden, um den Wählerauftrag, den wir am 6. Mai bekommen haben, als Sozialdemokraten dieser Republik zu verantworten und ihn für die Menschen im positivsten Sinne umzusetzen. Und wir freuen uns, daß diese vorliegende Regierungserklärung die Garantie dafür abgibt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Keimel. Ich erteile es ihm. (*Rufe bei der SPÖ: Oje!*)

Abgeordneter Dr. **Keimel** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Empfang durch die Mitglieder der sozialistischen Fraktion freut mich. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Er zeigt so typisch Ihre demokratische Gesinnung, Ihre Haltung in diesem Haus. (*Beifall bei der ÖVP.*) Er unterstreicht so typisch, meine Damen und Herren, was ein Journalist den Bundeskanzler nach dessen Wahlsieg gefragt hat, nämlich wer wohl die Garantie übernehme, um Übermuterscheinungen der Sozialisten, der Sozialistischen Partei zu verhindern. Darauf erklärte dieser laut Zeitungsbericht wörtlich und kurz: „Ich.“

Meine Damen und Herren! Man sieht schon, wenn der Kanzler nicht auf der Regierungsbank

Dr. Keimel

ist, dann geht offensichtlich mit Ihnen schon der Übermut durch.

Der Abgeordnete Pfeifer und auch schon die Kollegen vor ihm haben sich vielfach mit der ÖVP befaßt. Jetzt war gerade ein Zwischenruf von Ihnen; Sie mögen die Wahlen vom 6. Mai kommentieren, wie Sie wollen. Der ÖVP ist es dieses Mal nicht gelungen, der Bevölkerung den sogenannten österreichischen Weg, wie Sie ihn dargestellt und genannt haben, als den sozialistischen Weg zu Lasten von Freiheitsräumen, von Sicherheit und von Stabilität – ich werde noch darauf zu sprechen kommen – zu verdeutlichen.

Jetzt schon, ganz kurze Zeit später, präsentieren Sie der gläubigen Bevölkerung Ihre Rechnung. Sie haben sie zum Zahltag aufgerufen, auch mit dieser Regierungserklärung.

Meine Damen und Herren! Mir und vielen von uns war schon klar, warum Bundeskanzler Kreisky bei der Fernsehdiskussion mit Parteiobmann Dr. Taus kein Budgetkonzept vorlegen wollte, nicht etwa nicht konnte, sondern nicht vorlegen wollte. Oder glaubt denn jemand in Ihren Reihen, glauben Sie denn, meine Herren von der linken Reichshälfte, wirklich, daß das Pörschacher Papier des Finanzministers, Ihres Finanzministers, die Erkenntnis nach dem 7. Mai sei? – Nein, nein, dieses Papier verdeutlicht nur die bewußte Vertuschung vor dem 6. Mai, während die ÖVP ihre Konzepte, darunter auch das Budgetkonzept, der Bevölkerung vorlegte.

Es ist uns nicht gelungen, die Unterschiede herauszukristallisieren, weil Sie eben bewußt gar nichts vorgelegt haben. Sie haben einfach erklärt: Wir werden so weitermachen, wenn wir Ihr Vertrauen erhalten.

Meine Damen und Herren! Jetzt naht der Zahltag, und wir werden darauf zurückkommen. Wir haben damals schon manchmal hier diese Feststellung erklärt: Wir werden so weitermachen!, sei ja die größte Bedrohung beziehungsweise Drohung. Wir werden noch darauf zurückkommen.

Meine Damen und Herren! Die Sozialistische Partei und die Regierung haben damit mehr Vertrauen von der Bevölkerung erhalten. Und was heißt das? – Sie haben mehr Verpflichtung, mehr Verantwortung, mehr Pflichten und nicht nur Rechte übernommen. Die Rechte, meine Damen und Herren, hatten Sie als Regierungspartei und als Regierung ja vorher auch. Sie haben mehr Pflichten und mehr Verantwortung übernommen.

Ein Beispiel: Jahre hindurch – besonders in letzter Zeit – haben Sie die bewährte Sozialpartnerschaft in Österreich im Programm der

Österreichischen Volkspartei verankert. Hier ist die Aufgabe, die Funktion der Sozialpartner verankert, bei der Durchsetzung der Grundsätze mitzuwirken. Sie haben diese Sozialpartnerschaft abgelehnt, als etwa Abgeordneter Dallinger die Unternehmer nicht als Sozialpartner anerkennen wollte, als etwa Zentralsekretär Blecha wörtlich die Sozialpartnerschaft als eine temporäre Institution bezeichnete oder als Bundeskanzler Kreisky sie die österreichische Art des Klassenkampfes nannte. Das ist eine Haltung, von der Sie offensichtlich nicht wegkommen.

Jetzt, meine Damen und Herren, steht in der Regierungserklärung ganz etwas anderes. Ganz etwas anderes! Jetzt hat – wörtlich – die Zusammenarbeit der Wirtschaftspartner untereinander und in Kooperation mit der Bundesregierung – hören Sie die wörtliche Zitierung! – geradezu grundlegende Bedeutung für die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.

Meine Damen und Herren! Was soll denn das heißen? – Dieser Regierung verbleibt nach dem 6. Mai die volle Verantwortung. Aber Sie wollen sie teilweise schon wegschieben und auf die Sozialpartner, die Sie jahrelang abgelehnt haben, überwälzen.

Für die ÖVP wird diese Entwicklung im Hohen Haus Ansporn und nicht Resignation bedeuten. Sie wird für uns Ansporn sein, alle politischen Aktivitäten der Regierung an den Grundsätzen unseres ÖVP-Programms, des Salzburger Programms, zu messen, dessen Leitlinie im wirtschaftspolitischen Bereich das System der sozialen Marktwirtschaft ist. Es ist unser System und bleibt es, meine Damen und Herren. Weil auch dieses Wirtschaftssystem, diese Wirtschaftsordnung ganz nebulos in der Regierungserklärung aufgegriffen wird, werde ich mich noch damit befassen.

Das wird für uns Ansporn sein, die Kontrolle über die Regierung, aber auch über deren Mitglieder, die noch mehr Macht auszeichnet, wesentlich zu verstärken. Was für uns vor dem 6. Mai moralisch und politisch unvereinbar war, etwa Androsch als Finanzminister mit einer Steuerberatungskanzlei und dem darum herumgelagerten Firmenimperium, und was aufklärungsbedürftig war, etwa in der Verschwendung oder Vergabe von Hunderten von Steuermillionen durch die Frau Gesundheitsminister Leodolter in Zusammenhang mit der ARGE-Kostenrechnung und wieder in Verbindung mit den Firmenimperien des Finanzministers, das ist für uns durch das Wahlergebnis vom 6. Mai nicht gedeckt und damit aus der Welt geschafft; ganz im Gegenteil. Wir haben der Bevölkerung offensichtlich noch zuwenig klar, zuwenig oft und zuwenig plausibel die Zusammenhänge, die

Dr. Keimel

hier bestehen, aufgehellt. Wir werden das noch nachholen, meine Damen und Herren.

Eine ganz prominente schwedische Sozialistin, nämlich Astrid Lindgren, schrieb vor wenigen Jahren, als sie das sozialistische Paradies Schweden verließ: Politik ist die Kunst, die Menschen davon abzuhalten, sich mit Problemen zu befassen, die sie persönlich angehen. Und die Sozialdemokraten beherrschen diese Kunst hervorragend. Sie bestimmen alles: wo wir leben und arbeiten, wie wir fühlen und denken sollen. Es ist Zeit, daß wir das ändern.

Sie ist dann einfach aus dem schwedischen sozialistischen Paradies ausgezogen.

Die ÖVP wird ihre Politik im Hohen Haus total auf dieses Land abstellen, und zwar pro Österreich, für die Menschen in diesem Lande und vielleicht weniger für die Interessenvertretungen. Vielleicht haben wir das manchmal überbetont. Dazu gibt es andere Institutionen, die besser geeignet sind. Das ist auch der Sinn unserer Reformbestrebungen, nämlich mehr soziale Integrationspartei zu sein – und wir werden dieses Mehr bei jeder legislativen Maßnahme herausstellen – im Gegensatz zu einer marxistischen Klassenpartei.

So erfüllt es uns, meine Damen und Herren, mit realistischem Optimismus, daß – ich zitiere aus einer Podiumsdiskussion Bretschneider vom Fessel-Institut und Gehmacher vom IFES-Institut – die Menschen mit höherer Bildung stark zur ÖVP tendierten, eben weil sie denkend entscheiden und entschieden haben, weil sie sozialistische Falschtöne durchschauten und erkannten.

Aber, meine Damen und Herren, hier lag sicher auch der strategische Fehler gegenüber vielen Tausenden, Zehntausenden Menschen, die die Politik heute in ihrer ganzen Art nicht mehr durchschauen können, die gläubig Slogans nachrennen, die mehr sozialistischen Parolen und auch – ich sage das hier ganz klar, meine Damen und Herren – Lügen glaubten, wenn ich etwa denke, was bewußt betrieben wurde in der Sache des Einfrierens oder Abschaffens von Pensionen durch die ÖVP und so weiter. Das waren eben Menschen, die einfach, weil sie die komplizierten politischen Vorgänge nicht durchschauen konnten, glaubten, daß keine neuen Belastungen kommen würden, wenn die Sozialisten weiter regieren. Sie haben ihnen versprochen, daß die Staatsfinanzen völlig gesund seien, keine Sanierung nötig sei und nur Kreisky Ruhe und Fortschritt gewährleistet. Können Sie sich noch an die Drohung des Gewerkschaftsbundpräsidenten in bezug auf den sozialen Frieden erinnern?

Meine Damen und Herren! Das ist in Wirklichkeit eine zutiefst undemokratische Verhaltensweise. Diese Verantwortung den gläubigen Menschen gegenüber, die Ihnen ihr Vertrauen geschenkt haben, nimmt Ihnen niemand ab, auch wenn Sie jetzt schon in der Regierungserklärung die Sozialpartnerschaft beschwören möchten.

Die Europawahlen bewiesen schlagend, daß die politisch denkenden Wähler – da waren nicht wie bei nationalen Wahlen Zuckerln zu verteilen und Versprechungen zu machen, sondern da ging es um Politik, um politisch denkende Menschen – einem sozialistischen Europa eine Abfuhr erteilten, daß sie Freiheit und Individualismus vorziehen, Bürokratismus, Tändelei und marxistischen Kollektivismus aber ablehnen. Das haben die Europawahlen eindeutig bewiesen.

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Reichshälfte! (*Abg. Dallinger: Keimel! Kehren Sie nach Österreich zurück!*) Nun komme ich nach Österreich zurück, jawohl, Herr Abgeordneter Dallinger, und erkläre Ihnen, Sie sollten in Selbstbescheidenheit immer erkennen, daß knappe 46 Prozent der österreichischen Wahlbevölkerung, nämlich der Wahlberechtigten, die Sozialistische Partei wählten, knappe 46 Prozent! 54 Prozent – die Mehrheit – haben Ihnen jedenfalls die Stimme nicht gegeben, egal ob sie nicht oder eine andere Partei gewählt haben. (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie haben nicht SPÖ gewählt, und das bringt für Sie eine hohe Verantwortung mit sich. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Ich weiß schon, wenn man an Ihre Selbstbescheidenheit oder gar an Ihre demokratische Gesinnung appelliert, so wird das von Ihnen immer sehr gerne – aber ich nehme das immer als Verlegenheit an – nur mit Lachen beantwortet.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, baue ich und bauen wahrscheinlich viele in diesem Land auf die Garantie des Bundeskanzlers Dr. Kreisky, er werde – nun wörtlich – alle sozialistischen Übermuterscheinungen dämpfen und – wieder wörtlich laut Kreisky – einer Politik des ruhigen Überlegens und nicht des Überforderns der anderen Rechnung tragen. In diesem Sinne akzeptieren wir, daß heute bei der Debatte zur Regierungserklärung der Herr Bundeskanzler nicht da ist, und wünschen wir ihm volle Genesung, denn er – nur er! – war der Garant Ihrer Absoluten – und Sie wissen es, Gehmacher hat es bestätigt – und auf ihn hat die Mehrheit auch Ihrer Wähler gebaut. Und in dem Sinne erwarten wir auch, daß er diese Garantie einhält.

Herr Bundeskanzler! Wie wir wissen, hört er immer irgendwo mit, wenn das Hohes Haus

Dr. Keimel

diskutiert. Damit kann sicherlich nicht gemeint sein, daß die Regierungserklärung nur mehr die demonstrative Aufzählung von Absichten darstellt und keine Erklärung und Anführung von Arbeitsvorhaben beinhaltet.

Meine Damen und Herren! Da ist die Rede von Kommissionen. Bei einer macht sich der Herr Bundeskanzler schon wieder zum Vorsitzenden. Er hat sich schon einmal, nämlich bei der Budgetkommission, zum Vorsitzenden gemacht. Wir hören nichts mehr davon. In der Regierungserklärung steht: Mindestens ein halbes dutzendmal werden Prüfungen durchgeführt werden. Und wie oft lesen wir zu irgendwelchen Problemen: Wird die besondere Beachtung der Regierung finden. Dazu könnte man höchstens sagen: No na.

Wenn man das alles abstrahiert, wenn man das alles subtrahiert, meine Damen und Herren, so kommen dazu die vielen Wiederholungen, die Phrasen, aber auch die falschen Aussagen, etwa Aussagen in der Regierungserklärung über mehrmalige Steuerermäßigungen, wo doch aus den Budgetunterlagen hervorgeht, daß in den letzten neun Jahren die Steuerlastquote auf über 41 Prozent gestiegen ist, Aussagen über die Arbeitszeitverkürzung, die 1968 eingeführt wurde und nicht 1970, wie es in der Erklärung steht, sowie Aussagen über die Wohnbaumittel, wo es heißt: Die Mittel, die der Bund den Ländern zur Förderung des sozialen Wohnbaues zur Verfügung stellt. Wir wissen doch alle – und das steht in einer Regierungserklärung –, daß es eine zweckgebundene Steuer ist, eine Anhängensteuer zur Lohn- und Einkommensteuer.

Meine Damen und Herren! Wenn wir das alles subtrahieren, dann verbleibt ein ganz dünnes Papier; ein ganz dünnes Papier ohne Selbstbindung und ohne Verbindlichkeit für die Regierung. Und warum das? – Damit offensichtlich Ihre Erfolge oder Nichterfolge, die Nichterfüllung von Zusagen nicht mehr gemessen, nicht mehr kontrolliert werden können.

Ist das der neue Stil der Regierung, meine Damen und Herren, wenn Sie auf Seite 14 der Regierungserklärung meinen, daß der Bundesregierung vollkommen bewußt ist, daß auch die Kontrolle zu den grundlegenden Aufgaben des Nationalrates zählt, und die Bundesregierung gerne bereit ist, den Mitgliedern des Nationalrates diese Aufgabe zu erleichtern? Mit dieser Regierungserklärung sprechen Sie dieser Ausführung bereits Hohn, denn Sie erleichtern sie nicht, Sie erschweren sie nicht nur, Sie machen sie unmöglich, weil überhaupt nichts zu kontrollieren und zu messen drinnen ist.

Meine Damen und Herren! Soll das vielleicht in Wirklichkeit de facto immer mehr die

Ausschaltung dieses Gremiums, des Hohen Hauses, bedeuten, wie gerade eine der ersten Vorlagen zeigt? Ich glaube, das neue Haushaltsrecht ist überhaupt der Antrag Nr. 1 in dieser neuen Legislaturperiode. Da sollen dem Finanzminister unter Ausschaltung der Volksvertretung – meine Damen und Herren, wir alle sind hier Volksvertretung, egal, welcher Partei wir angehören –, unter Ausschaltung von uns, die wir die oberste Budgethoheit haben, noch mehr Freiheiten eingeräumt werden, da soll den Minister noch weniger an die Volksvertretung binden, da soll es noch weniger Mitbestimmung des Nationalrates und noch weniger Kontrollmöglichkeit geben. Das ist die erste Vorlage, die Sie im Haus mit dem Haushaltsrecht einbringen.

Herr Klubobmann Dr. Fischer, Sie sind der Antragsteller. Wir werden an Ihrer Verhandlungsbereitschaft die Wahrhaftigkeit der Regierungserklärung in bezug auf – wie es hier heißt – weitgehenden Konsens prüfen. Wir sind sicherlich nicht bereit, Gesetze vollziehbar zu gestalten, wie wir das in den letzten Jahren immer wieder gemacht haben in Unterausschüssen, in denen Dutzende Änderungen vorgenommen wurden, sodaß die Gesetze überhaupt erst praktikierbar wurden, während der politische Inhalt ausschließlich von Ihnen geprägt wurde. Das verstehen wir nicht unter weitgehendem Konsens. Wir werden als Folge dieser Wahlentscheidung in der Zukunft mehr denn je alle legislativen Maßnahmen und Vorhaben an unseren Wertvorstellungen messen.

Sie haben in der Regierungserklärung zwar Probleme der achtziger Jahre aufgezeigt, etwa Energieressourcen, Wachstum, 200 000 zusätzliche Arbeitsplätze und Wohnen, aber zu keinem dieser Probleme einen konkreten Lösungsvorschlag vorgelegt. Zeigen Sie mir einen!

Als ich diese Regierungserklärung gelesen habe, als ich das gesehen habe, ist mir wieder einmal das Buch von Professor Klenner eingefallen; jenes sozialistischen Denkers und Wirtschaftspolitikers, der in seinem Werk „Sozialismus in der Sackgasse“ geschrieben hat: Die Sozialdemokratie setzt faszinierende Zukunftsziele und glaubt, sie erreichen zu können. Aber sie ist überfragt, wenn sie konkret sagen soll, wie. – Genau dieser Satz paßt als Einführung oder als Ende zu dieser Regierungserklärung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es gibt aber auch noch eine andere Möglichkeit. Vielleicht haben Sie diese Regierungserklärung auch deshalb so inhaltslos, so leer belassen, weil die Exekutierenden, die Ausführenden, unbekannt sind.

In der Energiepolitik gibt es einen Minister Staribacher in der Zukunft oder die EVA oder,

Dr. Keimel

wie ich jetzt gesehen habe, federführend den Finanzminister Androsch oder sonst wen.

In der Bau- und Wohnungspolitik wirkt der glücklose Minister Moser, bei dem Sozialwohnungen unsozial teuer wurden, immer weniger gebaut wurde, oder ein Holoubek, wie wir immer wieder hören, oder sonst wer.

In der Umweltpolitik sind es eine „Nichtumsweltministerin“ Leodolter, ein Abgeordneter Steyrer oder sonst wer; vielleicht wieder einmal der Tiroler Salcher, wie schon so oft.

Und letztlich: Was wird mit dem Finanzminister und Vizekanzler Androsch, den in letzter Zeit, in den letzten Wochen, und zwar besonders in Pörschach mit seinem Papier, wieder gegensätzliche Aussagen im Vergleich zum Bundeskanzler auszeichnen?

Meine Damen und Herren! Sie sind der Bevölkerung und dem Hohen Haus – wir repräsentieren ja die Bevölkerung beziehungsweise die Wähler – die Antwort zufolge Ihrer Ankündigungen, zufolge der Ankündigung des Bundeskanzlers bis heute schuldig geblieben. Ich frage Sie hier von dieser Stelle aus: Welche Umbildungen haben Sie vor, Herr Bundeskanzler? Wer sind die Ausführenden bei diesen Problemen, die Sie in dieser Regierungserklärung nur anreißen?

Meine Damen und Herren! Nur eine klare Antwort, nur eine klare Aussage kann der Regierungserklärung – sie ist allerdings in Grundzügen durch das Pörschacher Papier des Finanzministers schon bekannt – entnommen werden; eine Aussage, die Sie vor den Wahlen allerdings nicht machten, ja sogar geleugnet haben, wenn wir Sie danach fragten, nämlich daß der Zahltag für die Wirtschaftspolitik und für die Budgetpolitik der letzten Jahre nunmehr mit einer neuen enormen Belastungswelle gekommen ist. Meine Damen und Herren, das ist eine Belastungswelle, wie sie sich überhaupt erst jetzt so langsam abzeichnet, langsam bringen Sie jede Woche ein bisserl etwas, und dann stellen Sie es in Frage.

Es wird massive Steuererhöhungen geben, wobei der Finanzminister – man höre und staune! – die indirekten Steuern bevorzugt, die vor wenigen Jahren in Ihrem ideologischen Konzept noch die asozialen Steuern waren: Kraftfahrzeugsteuer, die Einheitswerte sollen an die Verkehrswerte herangeführt werden – was bedeutet das für eine enorme Erhöhung! –, Grundsteuer, Vermögensteuer für die Landwirtschaft, Kostenerhöhungen für die Wirtschaft. Im harten internationalen Konkurrenzkampf, eine enorme Erhöhung der Kosten für jeden Eigenheimbesitzer, für jeden Wohnungseigentumsbesitzer.

Meine Damen und Herren! Wo haben wir hierzu Stellungnahmen in der Regierungserklärung? Mehrwertsteuer auf alle Treibstoffe: Schon mit der letzten holt sich der Finanzminister ganz heimlich, still und leise über 300 Millionen Schilling pro Jahr.

Es wird indirekte Steuererhöhungen massiver Art geben. Eine enorme Progressionssteigerung kommt allein durch die Ankündigung, daß mindestens zwei Jahre hindurch bei der Einkommensteuer und bei der Lohnsteuer keine Valorisierung erfolgen wird. Das ist nichts anderes als eine ganz massive Steuererhöhung, die kein Parlament beschlossen hat.

Meine Damen und Herren! Was heißt denn Sparförderung bei der Umstellung auf das Prämiensystem, das Sie schon betrieben haben? Das ist doch nichts anderes als ein kleines bisserl Damm hin zur steigenden Progression. Und das trifft gerade die Leistungswilligen in diesem Lande, den Mittelstand. Es wird eine starke Verteuerung geben, es wird Preisverteuerungen geben durch den Abbau bisheriger Preisstützungen.

Meine Damen und Herren! Was haben Sie vor im Ausgleich bei den landwirtschaftlichen Einkommen? Wie trifft das die Familien, besonders die Mehrkinderfamilien? – Nicht einmal eine Andeutung in der Regierungserklärung. Es wird weitere starke Verkürzungen geben. Das geht aus der Regierungserklärung hervor: Verkürzungen der Wirtschaftsförderungen und der Bundesinvestitionen.

Der Herr Bundeskanzler meint hier so verschämt: eine Stabilisierung der Ausgaben für Investitionen auf ihrem jetzigen hohen Niveau für zwei Jahre. Meine Damen und Herren! Das ist einfach falsch. Es gibt kein hohes Niveau. 1979 ist der Anteil für die Bundesinvestitionen und die Wirtschaftsförderung der geringste seit 1970. Was heißt denn „auf hohem Niveau“? Auf dem niedersten Niveau besteht er bereits jetzt und wird während der nächsten zwei Jahre noch mehr zurückgehen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Aus dieser Regierungserklärung geht sehr wohl hervor, daß diese Regierung keine Wachstums- und Beschäftigungsimpulse mehr setzt, ganz im Gegenteil: Alle Lasten einer verfehlten Wirtschaftspolitik, alle Aufgaben werden nun der Bevölkerung und der Wirtschaft, die im härtesten internationalen Wettbewerb steht, aufgebürdet und übertragen.

Jetzt blättern wir zurück auf die Seite 14 der Regierungserklärung. Daher der plötzliche Aufruf der Regierung, daß die Sozialpartner mit ihr zusammenarbeiten sollen, weil das grundlegende Bedeutung für die Wirtschaftspolitik der

Dr. Keimel

Bundesregierung hat. Diese Partnerschaft ist aber keine Einbahn, sie muß schon von beiden Seiten kommen, und zwar auch von der Regierung.

Diese Lastenverteilung geschieht ja jetzt schon wieder: unbefragt dieser Partner, völlig einseitig auch in einer verfehlten Art selektiver Umverteilung. Etwa für Superprojekte werden Milliarden aus Steuermitteln gegeben. Ja aus welchen Steuermitteln denn? – Überlegen wir doch einmal! Aus den Steuern, die noch gesunde, arbeitsfähige und arbeitswillige Mittel- und Kleinbetriebe erbringen, die Hunderttausende Arbeitnehmer erbringen, etwa in der verstaatlichten Industrie, bei den Steyrer-Werken, bei der VÖEST. Das sind jene Steuermittel, die Sie dann in Milliardenhöhe in Groß- und Prestigeprojekte stecken. Das birgt doch auch große Wettbewerbsverzerrungen in sich.

Deshalb ist ja auch zum Beispiel BMW, der erste Partner, der ohne solche Anliegen kam, zutiefst, wie es heißt, befremdet. So werden wir nicht wieder ausländisches Kapital und Investitionen in unser Land bringen. Meine Damen und Herren! Wenn Sie alle Arbeitsplätze so fördern und anlocken wollen wie bei General Motors – 1 Million Schilling Förderung für jeden der 1 500 vorgesehenen Arbeitsplätze! –, dann bräuchten Sie für die 200 000 nötigen Arbeitsplätze zusätzlich 200 Milliarden Schilling. Ja merken Sie denn nicht, daß diese selektive Politik, diese Auswahlpolitik scheitern muß?

Wenn Sie schon die Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat beschwören, dann sind Sie dazu verpflichtet, meine Herren von der Regierung, diese Partnerschaft vorher zu suchen und abzusprechen, und dürfen nicht vor vollendete Tatsachen stellen.

Meine Damen und Herren! Es ist daher auch nicht, wie Sie in der Regierungserklärung schreiben, Aufgabe der Wirtschaftspolitik, Ersatz für verlorengegangene Arbeitsplätze zu schaffen. Das haben Sie noch nie getan, diese Regierung hat noch nie Ersatz für verlorengegangene Arbeitsplätze geschaffen. Wo denn, meine Damen und Herren?

Die Wirtschaftspolitik hat die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für die positive Entwicklung der Wirtschaft, der Unternehmungen zu erfassen und nichts anderes, indem sie alle Hemmungen abbaut, steuerpolitische, wettbewerbspolitische, währungspolitische, und wirtschaftsfördernde und beschäftigungspolitische Impulse setzt, etwa über die Forschungsförderung oder über eine Prioritätenänderung in der Budgetpolitik.

Die ÖVP ist bereit, mit der Regierung die Probleme der achtziger Jahre zu diskutieren, zu

beraten und für dieses Land, für unsere Menschen mitzuhelfen, sie zu lösen. Wir laden Sie daher ein, meine Damen und Herren von der SPÖ – jetzt sind ja die Wahlauseinandersetzungen vorbei –, wir laden Sie ernst und sorgenvoll ein, zum einen das System der sozialen Marktwirtschaft außer Streit zu stellen, um für die schwierigen Jahre der Zukunft ein Klima des Vertrauens und der beschworenen Zusammenarbeit zu schaffen. Sie können dieses bewährte System der sozialen Marktwirtschaft, das jenes System ist, bei dem Wirtschaft und Staat Partner sind, nicht in Frage stellen, ablehnen und damit das Klima zerstören und andererseits die Probleme der Zukunft lösen wollen.

Zum zweiten laden wir Sie ein, das wirtschaftspolitische Konzept und das Budgetkonzept der Volkspartei zu diskutieren. Sie kennen es, oder vielleicht kennen Sie es vielfach noch nicht, aber jetzt gehört es außerhalb von Wahlauseinandersetzungen studiert. Hier haben doch Wirtschaftswissenschaftler, Wirtschaftspolitiker, also Praktiker, mitgearbeitet. Dieses Konzept basiert auf einer Politik harmonischen Wachstums von durchschnittlich vier Prozent pro Jahr, und es ist mit unseren Ressourcen erreichbar. Aber es bedarf eines gemeinsamen wirtschaftspolitischen Vorgehens, insbesondere in der Stärkung der mittelständischen Wirtschaft, und nicht in deren weiterer Schwächung.

Meine Damen und Herren! Dieses wirtschaftspolitische Konzept beruht auch auf einem umfassenden Budgetsanierungskonzept. Es steht im Mittelpunkt dieser Wirtschaftspolitik die Budgetsanierung dadurch, daß die Einnahmenentwicklung, die Einnahmensteigerung pro Jahr etwa zwei Prozent über der Ausgabensteigerung stehen muß. Und all das ist verbunden mit einem grundsätzlichen Steuerstopp, mit einem Belastungsstopp zumindest während der nächsten zwei Jahre.

Meine Damen und Herren! Sie ersehen daraus, daß offensichtlich die Konzepte der Volkspartei konkretere Maßnahmen umfassen als die Regierungserklärung. Seien Sie doch bereit, sie mit uns zum Wohle der österreichischen Bevölkerung zu diskutieren.

Meine Damen und Herren! Ein Wort noch, weil in der Regierungserklärung die Rede war von „nebulos“, von „nebulozer Wirtschaftsordnung“ und weil heute zweimal von Ihnen, von Zentralsekretär Blecha und Herrn Dr. Fischer, das System der sozialen Marktwirtschaft erwähnt wurde.

Meine Damen und Herren! Diese Aussagen des Professors Dr. Klüber in den Aussendungen der Katholischen Sozialakademie – das wissen Sie als Dozent am besten –, das ist keine

Dr. Keimel

wissenschaftliche Abhandlung – Herr Dozent, sage ich jetzt zu Ihnen, Herr Dr. Fischer –, das stellt ohne jede Beweisführung ganz polemisch, demagogisch fast einen Erguß dar. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Lesen Sie es doch bitte; Sie werden es noch nicht gelesen haben. Herr Dr. Fischer weiß schon, das sich das für polemische Auseinandersetzungen eignet. Aber für einen Professor ist es blamabel.

Meine Damen und Herren! Wir können natürlich gemütlich auch auf diesem Niveau argumentieren. Dieser Herr erklärt etwa bezüglich der sozialen Marktwirtschaft: Die Wirtschaftspolitik besorgt's primär, und sekundär – falls das Ergebnis sozial korrekturbedürftig ist – wird die Sozialpolitik nachgezogen.

Dieser Mann – und Sie wissen es ja ganz genau, Herr Dr. Fischer – hat Müller-Armack, hat Erhard gar nie gelesen. Das ist nämlich genau das, was Sie ablehnen. Das ist die Überwindung des kapitalistischen Systems, das hier natürlich genau diese Primär- und Sekundärfolge hat. Das ist genau umgekehrt, aber Sie gehen her und sagen das, weil es Ihnen eben so paßt, ganz genüßlich. Das ist nicht das System der sozialen Marktwirtschaft.

Meine Damen und Herren! Das ist die Überwindung des kapitalistischen Systems. Die soziale Marktwirtschaft hat den ökonomischen Erfolgstest überzeugend bestanden, genauso wie andere Systeme ringsum versagt haben, weil kein anderes System – kein anderes System! – gleichen Wohlstand für die gesamte Bevölkerung und annähernd gleiche soziale Sicherheit bei größtmöglicher persönlicher Freiheit gebracht hat.

Das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft bedeutet Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat, der als Korrektiv gefordert ist, dessen Ordnungsfunktion – zum Unterschied vom kapitalistischen – anerkannt, ja gefordert ist, und der Staat hat versagt, weil er in die marktwirtschaftliche Ordnung eingegriffen und seine Aufgaben in dem System vielfach sträflich vernachlässigt hat.

Im Mittelpunkt der sozialen Marktwirtschaft, meine Damen und Herren, steht der Mensch neben der Verfolgung der materiellen Sicherheit in seinem Streben nach seelischem und körperlichem Wohlbefinden, nach Selbsterfüllung und nach der Schönheit des Lebens. Das sind die wissenschaftlichen Aussagen, wenn man mit dem Professor glaubt, das sei nur ein politischer Begriff.

Meine Damen und Herren! Und in der Fortentwicklung dieses Systems erwächst die große Aufgabe für Wissenschaftler, für Politiker und Publizisten, Signale zu setzen zum weiteren

Ausbau der partnerschaftlichen Gesinnung, zur Betonung der Solidarität und zur neuen Fassung des Begriffes „sozial“.

Aber, meine Damen und Herren, warum Sie dieses System angreifen und immer völlig fälschlich bewußt mit dem kapitalistischen „verwechseln“ wollen – so nenne ich es einmal –, hat einen ganz anderen Grund, einen ganz anderen: Weil dieses System natürlich auf einer freien Wirtschaftsordnung, auf einer freien Wirtschaftsordnung als Grundlage einer freien Gesellschaftsordnung mit ihren hohen gesellschaftlichen, sozialen Bindungen basiert. Oder, ich kann es umgekehrt sagen: Unfreiheit in der Wirtschaft ist immer auch die Vorstufe der politischen Unfreiheit aller Staatsbürger, Arbeitnehmer, Konsumenten. Dirigismus hört nie in der Wirtschaft auf. Wie Metastasen breitet er sich aus, etwa in der Meinungsbildung, im schulpolitischen Bereich und so weiter. Und somit ist das System der sozialen Marktwirtschaft viel mehr als nur ein Wirtschaftssystem, es ist Teil und tragende Säule der Gesellschaftsordnung und -politik, und wir werden in Zukunft mehr denn je alle Ihre legislativen Maßnahmen und Vorhaben an diesem System, an unseren Wertvorstellungen messen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir können dieses System nur erhalten und fortentwickeln oder verlieren, und zwar zu Lasten eines Systems, das die Macht staatlicher und anderer Funktionäre erhöht sowie Eigentum, persönlichen Wohlstand und persönliche Rechte der Menschen mehr und mehr einschränkt und beseitigt. Oder kennen Sie eine andere Alternative, meine Damen und Herren?

Diese Ziele wurden und werden – und dazu bekennen wir uns eben – nur im System der sozialen Marktwirtschaft erreicht. Ihr System des Wohlfahrtsstaates durch Umverteilung statt durch mehr Effizienz, mehr Leistung, ist zu Ende. Es hat versagt. Das geht auch aus der Regierungserklärung hervor, aus dem Budget. Das muß Ihnen klar sein. Kehren Sie zurück zu diesem bewährten System, zu einer Ordnung des Lebens, in der sich die Menschen wohl und geborgen fühlen. Es wird an der Regierung liegen, meine Damen und Herren, hier den Konsens zu suchen und zu finden. Dann sind auch die Probleme der achtziger Jahre für Österreich und für seine Menschen zu lösen und zu meistern.

Die Regierungserklärung allerdings bleibt bedauerlicherweise hier jede Antwort schuldig. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Schnell. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Schnell** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe nicht die Absicht, die wirtschaftspolitische Debatte zur Regierungserklärung fortzusetzen, aber ich möchte doch einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Keimel machen.

Herr Abgeordneter Keimel, Sie sagen mit Recht, daß uns das österreichische Volk nicht nur das Recht übertragen hat, Regierungsverantwortung zu tragen, sondern daß wir mit diesem Recht auch eine Fülle vermehrter Pflichten und vermehrter Verantwortung übernommen haben. Ich darf Ihnen sagen, wir sind uns dessen bewußt, und Sie können sicher sein, daß wir diese Pflichten, die wir übernommen haben, mit derselben Verantwortung wie in den letzten Jahren tragen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte noch auf eine andere Behauptung eingehen, die Sie aufstellten. Sie sagen, daß Menschen mit höherer Bildung mehr zur Österreichischen Volkspartei tendieren. Es fällt mir bei dieser Gelegenheit ein, daß zu der Zeit als ... *(Abg. Dr. Keimel: Das habe nicht ich gesagt! Das ist ein Zitat, bitte!)* Ja ich nehme an, daß Sie sich mit diesem Zitat identifiziert haben, weil Sie ja weitgehend auf diesem Zitat Ihre Rede aufgebaut haben.

Ich möchte dazu nur ein Faktum anführen: Als Minister der Österreichischen Volkspartei die Verantwortung für das Unterrichtsministerium hatten, war die Zahl der Schüler, die an österreichischen weiterführenden Schulen studierten, beträchtlich geringer, fast die Hälfte der Zahl, die heute an österreichischen Schulen studiert. Ich kann doch nicht annehmen, daß alle diese jungen Leute, denen wir den Zugang zu den weiterführenden Schulen geebnet haben, nun ausgerechnet aus Dankbarkeit die Österreichische Volkspartei wählen, weil sie glauben, daß diese Ideologie, die ihnen die Österreichische Volkspartei geboten hat, die bessere sei. Das ist sicherlich ein Irrtum von Ihnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich muß aber auch, Kollege Keimel, zu dem ironischen Vorwurf Stellung nehmen, daß Sie uns mit Ironie der Selbstbescheidenheit zeihen und meinen, daß diese Selbstbescheidenheit in Wirklichkeit nur Ausdruck unserer Machtbesessenheit sei.

Herr Kollege Keimel, wir sollten langsam in diesem Haus aufhören, uns gegenseitig der Überheblichkeit zu zeihen. Ich denke etwa daran, daß im Hohen Haus vor dem 6. Mai jeder Redner der Österreichischen Volkspartei damit geendet hat, indem er darauf hingewiesen hat: „Und nun ist Zeit zum Wechsel.“ Bei der Budgetdebatte haben wir von jedem Redner

gehört: „Und das ist das letzte Budget einer sozialistischen Regierung.“ – Das ist doch kein Zeichen der Bescheidenheit der Österreichischen Volkspartei gewesen. Zeihen Sie uns nicht der Selbstbescheidenheit im ironischen Sinn, indem Sie dann, wenn Sie hier am Pult stehen, mit großer Selbstsicherheit und Selbstgefälligkeit alle Ihre Thesen als die einzig richtigen vorstellen.

Dazu möchte ich auch sagen – ich bin kein Fachmann auf diesem Gebiet –: Ihre heutige unreflektierte Darstellung und unreflektierte Apotheose der sozialen Marktwirtschaft ist geradezu ein Kennzeichen dafür, wie selbstgefällig und wie selbstsicher Sie sich selbst einem wirtschaftlichen System ausliefern und anscheinend nicht verstehen, daß der sozialistische Denker Klenner in seiner Schrift die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie sehr wohl einer Kritik unterzieht. Ich glaube, es ist gerade die Stärke der Sozialdemokratie, daß sie ihre eigenen Vorstellungen kritischen Überlegungen unterzieht und sie nicht von vornherein unreflektiert darlegt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun ein paar Bemerkungen zur Kultur- und Bildungspolitik! Es ist leider in diesem Haus genauso wie im Wahlkampf, daß die Kultur- und Bildungspolitik an den Schluß der Debatte rückt und daß, im Grunde genommen, vielleicht übersehen wird, daß zu den Fragen der Kultur- und Bildungspolitik nur wenige sprechen.

Ich bin persönlich der Überzeugung, daß in der Auseinandersetzung bei der Wahl die Kultur- und Bildungspolitik der sozialistischen Regierung in den letzten zehn Jahren eine große Rolle gespielt hat; eine große Rolle deshalb, weil in diesen Jahren das geistige Klima in der Republik wie noch nie zuvor von einer Liberalität und Toleranz ausgezeichnet war und weil in diesem Klima auch das Bekenntnis zur Mündigkeit des Staatsbürgers von der sozialistischen Regierung und von der Sozialistischen Partei fraglos an die Spitze gestellt wurde.

Ich erinnere mich noch sehr gut, und ich möchte damit beginnen, daß der Abgeordnete Taus zu dem Zeitpunkt, als er als Parteivorsitzender im Jahre 1975 in dieses Haus einzog, von diesem Pult aus über das Werk Karl Poppers „Die offene Gesellschaft“ sprach und sich zu den Ideen dieses Werkes bekannte. Ich habe damals den Eindruck gewonnen, daß damit eine neue geistige Auseinandersetzung in der österreichischen Politik anhebt. Der Abgeordnete Taus vertrat damals auch die Auffassung, daß in einem viel stärkeren Ausmaß Fragen der Ideologiediskussion im Parlament zur Sprache kommen sollen.

Das Jahr 1975 ist aber auch jene Zeit

Dr. Schnell

gewesen, als der Abgeordnete Taus bei einer Akademikerversammlung in Linz den Standpunkt vertrat, man müsse doch die alten Klischeevorstellungen in der bildungspolitischen Auseinandersetzung neu überdenken, man dürfe nicht von vornherein die Ganztagschule ablehnen, sondern müsse die Notwendigkeit der Ganztagschule in dem Strukturwandel sehen und müsse auch neue Formen der Bildung anerkennen.

Leider, nur zwei Jahre später, war das ganz anders: Die Ideologiediskussion endete in einer reinen Kritik am Sozialismus. (*Abg. Steinbauer: Das ist ja nichts Schlechtes!*)

Herr Kollege Steinbauer, Sie haben keinen Beitrag zur Ideologiediskussion geliefert, in dem Sie vielleicht auch einmal Ihre eigenen Anschauungen hinterfragt haben, wie wir das dauernd tun, sondern Sie haben eine Ideologiediskussion geliefert, indem Sie über den Sozialismus gesprochen haben, für den Sie in Wirklichkeit wenig Kompetenz zeigen und wenig Kompetenz haben, weil Sie nicht den Sozialismus vom Standpunkt der Entwicklung darstellen, sondern mit Ihrer Brille subjektiv sehen, und das ist ein großer Unterschied in der Sozialismuskussion. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber ich möchte mich sehr kurz halten und davon ausgehen, daß man sich anscheinend doch in größeren und weiteren Kreisen in Österreich Gedanken macht über das geistige Klima und über die Liberalität. Wenn ich heute einen Aufsatz eines Kollegen von mir, des Herrn Landesschulinspektors Dr. Steiner, in der „Kleinen Zeitung“ lese und dabei feststellen muß, wie sehr er es bedauert, daß nach einer sehr kurzen Zeit der Diskussion, wie er meint, die Aufgeschlossenheit der neuen ÖVP-Führung verlorenging, weil man fürchtete, daß etwa die Aussagen des führenden Mannes des kritischen Rationalismus einen neuen Terrorismus zustande bringen könnten, und wenn ich dann auch Ihre Aussagen in den vielen Sicherheitsdebatten betrachte, in denen Sie von den völlig aus der Luft geholten Behauptungen „Sozialismus ist gleich Terrorismus“ ausgegangen sind (*Abg. Dr. Mock: Da hätten Sie ja gebrüllt, Herr Präsident, wenn das jemand gesagt hätte!*) oder letzten Endes doch diese Darstellung sehr deutlich in den Raum gestellt haben, dann muß ich sagen: Wie weit ist die Österreichische Volkspartei in der Ideologiediskussion zurückgefallen seit dem Anfang des Jahres 1975!

Ich würde mir nur vorstellen, Herr Abgeordneter Mock, Herr Bundesparteiboss, daß wir unter Ihrer Obmannschaft in der Österreichischen Volkspartei zu einer fairen Auseinandersetzung über Ideologieprobleme kommen und daß nicht alle Ideologieprobleme, die hier

angeführt werden, sehr bald wieder einmünden in Verdächtigungen, die letzten Endes gegen uns vorgebracht werden.

Ich möchte aber auch noch ein zweites Beispiel, wie sehr sich diese ambivalente Haltung der Österreichischen Volkspartei zu ideologischen Fragen und vor allem auch zu liberalen Problemen ändert, darstellen.

Als wir im Jahre 1969 noch unter dem Unterrichtsminister Mock die Schulreformkommission gegründet haben, da war es eine Selbstverständlichkeit, daß die Schulversuche eingerichtet und auch von allen Seiten als eine gute Einrichtung dargestellt wurden. Als aber dann Persönlichkeiten aus Ihren Reihen sich sehr entschieden für den Ausbau der Schulversuche eingesetzt haben – ich möchte das nicht näher ausführen, aber Sie verstehen mich sehr gut –, hat man ihnen den Vorwurf gemacht, daß Sie in Wirklichkeit sozialistisches Gedankengut mit der Gesamtschule fördern.

Wir haben dann sehr bald bei den Parteienbesprechungen gehört, wie die Schulversuche abgelehnt wurden und wie im Grunde genommen im Rahmen der Schulversuche die Kinder doch nur zu Versuchskaninchen degradiert würden. So ist der Wandel der geistigen Einstellung in der Republik Österreich von einem guten und wichtigen Anliegen vor sich gegangen.

Ich freue mich, daß in dem Aufsatz des Kollegen Steiner sehr deutlich dazu Stellung genommen wird, daß es ein beträchtlicher Schaden für die österreichische Schulpolitik wäre, wenn die Schulversuche zurückgestellt oder aufgelassen werden sollten.

Ich kann hier sagen – das wissen wir auch ganz genau –, daß innerhalb der Österreichischen Volkspartei eine große Zahl von Lehrern und Eltern diese liberale Einstellung besitzt. Wenn Sie, Herr Abgeordneter und Herr Bundesparteiboss Mock, heute feststellen, daß Sie sich zu diesen liberalen Grundsätzen bekennen, dann wird es in der Zukunft keine Schwierigkeiten geben, daß wir gerade in schulpolitischen Fragen zu einem Einvernehmen, zu einem Konsens kommen, den wir zweifellos dringend brauchen.

Ich möchte auf einen weiteren Tatbestand hinweisen, der mir wichtig erscheint. Es ist uns in der abgelaufenen Legislaturperiode beziehungsweise in den siebziger Jahren gelungen, daß diese gewaltige Bildungsexplosion bewältigt und damit das Bildungsniveau der österreichischen Bevölkerung beträchtlich gehoben wurde, dies in einem Ausmaß, wie das noch nie der Fall war. Zweitens konnten wir im Kampf gegen die Chancenungleichheit beachtliche

Dr. Schnell

Erfolge erzielen. Das Stadt-Land-Gefälle, das sicherlich, wie Sie uns jetzt zum Vorwurf machen können, nicht unser erstes Anliegen war, haben wir weitgehend beseitigt, und es ist uns gelungen, daß Mädchen in den weiterführenden Schulen nicht mehr unterrepräsentiert sind.

Sie werden daher auch verstehen, daß wir in unseren weiteren bildungspolitischen Anliegen große Anstrengungen unternehmen werden, gerade die Zahl der Arbeiterkinder an weiterführenden Schulen anzuheben, also die Zahl der Kinder, die aus Schichten kommen, die der Bildung weniger Wert beimessen.

Dasselbe gilt auch für unsere Hochschulpolitik. Daher freue ich mich darüber, daß in der Regierungserklärung sehr deutlich zum Ausdruck kommt, daß es das wichtigste Anliegen der Hochschulpolitik ist, daß der freie Zugang zum Hochschulstudium gewährleistet und erhalten wird, und daß wir weiterhin den Begabten aus jenen gesellschaftlichen Gruppen unser größtes Augenmerk zuwenden, die bisher diese Bildungswege nicht in gleicher Weise einschlagen konnten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch ganz kurz auf eine weitere Tatsache eingehen, die die Österreichische Volkspartei in ihrer Programmdiskussion doch berücksichtigen sollte.

Die Auffassung, daß Ganztagschule und Gesamtschule von vornherein aus ideologischen Gründen abzulehnen sind, wird in Zukunft nicht mehr haltbar sein, dies auch aus dem christlichen Menschenbild, dem Sie sich verpflichtet fühlen.

Vor mir liegt eine Darstellung „Kirche und Gesellschaft, theologische und gesellschaftswissenschaftliche Aspekte“, eine Untersuchung, die von dem Ordinarius der Wiener Universität, Dr. Olechowski, durchgeführt wird und die sich mit dem Engagement des Christen in der Schulpolitik beschäftigt. Endlich hat der Herr Direktor Dr. Vierlinger an der Pädagogischen Akademie der Diözese Linz einen mutigen Mitstreiter bekommen, der ebenfalls der Auffassung ist, daß Ganztagschule und Gesamtschule mit dem Weltbild des Christen nicht nur vereinbar sind, sondern daß es nicht verständlich sein kann, daß aus dem christlichen Weltbild unter Berufung auf spezifisch christliche Grundsätze prinzipielle Einwendungen gegen die Ganztagschule und gegen die Gesamtschule vorgebracht werden.

Ich glaube, daß diese Entwicklung, diese Bewußtseinsänderung im Raum der Österreichischen Volkspartei, aber vor allem auch im Raum der katholischen Kirche und im Raum der christlichen Pädagogen sehr wesentlich zur

Änderung der Bildungspolitik in den siebziger Jahren und in den achtziger Jahren beitragen wird. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Mock: Herr Präsident, Sie haben vorhin beklagt, daß wir das sozialistische Menschenbild interpretieren. Jetzt interpretieren Sie unser Menschenbild!)*

Ich maße mir gar nicht an, Ihr Menschenbild zu interpretieren, sondern ich zitiere nur einen Autor, der als Vorsitzender der Katholischen Akademie doch die Autorität darstellt, daß er dieses christliche Menschenbild wiedergibt. *(Abg. Dr. Mock: Dann muß ich den Kollegen Moderner zitieren, der die Gesamtschule ablehnt!)*

Selbstverständlich gibt es auch bei uns eine Reihe verschiedener Meinungen. Aber im Grunde genommen ist die Bewußtseinsänderung in Ihrem Raum zweifellos beträchtlich größer, und zwar die Bewußtseinsänderung im Hinblick auf die Modernität dieser Einrichtungen, die wir anstreben.

Ich kann daher nur die beiden Oppositionsparteien einladen, das österreichische Bildungswesen mit uns zu gestalten, diese gemeinsame Verantwortung zu tragen, weil wir auf Grund der gesetzlichen Voraussetzungen zu dieser gemeinsamen Verantwortung aufgerufen sind, und zwar sowohl aus dem Grunde der Zweidrittelmehrheit bei der Beschlußfassung der Gesetze, als auch auf Grund der Tatsache, daß die Landesschulräte – und Sie stellen ja in sechs Landesschulräten den amtsführenden Präsidenten beziehungsweise den Präsidenten – einen sehr wesentlichen Teil der Bildungspolitik durchführen.

Ich möchte aber doch noch darauf hinweisen – damit komme ich auf die Wortmeldung des Herrn Kollegen Keimel zurück –, daß nicht nur die Aktion Gegenstand der Verantwortung ist, sondern es kann auch die Verhinderung von Gesetzen Gegenstand der Verantwortung sein.

Wenn die Österreichische Volkspartei ihre Macht der Zweidrittelmehrheit im Hinblick auf das Zustandekommen von Gesetzen dazu benützt, Gesetze zu verhindern, dann trägt sie auch die Verantwortung, daß die schulpolitische Erneuerung in Österreich nicht in der Weise vor sich geht, wie sich das die Eltern und die Menschen in diesem Staat wünschen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Stix. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner, der sozialistische

Dr. Stix

Abgeordnete Dr. Schnell, hat gemeint, es gebe seit der sozialistischen Regierung in Österreich ein besseres Klima der Liberalität und Geistigkeit. Ich möchte das in Zweifel ziehen und als ein bedenkliches Beispiel nur jene neue Indoktrinierung erwähnen, die man etwa im Lehrbetrieb, praktisch überall, wo Gesellschafts- und Politikwissenschaft betrieben wird, beobachten kann.

Herr Dr. Schnell hat auch von einem Hinterfragen eigener Anschauungen gesprochen. Damit sind wir mitten beim Thema des heutigen Tages. Es gibt ja neben dem Papier der Regierungserklärung ein in meinen Augen noch weit interessanteres Papier, nämlich die Unterlagen für die Klausurtagung der sozialistischen Fraktion in Pörschach.

Wenn man diese beiden Papiere miteinander vergleicht, dann entdeckt man, daß offenbar so etwas wie ein Hinterfragen bisher nach außen vertretener eigener Anschauungen auf sozialistischer Seite stattgefunden hat, Herr Dr. Schnell!

Im übrigen scheint mir das Papier von Pörschach interessanter zu sein als die eigentliche Regierungserklärung. Man kann auch zu der Auffassung gelangen, daß diese Regierungserklärung genau betrachtet nur einen schwachen Absud der durchaus stärkeren Essenz von Pörschach darstellt. Vor allem läßt sich aus den Unterlagen von Pörschach erkennen, daß zumindest Vizekanzler Dr. Androsch auf eine Linie einschwenkt, die sich deutlich von den im Wahlkampf vertretenen Auffassungen der Sozialistischen Partei abhebt und in vielen Punkten jenen Argumenten nähert, die nicht zuletzt wir Freiheitlichen hier in diesem Hause in den letzten Jahren vorgebracht haben.

Ich möchte als Beispiel für dieses Auseinanderklaffen der beiden Papiere einen Punkt erwähnen, der heute nicht Gegenstand der Debatte war, aber zweifellos im Zusammenhang mit den uns beschäftigenden Problemen rund um die Vollbeschäftigung eine große Rolle spielt. Ich meine die Arbeitszeitverkürzung.

Da ist beispielsweise auf Seite 62 des Pörschacher Papiers zu lesen - ich zitiere wörtlich -: Eine Arbeitszeitverkürzung ist kein Allheilmittel für die vor uns stehenden Beschäftigungsprobleme. - So hieß es in Pörschach.

In der Regierungserklärung dagegen heißt es wörtlich, wo von Arbeitszeit die Rede ist, daß im Einklang mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten auch eine Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben sei. Das ist ein ganz offener Gegensatz, und wahrscheinlich erleben wir derzeit in der Sozialistischen Partei jenes Hinterfragen eigener Auffassungen, von dem Herr Dr. Schnell gesprochen hat.

Nur am Rande, um dieses Thema zu vervollständigen und gleichzeitig auch abzuschließen, bringe ich den Standpunkt der Freiheitlichen Partei zum Problem der Arbeitszeitverkürzung. Wir wissen, daß dies mit zunehmender Technisierung der Wirtschaft in Zukunft ein Problem ist, das auf dem Tisch bleibt, aber wir sehen das Problem nicht in einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, sondern in einer differenzierten Vorgangsweise, die sich auf die gesamte Lebensarbeitszeit bezieht, wie beispielsweise längerer Urlaub vor Arbeitszeitverkürzung oder, ein anderes Beispiel, gleitende Pensionierung.

Kehren wir zurück zu den bemerkenswerten Unterschieden zwischen dem Pörschacher Papier und der heute debattierten Regierungserklärung. Ein zentrales Problem in der Wirtschaftspolitik und darüber hinaus auch in der Energiepolitik, die uns allen so sehr unter den Nägeln brennt, ist die Frage des weiteren Wachstums.

Da sagt die Regierungserklärung ziemlich weich und ohne sich genau festzulegen auf Seite 40, daß die Aufgaben der Wirtschaftspolitik nicht ohne ein ausreichendes Wirtschaftswachstum zu bewältigen sind. Es ist dies die alte Melodie, die wir ja kennen, die aber hier doch schon etwas leiser gespielt wird.

Hingegen gibt es ganz neue Töne in dem Papier aus Pörschach. Dort heißt es auf Seite 59: Die hohen Wachstumsraten stellen einen historisch einmaligen Ausnahmefall dar. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die niedrigen Wachstumsraten seit 1974/75 nur eine kurzfristige Erscheinung sind. Viel mehr - so heißt es wörtlich - Gründe sprechen dafür, daß die Wachstumsverflachung in die achtziger Jahre hinein anhalten wird. - Das sind neue Töne! Das sind durchaus realistischere Töne, nur vor den Wahlen las man es anders.

Noch etwas las man vor Tische anders. Ich zitiere jetzt die Regierungserklärung, und zwar Seite 49. Das geschieht in konsequenter Verfolgung der Probleme der Wachstumsverflachung. Es heißt dort:

„Anzustreben ist eine Entkoppelung der aus der Vergangenheit bekannten engen Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauchs Zunahme.“

Wörtlich lautet es weiter:

„Jene statistischen Ansichten müssen revidiert werden, wonach wirtschaftliche Entwicklung und Energieverbrauch untrennbar miteinander verbunden sind.“

Das ist etwas völlig Neues aus sozialistischem Mund! Vor der Wahl, erst recht vor der Abstimmung über Zwentendorf hörten wir das

Dr. Stix

ganz anders. Da konnten wir hier aus dem Munde des Herrn Bundesministers Dr. Staribacher oder von Sprechern des ÖGB und der Arbeiterkammer pausenlos das Argument hören, daß jede Art von Wirtschaftswachstum ein gleichartiges Wachstum des Energieverbrauches erfordere. Also hier sind neue Töne, die wir Freiheitlichen mit desto größerer Aufmerksamkeit registrieren, als wir seit Jahren auf diesen Umstand hingewiesen haben.

Lassen Sie mich nun kurz zu jenen Fragen der Energiepolitik kommen, die sich an verschiedenen Stellen der Regierungserklärung finden. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch die Einsetzung eines Ministerkomitees, das für Energiesparen sorgen soll. Ich entnehme einer Pressemitteilung, daß dieses Ministerkomitee für Energiesparen bis Mitte Juli auch einen Operationskalender ausarbeiten soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Die Tatsache, daß Sie jetzt ein Ministerkomitee einsetzen, die Tatsache, daß Sie erst jetzt einen Operationskalender beschließen wollen, ist doch nichts anders als das Eingeständnis eines Versäumnisses. Ich stehe ganz unter dem Eindruck, daß dieses Ministerkomitee in Wahrheit keine andere Aufgabe hat, als das gestrandete Schiff der bisherigen Energiepolitik des Herrn Dr. Staribacher wieder flottzumachen.

Ein weiterer Punkt aus der Regierungserklärung betrifft die in letzter Zeit vieldiskutierte Zusammenarbeit von Bund und Ländern auf Vertragsbasis gemäß Artikel 15 a der Bundesverfassung. Es heißt dazu in der Regierungserklärung: Es wird die Bundesregierung in dazu geeigneten Bereichen den Abschluß von Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern im Sinne des Artikels 15 a vorschlagen.

Wieder taucht nun die Frage auf: Warum sind alle Gespräche, etwa den Wärmeschutz und die dazu gehörenden Begleitmaßnahmen im Wege eines solchen Staatsvertrages zu regeln, warum sind die seit über einem Jahr in Gang befindlichen Verhandlungen bis heute noch nicht zu einem Abschluß gekommen? Auch hier wurde viel zu spät ein Weg eingeschlagen, den man dann außerdem noch viel zu langsam bis zu einem hoffentlich guten Ende weiterbeschreitet.

Aber bleiben wir weiter beim Thema Energiesparen. Ich lese auf Seite 45 der Regierungserklärung:

„Zahlreiche Untersuchungen und Meinungsumfragen haben ergeben, daß die Bevölkerung die Bedeutung des Energiesparens weitgehend bejaht und auch durchaus bereit ist, in ihrem unmittelbaren Lebensbereich diesen Erfordernissen zu entsprechen.“

Das ist etwas, was wir seit langem wissen. Auch die „Arbeiter-Zeitung“ hat darüber geschrieben, beispielsweise in ihrer Ausgabe vom 14. Dezember 1978, in der groß zu lesen stand: „Österreicher wollen Gesetze gegen Energievergeudung“. (*Präsident Thallhammer übernimmt den Vorsitz.*)

Jetzt frage ich mich aber: Wenn man das alles weiß, wenn es sowieso zahlreiche Umfragen gibt, warum traut sich nun in der Frage der Benzinverknappung, in der Frage etwa eines autofreien Tages, in der Frage etwa der Benzinrationierung die Regierung im Wissen aller Umfrageergebnisse, im Wissen ihres eigenen Programms wieder nicht, eine Entscheidung zu treffen? Warum weicht sie wieder einer Entscheidung aus und will nun eine neue Umfrage machen, wie die Bevölkerung über diese Sparmaßnahmen denkt?

Es ist in diesem Zusammenhang ganz amüsant, sich vor Augen zu halten, wie der Herr Bundeskanzler, wie Herr Dr. Kreisky in Wahrheit über das Energiesparen denkt. Nur, wenn man die wahre Meinung des Herrn Bundeskanzlers erfahren will, muß man sich ja immer in ausländischen Medien informieren.

In der „Weltwoche“ vom 23. Mai gab es ein Interview mit Herrn Dr. Kreisky, und der Interviewer fragte unter anderem wörtlich: „An ein rigoroses Energiesparen denken Sie nicht?“ Darauf Kreisky: „Nein. Die Leute werden auf gewissen Sektoren automatisch sparen, sobald alles teurer wird.“

Nun, da wird sich der Herr Preisminister Dr. Staribacher sehr freuen, diese Meinung seines Kanzlers hier vorgesetzt zu bekommen. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Beim Energiesparen geht es nicht primär darum, auf irgendwelche Standards zu verzichten, sondern es geht in allererster Linie darum, einer gewissen Verschwendung Einhalt zu gebieten, und es geht auch darum, aus den vorhandenen Primärenergieträgern mehr Endenergie herauszuholen. In dieser Absicht haben wir Freiheitlichen unter anderem in der letzten Legislaturperiode einen Initiativantrag betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gasöl-Steuerbegünstigungsgesetz geändert wird, eingebracht. Die sozialistische Fraktion hat damals mit ihrer Mehrheit diese freiheitliche Initiative niedergestimmt.

Nunmehr finde ich im Energiebericht 1979 der Bundesregierung genau jene freiheitliche Forderung von damals als nunmehrige Forderung der Bundesregierung. Und weil wir nun schon an viele Versäumnisse der Bundesregierung gewöhnt sind, möchten wir hier zu einer gewissen Beschleunigung einer sinnvollen Maßnahme beitragen und bringen daher als freiheit-

Dr. Stix

liche Fraktion diesen Antrag der Abgeordneten Dr. Stix, Dr. Broesigke und Grabher-Meyer betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gasöl-Steuerbegünstigungsgesetz geändert wird, neuerlich ein.

Ich will mich darüber nicht groß verbreiten, sondern nur jenen, die mit den technischen Details weniger vertraut sind, zur Illustration, worum es dabei geht, folgenden Vergleich sagen: Mit Hilfe einer motorbetriebenen Wärmepumpe kann ich aus der gleichen Menge Ofenheizöl in etwa die dreifache Wärmemenge gewinnen, wie wenn ich diese gleiche Menge Ofenheizöl auf herkömmliche Weise verheize. Das heißt, bildlich gesprochen: Für den Bereich, wo es zu einer Anwendung dieser Technik kommt, können wir sozusagen das vorhandene Heizöl in seiner Ausnutzung, in seiner Endenergie verdreifachen.

Das sind also praktische Maßnahmen, und dies ist eine, die längst hätte gesetzt werden können, wenn die Sozialistische Partei im Herbst nicht so überheblich gewesen wäre, diesen freiheitlichen Vorschlag vom Tisch zu wischen, den sie heute als ihren eigenen Programmpunkt im Energiebericht aufführt.

Ich will damit schon zum Ende kommen, was den Bereich Energie betrifft, aber ich bleibe noch ein wenig im Ressort des Herrn Ministers Dr. Staribacher.

Beim Anhören und beim Durchlesen der Regierungserklärung, Herr Bundesminister, habe ich eine große Lücke entdeckt. Von einem ganz wesentlichen Bereich, von dem Sie aus unseren Debatten hier im Hause wissen, daß er uns Freiheitlichen besonders am Herzen liegt, ist nicht ein Wort, nicht ein Wort in der Regierungserklärung enthalten, nämlich von der Bevorratung. Von der gesamten Bevorratung, Herr Bundesminister, mit der Sie ja auch nicht weitergekommen sind und auf die wir Freiheitlichen ununterbrochen gedrängt haben, von diesem ganzen unerledigten Bereich der Wirtschaftssicherung, der Sicherheit Österreichs in einem Krisenfall ist in der Bundesregierungserklärung mit keinem Wort die Rede. Und das erachten wir Freiheitlichen als einen gravierenden Mangel dieser Regierungserklärung. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Gleich noch etwas aus Ihrem Ressortbereich. Ich freue mich, daß Sie jetzt hereingekommen sind und ich mich daher ein bißchen an Sie wenden kann, Herr Bundesminister.

Auf Seite 58 der Regierungserklärung steht einiges über Nahversorgung. Sie bekennen sich dazu. Ich darf das positiv vermerken, weil wir Freiheitlichen seit langem der Auffassung sind, daß man den kleinen Kaufmann um die Ecke

nicht kaputt gehen lassen darf, sondern daß es sowohl im Interesse einer gesunden Einzelhandelsstruktur wie auch im Interesse der Versorgungssicherheit für die Bevölkerung notwendig ist, diese Nahversorgung aufrechtzuerhalten. Sie werden also auf unsere Mithilfe zählen können, wenn hier wirklich etwas weitergeht.

Aber zur Steuerung der Wahrheit möchte ich doch daran erinnern, daß es beim wichtigsten Problem in diesem Zusammenhang, nämlich den Verkauf unterm Einstandspreis zu verbieten, deswegen zu keiner Lösung gekommen ist, weil die sogenannten Sozialpartner, und zwar beide, in dieser Frage einfach hilflos gewesen sind und zu keiner Lösung gefunden haben.

Auch ein anderer Punkt, der eine Teillösung zur Nahversorgung beitragen hätte können, nämlich die freiheitliche Initiative für einen flexiblen Ladenschluß, ist ja von den beiden Sozialpartnern nicht behandelt worden und ist in diesem Hause nicht zu einer Lösung gebracht worden. Ich darf nur daran erinnern, weil es also auch zu dem Thema gehört, was als Nahversorgung in der Regierungserklärung, Herr Bundesminister, behandelt wird.

Noch ein Wort zu einem anderen großen Bereich der Wirtschaftspolitik, nämlich zu den Investitionen. Auch hier eine Mischung aus Dichtung und Wahrheit. Auf Seite 60 der Regierungserklärung spricht man von der Steigerung der öffentlichen Investitionen. Es ist nicht richtig, daß es in der gesamten zurückliegenden Zeit eine Steigerung der öffentlichen Investitionen gegeben hat. In den letzten Jahren ist der Anteil der Investitionen an den Ausgaben des Bundes relativ gesunken. Wenn Sie nun in Ihrer diesjährigen Regierungserklärung das Postulat aufstellen – ich entnehme es der Seite 63 –, „Stabilisierung der Ausgaben für Investitionen auf ihrem jetzigen hohen Niveau für zwei Jahre“, dann heißt das nicht, daß es bei diesem Investitionsniveau bleibt, sondern dann bedeutet das in Wahrheit eine Fortsetzung der schon in den letzten Jahren eingetretenen Reduzierung, das heißt, relativen Verringerung der Investitionen.

Damit bricht aber auch eine von Ihrer Seite sehr gern vorgetragene Argumentation zusammen, nämlich jene Argumentation, daß die wachsende Staatsverschuldung notwendig sei, um immer größere Investitionen zu finanzieren, die ihrerseits wieder notwendig seien, um die fehlenden Arbeitsplätze zu beschaffen. Diese Argumentationskette bricht mit den Formulierungen, die in Ihrer diesjährigen Regierungserklärung enthalten sind, zusammen.

Ein anderer wirtschaftspolitisch interessanter Punkt, ich möchte fast sagen, ein interessanter Stoßseufzer findet sich auf Seite 54:

Dr. Stix

„Die staatliche Wirtschaftsförderung“, so heißt es, „kann und will kein Ersatz für die unternehmerische Tätigkeit und Verantwortung sein.“

Wenn man übrigens ins Pörschacher Papier hineinschaut, dann findet sich dort ein noch viel stärkerer Aufruf an das Unternehmertum.

Ich glaube, in diesen Formulierungen so etwas wie einen ersten leisen Hilferuf des ursprünglich so selbstsicheren sozialistisch regierten Staates an das private Unternehmertum herauszuhören. Das ist ein ganz anderer Ton, als wir das früher von Ihrer Seite hörten. Sie traten doch an mit dem Anspruch, besser wirtschaften zu können, vor allem auch im unternehmerischen Bereich besser, planvoller und erfolgreicher wirtschaften zu können.

Jetzt stehen Sie offenbar an mit den Problemen, und Sie erkennen das. Zumindest einige bei Ihnen sehen die Dinge, wie sie wirklich sind. Eine erste Folge dieses Hinterfragens, Herr Dr. Schnell, dieses Hinterfragens bisher gängiger sozialistischer Vorstellungen ist eben dieser erste leise Hilferuf an die Unternehmer, doch das zu bewältigen, was offenbar der Staat sich zu bewältigen zwar vorgenommen hat, aber jetzt nicht fertigbringt.

In diesem Zusammenhang sei mir bitte eine Randbemerkung zu jenem Papier der Katholischen Sozialakademie gestattet, das heute von Herrn Dr. Fischer zitiert wurde. Der Inhalt der dortigen Ausführungen behauptete nicht mehr und nicht weniger als die Zerstörung der wirtschaftlichen Freiheit als eine Folge der sozialen Marktwirtschaft. Ich kann es hier nur, wenn auch die Zeit knapp ist, nicht anders als mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Was hier nämlich gemacht wird, ist eine völlige Verdrehung der Begriffe. In diesem Papier der Katholischen Sozialakademie wird zwar gegen den Manchester Liberalismus mit Recht polemisiert, seine Auswüchse dann aber nicht ihm zugeordnet, sondern der sozialen Marktwirtschaft, die ja genau das verhindert. Die soziale Marktwirtschaft ist nämlich genau jenes System, das weit über den klassischen Liberalismus hinausgehend ein Instrumentarium entwickelt, das die Selbstzerstörung in einer Marktwirtschaft verhindern soll, vor allem durch eine Regulierung des ruinösen Wettbewerbes. Und insofern geht also diese Aussage völlig daneben.

Aber während die einen sich am Liberalismus reiben, entdecken andere Schwarze den Liberalismus in ihrer eigenen Geschichte. Ich darf auf die Worte in der Rede des Herrn Dr. Mock verweisen. Ich habe sehr aufmerksam vernommen, daß er nicht nur von der christlich-sozialen, sondern plötzlich auch – und das jetzt schon zum

wiederholten Male – von der liberalen Tradition der ÖVP spricht. Ich nehme an, Herr Dr. Mock, daß hier im wesentlichen der Wunsch der Vater des Gedankens ist, denn mit der geschichtlichen Wirklichkeit hat die behauptete liberale Tradition in der ÖVP so gut wie nichts zu tun.

Lassen Sie mich die wirtschaftlichen Dinge abschließen mit einigen Feststellungen zu dem trotz seiner bedauerlichen Randlage heute immer noch wichtigsten Zweig der Wirtschaft, nämlich zur Landwirtschaft, der wir schließlich die Basis für unsere Existenz verdanken.

Die Regierungserklärung spricht auf Seite 79 von der „erfolgreichen Reform des Milchmarktes“. Wir Freiheitlichen sind keineswegs der Meinung, daß diese halbherzig eingeleitete Reform des Milchmarktes bereits eine erfolgreiche sei. Nicht zuletzt haben wir ja, obwohl der Gedanke der Kontingentierung, der darin erstmals zum Tragen kommt, von freiheitlichen Ideen ausgeht, dagegen gestimmt, weil wir sagen: Man kann es nicht so machen.

Zur Kontingentierung gehört natürlich auch, daß für die kontingentierten Milchmengen ein betriebswirtschaftlich richtiger Preis gezahlt wird. Genau das geschieht aber nicht. Der derzeitige Preis liegt immer noch ungefähr um 1 S unter dem betriebswirtschaftlich richtig kalkulierten Preis. Daher wird es trotz dieses neuen Milchmarktregimes zu einer weiteren Verarmung jener Bauern kommen, die hauptsächlich – und das vor allem in den Berggebieten – Milchwirtschaft betreiben. Dem können wir so nicht zustimmen.

Wir haben den Verdacht, daß auch bezüglich der angekündigten Reform des Getreidemarktes wenig Gutes zu erwarten ist, wenn dabei genauso halbherzig verfahren wird wie bei der Reform des Milchmarktes.

Im übrigen ist das Kapitel Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft ein besonders trauriges. In Österreich hinkt das Agrareinkommen um etwa 30 bis 40 Prozent hinter den übrigen Einkommen nach. In der Schweiz hat man schon aufgeholt: Dort ist das Paritätseinkommen ein Ziel gewesen jahrelang, und ein Ziel, das inzwischen erreicht wurde.

Wir Freiheitlichen möchten daher wissen, wie sich die österreichische Agrarpolitik nunmehr zu dem Begriff des Paritätseinkommens stellt und ob man in Zukunft vielleicht bereit sein wird, jene freiheitlichen Vorstellungen über eine neue Neuordnung des Agrarmarktes zu behandeln, die ja den Begriff des Paritätseinkommens für die Landwirtschaft enthalten.

Ich komme zum Schluß und möchte nur noch darauf hinweisen, daß in der Sozialpolitik auch

Dr. Stix

offenbar zwei Zungen in der SPÖ miteinander um die letztlich verbindliche Aussage ringen. Man hat uns Korrekturblätter hineingelegt zur Regierungserklärung. Es ist interessant, sich die Seite 98 anzuschauen, was ursprünglich dort stand und was jetzt dort steht. Ursprünglich stand dort im Absatz 1 und vor allem dann im Absatz 3:

„Wir anerkennen den Kausalzusammenhang zwischen sozialpolitischer Leistungsfähigkeit und wirtschaftlichem Ertrag: das heißt, daß wir das, was wir in der Sozialpolitik ausgeben, auch erarbeiten müssen.“

Aus freiheitlicher Sicht kann man nur sagen: Bravo, eine richtige Einsicht! – Aber die Freude war kurz, denn genau dieser Passus wurde herausgestrichen und scheint in der Korrektur nicht mehr auf. Es taucht also die Frage auf: Haben Sie mit diesem dritten Absatz auch Ihre offenbar im Stillen vorhandene Erkenntnis gestrichen, daß die Basis für soziale Leistungen zuerst erwirtschaftet werden muß?

So stellt sich uns diese Regierungserklärung zusammenfassend als ein Versuch dar, die sich nach dem 6. Mai nun abzeichnenden harten Konturen des österreichischen Weges in die achtziger Jahre doch noch einmal mit verschwommenen Pastellfarben zu überpinseln. An dieser Schönfärberei werden wir Freiheitlichen uns allerdings nicht beteiligen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Jörg Haider. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf als offenbar letzter der zu Wort Gemeldeten *(Rufe: Vorletzter!)* – vorletzter – eine freundliche Note setzen und zu Beginn meiner Ausführungen ein Kompliment an die Adresse der Regierung richten für ihre Regierungserklärung. Ein Kompliment in der Richtung, daß sie Konsequenz bei der Abfassung dieser Regierungserklärung bewiesen hat, indem sie das durchgehalten hat, was sie vor der Nationalratswahl bereits öffentlich kundgemacht hat.

Es war nämlich klar, daß schon auf Grund des Wahlprogramms und jener Aussage über den Weg in die achtziger Jahre niemand so recht wußte, wo denn dieser Weg wirklich hinführen würde. Es blieb eine Menge von Unklarheiten übrig. Und diese Konsequenz haben Sie eisern in Ihrer Regierungserklärung durchgehalten. Offenbar unter Bezugnahme auf Ihre frühere Aussage, nicht zuletzt auch anlässlich Ihres Parteitages, wo Sie gesagt haben: Nur keine

Experimente!, und zwar als offensichtliche Erklärung Ihrer Strategie.

Weil Sie also keine Experimente wollten, haben Sie nun offenbar einen Entschuldigungsgrund in dieser Aussage gefunden, daß Sie eine sehr unklare, verschwommene und bis zu einem gewissen Grad in ihren Konsequenzen nicht absehbare Regierungserklärung vorgelegt haben.

Und weil Sie kein Programm, das klar ist, haben, experimentieren Sie jetzt und machen genau das, was Sie eigentlich nicht haben wollten.

Wenn der Herr Klubobmann Fischer heute vormittag gemeint hat, die Weichen seien für die achtziger Jahre gestellt, dann würde ich meinen: Die Weichen hat er wohl gestellt, nur fehlen noch ein bißchen die Schienen, damit man weiß, wie lang und in welche Richtung dieser Weg wirklich gehen wird. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Daher glaube ich auch, daß unser Vorwurf zu Recht besteht, daß diese Regierungserklärung in vielen Bereichen Eigenschaften aufweist, die sie eigentlich nicht haben sollte. Ich zitiere hier sieben Schwachstellen, die aufgefallen sind:

einmal, daß zu viele Allgemeinplätze und Schlagworte drinnen sind;

zum zweiten zu viele Absichtserklärungen;

zum dritten, daß ein Mangel an Problembewußtsein dokumentiert wird;

zum vierten, daß ein Mangel an Zukunftsperspektive sichtbar wird gerade für jenen immer wieder proklamierten Weg in die achtziger Jahre, der mehr oder weniger in einem Fortschreiben des momentan vorgefundenen Ist-Zustandes sich vollziehen soll, wobei der Wähler und Bürger in diesem Land wahrscheinlich in die Position gleich einem Huhn verdammt ist, das nicht weiß, ob es gerupft wird oder ob es künftighin auch noch ein wenig zu fressen bekommen wird;

zum weiteren liegt eine Schwachstelle in einem Fortwursteln im Bereich von Problemlösungen, ohne echte Alternativen aufzuzeigen;

keine Reformen im Sinne von Reformen, die selbst getragen werden sollen, sondern Reformen werden nur dort angepeilt, wo andere sie bezahlen müssen;

und letztlich ist dieser Weg in die achtziger Jahre in seiner Klarheit ein wenig vernebelt, und man könnte fast das Gefühl haben, hier handle es sich nicht um eine Regierung, die auf vier Jahre ein Programm erarbeitet hat, sondern eher um eine Übergangsregierung, die ihren Kollegen, die da nachkommen, nicht alles

Dr. Jörg Haider

vorwegnehmen will und daher einiges an nötiger Schärfe vermissen läßt. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Da wir Freiheitlichen uns gerade in diesem Wahlkampf sehr stark mit der politischen Erneuerung des öffentlichen Lebens in Österreich auseinandergesetzt haben und uns entsprechende Zielsetzungen auch für diese Periode gegeben haben, wie sie unser Parteiobermann heute vormittag bekanntgegeben hat, wird es auch unsere Aufgabe sein, diesen noch etwas vernebelten Weg dadurch klarer zu machen, daß wir versuchen, durch freiheitliche Alternativen Nebelleuchten oder Nebelscheinwerfer zur Verfügung zu stellen, damit Klarsicht herrscht, wenn die nötigen Entscheidungen zu treffen sind.

Meine Damen und Herren, dies deshalb, weil wir glauben, daß diese Regierungserklärung umfänglich ein wenig groß geraten ist, aber den vielen Worten wenig Inhalt beigegeben wurde, und weil gestern mit so viel Anspruch auf Gründlichkeit und auf Ernsthaftigkeit beim Vortrag Reformversprechungen aus den Jahren 1970, 1971 und 1975 als Reformpremierer des Jahres 1979 offenbar der österreichischen Öffentlichkeit verkauft werden sollten.

Ich komme daher zu den von mir zitierten Schwachstellen.

Die erste Schwachstelle liegt in Ihrer Aussage zur Demokratisierung. Wenn die Regierung meint, es gehe um Mitsprache und Mitbestimmung in immer weiteren Bereichen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens in Österreich, dann ist das sicherlich ein vornehmes Ziel, das sie gewählt hat. Wenn sie aber im selben Augenblick dazusetzt, man muß die Formen erst finden, die man für diesen Weg bereit haben will, dann zeigt das wohl sehr deutlich, daß man einfach irgendein Schlagwort in den Raum gesetzt hat, wie man es bereits seit den Jahren 1970/71 getan hat, ohne nötige Konsequenzen zu ziehen.

Wir Freiheitlichen haben Ihnen – und darauf darf ich noch einmal in aller Deutlichkeit verweisen – im Bereich der Stadterneuerung und im Bereich einer Novelle zum Bundesstraßengesetz sehr klar und deutlich unsere Reformvorstellungen im Sinne einer verstärkten Demokratisierung des öffentlichen Lebens vorgetragen, die leider keine Zustimmung bei der Mehrheit dieses Hauses gefunden haben. Sie haben also seit 1970 etwas versprochen, was nicht eingetreten ist, und Sie versuchen es offenbar jetzt wieder, vom Jahre 1979 für kommende Jahre zu versprechen.

Es ist daher erfreulich, daß sich wenigstens im Bereich der Grundrechte eine etwas deutlichere

Aussage drinnen findet, denn ich glaube, gerade die Frage der Grundrechte wird umso bedeutsamer, je mehr Macht in den Händen einiger weniger politischer Gruppen oder überhaupt einer einzigen politischen Gruppe in diesem System in Österreich liegt. Wenn daher die Rede ist vom Recht auf Arbeit im Zusammenhang mit den sozialen Grundrechten und vom Recht auf Arbeitsplatzwahl, dann, meine Damen und Herren, ist es sehr interessant, wie der Meinungskonflikt ausgetragen werden wird, denn soweit mir in Erinnerung ist, finden sich in Ihren Programmentwürfen und Programmüberlegungen zum neuen Parteiprogramm der SPÖ ganz andere Vorstellungen, wo davon die Rede ist, man müsse der Jugend klarmachen, daß es Schluß ist mit der Illusion individueller Aufstiegshoffnungen.

Hier, meine Damen und Herren, wird zweifelsohne der Grundrechtsbereich der Menschen, was die freie Wahl der Arbeit und die freie Wahl des Arbeitsplatzes und der Ausbildung betrifft, sehr erheblich eingeschränkt, weil es offenbar um die staatliche Zuteilung von Betätigungsbereichen gehen soll, aber nicht mehr um die freie Entscheidung des einzelnen. Und wie nun dieser Widerspruch gelöst wird, mit welcher Intensität die Bereitschaft besteht, hier im Hohen Haus von seiten der Mehrheit auch die Fragen der sozialen Grundrechte endlich einmal konkrete Wirklichkeit im Sinne eines neuen Grundrechtskataloges werden zu lassen, bleibt abzuwarten, weil hier die offizielle Parteiposition in einem sehr eindeutigen Widerspruch zu jenen Versprechen in der Regierungserklärung steht. Ich habe fast so das Gefühl, daß es auch hier wieder einmal im Bereich der sozialistischen Bewegung und der Regierung so ist wie im Theater auf der Bühne, denn auch dort sprechen oft die Souffleure etwas lauter als die Akteure, und das scheint in diesem Bereich tatsächlich zuzutreffen. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie vielleicht der Vollständigkeit halber aber noch erinnern, daß gerade die Frage des Grundrechtsschutzes, der hier angepeilt wird, nicht so nebenbei in den Raum gestellt werden sollte. Er ist ein allgemeines, umfassendes Anliegen, das sich über die Grenzen der politischen Bewegungen hinwegentwickelt.

Ich möchte das gerade an die Adresse der Regierung und der Regierungspartei sagen, weil kein Geringerer als der Schöpfer der österreichischen Bundesverfassung, Professor Dr. Kelsen, in seiner Abhandlung über das Wesen und den Wert der Demokratie, einer seiner vielbeachteten Schriften, sehr deutlich an Ihre Adresse eine Mahnung gerichtet hat, die heute wahrscheinlich aktueller als je zuvor ist, wenn er meint:

Dr. Jörg Haider

„Die Grundrechte werden zu einem wesentlichen Requisit jeder demokratischen Verfassung. Sie dienen vor allem als Schutzwall gegen den Herrschaftsmißbrauch, der seitens eines absoluten Monarchen nicht mehr zu befürchten ist als seitens der Majorität, dem König der Demokratie.“

Und das, meine Damen und Herren, ist es, was wir als überzeugte freiheitlich-liberal denkende Menschen erstreben: den Freiraum des Menschen auch im politischen Bereich abzusichern. Wir fordern Sie daher auf, endlich diese Grundrechtsreform zielstrebig zu verwirklichen und sie nicht bis zur nächsten Regierungserklärung fortzuschreiben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sehr positiv ist anzumerken, daß eine Reform im Sinne der Demokratisierung der Sozialgerichtsbarkeit ins Auge gefaßt wird, weil hier wahrscheinlich die ärgsten Ungerechtigkeiten gegenüber vielen schwachen und arg betroffenen Menschen in unserer Gesellschaft passieren und wahrscheinlich gerade dort die Macht des Apparates und der Bürokratie sehr deutlich wird.

Ich darf hier schon sagen, daß in jenen Bereichen zweifelsohne eine offene Mitwirkung der Freiheitlichen möglich sein wird, wenn es darum geht, hier mehr Gerechtigkeit und mehr Rechtsschutz für die betroffenen Menschen zu verankern.

Nicht einverstanden sind wir aber mit jener Erklärung, nach der Sie glauben, daß Sie mit einer Reform der Gerichtsbarkeit vor allem bei den Bezirksgerichten bereits alles erledigt haben. Dort haben Sie die Reform auf halber Strecke beendet, meine Damen und Herren, denn Sie haben den Menschen gesagt, es wird besser werden, die Gerichtsbarkeit wird leistungsfähiger werden. Ich darf Sie aber daran erinnern, daß bis heute nur die Auflösung erfolgt ist, daß wir aber in vielen Bereichen gerade in den landwirtschaftlichen Regionen Österreichs – und ich komme aus einem Bundesland, das sehr hart davon betroffen ist – darauf warten, daß das Versprechen erfüllt wird, wenigstens die Grundbücher über EDV-Anlagen den Menschen wieder nahezubringen, damit sie nicht unüberwindliche Belastungen in Kauf nehmen müssen, wie das gegenwärtig der Fall ist, sodaß sie jenem alten Bezirksgericht, das Sie als überholt bezeichnet haben, heute nachweinen. Handeln Sie also, und trösten Sie uns nicht mit schönen Erklärungen in diesem Regierungsbericht!

Der Nachholbedarf im Bereich der Demokratisierung, meine Damen und Herren, ist, glaube ich, hier sehr deutlich herausgestrichen worden. Und kein Geringerer als der Herr Bundeskanzler

selbst hat es ja öffentlich in einer Zeitung erklärt, als er der Meinung war, es müsse notwendig sein, künftighin auch Selbstkritik zu üben. Man müsse die Staatsmacht prüfen, hat er gemeint, und dürfe vor Selbstkritik nicht zurückschrecken.

Das meine ich auch. Daher war es etwas enttäuschend, weil gerade unter dem Kapitel Demokratisierung vom Recht des Staatsbürgers die Rede ist und in diesem Zusammenhang auf die öffentlichen Ausschreibungen verwiesen wird. Das hat mit der Beziehung Staat, Macht und Rechtsposition des Bürgers nur sehr wenig zu tun, meine Damen und Herren. Einzig vielleicht in dem Sinne, daß damit eine Aufforderung verbunden ist, daß alle die „Wiener Zeitung“ abonnieren sollen. Aber es geht doch um viel grundlegendere Probleme, zu denen Sie sich in dieser Regierungserklärung unter dem Kapitel Demokratisierung ganz gehörig verschwiegen haben.

Ich meine, meine Damen und Herren, daß wir zweifelsohne erwartet hätten, daß Sie gerade im Sinne der Selbstkritik auch einen Gedanken dazu verlieren, wie es denn mit der Verbändedemokratie aussieht, wie es denn mit der Reform des Verbändestaates, der Demokratisierung dieser Institutionen in diesem Lande aussieht, die zweifelsohne einen demokratischen Nachholbedarf haben.

Das haben wir ja sehr deutlich gerade wieder bei der letzten Arbeiterkammerwahl erlebt, wo überhaupt nur 61 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne gegangen sind. Ja glauben Sie denn allen Ernstes, meine Damen und Herren, daß das ein Erfolg der Demokratie ist? Das ist doch eher ein Schuß vor den Bug, daß hier Reformen überfällig sind im Sinne einer Demokratisierung und einer größeren Gerechtigkeit der Wahlberechtigungen und Zugänge zum Wahlrecht für die Bevölkerung. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Mir kommt das immer so vor – da ja gerade von den Sozialisten die Arbeiterkammerwahl als der große demokratische Erfolg gefeiert wurde –, wie wenn jemand mit einem Auto unterwegs ist und kein Öl für seine Maschine hat, worauf schon das rote Licht aufleuchtet und er die größte Freude hat, daß sein Auto noch das rote Lichterl mehr hat, das hier funktioniert.

Das rote Lämpchen hat auch bei der Arbeiterkammerwahl aufgeleuchtet, aber im Sinne eines Warnsignals, meine Damen und Herren, daß Demokratisierung notwendig ist, und wenn da nichts passiert, wird es einen demokratischen Kolbenverreiber geben; damit diese Reformen, die wir hier urgieren, endlich einmal verständlich gemacht werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube daher, daß es notwendig ist,

Dr. Jörg Haider

statt ... (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Es ist auch sehr bezeichnend, daß gerade die Halbierung, von der Sie reden, ja nicht eingetroffen ist. Es wäre problematischer gewesen. Aber der Zugang zum Wahlrecht ist Tausenden Menschen in diesem Lande vorenthalten worden, weil die Bürokratie mit der Kompliziertheit allein dieses Wahlrechtes, das hier in Rede steht, überfordert ist, meine Damen und Herren. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Ich glaube daher, daß es besser gewesen wäre, statt demokratischer Schlagwörter in einer Regierungserklärung das klare Bekenntnis abzulegen, daß es einen Altbestand im Bereich der traditionellen Institutionen unseres Staatsgefüges zu sanieren gilt, einen Altbestand, der zweifelsohne die Voraussetzung erst dafür liefern kann, daß wir künftighin neue Bereiche im Sinne einer besseren demokratischen Erfassung dieses öffentlichen Lebens erschließen können.

Hier, meine Damen und Herren, fallen sicherlich auch Probleme des Persönlichkeitsschutzes hinein.

Ich möchte Sie nur darauf verweisen, daß wir nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der Arbeiterkammerwahl sehr deutlich gesehen haben, daß Menschen, die für Minderheitenfraktionen kandidieren und den Mut haben, sich in die Öffentlichkeit zu stellen, zweifelsohne mit schweren persönlichen, beruflichen Nachteilen zu rechnen haben. Auch darüber wird zu reden sein.

Ich darf Ihnen hier, weil es gerade dort oben angesprochen wurde, dazu sagen: Eine Frau, die an zweiter Stelle im Wahlkörper Angestellte bei der Arbeiterkammerwahl in Kärnten für die FPÖ kandidiert hat, wurde einen Tag nach der Wahl aus ihrem Beruf entlassen; aus einer Dienststelle, von der wir wissen, daß dort die Kündigung aus politischen Gründen erfolgt ist.

Hier, meine Damen und Herren, müssen wir alle darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoll wäre, den Schutz jener, die sich bereit finden, auch in einer Minderheitenposition demokratische Mitbestimmung auszuüben, auszubauen und zu stärken. Das verstehen wir Freiheitlichen unter sinnvoller Demokratisierung, weil sie der Menschenwürde und der Freiheitsentwicklung des Menschen dient. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Dafür haben Sie aber, glaube ich, in Ihrem Bereich der Regierungserklärung ein wenig durch Ideenlosigkeit gegläntzt, wenn gerade im Zuge der Demokratisierung vom Grundstatut für Studentenheime die Rede ist.

Ich möchte dazu folgendes sagen: Das ist nicht das schwerwiegende Problem der Demokratie in

Österreich, sondern es geht einmal in erster Linie um die Frage des Zuganges zu diesen Heimen. Ja sollen die Leute auch dort noch weiterhin den politischen Kanossagang antreten, wenn sie das Recht auf Bildung, von dem Sie alle hier in dieser Regierungserklärung gesprochen haben, in Anspruch nehmen wollen?

Dasselbe gilt für die Humanisierung der Arbeitsplätze, die nur ein wenig hingesprochen worden ist. Ja meine Damen und Herren, hier muß es noch einschneidende Reformen im Sinne einer Vermenschlichung unserer Lebenswelt in diesem Lande geben.

Ich darf Ihnen ein Beispiel von den Österreichischen Bundesbahnen zitieren. Vor allem deshalb, weil ich es selbst erlebt habe.

Ich habe mir vor der Nationalratswahl erlaubt, dem Zugsbegleiterpersonal in einigen Bahnhöfen in der Umgebung von Villach Radioapparate für ihre Aufenthaltsräume zur Verfügung zu stellen, weil diese Radioapparate ein langgehegter Wunsch der Belegschaft waren, weil es dort in den Aufenthaltsräumen etwas öde ist, wenn die Belegschaft mehrere Stunden Freizeit oder Zeiträume zwischen den einzelnen dienstlichen Verpflichtungen hat. Dort hat es ja bisher die dominierende Personalvertretung unterlassen, für eine Humanisierung des Arbeitsplatzes zu sorgen.

Ich mußte aber dann am nächsten Tag in der Zeitung lesen, daß gerade auf Protest der sozialistischen Personalvertretung in Villach diese Radioapparate von der Direktion beschlagnahmt worden sind; mit einem Argument, meine Damen und Herren, das sehr faden-scheinig ist. Der Herr Bundesbahnpräsident hat gemeint, zuerst hätte man um die Postbewilligung ansuchen müssen, und dann hätte die Belegschaft der Aufenthaltsräume darum ansuchen müssen, daß Sie den Stecker des geschenkten Radioapparates in die Steckdose des Aufenthaltsraumes der Bundesbahn hineinstecken darf.

Ja meine Damen und Herren, hier beginnt die Humanisierung! Wenn sie von den eigenen Interessenvertretungen unterbunden wird, dann, glaube ich, ist es notwendig, darüber nachzudenken. Ich stelle zugleich die Frage in den Raum, warum denn der Herr Verkehrsminister, der hier offenbar zuständig ist, im Erlaßwege eine solche Erschwerung der Humanisierung von Arbeitsplätzen in diesem Bereich vorangetrieben hat und duldet.

Hier, meine Damen und Herren, sehen Sie ganz konkret, worum es uns Freiheitlichen in der kommenden Periode gehen wird, wenn wir versuchen, ein wenig alternative Schlaglichter gegenüber jener vernebelten Regierungserklä-

Dr. Jörg Haider

rungen von Ihnen anzubringen und darzustellen.

Ich glaube, daß es notwendig ist, dies immer wieder aufzuzeigen, weil ich das Gefühl habe, daß gerade bei der Mehrheit in diesem Hause die Demokratisierung ein Schlagwort geworden ist, das so gehandhabt wird wie bei jemandem, der ein Haus baut und der, bevor er das Dach gebaut hat – damit die Bewohner geschützt sind –, bereits mit dem Garagenbau beginnt und dem es völlig gleichgültig ist, ob diejenigen, die drinnen wohnen müssen, auch adäquate Bedingungen vorfinden. Er verteilt lieber beim Regen Schirme, aber er baut an.

Das ist die falsche Entwicklung. Sanierung zuerst jenes traditionellen Bereiches unseres demokratischen Institutionengefüges, dann wird es auch eine echte Demokratie in den weiteren Bereichen geben, weil jene die Voraussetzung ist!

Ein zweites Argument müßte vielleicht hier noch angeführt werden.

Sie haben gerade in den Jahren 1970/71 damit viele Wähler in Österreich angesprochen, daß Sie sich als Reformbewegung dargestellt haben.

Meine Damen und Herren! Wenn ich mir heute die Regierungserklärung anschau und jenes Reformprogramm, das Sie hier scheinbar anbieten, analysiere, dann würde ich meinen, daß sich ein Vergleich aufdrängt. Waren Sie im Jahre 1970 für viele reformfreudige Menschen in Österreich mehr oder weniger ein Supermarkt der Reformideen, so sind Sie heute, im Jahre 1979, eher der Trödler Abraham im Bereich der Demokratiereform. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Ich habe aber auch gesagt: Absichtserklärungen, meine Damen und Herren, enthält dieses Regierungsprogramm, Absichtserklärungen vor allem in einem Bereich, in dem ich seit Jahren selbst mitgewirkt habe. Der Herr Bundeskanzler wird sich sehr genau erinnern, daß wir bereits 1972/1973 vereinbart haben, im Rahmen der Jugendgespräche mit den Jugendorganisationen jene formlose Diskussionsrunde der Jugendverbände auf eine größere, bessere Basis zu stellen, um wirklich einen breiten Gedankenaustausch über die die junge Generation in diesem Staate interessierenden Probleme voranzutreiben. Heute finde ich in der Regierungserklärung nicht einmal mehr eine Themenvorgabe für mögliche Gesprächsrunden mit dem Herrn Bundeskanzler, wie das früher der Fall gewesen ist. Ich glaube, auch hier sind Absichtserklärungen geäußert, die nicht von konkreten Reformüberlegungen getragen sind.

Ich habe auch gesagt, daß ein Mangel an Problembewußtsein, ein Mangel an Zukunfts-

perspektive in dieser Regierungserklärung vorzufinden ist. Das äußert sich darin, daß Sie einfach versuchen, jene Klippe in einem Bereich der Gesellschaftspolitik zu umschiffen, wo sie zweifelsohne Pech gehabt haben oder vielleicht nicht richtige Entscheidungen in den letzten Jahren getroffen haben. Das ist der gesamte Bereich der Familienpolitik.

Hier, meine Damen und Herren, ist es ein wenig mager, wenn sich die Regierungserklärung darauf beschränkt zu sagen: Bei den Bauern und bei den ungelerten Arbeitskräften finden sich die meisten Kinder, und dort sind die schwächsten Einkommen, daher wird man dort etwas tun müssen. Hier geht man ja am Kernproblem vorbei!

Wenn Frau Abgeordnete Albrecht heute gemeint hat: Die Tendenz der negativen Geburtenentwicklung wurde gestoppt, es ist eh wieder alles in Butter!, dann möchte ich also meinen, ... *(Abg. Anneliese Albrecht: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe nicht gesagt: Es ist alles in Butter!)* Aber: Die Tendenz wurde gestoppt ... *(Abg. Anneliese Albrecht: Nein, nein, interpretieren Sie mich richtig!)* Was haben Sie denn gesagt? – Sie haben gesagt: Die Tendenz wurde gestoppt. *(Abg. Anneliese Albrecht: Die Tendenz wurde gestoppt! Ich habe nicht gesagt: Es ist alles in Butter!)* Die Tendenz wurde gestoppt, haben Sie gesagt, im Sinne einer positiven Wertung ... *(Abg. Anneliese Albrecht: Da müssen Sie schon korrekt sein!)*

Liebe Frau Abgeordnete! Und jetzt werde ich Ihnen aber etwas sagen: Wenn diese Tendenz nur gestoppt ist und sich keine bessere Entwicklung unserer Geburtenraten abzeichnet, dann werden Sie in sieben Jahren *(Abg. Anneliese Albrecht: Wenn Sie gut zugehört hätten, hätten Sie es gehört!)* – hören Sie mir zu, hören Sie mir zu, ich habe Ihnen auch zuerst zugehört! –, dann werden Sie in sieben Jahren eine Reproduktionsrate haben, die heute schon zu niedrig ist, wirklich auch jenen Stand an sozialen Errungenschaften zu erhalten, den wir auch den künftigen Generationen vorbereiten und aufbereiten wollen. *(Zustimmung bei der FPÖ. – Abg. DDr. Maderner: Zuerst muß die Tendenz umgekehrt werden!)*

Das, meine Damen und Herren, sind die Grundüberlegungen. Hier hätte es doch Alternativen bedurft, es genügt nicht, Tendenzen aufzuzeigen. *(Abg. Anneliese Albrecht: Alternativen habe ich auch genannt!)* Es fehlen ganz klar die Alternativen, um die es Ihnen hier geht, meine Damen und Herren!

Dazu werden Sie Stellung nehmen müssen, weil hier in der Regierungserklärung ja nur die

Dr. Jörg Haider

halbe Wahrheit formuliert wird, wie Sie das getan haben. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Da kann man nicht mit Phraseologie antworten! Da muß man korrekt sein!*)

Man steht also irgendwo so ein bißerl unter dem Eindruck, daß Sie einfach die Bauernkinder und die Kinder der Unselbständigen in den niedrigen Einkommensgruppen als erfreulichen Lichtblick einer an sich negativen Geburtenbilanz herausgepickt haben und daraus jetzt ein Reservat des Kinderreichtums konstruieren wollen, das Sie nach außen wie ein Bild herzeigen können und unter Denkmalschutz zu stellen gedenken. Das ist aber nicht eine verantwortungsvolle Politik, meine Damen und Herren!

Ich glaube daher, daß es im Bereich der Familienpolitik in dieser Regierungserklärung an der Zukunftsperspektive ganz grundlegend fehlt, es fehlt an einer Zukunftsperspektive, die von Weizsäcker in einem wissenschaftlichen Aufsatz sehr klar umschrieben hat, indem er sagte:

„Seinen schärfsten Ausdruck findet das Mißverständnis von Gegenwart und Zukunft im Geburtenrückgang. Wesentliches Motiv sind die Konzentration auf Gegenwartswünsche, welche durch Kinder behindert werden könnten, und die Organisation einer Gesellschaft, in der materiell belohnt wird, wer keine Kinder hat.“

Ich meine, das ist eine richtige Erkenntnis. Die Alternativen für die kommenden Jahre hätte man doch ganz gerne gesehen.

Herr Abgeordneter Marsch hat gerade heute gesagt, daß die Familienpolitik ein großes Gebiet der Politik sein werde. Aber es fehlt eben an Klarstellungen, es fehlt überhaupt das Bekenntnis dazu, daß die Familie eine zentrale Funktion im Bereich der ordnungs- und gesellschaftspolitischen Entwicklung haben soll, meine Damen und Herren! (*Zustimmung bei der FPÖ. - Abg. Dr. Hertha Firnberg: Lesen Sie doch korrekt!*)

Ich glaube schon, daß Sie sich angegriffen fühlen, aber nehmen Sie, bitte, zur Kenntnis, daß das, was in Ihrem Bericht steht, mager ist und daß das nicht entspricht. Denn die Kinderfreundlichkeit, die hier zweifelsohne ein wenig stärker in den Vordergrund hätte gerückt werden müssen, entbehren wir eben. Keine klare Festlegung, worum es Ihnen in der Zukunft gehen wird.

Solange man halt lieber, meine Damen und Herren, eine Gesinnung anerzieht, wo zwar der Rasenmäher nicht stört, aber der Kinderlärm stört, werden wir im Bereich der Familienpolitik keine positive Entwicklung einleiten können. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Ich meine daher, daß das Grundproblem in der Familienpolitik nicht eine Frage der Subventionierungen an allen Ecken und Enden sein wird, sondern eine echte Einkommensstärkung der Familien, um jenen Freiraum zu erschließen, daß die Familie über den möglichen Lebensweg wieder disponieren kann, der gewählt werden soll.

Wenn am Vormittag auch von der Frau Abgeordneten Albrecht gesagt wurde (*Abg. Anneliese Albrecht: Ich muß ihn beeindruckt haben!*), es sei unrichtig, daß die Hausfrau diskriminiert wird, ja dann gebe ich Ihnen sogar recht, liebe Frau Albrecht: Nicht nur die Hausfrau, sondern die gesamte Familie wird durch diese Politik diskriminiert, die bisher gemacht worden ist (*Abg. Anneliese Albrecht: Ihrer Meinung nach!*), weil man heute die Alleinverdiener einfach gegenüber den Ledigen und den sonstigen Einkommensbeziehern diskriminiert.

Das, meine Damen und Herren, wird ein Punkt zum Nachdenken sein! (*Beifall bei der FPÖ. - Zwischenruf der Abg. Dr. Hertha Firnberg.*)

Frau Minister! Sie brauchen nicht ungehalten zu sein, aber Sie brauchen nur zur Kenntnis zu nehmen, wie denn die tatsächliche Einkommensentwicklung der durchschnittlichen Familie in Österreich ist.

Ja glauben Sie denn wirklich, daß jene Statistik, die die Arbeiterkammer für Österreich 1978 veröffentlichte, einen repräsentativen Wert hat, wenn dort steht: 11 952 S war das durchschnittliche Einkommen einer österreichischen Familie?

Ja meine Damen und Herren, für mein Bundesland darf ich sagen, daß der Herr Landeshauptmann selbst mit 7 100 S das Durchschnittseinkommen schon als Erfolg gefeiert hat. Da werden Sie mir nicht mehr erzählen, daß eine Familie eines Alleinverdieners bei den hohen Wohnungskosten halbwegs einen Lebensstandard beobachten kann! Hier muß die Reform einsetzen, aber nicht bei einer Subvention mit ... (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Zuerst informieren, dann reden! Schauen Sie sich die statistischen Zahlen an!*)

Das ist kein Argument, Frau Minister: Zuerst informieren, dann reden! - Ich meine, ich habe hier eine ganze Menge an Argumenten in einer fairen Weise vorgetragen, und glaube, daß Sie durchaus auch mit sachlichen Argumenten das entkräften könnten, wenn es Ihnen gelingt. Aber das wird nicht stattfinden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich glaube daher, daß es notwendig ist, besser nicht Subventionen, wie Sie sie in Ihrer

Dr. Jörg Haider

Regierungserklärung angegeben haben, in die ideologischen Löcher der Familienpolitik zu stecken, sondern eine echte Einkommensverbesserung der Familien in Österreich einzuleiten. Denn wenn das die Gesinnung ist, nur im Wege von Subventionstöpfchen dort und da Retuschen anzubringen, dann habe ich fast das Gefühl, daß eher ein Alkoholiker den Abschied von der Flasche nimmt als Sie vom Gießkannenprinzip im Bereich der Verteilungspolitik und Subventionspolitik für die Familien.

Das, meine Damen und Herren, ist der Befund, vor dem wir stehen.

Sie haben aber auch Reformen angeregt, bei denen andere zahlen sollen, meine Damen und Herren! Das ist vor allem die Sozialpolitik, wenn ich das so durchgehe. Es findet sich ja auch in dieser Regierungserklärung der Vermerk, daß die Freiheit von Not wieder einmal erreicht werden soll.

Ich glaube, daß die Regierungserklärung aus dem Jahre 1971 all das auch schon gefordert hat, nur ein bisserl anders umschrieben. Es hat nämlich dort geheißen:

„Es ist das erklärte Ziel der Bundesregierung, einen Staat der Wohlfahrt für alle zu verwirklichen, und deshalb muß es ihre erste Aufgabe sein, dort einzugreifen, wo es heute noch Armut gibt, wobei der Begriff der Armut relativer Art ist.“

Dann kommt eine längere Abhandlung darüber, was denn alles darunter zu verstehen ist.

Der Befund ist nach Ihrer Regierungserklärung offenbar der: Sie haben in den letzten Jahren in diesem Bereich in der Regierungspolitik nicht den angestrebten Erfolg gehabt. Das soll gar nicht als Vorwurf, sondern als Tatsache placiert werden, das heißt, daß ernsthafte Maßnahmen getroffen werden müssen, zu denen wir uns bereit finden, meine Damen und Herren, denn es gibt viele Menschen in Österreich, die heute wirklich unter unwürdigen und nicht adäquaten Bedingungen leben müssen, und diesen sollte man zweifelsohne eine Hilfestellung angedeihen lassen.

Aber bitte, nicht so lange warten mit der Verwirklichung, wie das jetzt von 1971 bis 1979 der Fall war. Ich meine vielmehr, es sollte ein gemeinsamer Versuch gemacht werden, daß wir ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Reinhart.)* Lesen kann ich schon, lieber Herr Abgeordneter. Es ist wohl keine Schwierigkeit, ein Protokoll auszuheben und sich daran zu erinnern, was Sie schon alles versprochen haben.

Ich meine nur, daß das, meine Damen und Herren, auch den Bereich jener sozial Schwächsten unserer Gesellschaft betreffen muß, den Sie

auch wiederum erwähnen; Sie sagen aber nicht, wie Sie es machen wollen. Das sind nämlich die Behinderten und jene Fälle, die auf Grund ihrer gesundheitlichen Defekte heute Schwierigkeiten haben.

Ich darf Sie nur daran erinnern: Sie fordern etwas, was Sie an konkreten Initiativen der Freiheitlichen in der letzten Legislaturperiode abgelehnt haben.

Drei Anträge:

Die Beseitigung der Luxussteuer für Körperbehinderte, wenn sie einen Pkw ankaufen, wurde bisher nur aus beruflichen Gründen gewährt. Dies stellt eine echte Diskriminierung dieser Gruppe dar, weil es ja für viele Körperbehinderte auf Grund ihres Leidens nicht möglich ist, berufstätig zu sein.

Zivilbeschädigte. Keine Kfz-Steuer. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt, meine Damen und Herren, daran darf ich Sie erinnern. Sie hätten ja die Gelegenheit gehabt, hier bereits einen echten Akt der Bekämpfung der Armut in Österreich oder der Not, wie Sie jetzt sagen, zu setzen.

Vorzeitige Alterspension bei Minderung der Erwerbsfähigkeit von Körperbehinderten. Auch dieser Antrag fand nicht die Zustimmung der Mehrheit in diesem Haus.

Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist sehr klar und deutlich geworden, daß Sie die Möglichkeit gehabt hätten – und hier müssen Sie ernsthaft bereit sein –, Maßnahmen zu setzen, die Sie vielleicht in der Vergangenheit nicht als notwendig anerkannt haben.

Das betrifft auch die sogenannten geschützten Werkstätten, die Sie in Ihrem Regierungsbericht drinnen haben. Jene geschützten Werkstätten arbeiten gut. Aber das, was gemacht gehört, ist, einen Absatz für die Produkte dieser Menschen zu organisieren.

Und hier, glaube ich, würde sich im Bundesbereich noch manche Möglichkeit bieten, verstärkt die Produkte abzunehmen und den Menschen das Gefühl und die Motivation zu geben, echt in die Gesellschaft integriert zu sein und die Möglichkeit zu haben, hier besser ihr Leben gestalten zu können.

Nun noch einen Bereich, wo Sie die Reform den anderen zuordnen: Das ist das Wohnungswesen.

Ich möchte auch dazu sagen: Sie haben bereits, auch wenn es Sie nicht freut, im Jahre 1971 schon sehr klar versprochen: „Zufriedenstellende Wohnverhältnisse ...“ *(Abg. Dr. Reinhart: Ganz ein Gescheiter!)* Herr Abgeordneter Reinhart! „Ganz ein Gescheiter“, sagt

Dr. Jörg Haider

er. Bei den Freiheitlichen gibt es nur Gescheite! Wir sind zwar wenige, aber gescheit! *(Beifall bei der FPÖ.)*

„Zufriedenstellende Wohnverhältnisse sind eine wesentliche Voraussetzung für die Leistungskraft des einzelnen und für eine gesunde Entwicklung der Familien.“

Und dann geht es seitenweise so dahin, was da alles gemacht werden muß und daß ein Nachholbedarf an Wohnungen aus dem Jahre 1969 und vorher, wo die ÖVP versagt hat, besteht.

Die Bilanz liegt ja heute auf dem Tisch. Sie wollten jährlich 5 000 Wohnungen mehr bauen. Wir müßten also heute rund 90 000 haben. In Wirklichkeit sind halt rund um die 50 000 – 1978 – gebaut worden. Und da reden Sie jetzt von der großen Starthilfe, meine Damen und Herren!

Ich glaube, das ist doch nur die Verpackung eines Stückwerkes einer Reform, die Sie hier anbieten, aus der nichts werden wird, weil sie zweifelsohne nicht das Problem in der richtigen Tragweite erfaßt und weil Sie hier wiederum eine Reform anregen, die im Schwerpunkt von den Ländern und den Gemeinden getragen werden soll. Ich meine, hier muß einfach die Bereitschaft bestehen, einmal nachzudenken, wie wir die Reform des Wohnungswesens in Österreich auf bessere Grundlagen stellen.

Denn ich sage es ganz ehrlich: Die Startwohnungen für Jungfamilien, wie Sie sie hier anregen, das klingt sehr schön, aber es ist wieder ein Akt der Zentralisierung, man baut wieder Wohnblöcke, wo man Gruppen von Menschen, die mehr oder weniger zu Sozialhilfeempfängern degradiert werden, weil man nicht bereit ist, ihnen eine freie Entscheidung zu ermöglichen, dort hineingibt, um sie vielleicht auch im Sinne einer Jungwählerfassung besser organisieren zu können. Wir wollen aber kein politisches Einquartierungssystem, sondern wir wollen die freie Entscheidung der jungen Menschen auf der Grundlage sozial gerechter Tarife in diesem Lande, was die Wohnungswirtschaft betrifft, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da muß man schon sagen: Gäbe es ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Reinhart.)* Sie sind also nicht gerade sehr freundlich, aber ich werde es zur Kenntnis nehmen. Ich bin nicht gewohnt, in dieser Art zu antworten, weil ich glaube, es gibt eine seriösere Form des Umgangs in diesem Hohen Hause, und ich werde mich um diese bemühen.

Meine Damen und Herren! Uns geht es jedenfalls darum, diesen freien Zugang zu ermöglichen. *(Zwischenruf des Abg. Anton Schlager.)*

Ich darf Ihnen nur ein Datum noch angeben, aus dem Sie deutlich ersehen können, daß gerade die Gruppe der Arbeitnehmer heute mehr Berechtigung hat, mehr Hilfe auf dem Wohnungsbereich zu bekommen, wenn Sie nur die Entwicklung der Wohnbauförderungsmittel betrachten. Ja dort trägt ja im wachsenden Ausmaß die Gruppe der Lohnsteuerpflichtigen das Aufkommen an Wohnbauförderungsmitteln, und trotzdem ist man nicht bereit, hier gerechtere Verteilungsmechanismen vorzunehmen, und wir rutschen schön langsam als Gruppe von Arbeitnehmern und Lohnsteuerpflichtigen in die Rolle der Bremer Stadtmusikanten: Oben sitzt der Hahn, der kräht und verkündet, was geschehen soll, nur: Tragen müssen es die unten. Das ist bei den Bremer Stadtmusikanten der Esel, meine Damen und Herren, im sozialistischen Wohlfahrtsstaat offenbar der Arbeitnehmer, der heute stärker als je zur Kasse gebeten wird.

Ich darf Ihnen aber noch etwas ganz kurz zur Kenntnis bringen. Sie haben auch sehr stark zur Regionalpolitik Stellung genommen, zur Regionalpolitik, meine Damen und Herren, die mich aus der Sicht meines Bundeslandes überhaupt nicht freut. Denn Sie kündigen groß „Entwicklungsprogramme“ an, Sie erwähnen aber mit keinem Wort den Bau der Südautobahn. Das ist offenbar aus Ihrem Bewußtsein verdrängt, obwohl der Herr Bundeskanzler noch auf dem sozialistischen Parteitag in Kärnten die Meinung vertreten und gesagt hat, es ist bedrückend, wie lange man von Wien nach Kärnten braucht; offenbar war es nicht so bedrückend, daß er eine Veranlassung gesehen hätte, das in seine Regierungserklärung aufzunehmen.

Immerhin gibt es hier Aussage gegen Aussage. Der Herr Landeshauptmann von Kärnten hat gemeint, es gibt schon einen Staatsvertragsentwurf, wonach die Südautobahn mit ein paar hundert Millionen Schilling jetzt schneller durchfinanziert wird, es gibt einen Staatsvertragsentwurf für ein Industrie- und Entwicklungskonzept. Nach dem Regierungsprogramm, meine Damen und Herren, dürfte das nicht ganz zutreffen.

Ich meine, daß Sie hier zweifelsohne einem Nachholbedarf entsprechen müssen, weil dieses südliche Bundesland in bezug auf seine Arbeits- und Wirtschaftsentwicklung zweifelsohne nach dem Konjunkturéinbruch 1974 einen Nachholbedarf hat, den es auch durch verstärkte Unterstützung des Bundes auszugleichen gilt.

Sie haben auch als Bundesregierung die Zusage gegeben, Ersatzarbeitsplätze für Hüttenberg zu schaffen, in jenem aufgelösten Bergbau, der vor eineinhalb Jahren stillgelegt worden ist. Wo sind denn diese Arbeitsplätze bis zum

Dr. Jörg Haider

heutigen Tag, die Ersatzarbeitsplätze? – Kein einziger Ersatzarbeitsplatz wurde bis zum heutigen Tag geschaffen! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Reinhart.*) Sie werden es nicht wissen, denn Sie sind in Tirol daheim. Aber ich lade Sie gerne ein, einmal nach Kärnten zu kommen. Dann reden Sie einmal mit den Hüttenbergern, ob sie die Arbeitsplätze schon haben, Herr Abgeordneter Reinhart!

Und wenn der Herr Bundeskanzler gesagt hat, ihm bereite nicht ein steigendes Staatsdefizit Sorgen, sondern die steigenden Arbeitslosenziffern, dann frage ich mich, warum er hier die Problematik in diesem südlichen Bundesland nicht erkennt. Denn aus den jüngsten Prognosen des Wirtschaftsforschungsinstitutes geht doch sehr deutlich hervor, daß wir immerhin mit der Steiermark gemeinsam jenes Bundesland sind, wo gerade das Problem der Jugendbeschäftigung ein wirkliches Problem ist, meine Damen und Herren. Wir haben wachsende Arbeitslosenziffern bei den Jugendlichen in diesem regionalen Bereich, sodaß man nicht einfach sagen kann: Gesamtösterreichisch gibt es keine Jugendarbeitslosigkeit, statistisch haben wir es verdrängt! – Ich glaube, hier wird zweifelsohne die Statistik ein wenig überzogen.

Und wenn da in der Regierungserklärung gesagt wurde, Beveridge war der Schöpfer des Vollbeschäftigungsbegriffes, muß ich antworten: Ja meine Damen und Herren, die Vollbeschäftigung, die er gemeint hat, das war die tatsächliche, aber nicht diejenige Vollbeschäftigung, die man mit allen möglichen Kunststücken ein wenig kosmetisch zu operieren versucht.

Ich zitiere Ihnen ein Beispiel, denn Sie glauben es offenbar nicht. Im offiziellen Bericht der Kärntner Arbeitsmarktverwaltung steht drinnen:

„Der Einsatz von Fernkursen erfolgt vorwiegend prophylaktisch, um die Arbeitslosigkeit in Grenzen zu halten.“

Meine Damen und Herren! Das ist eine Beschäftigungstherapie, aber keine Arbeitsplatzförderung, die hier in diesem Bereich betrieben wird! Sie degradieren den Vollbeschäftigungsbegriff auf diese Weise zu einem Wieselbegriff. Sie wissen ja: Ein Wiesel, das ist ein Tier, das ein Ei austrinken kann, ohne die Schale zu zerbrechen.

Der Begriff Vollbeschäftigung bleibt, nur den Inhalt geben Sie mit der Mehrheit hier immer je nach der Prozentzahl, die politisch gerade opportunistisch ist. Ich meine, hier gilt es wirklich, Maßnahmen zu setzen, die notwendig sind.

Meine Damen und Herren! In diesem Sinne darf ich ersuchen, diese Erklärung der Bundes-

regierung unter Respektierung auch der regionalen Probleme der Bundesländer stärker zu überdenken und anzureichern. Denn es muß unser gemeinsames Anliegen, vor allem jener Kärntner Abgeordneten, die auch in den anderen Fraktionen hier sitzen, sein, für die regionale Entwicklung der Bundesländer mehr Chancengleichheit zu ermöglichen und sich nicht darauf zu beschränken, daß etwas angekündigt wird, was nicht konkretisiert wird.

In diesem Sinne stehen wir zur Zusammenarbeit bereit. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Wiesinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Wiesinger** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen am Ende einer elfstündigen Debatte. Elf Stunden konzentrierte Aufmerksamkeit stellt für dieses Hohe Haus zweifellos Schwerarbeit dar. Ich bitte Sie daher um Entschuldigung und um Ihr Verständnis, wenn ich mich in meinen letzten Ausführungen an diesem Tag sehr kurzhalten möchte.

Ich glaube aber, daß es trotzdem notwendig ist, einige Folgerungen aus der heutigen Debatte zu ziehen und aus der Sicht der Österreichischen Volkspartei kurz zusammenzufassen. Wir haben festgestellt und erkannt, daß in weiten Passagen der Regierungserklärung anscheinend Übereinstimmung erzielbar ist oder sogar besteht. Es stellt sich jedoch für uns die wichtige Frage, ob diese Übereinstimmung tatsächlich vorhanden ist oder nur in diesen hier vorliegenden unklaren Formulierungen zu suchen ist.

Denn wenn ich in der Regierungserklärung lese, die Verwaltung soll dem Bürger dienen, sie soll sparsam und beweglich sein, so gibt es, glaube ich, keinen Abgeordneten, der dieser Passage nicht vollinhaltlich zustimmen kann. Die Frage ist nur: Wieweit können diese Erklärungen auf ihren tatsächlichen effektiven Wahrheitsgrad überprüft werden? Und hier biete ich gleich ein Beispiel an.

Wir sprechen von mehr Effizienz in der Verwaltung, und dann sehen wir, daß die Formularsucht sogar in diesem Hohen Haus schon überhandnimmt. Denn was die armen Portiere heute an Formularen ausfüllen mußten, ist, glaube ich, nicht sehr angenehm für die Bediensteten des Hauses, und ich würde vorschlagen, hier vielleicht eine gewisse Erleichterung für diese Mitarbeiter zu schaffen.

Fragen der Demokratie, die Verwaltungsreform – ein Standardsatz in jeder Regierungser-

Dr. Wiesinger

klärung seit 1970. Ich fordere Sie konkret auf: Versuchen wir das klarzustellen, Sie sagen: mehr Demokratie in allen Bereichen; ich will hier nicht weiter zitieren. Sind Sie konkret dafür, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, auch in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung mehr Elemente der Demokratie einzuführen? Sind Sie für die Direktwahl der Versichertenvertreter, ja oder nein? Konkrete Antwort! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiteres Beispiel im Sinne von mehr Demokratie: Sind Sie für die Einführung der Briefwahl für hunderttausend Österreicher, die heute nicht das Wahlrecht ausüben können? Sind Sie dafür, daß wir es einführen, ja oder nein? Konkrete Frage zur Demokratisierung.

Denn, meine Damen und Herren, wenn Sie wirklich glauben, daß die Erlassung von Statuten in den Studentenheimen der Weisheit letzter Schluß für die Demokratisierung ist, so glaube ich, daß das nicht genug ist.

Zur Problematik der Behinderten: auch hier unsere vollste Zustimmung. Wir sind bereit, hier überall mitzuarbeiten und mitzuwirken, aber außer einem Behindertenrat ist ja leider bisher nicht sehr viel geschehen.

Der Bereich der älteren Menschen, auch eine ständige Floskel in den Regierungserklärungen, in den gleichen Formulierungen. Auch hier wieder eine konkrete Frage. Ich habe bereits 1973 vorgeschlagen, einen Bundesseniorenrat einzurichten, in dem alle Organisationen der Pensionisten und Senioren mitwirken können. Sie haben das abgelehnt. Unser Vorschlag Bezug nehmend auf die Regierungserklärung: Sind Sie für diesen Bundesseniorenrat, ja oder nein? Konkrete Antworten können Sie uns ja im Laufe der Periode zukommen lassen.

Ein weiterer Punkt, und damit kommen wir jetzt zu einem für Tausende Menschen sehr wichtigen Bereich, den ich jedoch heute nur ganz kurz mit einigen Sätzen beleuchten will. Wir haben gestern in der Regierungserklärung erfahren, daß von „Eigenvorsorge“ die Rede ist. Nun ist diese Eigenvorsorge, wie sie Herr Finanzminister Androsch hier vorgelegt hat, wenn ich mich nicht täusche, ein rein dialektischer Trick. Denn was versteht er denn unter Eigenvorsorge? Nicht daß der einzelne für sich selbst Vorsorge trifft und treffen kann, sondern er verschiebt die Beiträge des einzelnen Staatsbürgers vom Steuersektor in den Sektor der Sozialversicherungsbeiträge.

Meine Damen und Herren! Das ist nicht Eigenvorsorge. Und wenn man dann sagt, die Schweizer verstehen etwas anderes darunter, so soll man sich zuerst über den wahren Inhalt der

Begriffe klarwerden. Nun, ich sehe gewisse Ansätze.

Herr Dr. Fischer hat heute vom Sozialprofil und von differenzierter Zuteilung gesprochen.

Herr Klubobmann Dr. Fischer! Wenn Sie damit die qualitative Sozialpolitik meinen, die wir seit eh und je vertreten, dann bin ich sehr froh darüber, daß Sie in unseren Bahnen zu denken beginnen, dann werden Sie sicher eine bereitwillige Konsenspartei auf den Oppositionsbänken finden.

Ich glaube, daß in der gesamten Frage der Finanzierung der Pensionen ein ganz gefährliches Problem schlummert.

Meine Damen und Herren! Wir werden das heute leider nicht mehr ausdiskutieren können, aber ich bitte Sie, überlegen Sie sich das Problem. Wir haben die Situation, daß wir mehr und mehr Mittel der Aktiven aufwenden müssen, um die Pensionen zu garantieren. Hier ist eine Frage, wieweit wir den Generationenvertrag in Zukunft auch erfüllen können und wie weit sich daraus nicht unter Umständen eine Diskussion und ein Verteilungskampf zwischen Aktiven und Pensionisten entwickeln kann, denn die Pensionsdynamik hängt ja eng mit diesen Fragen zusammen. Ich glaube, darüber sollte man sich im Sozialausschuß sehr genau unterhalten.

Ich glaube, wenn 9 Milliarden Schilling, wie Finanzminister Androsch angekündigt hat, von den Aktiven zusätzlich in einem Jahr aufzubringen sind, so wird sich das nicht zuletzt auch bei den Gewerkschaften in allen Fragen der Lohnpolitik niederschlagen.

Das zweite, meine Damen und Herren: Ich glaube, Sie sollten auch innerparteilich die Diskussion darüber eröffnen, wie weit die Ansichten des Sozialtheoretikers und -dogmatikers Weißenberg mit jenen des Technokraten und Finanzmannes Androsch in Übereinstimmung zu bringen sind. Solange nämlich nicht in Ihren eigenen Reihen klare Formulierungen und eindeutige politische Zielvorstellungen vorliegen, solange werden wir Schwierigkeiten haben, mit Ihnen zu diskutieren.

Auch die Frage des Selbstbehaltes, der in der Regierungserklärung umschrieben bzw. angeschnitten wurde und der ja zutiefst gegen die orthodoxe Sozialpolitik der Sozialisten gerichtet ist, muß man offen ausdiskutieren. Selbstbehalt dem Prinzip nach ja, wenn er sozial gerecht, wirtschaftlich effizient und administrierbar ist. Diese Voraussetzungen müssen wir finden, um in der Sache weiterzukommen. Aber, wie gesagt, wir sind gerne bereit, hier mit Ihnen zu diskutieren.

Dr. Wiesinger

Ganz kurz noch einige Worte zum Abgeordneten Sekanina. Herr Abgeordneter Sekanina, Sie haben hier sehr richtig die Frage der Spitalsfinanzierung angeschnitten. Ich kann Ihnen versichern, daß ich fast jedes Wort Ihrer Ausführungen unterstreiche. Nur frage ich Sie eines: Wer hat Sie bisher in neun Jahren gehindert, diese Form der Spitalsfinanzierung durchzuführen: Weg von der Abgangsdeckung, hin zur leistungsorientierten Spitalsfinanzierung. Auch hier werden Sie bei uns sicher einen gesprächsbereiten Partner finden. Nur wenn man glaubt, mit der Gesundheitspolitik Gesellschaftspolitik in sozialistischem Sinn betreiben zu können, dann können und wollen wir nicht mitgehen. Ich bin Ihrer Meinung, daß sich die Gesundheitspolitik nicht für parteipolitische Tagesaktionen eignet, ich bin aber auch sehr wohl der Meinung, daß grundsatzpolitische Auseinandersetzungen hier sehr wohl zum Tragen kommen.

Ich könnte Ihnen jetzt noch viel erzählen über den kurzen Teil der Regierungserklärung zur Gesundheitspolitik. Ich glaube, ich kann mir das ersparen, denn es ist ja jedes Jahr dasselbe: da gibt es die Vorsorgemedizin, diesmal das Versprechen einer verbesserten Untersuchungsmethode in diesem Bereich. Geschehen ist bisher nichts, wir stehen bei einem Beteiligungsgrad von 5 Prozent. Wenn es hier besser wird, soll es mich nur freuen.

Nur in einem Punkt möchte ich noch etwas sagen. Sie geben dem Umweltschutz in der Regierungserklärung verbal wieder einen gewissen Stellenwert. Ich freue mich und werde das auch in Zukunft immer wieder zur Sprache bringen, daß Sie den Wald nicht nur als wirtschaftlichen Faktor, sondern auch als gesundheitspolitisch relevanten Bereich akzeptieren. Das ist als positives Element in diesem Abschnitt zu erkennen.

Zum anderen ist die Erklärung im Umweltschutzbereich zu dürftig, denn Bäumchenpflanzen vor der Wahl allein ist zu wenig. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie klagen über mangelnde Kompetenzen, meine Damen und Herren. Seit 1971 versprechen Sie eine diesbezügliche Kompetenzregelung. Auch heute steht das wieder drinnen, ohne daß etwas geschehen wird. Sie werden auch in der Kompetenzfrage bei uns einen gesprächsbereiten Partner finden. Nur wenn Sie glauben, über den Umweltschutzgedanken den Föderalismus aushöhlen zu können, dann werden wir nicht mitgehen. Das bitte ich Sie, auch zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Abschluß. Wir sind einig mit Dr. Kreisky, daß wir in den achtziger Jahren schwierigen Problemen entgetreten. Nur frage ich mich,

wie sollen sie bewältigt werden. Die Regierungserklärung gibt keine Antwort auf die Kernfragen, auf die Kernfragen der Ökologie, auf die Kernfragen im Energiebereich, auf die Kernfragen der Finanzierbarkeit der sozialen Sicherheit, auf die Fragen industrieller Großmannssucht oder Mittelstandspolitik. Wo unsere Schwerpunkte liegen, glaube ich, brauche ich nicht mehr ausführen.

Aber eines möchte ich zum Abschluß sagen, was mich mit Sorge – mit echter Sorge – erfüllt, und wo ich an Sie appelliere. Hier sind keine Visionen für die achtziger Jahre zu finden. Hier sind keine zukunftsgerichten Modelle dargestellt, die unsere Jugend ansprechen können. Vergessen Sie nicht die Haltung der Jugend in der Atomabstimmung. Hier ist etwas im Aufbruch, hier ist etwas im Kommen, meine Damen und Herren, und wir als Abgeordnete, ganz gleich, welcher Fraktion wir angehören, wir haben hier die Aufgabe, die entsprechenden Leitlinien, die neuen Wege für unsere Jugend aufzuzeigen, und wir wollen die Zukunft bewältigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sind der festen Überzeugung, daß das österreichische Volk imstande ist, auch die Probleme der Zukunft zu bewältigen, aber heute haben wir nur Lobeshymnen gehört, daß es die „Partei“, die „Regierung“ und die „Gewerkschaft“ gemacht haben.

Meine Damen und Herren! Das österreichische Volk, jeder einzelne, hat die Leistung in der Vergangenheit erbracht, und er ist auch der Garant in der Zukunft, daß wir diese Leistungen auch in Zukunft erbringen werden. Und diese Einstellung müssen wir haben. Wir werden eine zielorientierte Politik für den einzelnen Menschen machen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir werden die Schwachen schützen und den Armen helfen.

Aber eines sage ich Ihnen: Das ist keine Frage einer politischen Situation nach einer Wahl, sondern das ist eine Grundeinstellung. Das ist eine moralische Einstellung zur Politik und die, sage ich Ihnen, die werden wir mitbringen. Und damit werden wir eines erreichen: daß in Zukunft die Menschen auch unsere Politik besser verstehen und letztlich auch dieser Politik ihren Lohn geben werden. Bei allen sachpolitischen Fragen werden Sie unsere Mitarbeit finden. Im gesellschaftspolitischen Bereich, in der Grundsatzfrage, werden wir keinen Millimeter, kein Jota von unseren Grundsätzen abgehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Präsident Thalhammer

Die Debatte ist geschlossen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 14/A bis 16/A eingebracht worden sind.

Ferner sind die Anfragen 3/J bis 9/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 27. Juni, um 11 Uhr, in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 15 Minuten